

**„Kollaboration in der Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Die Rolle der
einheimischen Stadtverwaltung während der deutschen Besetzung
Charkows 1941 bis 1943“**

INAUGURALDISSERTATION

zur

Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie

in der

FAKULTÄT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFT

der

RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM

vorgelegt

von

Gunter Friedrich

Referent: Prof. Dr. Bernd Bonwetsch

Korreferent: Prof. Dr. Klaus Tenfelde

Tag der mündlichen Prüfung: 14.02.2008

Veröffentlicht mit Genehmigung der

Fakultät für Geschichtswissenschaft

der Ruhr Universität Bochum

Inhaltsverzeichnis

Danksagung.....	4
Vorbemerkung.....	6
1. Einleitung.....	7
1.1. Forschungsstand und Quellenlage.....	12
1.2. Fragestellung und Gliederung	29
2. Kollaboration in der Ukraine: Grundlagen und Bedingungen	38
2.1. Die Russlandvorstellungen und Okkupationsziele der deutschen militärischen und politischen Führung.....	38
2.1.1. Hitlers Pläne zur Eroberung neuen „Lebensraums“	38
2.1.2. Alfred Rosenbergs Entwurf einer Ostpolitik	42
2.1.3. Russlandbilder und Einstellungen in der Wehrmacht	45
2.2. Die Planungen zur deutschen Besatzungspolitik.....	49
2.2.1. Die vorgesehene zivile und militärische Verwaltung	49
2.2.2. Die Behandlung der Zivilbevölkerung	58
2.2.3. Die deutsche Propaganda in den eroberten Gebieten	61
2.3. Kollaboration im Kalkül der deutschen Führung	66
2.4. Zukünftige Kollaborateure in der besetzten Ukraine	70
2.4.1. Motive und Erwartungen der Kollaborateure	70
2.4.2. Die ukrainische Emigration in Deutschland bis 1941	73
2.4.3. Die Bevölkerung in der ukrainischen Sowjetrepublik.....	82
2.5. Der deutsche Einmarsch in die Ukraine: Proklamationen, Reaktionen und Wahrnehmungen	97
2.5.1. Verlautbarungen der deutschen Führung.....	97
2.5.2. Ukrainische Reaktionen auf den deutschen Einmarsch..	100
2.5.3. Die Wehrmacht in der Ukraine im Sommer 1941	107
3. Kollaboration in Charkow: Die einheimische Stadtverwaltung.	113
3.1. Die deutsche Militärverwaltung in Charkow	113
3.1.1. Der Einmarsch der 6. Armee	113
3.1.2. Die Konsolidierung des Besatzungsregimes 1941	116
3.1.3. Die deutsche Militärverwaltung bis Februar 1943	121

3.1.4. Die deutsche Besatzung von März bis August 1943	123
3.2. Die Errichtung der Stadtverwaltung 1941.....	126
3.2.1. Der Aufbau der einheimischen Verwaltung	126
3.2.2. Die Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten	134
3.3. Personal und Struktur der Stadtverwaltung 1941 bis 1943	137
3.3.1. Die Bürgermeister.....	137
3.3.2. Umstrukturierung und Neuorganisation 1942/43	143
3.3.3. Das sowjetische Interregnum im März 1943	147
3.3.4. Die Stadtverwaltung in der letzten Besatzungsphase	149
3.4. Die Arbeit der städtischen Verwaltung.....	152
3.4.1. Die Volkszählungen und die Überwachung der Zivilbevölkerung.....	152
3.4.2. Der Holocaust in Charkow	157
3.4.3. Öffentliche Ordnung.....	167
3.4.4. Ernährung und Versorgung.....	176
3.4.5. Kommunale und staatliche Wirtschaft.....	189
3.4.6. Arbeit und Arbeitseinsatz	195
3.4.7. Soziale Leistungen und medizinische Fürsorge	205
3.4.8. Bildung	207
3.4.9. Medien und Kulturbetrieb.....	209
3.4.10. Korruption und Veruntreuung.....	219
4. Motivationen, Wahrnehmungen und Funktionalität der einheimischen Verwaltung	223
4.1. Motive und Interessengruppen	223
4.1.1. Das nationalistische Milieu.....	223
4.1.2. Diktaturerfahrung und Anpassungsstrategien.....	228
4.2. Die Wahrnehmung der ukrainischen Stadtverwaltung	237
4.2.1. Die Eigenwahrnehmung der Stadtverwaltung	237
4.2.2. Die Fremdwahrnehmung durch die Wehrmacht.....	240
4.2.3. Die Bevölkerung Charkows und die einheimische Verwaltung.....	246
4.3. Die Rolle der ukrainischen Selbstverwaltung im deutschen Besatzungsregime.....	250
4.3.1. Funktionalität.....	250

4.3.2. Effektivität	253
5. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	259
6. Quellen- und Literaturverzeichnis	273
6.1. Archivquellen	273
6.2. Quelleneditionen und edierte Quellen.....	274
6.3. Sekundärliteratur.....	278
6.4. Abkürzungsverzeichnis	300

Danksagung

Die Arbeit an der vorliegenden Dissertation war langwierig und über weite Strecken beschwerlich. Es war nicht immer einfach, Beruf, Privatleben und Forschung miteinander zu verbinden und in Einklang zu bringen. Um so mehr möchte ich den Personen danken, die mich auf diesem Weg begleitet haben und durch ihre Unterstützung und ihren Zuspruch dazu beigetragen haben, dass ich meine Promotion erfolgreich zu Ende bringen konnte.

Zunächst möchte ich meinem Doktorvater Prof. Bernd Bonwetsch danken. Er stand mir nicht nur fachlich zur Seite, sondern hat mir auch die Möglichkeit gegeben, am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der Ruhr-Universität Bochum zu arbeiten und auf diese Weise den Wissenschaftsbetrieb früh kennen zu lernen.

Des Weiteren gilt mein Dank Dr. Anatolij Skorobogatov von der Karasin-Universität Charkow. Er war mir bei meinen Archivarbeiten in der Ukraine behilflich und war stets bemüht meine Aufenthalte in Charkow durch seine Gastfreundschaft so angenehm wie möglich zu gestalten.

Außerdem danke ich Prof. Dr. Beate Fieseler. Sie war meine Ansprechpartnerin in allen inhaltlichen und formalen Fragen und hat mich fortwährend in meiner Arbeit unterstützt. Auch PD Dr. Tanja Penter möchte ich erwähnen, deren wissenschaftliche Ratschläge und Hinweise immer wieder Einfluss auf die Gestaltung meiner Dissertation hatten.

In diesem Zusammenhang danke ich allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Lehrstuhls für Osteuropäische Geschichte in Bochum. Das kollegiale und von freundschaftlicher Verbundenheit geprägte Klima hat viel zum Abschluss der Promotion beigetragen. Ich danke hier vor allem Fr. Paula Porbeck, der Sekretärin des Lehrstuhls. In Zeiten des Zweifels hat sie es immer geschafft, mich durch lange Gespräche und viel Kaffee wieder aufzurichten. Aber nicht nur im beruflichen, sondern auch im privaten Bereich gibt es viele Menschen, die durch ihren Zuspruch einen enormen Betrag geleistet haben.

Hier danke ich meiner Freundin Nicole, die es nicht müde geworden ist, sich als Nichthistorikerin tagtäglich meine Ausführungen, Gedanken und

Probleme anzuhören und mich in der arbeitsreichen Endphase immer wieder motiviert hat.

Darüber hinaus gebührt auch meinen Eltern Dank. Sie haben dafür gesorgt, dass ich während der langen Zeit und trotz zahlreicher anderer Tätigkeiten nie das eigentliche Ziel aus den Augen verloren habe.

Auch meiner übrigen Familie und hier vor allen Dingen meiner Schwester Edda danke ich, die mir immer wieder die Bedeutung dieser Arbeit für meinen Lebensweg vor Augen geführt hat.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch meinen Freundeskreis nennen und dabei insbesondere Folke und Oliver. Sie haben viel ihrer privaten Zeit für das Korrekturlesen meiner Arbeit geopfert und durch ihre Tipps und Ratschläge meinen Blick für Probleme geschärft, die ich aufgrund meiner tagtäglichen Beschäftigung mit der Thematik aus den Augen verloren hatte.

Ich hoffe in meiner Danksagung alle Personen eingeschlossen zu haben, die zum Gelingen dieser Doktorarbeit beigetragen haben. Ich habe viele der Menschen, die ich während dieser Zeit kennen gelernt und die mir geholfen haben, leider wieder aus den Augen verloren. So ist beispielsweise der enge Kontakt zu Anatolij Skorobogatov bedauerlicherweise im Laufe der Jahre abgebrochen. Andere Personen, die erst in der Schreibphase der Arbeit hinzukamen, waren jedoch nicht weniger bedeutend für mich. Deshalb danke ich abschließend noch mal allen, die mich in den letzten Jahren ein Stück meines Weges begleitet haben.

Vorbemerkungen

In der vorliegenden Arbeit werden Orte genannt, die mehr als eine Schreibweise zulassen. Am deutlichsten wird dies bei der Nennung der westukrainischen Stadt L'viv. Der deutsche Name lautet Lemberg, der russische L'vov und der polnische Lwów. Ähnliches gilt für Charkiv (Ukrainisch), Char'kov (Russisch) oder Charkow (Deutsch). Die Untersuchung verfährt so, dass diese Orte mit ihrem zurzeit des Zweiten Weltkrieges gebräuchlichsten Namen geschrieben werden, wobei bei ihrer ersten Nennung die anderen Schreibweisen in Klammern dahinter aufgeführt werden. Bei „Charkow“ bleibt die Arbeit deshalb bei der deutschen Schreibweise, da dies in den bearbeiteten ukrainischen und deutschen Quellen zur Besetzung der Stadt die am häufigsten benutzte Form ist. Ukrainische, russische oder polnische Familiennamen werden ihrer Herkunft entsprechend transkribiert. Die Arbeit benutzt dabei die wissenschaftliche Transliteration für Russisch und Ukrainisch. Bei polnischen Namen oder Orten werden zur Wiedergabe der polnischen Laute die im polnischen Alphabet vorhandenen diakritischen Zeichen verwendet. Bei Zitaten aus den Quellen werden russische und ukrainische Eigennamen so wiedergegeben, wie sie in dem Dokument geschrieben sind.

Weiterhin werden die aus ukrainischen Dokumenten zitierten deutschen Texte im Original, also mit den vorhandenen Rechtschreib- und Grammatikfehlern wiedergegeben.

1. Einleitung

Im Februar 1943 landete auf dem Flugplatz der ostukrainischen Stadt Charkow (Charkiv/Char'kov) eine kleine Maschine mit dem englischen Journalisten Alexander Werth an Bord. Die Wehrmacht hatte sich Anfang des Monats aus der Stadt zurückgezogen und Werth wollte die Einheimischen interviewen und nach ihren Erlebnissen unter den Deutschen befragen. Charkow war eine der ersten sowjetischen Städte, die von der Roten Armee zurückerobert worden waren, und er hatte nun die zu diesem Zeitpunkt noch außergewöhnliche Möglichkeit, Eindrücke und Informationen aus einer Stadt sammeln, die über eineinhalb Jahre unter deutscher Besatzung gestanden hatte.

Viele der Interviewten berichteten von Repressionen, von Hunger und Hinrichtungen, einige aber auch von Sonderzuteilungen und Vergünstigungen. Bei seinem Weg durch die Stadt begegnete ihm ein ehemaliger Mitarbeiter der ukrainischen Stadtverwaltung. Diese Verwaltung hatte für die Deutschen gearbeitet und mitgeholfen, die Besatzung zu organisieren. Werth beschrieb „diesen Nationalukrainer“, wie er ihn abschätzig nannte, folgendermaßen:

„[...] Es war ein älterer Mann mit einer kleinen roten Nase und einem runden Gesicht. Er trug einen schäbigen Mantel und eine ausgefranste graue Flanellhose. Seine Schuhe waren an den Seiten geplatzt. Er habe ein Amt im Stadtrat übernommen, berichtete er, jedoch bald feststellen müssen, dass sich das nicht auszahle. Die Deutschen gaben ihm nur 400 Rubel im Monat, was nicht ausreichte, um Frau und Kind zu ernähren. So fing auch er mit dem Schwarzhandel an. In Poltava besorgte er sich Mehl, das er dann in Charkow verkaufte. „Die Deutschen versprachen uns ein neues Europa“, sagte er, „aber dann lief alles schief.“ Vielleicht, vermutete er, würden die Deutschen zurückkommen, aber sie hätten ihre Chance verpasst. Selbst diesem kleinen Kollaborateur hatten die Deutschen sehr wenig bieten können.“¹

Werth verurteilte diesen Mann und seine Haltung. Für ihn war er nichts weiter als ein „kleiner Kollaborateur“, ein politischer Opportunist, der sich

¹ Zit. n: Alexander Werth: *Russland im Krieg 1941 – 1945*, München, Zürich 1965, S. 416 – 417 (im Folgenden: Werth, *Russland*).

mit der Wehrmacht eingelassen hatte und nun zu Recht damit rechnen mußte von der Roten Armee verhaftet und bestraft zu werden.

Die Beschreibung dieser Begegnung findet sich in Werths 1964 erschienenem Buch „Russia at War“. Fast zwanzig Jahre nach Kriegsende legte der ehemalige Auslandskorrespondent damit eine Publikation vor, die sich mit dem Russlandkrieg aus der Perspektive der Sowjetunion auseinandersetzte. Der Mann mit dem schäbigen Mantel und den ausgefransten Hosen, den er 1943 in den Straßen Charkows getroffen hatte und der ihm erzählt hatte, wie die Wehrmacht ihn mit falschen Versprechungen gekauft hatte, beschrieb er in seinem Buch als Gehilfe des deutschen Unterdrückungsapparates. Für Werth lagen seine Antriebsgründe klar auf der Hand: politischer Opportunismus und verblendeter Nationalismus hatten diesen Mann zum Kollaborateur werden lassen.

Waren es jedoch wirklich nur solche Motive die beim Einmarsch der Wehrmacht in die Sowjetunion 1941 tausende Ukrainer dazu bewogen hatten, den Deutschen ihre Unterstützung und ihre Mitarbeit anzubieten? Warum stellten sich insbesondere viele Westukrainer spontan auf die Seite der deutschen Armee und arbeiteten in der Besatzungsverwaltung, in Polizeieinheiten oder militärischen Formationen mit den Deutschen zusammen?

Werths Wissen um den Ausgang des Krieges und die deutschen Verbrechen beeinflussten seinen Blick auf die Ereignisse zwischen 1941 und 45 und prägten sein Urteil über die Kollaboration in Charkow. Der Rückblick aus der aufgeklärten Gegenwart der 1960er Jahre führte dazu, dass der Journalist jedem, der mit den Nationalsozialisten zusammengearbeitet hatte, von vornherein eine bewusste Mitschuld an den Verbrechen des Dritten Reichs unterstellte. Nachgewiesenerweise ermordeten Ukrainer auf deutschen Befehl hin Juden und beuteten die eigenen Landsleute aus, verrieten und töteten sie. Nur wurde die moralische Verurteilung ihrer Taten häufig allzu vorschnell auch zum Erklärungsmodell für ihr Handeln gemacht. Demnach teilten Menschen, die in die Verbrechen der Nationalsozialisten verstrickt waren, nicht nur zwangsläufig ihre radikale Weltanschauung, sondern waren sich auch von vornherein im Klaren darüber, welche Konsequenzen ihr Handeln haben würde. Diese Herangehensweise lässt je-

doch außer Acht, dass im Sommer 1941 noch kein Ukrainer ahnte, was in den kommenden vier Jahren auf ihn und sein Land zukommen würde. Die Absichten der deutschen Führung waren den meisten ebenso wenig bekannt wie das Ende und der Ausgang des Krieges absehbar waren. Zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls glaubten in der Ukraine beispielsweise die wenigsten an einen Sieg der Roten Armee. Viele Ukrainer sahen 1941 im Feldzug der Wehrmacht nicht – wie viele Geschichtsbücher es vermitteln – eine „zeitweilige Besetzung des sowjetischen Territoriums“², sondern nahmen im Gegenteil an, dass die Deutschen die Sowjetmacht für immer vertrieben hätten. Den deutschen Einmarsch begrüßte sogar ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung, denn hinter ihr lagen zehn Jahre staatlichen Terrors, Unterdrückung und Hungersnöte. Stalins Politik hatte in den 1930er Jahren Millionen von Ukrainern das Leben gekostet. Die vor allem in der Westukraine errichteten Triumphbögen und die Begrübungen deutscher Soldaten mit Brot und Salz zeugen davon, dass viele hofften, diese Zeit läge nun hinter ihnen und eine bessere Zukunft brähe an. Nicht nur Nationalisten und Antisemiten boten der Wehrmacht ihre Unterstützung an, sondern auch ehemals Verfolgte und Repressierte, die die neu gewonnene „Freiheit“ durch diese Zusammenarbeit festigen und ausbauen wollten. Hier zeichnet sich bereits ab, dass die Einstellungen gegenüber den Deutschen stark beeinflusst wurden von den historischen Umständen und dass die Entwicklungen in den nächsten Jahren kaum absehbar waren.

Ebenso war das Verhalten der deutschen Seite stark geprägt durch die Konstellationen des Jahres 1941. Denn natürlich wusste man auch hier nicht, dass sich bald das Kriegsglück wenden und die Wehrmacht von der Roten Armee besiegt werden würde. In der deutschen Führung herrschten zu diesem Zeitpunkt megalomane Eroberungs- und Ausbeutungspläne, von einer „zeitweiligen Besetzung“ war auch hier nicht die Rede. Ganz im Gegenteil war man davon überzeugt, die Sowjetunion sei innerhalb weniger Monate besiegt und zerschlagen und die eroberten Gebiete würden für immer zum Deutschen Reich gehören. Bereits vor dem deutschen Ein-

² Siehe dazu z. B.: Eine Schuld, die nicht erlischt. Dokumente über deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Köln 1987, S. 5.

marsch befahl die nationalsozialistische Führung deshalb die Ausbeutung der Gebiete, Massenrepressalien und die Ermordung der Juden. Auf die Einheimischen nahm zu diesem Zeitpunkt niemand Rücksicht, in den Augen der Nationalsozialisten standen diese „Untermenschen“ den deutschen Plänen nur im Wege.

Ab 1942 begannen sich jedoch die Niederlagen der Wehrmacht zu häufen und aus dem geplanten „Blitzkrieg“ wurde ein Stellungskampf mit großen Materialschlachten. Die deutsche Rüstungsindustrie, die sich auf einen kurzen militärischen Schlagabtausch eingestellt hatte, stand kurz vor dem Zusammenbruch. Es sah es so aus, als wenn der Krieg sich noch über Jahre hinziehen würde und es fehlte an Arbeitskräften, um diese militärische Auseinandersetzung erfolgreich zu beenden. Die deutsche Führung deportierte daraufhin massenhaft Ukrainer unter unmenschlichen Bedingungen zur Zwangsarbeit nach Deutschland. Erst als sich bei den Nationalsozialisten der Gedanke durchsetzte, dass man diesen Krieg auch verlieren könnte, begann man damit die ukrainische Bevölkerung besser zu behandeln. Die Umsetzung der Ausbeutungs- und Vernichtungspläne verlegte man insgeheim auf das Ende des Krieges. Die Sympathien der ukrainischen Bevölkerung hatte man jedoch schon verspielt. Die despotische deutsche Besatzungspolitik war schuld daran, dass die zu Beginn des Feldzuges noch als „Befreier“ wahrgenommenen Deutschen schon nach wenigen Monaten als Unterdrücker gesehen wurden. Hinzu kam, dass sich auch bei den Ukrainern im Verlauf des Krieges immer mehr die Erkenntnis durchsetzte, dass die Sowjetunion in die ukrainischen Gebiete zurückkehren könnte. Außerdem durchschauten immer mehr Einheimische die wahren Absichten der Nationalsozialisten und wandten sich enttäuscht vom Dritten Reich ab. Viele Ukrainer, die im Dienst der Deutschen standen und unter Umständen an eine „Befreiung“ geglaubt hatten, begannen zu begreifen, dass sie Herren dienten, der sie nur für ihre eigenen Ziele instrumentalisierten. Gleichzeitig begannen Kollaborateure auch sich gegen Ende des Krieges verzweifelt an die nationalsozialistischen Versprechen zu klammern. Sie hatten im deutschen Auftrag Verbrechen begangen und wurden häufig von der eigenen Bevölkerung verachtet. Vielfach blieb ih-

nen kein anderer Ausweg als weiterhin mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten.

Anhand dieser Ausführungen lässt sich bereits die Komplexität der Kollaborationsthematik erkennen.

Natürlich gab es den Typus des Werth'schen Kollaborateurs, der sich den Nationalsozialisten aus politischer Überzeugung oder Opportunismus anschloss. Die Palette der Motive für Kollaboration ist jedoch viel größer und ihre Einstufung und Beurteilung durch die Geschichtswissenschaft hängt von vielen Faktoren ab. So gab es die unterschiedlichsten Formen von Kollaboration und die Zusammenarbeit mit den Deutschen und ihre Bewertung durch die historischen Akteure veränderte sich im Laufe des Krieges. Die Umstände, die zeitgenössischen Mentalitäten und Handlungslogiken müssen bei einer Untersuchung miteinbezogen und dahingehend ausgewertet werden, inwieweit sie die Entscheidung zur Kollaboration und die Zusammenarbeit selbst beeinflusst haben. Die vorliegende Studie will nach Erklärungsansätzen für das Handeln der Kollaborateure suchen, die sich nicht auf bereitwillige Unterordnung oder politische Einstellungen beschränken. Dabei will sie jedoch nicht die moralische Verurteilung der Taten in Frage stellen. Vielmehr soll das Phänomen „Kollaboration“ von mehreren Seiten betrachtet und einer zu eingegengten und auf den Beobachter beschränkten Sichtweise entzogen werden.

Alexander Werth und sein Besuch in Charkow sind ein guter Beweis dafür, wie sich die Bewertung von Situationen und Begebenheiten im Laufe der Zeit verändern können. Die Stadt wurde im März 1943 von der Wehrmacht zurückerobert und für weitere fünf Monate besetzt. Rückblickend war der Zeitpunkt seines Besuchs in Charkow also gut gewählt, um Interviews zu führen und zu recherchieren. Als sich Werth Anfang 1943 in der Stadt aufhielt, konnte er jedoch nicht wissen, dass sie innerhalb weniger Wochen wieder unter deutscher Herrschaft stehen und ihm hier die Möglichkeit journalistischer Arbeit für fast ein weiteres halbes Jahr verwehrt bleiben würde.

1.1. Forschungsstand und Quellenlage

Die Geschichte der Kollaboration bzw. der Zusammenarbeit Einheimischer mit der Besatzungsmacht ist auch Teil der Okkupationsgeschichte eines Landes. Die Frage danach, inwieweit Kollaboration im Zweiten Weltkrieg erforscht ist, beinhaltet deshalb auch die Frage nach dem Forschungsstand der Besatzungsgeschichte. Bereits Anfang der 1950er Jahre begann die Geschichtswissenschaft sich mit der deutschen Besatzung der westlichen Teile der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg zu beschäftigen. Ihren Ausgangspunkt hatten diese Forschungen gleichermaßen in den USA, in England und der UdSSR. In diesen Ländern lagerte der Großteil der nach dem Krieg sichergestellten NS-Akten. In den Vereinigten Staaten und in Großbritannien befanden sich die Hinterlassenschaften der politischen Zentralstellen und des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) sowie des Oberkommando des Heeres (OKH); die Akten der örtlichen Besatzungsorgane, wie z.B. der Stadt- und Ortskommandanturen, lagerten hingegen in den Archiven der Sowjetunion.³

In den USA und in England entstanden auch die ersten wissenschaftlich bedeutenden Überblicksdarstellungen zur deutschen Besatzungspolitik, die sich mit ihrer Planung, ihrer Organisation und Durchführung beschäftigten.⁴ Auch in der UdSSR wurde an Besatzungsgeschichten zum „Großen Vaterländischen Krieg“ geschrieben, allerdings waren die Darstellungen der Ereignisse stark ideologisch geprägt. Die sowjetische Führung diktierte ihren Historikern das Bild von einem heldenhaften Kampf des Sowjetvolkes gegen die faschistischen Eroberer. In den sowjetischen Geschichtsbüchern erhob sich die Zivilbevölkerung „wie ein Mann“ gegen die einfallende Wehrmacht und bekämpfte sie mit allen erdenklichen Mitteln, um sie wieder aus dem Land zu werfen. Die Einheimischen in den besetzten Gebieten waren in diesem Geschichtsbild entweder kommunistische Parti-

³ Siehe dazu: Rolf-Dieter Müller: Besatzungspolitik, in: Ders., Gerd R. Ueberschär: Hitlers Krieg im Osten 1941 – 1945. Ein Forschungsbericht, erweiterte und vollständig überarbeitete Neuausgabe, Darmstadt 2000, S. 313 f. (Im Folgenden: Müller, Besatzungspolitik).

⁴ Hier sind zu nennen: Alexander Dallin: Deutsche Herrschaft in Russland 1941 – 1945, Düsseldorf 1958 (dt. Übers. d. engl. Ausg.: German Rule in Russia 1941 – 1945) (im Folgenden: Dallin, Herrschaft); Gerald Reitlinger: Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers

sanen, Undergroundkämpfer oder fielen als „friedliche Sowjetbürger“ den nationalsozialistischen Verbrechen zum Opfer. Mit dieser Geschichtsverzerrung wollte die sowjetische Regierung eine politische Botschaft transportieren. Die Besatzungsgeschichten sollten dem Leser der Nachkriegszeit vermitteln, dass das Sowjetvolk auch in einer Krisensituation wie der deutschen Besatzung zu seinem Staat gestanden und für ihn gekämpft hatte. Die in Wirklichkeit massenhafte Kollaboration mit der Besatzungsmacht wurde zwangsläufig ausgeklammert. Sie passte nicht in das Bild einer durchweg prosowjetisch eingestellten Bevölkerung. Einzelne Fälle von Kollaboration wurden exemplarisch aufbereitet und als Ausnahmen dargestellt. Einheimische, die sich zur Zusammenarbeit mit den Okkupanten bereit erklärt hatten, wurden als Volksfeinde und verbrecherische Naturen bezeichnet, die sich durch ihr Handeln außerhalb der sowjetischen Gesellschaft gestellt hatten.⁵

Im Westen entstanden dazu in den 1950er Jahren Gegendarstellungen von einigen der tatsächlichen ehemaligen Kollaborateure und Protagonisten der nationalen Unabhängigkeitsbewegungen. Sie waren nach dem Krieg in die USA oder nach Westdeutschland geflohen und konnten hier weitestgehend unangefochten ihre Berichte und Memoiren veröffentlichen. Diese waren jedoch nicht weniger tendenziös als die sowjetischen Kriegsgeschichten. Sie versuchten das eigene Handeln zur Zeit des Krieges damit zu rechtfertigen, dass sie überbetonten, wie sehr die einheimische Bevölkerung bereit gewesen sei, mit den Dritten Reich gegen die Sowjetunion zusammenzuarbeiten. Sich selbst stellten sie als von den Deutschen Getäuschte dar, die eigentlich mit guten Vorsätzen gehandelt hätten.⁶

Gewaltpolitik in Russland 1941 – 1945, Hamburg 1962 (Dt. Übersetz. der engl. Ausg.: *A House built on Sand.*) (im Folgenden: Reitlinger, Haus).

⁵ Zu den Schriften aus der UdSSR beispielsweise: Vsevolod Ivanovič Klovov: *Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fašistskich okkupantov na Ukraine 1941 – 1944*, Kiev 1978 [Der Kampf des Volkes im Rücken der deutschen faschistischen Besatzer in der Ukraine 1941 – 44]; Michail Vasil'evič Koval': *Bor'ba naselenija Ukrainy protiv fašistkogo rabstva*, Kiev 1979 [Der Kampf des ukrainischen Volkes gegen die faschistische Sklaverei], Dmitrij F. Grigorovič: *Kiev – gorod-geroj* [Kiev – Heldenstadt], Moskau 1978. Deutschsprachig: G. F. Sastavenko: *Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel!*, Moskau 1963 (Verlag für fremdsprachige Literatur); zu den Kollaborateuren, insbesondere in Charkow: *Anklageschrift des Kriegsgerichts der 4. ukrainischen Front*, Abdruck: *Deutsche Greuel in Russland. Gerichtstag in Charkow*, Wien o. A.

⁶ Wladyslaw Anders: *Hitler's Defeat in Russia*, Chicago 1953. Ihor Kamenetsky: *Hitler's Occupation of Ukraine (1941 – 1944). A Study of Totalitarian Imperialism*, Milwaukee,

In der westdeutschen Geschichtsschreibung standen in den ersten zwanzig Jahren nach Kriegsende die Beschreibungen der militärischen Ereignisse an der Ostfront im Vordergrund. Hier konzentrierte man sich auf die Untersuchung der militärischen Leistungen der Wehrmacht, eigenständige Betrachtungen zur Besatzungspolitik waren selten. Auf diese Weise umging man nicht nur die heikle Thematik einer möglichen Verstrickung der Wehrmacht in die Verbrechen der SS hinter der Front, die Geschichte der Besatzung eines Landes wurde vielfach auch als Anhang zur eigentlichen Kriegsgeschichte verstanden und fand dementsprechend in vielen Werken kaum Beachtung.⁷ In der DDR entstanden zu dieser Zeit vor allem regional- und wirtschaftshistorische Studien zur deutschen Okkupationspolitik in der Sowjetunion. Meist hatten diese Forschungen auch einen politischen Hintergrund. Sie folgten den Vorgaben aus der UdSSR und beschrieben häufig die Überlegenheit des sozialistischen Systems gegenüber dem Nationalsozialismus. Westdeutschland wurde in diesen Untersuchungen vielfach als Erbe des NS-Staates dargestellt und auf Parallelen zwischen Nationalsozialismus und Kapitalismus hingewiesen.⁸

Anfang der 1960er Jahre begann eine neue Periode der westdeutschen Forschung zur Besatzungspolitik in der Sowjetunion. Der Rückfluss der NS-Akten aus den amerikanischen Archiven in die BRD begann und damit vervielfachten sich die Untersuchungsmöglichkeiten. In den Folgejah-

Wisconsin 1956. Für Charkow verschweigt einer der Bürgermeister in seiner Stadtgeschichte schlichtweg seine Tätigkeit für die Wehrmacht, siehe dazu: Oleksander Semenenko: Charkiv, Charkiv, München 1977 (im Folgenden: Semenenko, Charkiv).

⁷ Alan Clark: Barbarossa: The Russian-German Conflict 1941 – 1945, London, New York 1965; Hans Kissel: Gefechte in Russland 1941 – 1944, Frankfurt a. M. 1956. Tendenziös aufgrund der Verstrickung des Autors: Paul Carell (d. i. Paul K. Schmidt): Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Russland, Frankfurt a. M. 1963. Auch in neueren Forschungen wird die Betonung der Besatzungspolitik vernachlässigt: Guido Knopp: Der verdammte Krieg. Das „Unternehmen Barbarossa“, München 1991; Ders.: Hitlers Krieger, München 1998.

⁸ Norbert Müller: Wehrmacht und Okkupation 1941 – 1944. Zur Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus auf sowjetischem Territorium, Berlin (Ost) 1971; Ders.: Okkupation, Raub, Vernichtung. Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944, Berlin (Ost) 1980 (im Folgenden: Müller, Okkupation); Wolfgang Schuhmann (Hg.): Konzept für die Neuordnung der Welt. Die Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1977. Auch in Westdeutschland wird z. T. der Schwerpunkt auf den wirtschaftlichen bzw. kapitalistischen Aspekt gelegt, hier ist besonders hervorzuheben: Götz Aly; Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1990.

ren wandten sich deutsche Historiker zunehmend einzelnen Bereichen der nationalsozialistischen Besatzungspolitik zu. Sie beschäftigten sich mit der Nationalitätenpolitik des Dritten Reichs in den besetzten Gebieten und den Modifikationen in der deutschen Besatzungspolitik, die von der deutschen Führung aufgrund der sich verschlechternden Kriegslage ab 1942 vorgenommen worden waren. In den 1970er Jahren begannen deutsche Geschichtswissenschaftler damit, sich zunehmend auch „unangenehmen“ Themen zuzuwenden. Das unmenschliche Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand wurde ebenso untersucht wie die Rolle der Wehrmacht im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg.⁹ Ebenfalls eingehend erforscht wurden die Kriegsziele der Nationalsozialisten, das Russlandbild des Dritten Reichs, der Aufbau der Zivilverwaltung sowie die internen Streitigkeiten in der deutschen Führung über die Ziele der Besatzungspolitik.¹⁰

Es entstand ein Trend zur Fokussierung und Spezialisierung auf bestimmte Gebiete, der durch die Entstehung neuer kultur- und sozialgeschichtlicher Fragestellungen in den 1970er Jahren noch gefördert wurde und bis Anfang der 1990er Jahre anhielt. Alltagsgeschichtler erforschten die Lebens-

⁹ Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 1945, Stuttgart 1997 (im Folgenden: Bohn, Herrschaft); Czeslaw Madajczyk: Deutsche Besatzungspolitik in Polen, in der UdSSR und in den Ländern Südosteuropas, in: Karl Dietrich Bracher; Manfred Funke; Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933 – 1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992, S. 426 – 439 (im Folgenden: Madajczyk, Besatzungspolitik); Hans Umbreit: Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942 – 1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2, Stuttgart 1999, S. 3 – 272 (im Folgenden: Umbreit, Herrschaft); Christian Streit: Keine Kameraden. Das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand, Neuausg. Bonn 1997 (im Folgenden: Streit, Kameraden). Jürgen Förster: Die Sicherung des „Lebensraumes“, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 1030 – 1078 (im Folgenden: Förster, Lebensraum); Theo Schulte: Die Wehrmacht und die nationalsozialistische Besatzungspolitik in der Sowjetunion, in: Roland G. Foerster (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“, München 1993, S. 163 – 176 (im Folgenden: Schulte, Wehrmacht). Hans Umbreit: Die deutsche Besatzungsverwaltung. Konzept und Typisierung, in: Wolfgang Michalka (Hg.): Der Zweite Weltkrieg, München, Zürich 1989, S. 710 – 727 (im Folgenden: Umbreit, Besatzungsverwaltung).

¹⁰ Eberhard Jäckel: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft. Erw. u. überarb. Neuausg., Stuttgart 1981 (im Folgenden: Jäckel, Weltanschauung); Hans-Erich Volkmann (Hg.): Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln 1994. Peter Jahn: „Russenfurcht“ und Antibolschewismus: Zur Entstehung und Wirkung von Feindbildern, in: Ders., Reinhard Rürup (Hg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945, Berlin 1991, S. 47 – 65 (im Folgenden: Jahn, Russenfurcht); Cecil Robert: The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology, London 1972 (im Folgenden: Robert, Master Race); Ingeborg Fleischhauer: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte) (im Folgenden: Fleischhauer, Sowjetunion).

welten der „kleinen Leute“ und die Oral History schuf sich mit den Zeitzeugeninterviews ihren eigenen Zugang zur Geschichte des Krieges. Aufgrund neuer Fragestellungen und Arbeitshypothesen kam die Forschung zu neuen Ergebnissen und Erkenntnissen, Detailstudien untermauerten oder bestätigten Annahmen und schlossen etwaige Lücken. Durch die Untersuchung bestimmter Armeen oder Einheiten konnte die Mitverantwortung der Wehrmacht an den nationalsozialistischen Verbrechen eindeutig nachgewiesen werden und die Analyse von Schicksalen einzelner Soldaten machte es möglich, Einblicke in den Kriegsalltag zu erhalten.¹¹

Allerdings brachte dieser Trend auch tendenziöse Untersuchungen und Studien hervor. Arbeiten, die sich mit der Aufstellung sowjetischer Hilfsverbände und militärischer Formationen unter den Deutschen beschäftigten, versuchten nicht selten Hitlers radikales Vorgehen mit dem Verweis auf die Bereitschaft Einheimischer zur Mitarbeit zu relativieren. Die Tatsache, dass ehemalige Rotarmisten in den letzten Kriegsjahren auf deutscher Seite kämpften, wurde vielfach als Beweis dafür angeführt, dass die deutsche Besatzungspolitik nicht so schrecklich gewesen sein könne, wie von den meisten Historikern in Deutschland, den USA und der Sowjetunion behauptet wurde. Außer Acht gelassen wurde dabei jedoch meist, dass viele der Überläufer sich nicht für das Dritte Reich entschieden hatten, weil sie von Hitlers Politik überzeugt waren, sondern weil sie durch die repressive Politik der Sowjetunion in die Arme der Nationalsozialisten getrieben worden waren.¹²

Allerdings täuschten auch solch kontroverse Arbeiten und die häufig daraus resultierenden hitzigen Debatten nicht darüber hinweg, dass die westliche Wissenschaft Anfang der 1990er Jahre begann, bei der Erforschung

¹¹ Siehe hierzu den Forschungsband: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984. Außerdem: Wigbert Benz: Der Russlandfeldzug des Dritten Reiches: Ursachen, Ziele, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1986 (im Folgenden: Benz, Russlandfeldzug); Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 1 – 6, Stuttgart 1976 – 1983.

¹² Hans-Werner Neulen: An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und der Waffen-SS, München 1985; Jürgen Thorwald: Die Illusion. Rotarmisten in Hitlers Heeren, Zürich 1974. Insbesondere J. Hoffmann hat sich durch tendenziöse Darstellungen hervorgetan, siehe dazu: Joachim Hoffmann: Die Ostlegionen 1941 – 1943: Turkotaren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg, 1976; Ders.: Kauka-

der nationalsozialistischen Fremdherrschaft an Grenzen zu stoßen. Die im Westen vorhandenen Quellenbestände waren in großen Teilen aufgearbeitet und von vielen Seiten beleuchtet worden. Insbesondere Studien zum Alltag und zum Leben im Russlandfeldzug zeigten immer mehr das Dilemma, in dem die Forschung steckte. Denn mit den Quellen der Wehrmacht und der Nationalsozialisten konnte man nur mit den Augen der Besatzer auf das historische Geschehen blicken. Setzten sich also Studien zum Ziel, den Kriegsalltag in der Sowjetunion umfassend zu beschreiben, standen sie schon aufgrund der Quellenlage vor einem Problem. Denn die Einheimischen, die ja einen großen Anteil an diesem Alltag hatten, kamen - wenn überhaupt - nur in den deutschen Dokumenten zu Wort. Die sowjetische Bevölkerung wurde also nur durch diese Quellen wahrgenommen, mögliche Interaktionsprozesse zwischen Besatzern und Besetzten, die über das Beherrschen und Ausbeuten hinausgingen, konnten so nicht erforscht werden. Manche Untersuchungen zu den Verbrechen von SS und Wehrmacht in den eroberten Gebieten reduzierten die Einheimischen auf die Rolle der Opfer, die sich entweder wie Lämmer zur Schlachtbank hinführen lassen oder machten sie zu Widerständlern, die sich für den Partisanenkampf entschieden hatten. Das war angesichts der Ereignismeldungen der SS und der Wehrmacht nicht falsch, denn dort wurden Einheimische nur so beschrieben.¹³ Über das eigentliche Leben der sowjetischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung, über etwaige politischen Konstellationen einheimischer Gruppen in den besetzten Gebieten, dem Entstehen bestimmter Milieus oder einer Kriegsgesellschaft in den Städten und auf dem Land sagten solche Analysen jedoch nichts oder sehr wenig aus. Hinzu kam, dass die Quellen häufig die Planungsebene beschrieben oder auf der Ebene der mittleren Verwaltung in den besetzten Gebieten aufhörten.

sien 1942/43 : das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion, Freiburg im Breisgau, 1991; Ders.: Die Geschichte der Wlassow-Armee, Freiburg im Breisgau 1984.

¹³ Zur Sicht der Täter: Christopher R. Browning: Ganz normale Männer: das Reservepolizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 2005. Hannes Heer: Krieg ist ein Gesellschaftszustand: Reden zur Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944“, Hamburg 1998; Ders.: Tote Zonen. Die deutsche Wehrmacht an der Ostfront, Hamburg 1999; Ders., Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996; Ders. (Hg.): Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 1944, Hamburg 1995.

Auch wenn man im Westen durchaus über Briefe und Tagebücher von Soldaten verfügte, fehlte hier doch vielfach der Überbau, nämlich die Quellen von Stadt- Feld- und Ortskommandanturen in den besetzten Gebieten.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre hatte entscheidende Auswirkungen auf den Bereich der Geschichtswissenschaft, das sich mit dem „Großen Vaterländischen Krieg“ befasste. Die ehemals sowjetischen Archive öffneten nun auch für westliche Historiker ihre Pforten. Auf sie wartete hier ein schier endlos scheinendes Quellenmaterial und viele dieser Bestände sind bis heute nicht umfassend aufgearbeitet und ausgewertet worden. Der westlichen Forschung eröffneten sich völlig neue Möglichkeiten und Perspektiven. Zunehmend wurden nun bestimmte Regionen, Städte oder Dörfer zum Untersuchungsgegenstand von Studien, wobei hier nicht nur das deutsche Besatzungsregime untersucht wurde, sondern auch die Reaktionen der Einheimischen. Neuere Forschungen befassen sich mit den Verhältnissen in den zivil verwalteten Reichskommissariaten Ostland und Ukraine und mit den militärisch verwalteten Gebieten im Baltikum und in Weißrussland.¹⁴ Aber nicht nur der Zugriff auf die Aktenbestände von örtlichen deutschen und einheimischen Teilen der Besatzungsverwaltung, sondern auch die Nutzung der Aussagen von Zeitzeugen, die die deutsche Besetzung erlebt hatten, machte diesen Perspektivenwechsel möglich. Neue Fragen konnten an die Geschichte herangebracht werden: Was bedeutete der Krieg für die Sowjetbürger, wie veränderte die Besatzungszeit die sowjetische Gesellschaft und welche Spuren hinterließ sie beim Einzelnen? Aus Objekten der deutschen Politik wurden nun Subjekte historischen Handelns. „Wir haben Geschichten über die Deutschen in der Sowjetunion“, schrieb B. Bonwetsch und R. Thurston

¹⁴ Neueste Forschungen zum Leben unter deutscher Besatzung und zum Leben im Krieg generell: Karel C. Berkhoff: *Harvest of Despair: Life and Death in Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge 2004 (Im Folgenden: Berkhoff, *Despair*); Bernhard Chiari: *Alltag hinter der Front: Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941 - 1945*, Düsseldorf 1998 (Im Folgenden: Chiari, *Alltag*); Jörg Ganzenmüller: *Das belagerte Leningrad 1941 - 44. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern*, Paderborn 2005 (Im Folgenden: Ganzenmüller, *Leningrad*); Uwe Gartenschläger: *Living and Surviving in Occupied Minsk*, in: Bernd Bonwetsch; Robert W. Thurston: *The People's War: Responses to World War II in the Soviet Union*, Urbana 2000, S. 13 - 29 (Im Folgenden: Gartenschläger, *Minsk*).

2000 in „The People’s War“, „aber keine Geschichte der Sowjetunion unter deutscher Besatzung.“¹⁵

Neuere Ergebnisse, die sich zum Ziel gesetzt haben, eine solche Geschichte mitzuschreiben, widerlegen sowohl das von der sowjetischen Historiographie geprägte Bild einer durchweg prosowjetisch agierenden Bevölkerung, als auch das von Teilen der westdeutschen Forschung entworfene Bild einer homogenen Opfermasse. Es zeigt sich zunehmend, dass unter deutscher Fremdherrschaft ein vielfältiges Gemeinwesen existierte, das sich nicht durch verallgemeinernde Zuordnungen erklären oder beschreiben lässt. So ist es für das Reichskommissariat Ukraine und das militärisch verwaltete Weißrussland bereits gelungen, differenzierte Darstellungen der Kriegsgesellschaften zu schaffen. Sie beschreiben nicht nur, wie der Besatzungsalltag allmählich dazu führte, dass die Zivilbevölkerung zunehmend verrohete, sondern auch, wie sich aufgrund ständigen Mangels und Unterdrückung kulturelle und soziale Bindungen langsam auflösten und dem bloßen Überlebenswillen Platz machten. Es wird deutlich, wie die Einheimischen unter den Deutschen langsam Strategien entwickelten, um sich anzupassen, möglichst nicht aufzufallen und zu überleben. Um dieses Verhalten zu beschreiben, reichen Begriffe wie „Kollaborateur“, „Partisan“ oder „Opfer“ nicht aus. Der Gedanke beispielsweise, dass der einzelne durchaus gleichzeitig einige Aspekte der deutschen Besatzungspolitik befürwortete und sie u. U. unterstützen konnte, andere Bereiche jedoch durchweg ablehnte und sie bewusst sabotierte, ist eher abwegig, solange man in den oben genannten Begriffen denkt.¹⁶

Diese neuen Erkenntnisse setzen sich unter den vormals sowjetischen Historikern nur zögerlich durch. In den Nachfolgestaaten der UdSSR wird das

¹⁵ Zit n.: Bernd Bonwetsch; Robert W. Thurston: *The People's War: Responses to World War II in the Soviet Union*, Urbana 2000, S. 3 (im Folgenden: Bonwetsch, War). Im engl. Orig.: „We have histories of the Germans in the Soviet Union but not a history of the Soviet Union under German occupation.“

¹⁶ Berkhoff, Despair; Chiari, Alltag; Gartenschläger, Minsk; Robert Bohn: *Kollaboration und deutsche Mobilisierungsbemühungen im RK Ostland*, in: David Gaunt u.a. (Hg.): *Collaboration and Resistance during the Holocaust*, Bern 2004, S. 33 - 45 (Bohn, Kollaboration); Tanja Penter: *Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941 - 1943*, in: Christoph Dieckmann u.a. (Hg.): *Kooperation und Verbrechen*, Göttingen 2003, S. 183 - 224 (im Folgenden: Penter, Donbass); Dies.: *Zwischen Hunger, Terror und einer glücklichen Zukunft*, in: Klaus Tenfelde u.a. (Hg.): *Zwangsarbeit im Bergwerk*, Essen 2005, S. 433 - 467 (im Folgenden: Penter, Zukunft).

offizielle sowjetische Geschichtsbild des „Großen Vaterländischen Krieges“ nur Stück für Stück revidiert, teilweise bleiben alte Überzeugungen bestehen oder werden nur um den einen oder anderen Aspekt ergänzt.¹⁷ Dafür gibt es mehrere Gründe: so führte die Isolation der Historiker in der Sowjetunion dazu, dass die Wissenschaftler Anfang der 1990er Jahre überraschend mit den „westlichen“ Forschungsansätzen konfrontiert wurden und nur teilweise ihre Untersuchungsansätze dahingehend veränderten. Besonders die älteren, noch in der Sowjetunion ausgebildeten Geschichtswissenschaftler beharren häufig auf veralteten Forschungsergebnissen und Herangehensweisen und erschweren so der nachfolgenden Generation einen neuen Umgang mit der Kriegsgeschichte. Darüber hinaus öffneten sich die Archive Anfang der 1990er Jahre in diesem Umfang vielfach auch erstmalig für die russischen Historiker. Die sowjetische Regierung hatte auch ihren Wissenschaftlern einen Großteil des Quellenmaterials vorenthalten, um sicherzustellen, dass eine staatskonforme Geschichte geschrieben wurde. Häufig betraten sie - genau wie ihre westlichen Kollegen - wirklich wissenschaftliches Neuland und auch sie mussten sich angesichts der enormen Masse an Dokumenten neu orientieren. In den Fokus der osteuropäischen und russischen Forschungen traten zunächst die militärische Katastrophe der Roten Armee 1941, die Verluste der Streitkräfte und die Opfer unter der Zivilbevölkerung. Dabei behielten sie vielfach die Perspektive der Staatsführung, der Stäbe, der Ministerien und Behörden bei. Eher zögerlich beteiligen sich die Forscher an den Diskussionen über die deutsche Besatzung und oft sind die Ergebnisse ihrer Untersuchungen noch ganz den sowjetischen Argumentationsmustern verpflichtet.¹⁸

Die Auseinandersetzung mit der Besatzungszeit geschah und geschieht je nach Land, nach politischem System oder Einstellung auf sehr unterschiedliche Art und Weise. Die Ergebnisse solcher Untersuchungen die-

¹⁷ Bernd Bonwetsch: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941 – 1945: Der „Große Vaterländische Krieg“, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 9, 2005, S. 14 – 43 (im Folgenden: Bonwetsch, Sowjetunion).

¹⁸ Dimitri A. Volkogonov: Stalin als oberster Befehlshaber, in: Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“, München, Zürich 1991, S. 480 – 497 (im Folgenden: Volkogonow, Befehlshaber). Wei-

nen nicht immer nur dazu, den Erkenntnisstand zu fördern, häufig sollen sie persönliche und politische Meinungen untermauern und festigen. Bei dem Thema „Kollaboration im Zweiten Weltkrieg“ verhält es sich ähnlich. In der Sowjetunion wurde – wie bereits erwähnt – Kollaboration als Ausnahmeerscheinung gewertet. Zur Zusammenarbeit mit dem Feind waren nur Verbrecher fähig, Kollaboration wurde gleichgesetzt mit Landesverrat. Dass es tatsächlich zu massenhafter Kollaboration gekommen war, verschwieg die sowjetische Historiographie. Bei den „Ausnahmen“ handelte es sich entweder um Nationalisten, Landesverräter oder Opportunisten. Die sowjetische Wissenschaft folgte den Anweisungen ihrer Regierung und so war laut den Geschichtsbüchern der größte Teil der Besetzten seinem Staat treu geblieben. Alles andere hätte bedeutet, dass unter Umständen auch die UdSSR vor 1941 mit ihrer Politik selbst dazu beigetragen hatte, dass so viele Einheimische kurz nach dem deutschen Einmarsch übergelaufen waren. Im westlichen Nachkriegseuropa war die Beschäftigung mit dem Thema Kollaboration zwar nicht in dem Maße mit staatlichen Zwängen verbunden wie in der UdSSR, aber sie geschah trotzdem auf einer politisch und emotional sehr aufgeladenen Ebene.¹⁹ Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte sich die Konnotation des Begriffs „Kollaboration“ stark verändert. Bezeichnete der Begriff vor 1939 neben dem Zusammengehen von Einheimischen mit den Besatzungsbehörden auch noch die Zusammenarbeit zweier gleichberechtigter politischer Partner, wurde er durch die Beteiligung Einheimischer an den Schrecken der Naziherrschaft in den ersten Nachkriegsjahren auch im Westen zu einem Synonym für Landesverrat.²⁰ Wer sich also mit „Kollaboration“ auseinan-

terhin die Beiträge von Jurij J. Kiršin, Anatolij G. Chor'kow zum Zustand der Roten Armee, in: Ebda.

¹⁹ Siehe dazu den Sammelband von Yuri Boshyk (Hg.): *Ukraine during World War II. History and its Aftermath. A Symposium*, Edmonton 1986 (im Folgenden: Boshyk, Ukraine); Detlef Brandes: *Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod* (Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 1), München 1969; Ders.: *Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand* (Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 2), München 1975. Reinhold Bender: *Kollaboration in Frankreich im 2. Weltkrieg*, München 1992; John Alexander Armstrong: *Ukrainian Nationalism*, London 1963 (im Folgenden: Armstrong, Nationalism).

²⁰ Ausführungen zum Kollaborationsbegriff: Editorial „Kooperation und Verbrechen“, in: Christoph Dieckmann u. a. (Hg.): *Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939 – 1945* (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus

dersetzte, beschäftigte sich auch gleichzeitig immer mit „Landesverrat“, was natürlich den Blick auf das historische Phänomen weitestgehend verbaute. Mit dieser Begriffskonnotation stellte man nicht nur immer indirekt die Frage nach Loyalitäten, man wurde auch dazu verleitet, Verhaltensweisen im Rahmen einer Fremdherrschaft von vornherein in legitime und illegitime zu unterteilen. Wer mit den Deutschen kollaboriert hatte, hatte sich gegen sein Land entschieden, wer sich hingegen zur Wehr gesetzt hatte, war loyal geblieben. Diese Herangehensweise ließ kaum Raum für andere Erklärungsmuster und meist bestanden die Ergebnisse solcher Arbeiten im Kern aus Verurteilungen.²¹

Durch die negative Begriffskonnotation stieg auch der politische Druck auf diejenigen, die sich mit dem Thema beschäftigten. Kritische Äußerungen oder das Infragestellen vorhandener Forschungsergebnisse, die Kollaborateure in aller Schärfe verurteilten, konnten dazu führen, mit der Unterstellung konfrontiert zu werden, die nationalsozialistische Politik decken oder verteidigen zu wollen. Allzu schnell wurde man in eine Ecke gestellt mit den ehemaligen Kollaborateuren, die im westlichen Exil ihre Gegendarstellungen verfassten und durch Geschichtsverfälschung versuchten, das eigene Handeln im Nachhinein zu begründen. Insgesamt entstanden in den ersten Nachkriegsjahren vor allen Dingen Schriften, in denen entweder versucht wurde, das Geschehene zu rechtfertigen oder es zu verurteilen.²² Viele westliche Historiker legten ohnehin zunächst ihre Prioritäten

Bd. 19), Göttingen 2003, S. 11f (Im Folgenden: Dieckmann, Editorial). Für Frankreich u. a.: Pierre Bourget: Der Marschall: Petain zwischen Kollaboration und Resistance, Frankfurt am Main 1968.

²¹ Gerhard Hirschfeldt: Fremdherrschaft und Kollaboration: die Niederlande unter deutscher Besetzung 1940 - 1945, Stuttgart 1984; Claude Levy: Der schwarze Donnerstag. Kollaboration und Endlösung in Frankreich, Olten 1968; Lea Rosh: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“: Deportation und Ermordung der Juden; Kollaboration und Verweigerung in Europa, Hamburg 1990. Für die literarischen Erzeugnisse der ukrainischen Emigration in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg stellvertretend: Dokumentarbericht zur Selbstständigkeitserklärung der Ukraine am 30. Juni 1941, in: Autorenkollektiv (Hg.): Russischer Kolonialismus in der Ukraine. Berichte und Dokumente, München 1962, S. 180 - 202 (im Folgenden: Autorenkollektiv, Kolonialismus).

²² Siehe zur Geschichtsverklärung der ukrainischen Nationalbewegung: Autorenkollektiv, Kolonialismus. Roman Illnytzkyj: Deutschland und die Ukraine. Tatsachen deutscher Ostpolitik, 2 Bde., München 1958 (im Folgenden: Illnytzkyj, Ukraine). Boshyk, Ukraine. Die ukrainische Nationalbewegung wird als Freiheitskampf beschrieben, faschistoide und antisemitische Tendenzen in der Bewegung werden weitestgehend ausgeklammert. Einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand bietet: Frank Golczewski: Die Kollaboration in der Ukraine, in: Christoph Dieckmann u.a. (Hg.): Kooperation und Verbrechen. Göttingen 2003, S. 151 - 183 (im Folgenden: Golczewski, Kollaboration). Zur National-

auf die Erforschung des Widerstandes und konnten nebenher erwähnt das von der UdSSR konstruierte Geschichtsbild einer schlagkräftigen Partisanenbewegung nachhaltig verändern.²³

In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass die Bewertung von Kollaboration auch Auswirkungen auf die Beurteilung des Widerstandes gegen die Besatzungsmacht hatte. Beide Begriffe wurden zunehmend polarisiert. Resistenz und Auflehnung wurden als positive Leistung unter der Nazi Herrschaft dargestellt, Kooperationsbereitschaft und die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht hingegen als negatives Verhalten.

In den 1970er Jahren gelangte die westliche Forschung zunehmend zu einer differenzierteren Betrachtungsweise. Die Frage nach Landesverrat stand zwar immer noch im Raum, allerdings begannen Studien nun in schädigende und nutzbringende Kollaboration und in freiwillige und erzwungene Zusammenarbeit zu unterscheiden. Mit dieser Unterteilung begann auch eine neue Suche nach Gründen. Wenn es verschiedene Formen der Zusammenarbeit gab, mussten auch die Motive unterschiedliche sein.²⁴ Diese Suche nach Gründen und deren Beurteilung war und ist die Herausforderung der Kollaborationsforschung. Hier gibt es zwei grundlegende Probleme, an denen die Mitte der 1990er Jahre einsetzende moderne Kollaborationsforschung arbeitet. Erstens werden die historischen Abläufe der Kollaboration vielfach aus der gegenwärtigen Perspektive rekonstruiert und bewertet und zweitens wird Kollaboration auf der Grundlage

bewegung in beiden Weltkriegen: Frank Grelka: Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941, Wiesbaden 2005 (im Folgenden: Grelka, Nationalbewegung).

²³ Zur Veränderung des Geschichtsbildes der sowjetischen Partisanenbewegung: Bernd Bonwetsch: Sowjetische Partisanen 1941 – 1944. Legende und Wirklichkeit des „allgemeinen Volkskrieges“, in: Gerhard Schulz (Hg.): Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert, Göttingen 1985. S. 92 – 124. Zur Partisanenbewegung allgemein aus deutscher Sicht: Walter Hawemann: Achtung, Partisanen! Der Kampf hinter der Ostfront, Hannover 1953. Erich Hesse: Der sowjetische Partisanenkrieg 1941 – 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle, Göttingen 1969. Hannes Heer: Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Hannes Heer; Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg, Hamburg 1995, S. 104 – 138. Überblick auf russischer Seite, der altes Geschichtsbild eines geschlossenen Volkskampfes vertritt: A.A. Kurnosov: Bor’ba sovetskich ljudej v tylu nemecko-fašistskich okkupantov (Istoriografija voprosa), in: Istorija i istoriki. Istoriografija istorii SSR, Moskau 1965, S. 169 – 193 [Der Kampf sowjetischer Menschen im Hinterland gegen die faschistischen deutschen Okkupanten].

²⁴ Siehe dazu: Rings, Werner: Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa, München 1979, S. 112, 128, 134, 164, 218 (im Folgenden: Rings, Feind).

eines Begriffs beurteilt, der von vornherein negativ konnotiert ist. Die moderne Forschung versucht die, eigentlich nicht dem Gegenstand angehörende Jetzt-Perspektive explizit auszuweisen und die Ansätze einer möglichen Interpretation klar darzustellen. Auf diese Weise will man eine Messbarkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse erreichen und durch die Art und Weise, wie über die verwendeten Begriffe und Kriterien der eigenen Forschung reflektiert wird, ein greifbares Indiz für die Qualität der Untersuchungen erhalten.

Außerdem ist man bemüht, den Kollaborationsbegriff zu entschärfen und so für Diskussionen zugänglicher zu machen. Neuere Studien ersetzen den Begriff „Kollaboration“ heute daher durch „Kooperation“ oder „Zusammenarbeit“, um eine wertfreiere Herangehensweise zu ermöglichen. Da diese Begriffe keine nationalistischen, emotionalen oder politischen Diskurse beinhalten, erleichtern sie die Beschäftigung mit der Frage nach handlungsleitenden Motiven und Wahl- bzw. Entscheidungsmöglichkeiten der historischen Akteure. Darüber hinaus ist die Geschichtswissenschaft bemüht, die Polarisierung der Begriffe Kollaboration und Widerstand aufzuheben und damit zu zeigen, dass sich die Verhaltensweisen der Einheimischen nicht nur dem einen oder dem anderen Spektrum zuordnen lassen.²⁵ Begriffe wie Akkomodation, Attentismus, Anpassung oder Dissens sollen es möglich machen, genauere Beschreibungen und Bewertungen vorzunehmen.²⁶

²⁵ Siehe dazu: Christoph Dieckmann u.a. (Hg.): Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939 – 1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus Bd. 19), Göttingen 2003; Frank Golczewski: Die Organe der deutschen Besatzungsmacht: die ukrainischen Schutzmannschaften, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.): Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 - 1945, Bd. 4), Berlin 1998, S. 173 - 196 (im Folgenden: Golczewski, Besatzungsmacht); Ders.: Ukrainische Reaktionen auf die deutsche Besetzung 1939/41, in: Wolfgang Benz (Hg.): Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation (Schriftenreihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 - 45, Bd. 1), Berlin 1996, S. 199 - 213 (Golczewski, Reaktionen); Bohn, Kollaboration; Valentin Bojzow: Aspekte der militärischen Kollaboration in der UdSSR 1941 - 1944, in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration 1938 - 1945, Achtebändige Dokumentenedition, Erg.-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994, S. 293 - 319 (im Folgenden: Bojzow, Aspekte); Martin Dean: Microcosm: Collaboration and Resistance during the Holocaust in the Mir Rayon of Belarus, 1941 - 1944, in: David Gaunt u.a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 223 - 261 (im Folgenden: Dean, Microcosm).

²⁶ Chiari, Alltag, S. 14.

Allerdings ist die Suche nach passenden Termini, mit dem der historische Sachverhalt angemessen untersucht und dargestellt werden kann, nicht die einzige Schwierigkeit der modernen Kollaborationsforschung. Untersuchungen zur Okkupationsgeschichte eines Landes behandelten vielfach die Zeit der Fremdherrschaft so, als fiele sie aus dem „normalen“ Verlauf der Landesgeschichte heraus. Zum Teil erscheint die Besatzungszeit so, als handele es sich um einen historischen Ausnahmezustand. Ein solcher Zugang hat für die Erforschung des Phänomens Kollaboration enorme Konsequenzen, denn er impliziert, dass das Handeln und Denken der Akteure in hohem Maße von dieser Ausnahmesituation bestimmt wurde. Die Vor- und Nachgeschichte des Landes, die entscheidende Hinweise auf die Motive und Antriebsgründe der Kollaborateure liefern könnte, wird dabei vielfach außer Acht gelassen oder nicht ausreichend miteinbezogen.²⁷

Auch der zunehmend angestregte Vergleich verschiedener Besatzungs-administrationen untereinander im okkupierten Europa erbringt neue Erkenntnisse hinsichtlich der Kollaborationsthematik. Neben einem breiten Spektrum nationalsozialistischer Herrschafts- und Regulationsformen in den okkupierten Ländern existierten ebenso viele Formen der Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Einheimischen.²⁸ Die Motivationen der kollaborationsbereiten Gruppen, der Wert dieser Kooperation für die Besatzungsmacht und deren Resultate unterschieden sich je nach Land, manchmal sogar nach Region. Ausschlaggebend dafür waren nicht nur die jeweiligen politischen Konstellationen und rassenideologischen Grundsätze der Nationalsozialisten, sondern auch die sozial- und wirtschaftspolitischen Aspekte, die neuere Studien immer mehr in den Mittelpunkt rücken.²⁹ Die Klärung von Verfahrensweisen und Fachbegriffen zur Unter-

²⁷ Gerhardt Hass: Deutsche Okkupationsziele und die Kollaboration in den besetzten Gebieten der Russischen Föderativen Sowjetrepublik 1941 - 1944, in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938 - 1945), Achtbändige Dokumentenedition, Erg.-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994, S. 273 - 293 (im Folgenden: Hass, Okupationsziele); Ryszard Torzecki: Okkupationspolitik in der Ukraine, in: Ebda., S.239 – 274 (im Folgenden: Torzecki, Okkupationspolitik).

²⁸ Umbreit, Hans: Die Rolle der Kollaboration in der deutschen Besatzungspolitik, in: Ebda., S. 33 - 44 (im Folgenden: Umbreit, Besatzungspolitik).

²⁹Der damit einhergehende konzeptionelle und methodische Paradigmenwechsel von der „Besatzung als sozialem Prozess des Alltagslebens“ ist auch bereits teilweise in der Forschungsliteratur verarbeitet worden. Chiari, Alltag, S. 14.

suchung des historischen Gegenstandes „Kollaboration“ ist nicht abgeschlossen und auch auf internationaler Ebene noch in der Diskussion.

In der Ukraine leben beispielsweise alte Paradigmen wie der zu Sowjetzeiten konstruierte „Volkskampf“ gegen die Besatzer unter nationalen Vorzeichen weiter und finden ihren Niederschlag in Studien und Analysen zur Thematik. Insbesondere im westlichen Teil verstehen viele Historiker die Geschichte der Ukraine allein als Geschichte dieses Volkes. In diesem Zusammenhang werden die Ereignisse während der deutschen Besatzung und der anschließenden Rückeroberung durch die sowjetischen Truppen vorschnell in das Bild eines nationalen Befreiungskampfes eingebettet und entziehen sich somit jeder anderen Interpretation.³⁰ Die ukrainische Historiographie verzeichnet aber auch beachtliche Ergebnisse. Seit 1995 wurden im Rahmen vieler Gedenkkonferenzen Bände veröffentlicht, die versuchen, zu einem differenzierteren Geschichtsbild zu gelangen und die Ereignisse zwischen 1941 und 1945 zu enttabuisieren.³¹

Eine deutsche Ukraineforschung existiert in Ansätzen auch erst wieder seit dem Ende der Sowjetunion, bedingt durch die historisch-politische Entwicklung der Osteuropaforschung in Deutschland. Dieser sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts allmählich entwickelnde Wissenschaftszweig stellte seit 1933 als Ostforschung seine Dienste dem Dritten Reich zu Verfügung. Ostmitteleuropa, bzw. die Ukraine wurde als deutscher Siedlungsraum betrachtet, in dem die dort bereits ansässigen deutschen Enklaven die maßgeblichen „Kulturträger“ stellten. Forscher wie Adolf Ehrh, Karl Stumpp oder Georg Leibbrandt waren maßgeblich an der Konstruktion

³⁰ Dieter Pohl: Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Andreas Kappeler, Peter Jordan, Walter Lukan, Josef Vogl (Hg.): Ukraine, Frankfurt a. M., 2001, S. 339 – 362, hier: S. 339 (im Folgenden: Pohl, Schlachtfeld).

³¹ Dazu: M. V. Koval' (Hg.): Ukraïna u druhij svitovij vijni. Uroky istorii ta sučasnist' [Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Lehren der Geschichte und der Gegenwart], Kiev 1995, Anatolij Trubajčuk (Hg.): Ukraïna u druhij svitovij vijni. Materialy dlja navčal'nych zakladiv [Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Materialien für Bildungseinrichtungen], Kiev 1997, M. V. Koval': Ukraïna 1939 – 1945. Malovidomi i nepročytani storinky istorii [Ukraine 1939 – 1945. Wenig bekannte und ungelesene Seiten der Geschichte], Kiev 1995; Ders.: Total'na vijna na znyščennja [Totaler Vernichtungskrieg], in: Istorija Ukraïny. Nove bačennja [Geschichte der Ukraine. Eine neue Sichtweise], Bd. 2, Kiev 1996, S. 281 – 328; Jaroslav Hrycak: Narys istoriï Ukraïny [Abriss der Geschichte der Ukraine], Kiev 1995, S. 210 – 265.

dieses Geschichtsbildes beteiligt, was sie später zu prominenten Stützen der nationalsozialistischen „Lebensraum“-Politik machte.³²

Ihre Instrumentalisierung durch das Dritte Reich kompromittierte diese Historiker im Nachkriegsdeutschland und ließ die Ukraineforschung an Bedeutung verlieren. Darüber hinaus führten die weltpolitischen Entwicklungen dazu, dass sich die deutsche Osteuropaforschung mehr und mehr der Analyse der sowjetischen Geschichte zuwandte.³³

Mit dem allmählichen Zerfall der Sowjetunion und der in diesem Kontext wieder aufbrandenden nationalen Bewegungen in deren Teilstaaten erhielten Studien zur Geschichte der Ukraine Anfang der 1980er Jahre wieder mehr Aufmerksamkeit. Zeitlicher Schwerpunkt der deutschsprachigen Arbeiten waren und sind das 19. und 20. Jahrhundert, wobei hier eher die westukrainischen Gebiete – also Galizien und die Bukowina – meist aufgrund ihres polyethnischen Charakters im Mittelpunkt des Forschungsinteresses standen, weiterhin Arbeiten zur Nationalbewegung, zur städtischen Gesellschaft und einzelnen Schichten und Milieus.³⁴ Auch zur Geschichte der Ukraine im Zweiten Weltkrieg liegen mittlerweile Arbeiten vor, die sich mit dem Holocaust in der Ukraine, genauer in Galizien, befassen.³⁵ Der Kollaboration zwischen Ukrainern und der deutschen Besatzungsmacht widmen sich bisher allerdings nur Aufsätze, hier eher im Überblick oder verdichtet den militärischen Aspekt betrachtend.³⁶ Diese Artikel zur Besatzungspolitik in der Ukraine verweisen im Hinblick auf die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit auf eine Vielzahl von Motiven, von nationalistischen Handlungslogiken bis zur Existenzsicherung und decken personelle Kontinuitäten vom sowjetischen zum deutschen Verwaltungsapparat auf.³⁷

³² Andreas Kappeler: Die Ukraine in der deutschsprachigen Historiographie, in: Ders., Peter Jordan, Walter Lukan, Josef Vogl (Hg.): Ukraine, Frankfurt a. M., 2001, S. 161 – 178, hier: S. 163 (im Folgenden: Kappeler, Ukraine).

³³ Ebda., S. 169.

³⁴ Ebda., S. 172f.

³⁵ Dieter Pohl: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 – 44. Organisation und Durchführung eines Massenverbrechens, München 1996; Thomas Sandkühler: Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941 – 1944, Bonn 1996.

³⁶ Wolfdieter Bihl: Ukrainer als Teil der Streitkräfte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg, in: ÖOH 29 (1987) 1, S. 28 – 55; weiterhin div. Artikel von F. Golczewski.

³⁷ Penter, Donbass; Penter, Zukunft.

Zu Charkow liegt bisher eine ukrainische Monographie vor, die ein umfassendes Bild der deutschen Besetzung der Stadt zeichnet und die historischen Ereignisse in die gesamte deutsche Besatzungspolitik in der Sowjetunion einbettet. Obwohl die Studie sehr minutiös vorgeht und mit sehr viel Detailwissen arbeitet, fällt doch auf, dass bei der Bewertung der Ereignisse überkommene Begründungen und nationaler Pathos erhalten müssen.³⁸

Neben der Kollaboration widmet sich die vorliegende Arbeit auch der Erforschung der untersten administrativen Strukturen der nationalsozialistischen Herrschaft. Sie will die Funktion und den Einfluss städtischer Verwaltungen auf die Politik betrachten und untersuchen. Bisher liegt hierzu ein umfassender Aufsatzband zur Untersuchung von Stadtverwaltungen im Reich vor.³⁹ Bei der Betrachtung nationalsozialistischer Administrationen nimmt die Forschung zunehmend kommunale Herrschaft in den Fokus und stellt die Frage nach systemstabilisierenden Komponenten von Stadtverwaltungen. Inwieweit kann ein bürokratischer Apparat, dessen Arbeit sich an Gesetzen, Vorschriften, Sachbezogenheit und Routine orientiert, politisiert werden? In diesem Zusammenhang fragt sie nach dem Fortbestehen normenstaatlicher Elemente, also inwieweit örtliche Administrationen nach den tradierten Normen des Verwaltungsrechts nach 1933 weiter bestehen konnten und wollten. Die neueste Forschung zeigt, dass das historische Bild des integren Berufsbeamten in der Kommunalverwaltung zunehmend in Frage gestellt werden muss.⁴⁰ Auch wenn es sich hier um Untersuchungen handelt, die sich bisher ausschließlich mit der Verwaltungsgeschichte in Deutschland beschäftigt haben, so können doch die Fragestellungen, die im Rahmen dieser Analysen entwickelt wurden, teilweise auch auf die Administrationen im Besatzungsraum übertragen werden. Die Frage nach der nationalsozialistischen Durchdringung der Verwaltungsdienststellen und nach der Zusammenarbeit verschiedener Inte-

³⁸ Anatolij Skorobogatov: *Charkiv u Časy Nimec'koji Okupaciji (1941 – 1943)*, Charkiv 2004. (Im Folgenden: Skorobogatov, Charkiv).

³⁹ Sabine Mecking; Andreas Wirsching: *Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus*, in Sabine Mecking (Hg.): *Stadtverwaltungen im Nationalsozialismus: systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn 2005.

⁴⁰ Ebd., S. 1, 2.

ressengruppen kann für die Erforschung von Kommunalverwaltungen im deutschen Besatzungsgebiet durchaus von Bedeutung sein, auch wenn hier teilweise Einheimische in den Amtsstuben saßen. So kann untersucht werden, inwieweit die Kommunalverwaltung systemstabilisierend wirkten, außerdem bieten sich Vergleiche darüber an, in welchem Maße verschiedene Kommunalverwaltungen die nationalsozialistische Ausgrenzungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik unterstützten und bei ihrer Umsetzung halfen.⁴¹ Die Erkenntnis, dass die Funktion und die Reichweite von personellen Netzwerken den eindimensionalen von „oben“ nach „unten“ gerichteten Prozess der herrschaftlichen Gewaltausübung beeinflussten, kann auch in der Ukraine dazu genutzt werden, die Beeinträchtigung der Funktionalität kommunaler Herrschaft zu erforschen.⁴² Die Aufdeckung lokaler Beziehungsgeflechte ist letztendlich existentiell für das Verständnis der Umsetzung der Politik auf unterster Ebene, sei es nun im Reich oder in den unterworfenen Ländern. Hier zeigt sich, dass die Untersuchungsansätze der Verwaltungsgeschichte der Kollaborationsforschung durchaus von Nutzen sein können.

Insgesamt öffnet sich die Kollaborationsforschung seit den 1990er Jahren neuen Fragestellungen und ist mittlerweile gekennzeichnet durch interdisziplinäre Untersuchungsansätze deren Ergebnisse weit entfernt sind von den moralischen Verurteilungen der ersten Nachkriegsjahre.

1.2. Fragestellung und Gliederung

Die vorliegende Arbeit zur einheimischen Stadtverwaltung in Charkow in den Jahren 1941 bis 1943 erforscht verschiedene Aspekte der Zusammenarbeit zwischen der Wehrmacht und den Ukrainern. Die Motive der Kollaborateure sollen ebenso untersucht werden, wie die gegenseitigen Wahrnehmungen der Akteure und die Aufgaben des ukrainischen Verwaltungsteils. Bereits bestehende Ergebnisse der Kollaborationsforschung sollen anhand der Analyse der Kriegsgeschichte der Stadt bestätigt und erweitert oder verworfen werden. Die regionalgeschichtliche Studie will neue Erkenntnisse im Hinblick auf die Antriebsgründe der Kollaborateure und auf

⁴¹ Ebd., S. 4.

⁴² Ebd., S. 9.

die Arbeitsweise des Besatzungsapparats bzw. auf die Rolle des einheimischen Verwaltungsteils erbringen.⁴³

Für die Beschäftigung mit der Stadtverwaltung in Charkow sind zunächst zwei Aspekte von Bedeutung. Erstens die von den Deutschen geschaffenen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit und zweitens die Ansprüche und Erwartungen, die die zukünftigen Kollaborateure an diese Kooperation knüpften. Die Studie stellt deshalb zunächst heraus, welche speziellen deutschen Interessen in der betreffenden Region bestanden und mit welchen Mitteln sie umgesetzt werden sollten. Die Vorstellungen Hitlers über ein deutsches Siedlungsgebiet auf dem eroberten Territorium spielen dabei ebenso eine Rolle wie die damit zusammenhängenden Pläne zur Unterwerfung der Einheimischen, zur Ausbeutung der wirtschaftlichen Ressourcen und zur Vernichtung der Juden. Um die verschiedenen Gruppen und deren Interessen in der deutschen Führung darzustellen, setzt sich die Arbeit in den ersten Kapiteln mit denen in der Parteispitze herrschenden Uneinigheiten über die zukünftige Behandlung der Ukraine und ihrer Bevölkerung auseinander. In diesem Zusammenhang finden die alternativen Vorschläge Alfred Rosenbergs für eine „gemäßigtere“ Besatzungspolitik und deren Ablehnung durch Hitler Erwähnung und auch das Russlandbild der Wehrmacht wird umrissen und auf spezielle Absichten und Interessen der Militärs hin untersucht.

Die Analyse der im Dritten Reich vor dem Angriff auf die Sowjetunion bestehenden unterschiedlichen Fremd- und Feindbilder ist deshalb für die Studie von grundlegender Bedeutung, da sie dazu beiträgt, das Verhältnis zwischen den zukünftigen Kollaborateuren und den Besatzern besser zu erklären und zu verstehen. Die in Deutschland existierenden und zu einem überwiegenden Teil auf Imagination beruhenden Bilder von der UdSSR ersetzten in den militärischen und politischen Führungszirkeln die Realitäten und bestimmten ihr Denken und Handeln.⁴⁴ Für diese Feindbilder, die sich übrigens auch in großen Teilen der deutschen Gesellschaft wieder

⁴³ Die Kollaborationsforschung fordert eine regionale Ausdifferenzierung, um zu neuen Untersuchungsergebnissen zu gelangen, siehe dazu: Dieckmann, Editorial, S. 14.

⁴⁴ Siehe dazu auch die Ausführungen Wettes über die Russlandbilder der Deutschen im 20. Jahrhundert, Wolfram Wette: Die Wehrmacht, Frankfurt a. M. 2002, S. 14 f (im Folgenden: Wette, Wehrmacht).

fanden, waren die Realitäten in der Sowjetunion eher unbedeutend. Sie verzerrten politische und gesellschaftlich-soziale Zustände und sollten nicht Informationen über das jeweilige Land bzw. den Staat transportieren, sondern Aggressionen schüren und negative Meinungen erzeugen.⁴⁵

Die Arbeit untersucht, wie zu den zum Teil tradierten und schon Jahrhunderte alten Feindbildern über Russland neue nationalsozialistische hinzukamen und dieses Gemisch von Spekulationen und Fiktionen maßgeblich zur Einschätzung der ukrainischen Kollaborateure beitrug. Nicht nur das Handeln und Verhalten der politischen Führung und des militärischen Oberkommandos, sondern auch das der Armeen im Besatzungsgebiet gegenüber Ukrainern wurde von diesen Feindbildern bestimmt. Weiterhin wurde der Stellenwert, den die politische Führung und die Wehrmacht der Kollaboration in ihrer Besatzungspolitik in der Ukraine zumaß, maßgeblich von diesen Zerrbildern beeinflusst.

Diese Einstellungen und die damit verbundenen Mentalitäten schlugen sich auch in den vor Feldzugsbeginn ausgearbeiteten Planungen zur Anlage und Struktur der deutschen Besatzungsverwaltung nieder. Diese Planungen offenbarten, ob und in welchem Umfang mit der Mitarbeit der Besetzten gerechnet wurde, wo Kollaborateure eingesetzt und durch welche Versprechungen sie an die deutsche Seite gebunden werden sollten. Gleichzeitig wird hier deutlich, wie eng die militärische Taktik und die Organisation der Besatzung miteinander verknüpft waren und wie 1942 ein Scheitern der Feldzugspläne auch die Konzeption der Besatzungspolitik umwarf und der damit zusammenhängende Einsatz und die Bewertung von Kollaborateuren auf deutscher Seite neu überdacht werden mussten. Die im Zusammenhang mit der Erörterung der deutschen Planungen gemachten Ausführungen zur Behandlung der Zivilbevölkerung zeigen, dass die Wertschätzung der Ukrainer auf Nützlichkeitsabwägungen oder ideologischen Grundsätzen basierte und nichts mit Menschlichkeit zu tun hatte. Hier wird bereits klar, dass die Arbeit der Stadtverwaltung auf der Grundlage eines Spannungsfeldes bewertet werden muss, das sich zwi-

⁴⁵ Ebda, S. 15.

schen nationalsozialistischer Ideologie und den Realitäten des Ostkrieges bewegte.

Bei der Antwort darauf, welche Motive und Handlungslogiken im Jahr 1941 dazu führten, dass Ukrainer im Exil und in der Sowjetukraine bereit waren mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, verweist die vorliegende Arbeit zunächst auf die Jahre vor der deutschen Okkupation. Die Ursachen liegen zu einem großen Teil in der Geschichte vor dem Zweiten Weltkrieg, in der Entstehung einer ukrainischen Emigration nach dem Ersten Weltkrieg in Westeuropa, ihrem zunehmend radikalen Nationalismus und ihrem Verhältnis zum Dritten Reich. Das Streben dieser Emigranten nach nationaler Selbstbestimmung nahm die deutsche Führung auf und versuchte sie durch Propaganda und falsche Versprechungen von einem ukrainischen Staat an sich zu binden und sich ihre Mitarbeit im zukünftigen Okkupationsraum zu sichern. Weiterhin richtet die Studie ihren Blick auf die Entwicklung in der Zentral- und Ostukraine, denn „jede Betrachtung der Kriegsgeschichte der Ukraine muss von den katastrophalen Folgen der dreißiger Jahre für die Sowjetrepublik ausgehen.“⁴⁶ Hier spielten nicht nur die Diktaturerfahrung der einheimischen Bevölkerung und die sich daraus entwickelnden Anpassungsstrategien an repressive Herrschaftsformen eine enorme Rolle für die spätere Zusammenarbeit, sondern auch ein in der inneren Emigration in der Sowjetukraine weiter existierender Nationalismus liberaler Prägung, der den Nährboden für die deutsche Propaganda bildete. Nur aufgrund dieser Vorgeschichte konnten Schlagworte wie die „Befreiung vom Bolschewismus“ und „Arbeit für ein neues Europa“ den Nerv der Zeit treffen. Sowohl die innersowjetische ukrainische Geschichte, als auch die der Emigration in Westeuropa ist gleichermaßen bedeutend, um zu verstehen, warum Ukrainer in den örtlichen Verwaltungsorganen mitarbeiteten. Auch die unmittelbaren ukrainischen Reaktionen in Ost und West auf den deutschen Einmarsch in die UdSSR zeigen, dass zunächst eine hohe Bereitschaft zur Zusammenarbeit bestand. Hier verbanden sich Hoffnungen auf eine bessere Zukunft mit der Dankbarkeit für die Befreiung von der vielfach als Diktatur wahrgenommenen Sowjetuni-

⁴⁶ Zit. n.: Pohl, Schlachtfeld, S. 340.

on. Schnell machte jedoch die einsetzende Besatzungspolitik die Erwartungen zunichte. Die offiziellen Stellungnahmen Hitlers und seiner Gefolgschaft und die Propaganda der Wehrmacht sorgten jedoch dafür, dass ein Rest der anfänglich positiven Wahrnehmung bestehen blieb und sich weiterhin Ukrainer für die Kollaboration mit den Deutschen entschieden. Bereits 1995 hat Hans-Heinrich Wilhelm in einem Aufsatz zur Historiographie der deutschen Besatzungsgeschichte nach den „wahren“ Antriebsgründen der Kollaborateure gefragt und deutlich gemacht, dass weder nur „hehre“ Gründe, wie z. B. das Streben nach staatlicher Unabhängigkeit oder Freiheit, noch „verwerfliche“ Gründe, wie Opportunismus oder Anbiederung, die entscheidende Rolle gespielt haben können. Wilhelm plädierte dafür, die Motivationen für die Kollaboration aus der jeweiligen historischen Situation heraus zu untersuchen und dabei im Auge zu behalten, dass den jeweiligen Akteuren der aufgeklärte Blick des Historikers auf die Ereignisse bis 1945 zu diesem Zeitpunkt gefehlt hat.⁴⁷ Auch für die Stadtverwaltung Charkows gilt, dass weder nur ausschließlich „hehre“, noch „verwerfliche“ Gründe zur Erklärung herangezogen werden können, sondern dass weitere situativ bedingte Motive bei der Bewertung des Handelns der Kollaborateure miteinbezogen werden müssen. Dies bedeutet, dass die Studie bei der Suche nach Gründen nicht nur die Vorgeschichte des Krieges zu Rate zieht, sondern auch die Zeit der Besatzung mit im Auge behält.

Nachdem die Arbeit die Planung der deutschen Besatzungspolitik, deren ideologischen Grundlagen und die Situation in der Sowjetukraine und der ukrainischen Emigration vor dem Krieg erläutert hat, wendet sie sich der Geschichte Charkows in den Jahren 1941 bis 1943 zu. Die Studie beschreibt den Einmarsch der 6. Armee im Herbst 1941 und die darauf folgenden Repressionen gegen die Bevölkerung. Die Militärverwaltung hatte zum Ziel, jeglichen Widerstand in der einheimischen Bevölkerung brutal zu unterdrücken und gleichzeitig die lokale Wirtschaft und die Arbeitskraft der Einheimischen auszunutzen. Die Arbeit zeigt in diesem Zusam-

⁴⁷ Hans-Heinrich Wilhelm: Zur Historiographie der deutschen Besatzungspolitik in Russland – Forschungslücken, Proportionierungsprobleme und Tabus, in: Hans-Adolf Jacob-

menhang, wie unterschiedlich die Erwartungen waren, die die Einheimischen, die Wehrmacht und die Verwaltungsmitarbeiter an die im Oktober 1941 eingerichtete Stadtverwaltung hatten.

Im Folgenden werden die Einrichtung und der Aufbau der Stadtverwaltung sowie die Größe und Belegung ihres Mitarbeiterstabs ausführlich beschrieben und es wird auf strukturelle und personelle Veränderungen während des Besatzungszeitraums eingegangen. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang die Frage nach den in der Stadtverwaltung agierenden Interessengruppen. Die Arbeit zeigt, in welchem formalen Abhängigkeitsverhältnis die Akteure zur deutschen Stadtkommandantur standen und wie sie versuchten, diese Abhängigkeit zu umgehen, wenn es sie eigene Interessen durchsetzen wollten. Vor diesem Hintergrund beschreibt die Studie, von wem und mit welcher Absicht die ständigen Umstrukturierungen innerhalb des administrativen Apparates vorgenommen wurden.

Daneben liegt ein Schwerpunkt der Dissertation auf der Darstellung der Aufgabengebiete und der Tätigkeit der Stadtverwaltung. In welchen Bereichen wurde die einheimische Administration im Auftrag der Wehrmacht tätig und inwieweit war sie an den Verbrechen der Nationalsozialisten beteiligt? Weiterhin wird veranschaulicht, wie die Verwaltung den Besatzungsalltag⁴⁸ organisierte und so tagtäglich zum Funktionieren und Bestehen des deutschen Besatzungsregimes beitrug.⁴⁹ An dieser Stelle wird auch nach Handlungsspielräumen der Verwaltung gefragt. War sie wirklich nur der Handlanger der Wehrmacht oder verfolgte die Stadtverwaltung eigene politische, wirtschaftliche und kulturelle Ziele?

sen, Jochen Löser, Daniel Proektor, Sergej Slutsch (Hg.): *Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941 – 1995*, Baden-Baden 1995, S. 353 – 387, hier: S. 377.

⁴⁸ Siehe zum Alltag unter deutscher Besatzung in der UdSSR: Hans Joachim Schröder: *Alltagsleben im Russlandkrieg 1941 – 1945. Eine deutsche Perspektive*, in: Hans-Adolf Jacobsen, Jochen Löser, Daniel Proektor, Sergej Slutsch (Hg.): *Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941 – 1995*, Baden-Baden 1995, S. 388 – 409, hier: 388f.

⁴⁹ Der Besatzungsalltag ist nicht eine Aneinanderreihung ständiger Todeserwartungen, zwar handelt es sich um einen „Alltag der extremen Lebensbedingungen“, aber selbst unter den grausamsten Bedingungen bleiben existentielle menschliche Tätigkeiten erhalten und wiederholen sich. „Der Krieg“, so Konstantin Simonow, „ist nicht eine einzige ständige Gefahr, eine einzige Todeserwartung, ein einziger Gedanke an den Tod. Wäre es so, kein Mensch könnte den Belastungen des Krieges auch nur ein halbes Jahr, ja nicht einmal einen Monat standhalten. [...]“, zit. n.: Konstantin Simonow: *Kriegstagebücher. Zweiter Band 1942 bis 1945*, München 1979, S. 94.

Die Arbeit untersucht auch die Verwaltungsstrukturen: waren diese von den Deutschen geschaffenen Strukturen, die theoretisch das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Wehrmacht und einheimischer Verwaltung absichern sollten, in der Realität funktionstüchtig, oder konnten selbst deutsche Weisungen und Überwachungsmechanismen nicht verhindern, dass Seilschaften und persönliche Bekanntschaften die Arbeit der Verwaltung mitbestimmten?

Weiterhin stellt sich die Studie die Frage, welche Interessengruppen in der Verwaltung agierten und wie die Verwaltung zwischen der Erfüllung der Wehrmachtsbefehle, eigenen Ansprüchen und den Erwartungen anderer Gruppen taktierte.

Auch die zwischenzeitliche Besetzung Charkows durch die Rote Armee im Februar und März 1943 ist Thema der Analyse. Welche Auswirkungen hatte dieses sowjetische Interregnum auf die Verwaltung und ihre Mitarbeiter? Blieben viele ehemalige Verwaltungsmitarbeiter in der Stadt zurück und wurden durch die Rote Armee und den NKVD verhaftet oder flohen die meisten mit der Wehrmacht nach Westen? Hatte der sowjetische Geheimdienst Zeit für eine organisierte Verfolgung oder geschah sie eher planlos? Weiterhin wird die Arbeit untersuchen, ob und inwieweit die einmonatige Rückeroberung der Stadt die danach von den Deutschen wieder eingerichtete Verwaltung veränderte. Hatte also die zur Gewissheit gewordene Befürchtung, dass die Rote Armee in die deutsch besetzten Gebiete zurückkehren konnte auch Auswirkungen auf die neu errichtete Stadtverwaltung? Diesbezüglich wird die Studie die Frage aufwerfen, ob sich das Umdenken in der nationalsozialistischen Führung hinsichtlich der deutschen Besatzungspolitik auch auf die Charkower Verwaltung auswirkte. Gab es im Zuge dessen Veränderungen in der Struktur und bei den Kompetenzen der Verwaltung? Sollte sie dazu beitragen, die veränderte Zielsetzung einer menschenwürdigeren Behandlung der Bevölkerung zu verwirklichen oder wollten die Deutschen sie nicht oder nur wenig bei ihren Plänen miteinbeziehen?

Im letzten Abschnitt der Arbeit werden mehrere Fragen zur Stadtverwaltung im Rückgriff auf das bereits Dargelegte aufgeworfen. So wird präzisiert, warum sich Verwaltungsmitarbeiter und Bürgermeister zur Zusam-

menarbeit mit der Wehrmacht bereit erklärten. Dabei werden auf der einen Seite die Ausführungen zu Rate gezogen, die zu Beginn der Arbeit zur ukrainischen Nationalbewegung gemacht wurden, auf der anderen Seite wird die Arbeit der Verwaltung analysiert und gefragt, ob es neben Nationalismus noch weitere Antriebsgründe gab. In diesem Zusammenhang wird untersucht, ob und wie verschiedene Gruppen versuchten, ihre Ziele zu verwirklichen. Weiterhin wird auf das Verhältnis dieser Gruppen zueinander eingegangen. Konkurrierten sie in der Verwaltung miteinander oder versuchten sie sich zu einigen und einen gemeinsamen Weg zu gehen?

Darüber hinaus stellt sich die Studie die Frage warum Einheimische über den gesamten Besatzungszeitraum mit der Wehrmacht zusammenarbeiteten? Waren es 1943 die gleichen Motive wie 1941 oder änderten sich die Gründe?

Hier wird die Arbeit auch über die Beschreibung der Selbstwahrnehmung der Verwaltung versuchen, zu Ergebnissen zu gelangen. Die Studie wird zeigen, welche Rolle sich die Stadtverwaltung selbst zunächst im deutschen Besatzungsapparat gab und wie sich diese Selbstwahrnehmung im Laufe der Zeit veränderte. Darüber hinaus wird diese Selbstwahrnehmung der Verwaltung mit ihrer Wahrnehmung durch die Wehrmacht und der Bevölkerung verglichen.

Hinsichtlich der Arbeit der Stadtverwaltung wird die Studie auch überprüfen ob und inwieweit sie im Sinne der Wehrmacht funktionierte und wie effektiv sie an der Umsetzung der nationalsozialistischen Ziele mitarbeitete wurde. War die einheimische Verwaltung „gut“ in den deutschen Besatzungsapparat integriert und funktionierte sie? Hier wird zu klären sein, ob, warum und wann „Betriebsstörungen“ auftraten und wer sie verursachte.

Die Schlussbetrachtung präsentiert eine Zusammenfassung der Ergebnisse und wird sich auf dieser Grundlage noch einmal kritisch mit dem Kollaborationsbegriff auseinandersetzen. Kann diese Form der Zusammenarbeit angemessen mit „Kollaboration“ beschrieben werden oder erfordert die Umschreibung dieses historischen Phänomens auch eine andere Begrifflichkeit, die einer differenzierteren Betrachtungsweise Rechnung trägt? Hier soll nicht nur geprüft werden, inwieweit neuere Definitionen des Kol-

laborationsbegriffs, die in freiwillige und erzwungene Zusammenarbeit und in verschiedene Motive und Wahrnehmungen unterscheiden, passender sind, sondern ob auch andere Begriffe wie „Anpassung“ oder sogar „Widerstand“ das Verhalten der Akteure unter deutscher Besatzungsherrschaft nicht passender beschreiben.

Darüber hinaus wird die Schlussbetrachtung die Frage beantworten, inwieweit es sich bei Charkow um einen Sonderfall in der deutschen Besatzungspolitik handelte. Hier soll ein kurzer Vergleich mit anderen besetzten sowjetischen Metropolen Klarheit bringen. Unterschied sich das rein militärisch verwaltete Charkow von anderen ukrainischen Städten, die beispielsweise unter nationalsozialistischer Zivilverwaltung standen? Gab es Überschneidungen und Ähnlichkeiten in der Radikalität der Besatzungspolitik oder lässt sich das Auftreten und Agieren der Wehrmacht in besetzten sowjetischen Städten grundsätzlich von dem der zivilen Verwaltungsbehörden abgrenzen?

Am Ende bietet die Studie einen Ausblick und zeigt Bereiche auf, die es noch genauer zu untersuchen gilt, weist auf weitere Forschungsfelder und Grenzen der Arbeit mit den benutzten Quellen hin und stellt dar, welche Richtung die Kollaborationsforschung nehmen könnte.

2. Kollaboration in der Ukraine: Grundlagen und Bedingungen

2.1. Die Russlandvorstellungen und Okkupationsziele der deutschen militärischen und politischen Führung

Unter den deutschen Politikern und Militärs herrschten vor 1941 unterschiedliche Auffassungen über die Sowjetunion, ihr politisches System und über die Ziele eines möglichen Krieges gegen die UdSSR. Hitler setzte zwar im Zuge der Vorbereitungen des Feldzugs seinen Entwurf eines „Lebensraum“- und Vernichtungskrieges durch und der Schulterschluss der Wehrmachtsführung mit den Nationalsozialisten 1941 machte es ihm auch möglich, den Krieg nach seinen Vorstellungen zu führen. Die unterschiedlichen Russlandbilder und Entwürfe zur Ostpolitik hatten jedoch auch noch während des Krieges Auswirkungen auf das Verhalten der deutschen Führung. So bekamen beispielsweise je nach Kriegslage Konzepte Auftrieb, die eine humanere Behandlung der Zivilbevölkerung forderten, um sie so gegen die Rote Armee und Stalin mobilisieren zu können. Auch der Umgang mit Kollaborateuren war stark abhängig vom Kriegsverlauf und den unterschiedlichen politischen Ansichten zu Russland auf deutscher Seite.

2.1.1. Hitlers Pläne zur Eroberung neuen „Lebensraums“

Hitlers Vorstellungen von Russland bzw. der Sowjetunion waren ein Teil seines Weltbildes, nach dem die Bevölkerung der Erde in verschiedene Rassen mit unterschiedlichen Wertigkeiten und Eigenschaften eingeteilt war. Der germanischen war es dabei bestimmt zu beherrschen, anderen Rassen hingegen unterdrückt oder sogar ausgelöscht zu werden. Die Weltpolitik war ein ständiger Kampf, an dessen Ende nur der Stärkste siegen konnte. Der slawischen Rasse sprach Hitler nicht nur die Fähigkeit zur Staatsbildung ab, er behauptete auch sie würde ausschließlich von anderen Rassen beherrscht. Bis 1917 sei dabei der deutsche Einfluss im Zarenreich maßgeblich gewesen, nach dem Ersten Weltkrieg hätten allerdings die Juden in Form des Bolschewismus in Russland ihre Herrschaft errichten können. In der jüdischen Rasse sah Hitler seinen Hauptfeind. Die Juden waren nicht nur die Träger des politischen Systems der Sowjetunion und

strebten nach der Weltherrschaft, er hielt sie auch für rassistisch am minderwertigsten. Während die jüdische Rasse im Osten also über riesige Gebiete herrschte, in denen eine Bevölkerung wohnte, die sich aufgrund ihrer rassistischen Determination widerstandslos unterdrücken ließ, fehlte es nach Hitlers Ansicht gleichzeitig in Deutschland einer beständig anwachsenden germanischen Rasse an Raum. Diesen so genannten „Lebensraum“ sah Hitler auf dem Gebiet der Sowjetunion.⁵⁰ Die Gewinnung von „Lebensraum“ für die „germanische Rasse“ war das langfristige Ziel eines Krieges gegen die Sowjetunion,⁵¹ unmittelbar sollte es darum gehen, den Staat und die Juden endgültig zu vernichten und auf diese Weise einer ständigen politischen Bedrohung des Nationalsozialismus ein Ende zu setzen.⁵² Darüber hinaus sollten es die wirtschaftlichen Ressourcen der Sowjetunion der Wehrmacht ermöglichen, den Krieg im Westen erfolgreich zu Ende zu führen. Nach dem „Endsieg“ waren nach Hitlers Ansicht die eroberten sowjetischen Gebiete wirtschaftlich auszubeuten. Sie sollten in einem Kontinentaleuropa unter seiner Herrschaft für die deutsche Industrie Rohstofflieferant und Absatzmarkt gleichermaßen sein. Als Käufer deutscher Billigprodukte sah Hitler die unterworfenen Slaven, die – auf möglichst niedrigem Lebensniveau gehalten – den deutschen Siedlern als Arbeitsklaven und der deutschen Industrie als Käuferschicht dienen sollten.⁵³ Hitler räumte den Einheimischen keinerlei Mitbestimmungsrechte in der Gestaltung seiner Ostpolitik ein. Sie waren nur Objekte seiner Politik und

⁵⁰ Siehe dazu: Wette, Wehrmacht, S. 26.

⁵¹ „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Zit. n.: Adolf Hitler: Mein Kampf, Jubiläumsausgabe, München 1935, S. 742 f., siehe dazu auch: Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, Eingel. u. kom. v. G. I. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 62. Einen Überblick bietet: Gerd R. Ueberschär: Hitlers Entschluss zum „Lebensraum“-Krieg im Osten, in: Ders.; Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 83 f.

⁵² Siehe dazu beispielsweise: Wolfram Wette: „Rassenfeind“: Die rassistischen Elemente in der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion, in: Hans-Adolf Jacobsen; Jochen Löser; Daniel Proektor, Sergej Slutsch (Hg.): Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941 – 1995, Baden-Baden 1995, S. 175 – 201, hier: S. 177, 180 (im Folgenden: Wette, Rassenfeind).

⁵³ Siehe dazu: Gerd R. Ueberschär: Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg. Forschungsbericht, in: Ders.; Rolf-Dieter Müller (Hg.): Hitlers Krieg im Osten 1941 – 1945, Erw. u. vollst. überarbeitete Neuauflage, Darmstadt 2000, S. 225 f. (Im Folgenden: Ueberschär, Vernichtungskrieg).

sollten zu keinem Zeitpunkt durch Handlungen oder Entscheidungen Einfluss darauf nehmen können.

Am 18.12.1940 unterzeichnete Hitler die Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa“, laut der „die deutsche Wehrmacht [...] darauf vorbereitet sein [muss] auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).“⁵⁴ Hitlers Entschluss zum Krieg gegen die UdSSR hatte damit erstmalig formal offiziellen Charakter. In einer Rede am 30.03.1941 vor ca. 250 Generälen, den Befehlshabern und Stabschefs der für den Ostkrieg vorgesehenen Verbände machte er deutlich, dass es sich bei dem bevorstehenden Feldzug um einen ideologisch geprägten Vernichtungskrieg handeln würde. Das Heer müsse in diesem „Kampf zweier Weltanschauungen [...] von dem Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken.“ Es handle sich „um einen Vernichtungskampf“, in dem man den Feind nicht „konservieren“ dürfe:

„Der Kampf muss geführt werden gegen das Gift der Zersetzung. Das ist keine Frage der Kriegsgesetze. Die Führer der Truppe müssen wissen, wofür es geht [...] Die Truppe muss sich mit den Mitteln verteidigen, mit denen sie angegriffen wird. Kommissare und GPU-Leute sind Verbrecher [...] Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.“⁵⁵

Die UdSSR, wo nach Hitler „auf einem slawisch-tatarischen Leib ein jüdischer Kopf sitzt“, sollte „zerschlagen“, „zertrümmert“ oder „liquidiert“ werden.⁵⁶

4 Wochen nach dem Überfall, am 16.07.1941, konkretisierte Hitler in einer Besprechung in der Reichskanzlei mit Martin Bormann, Hans-Heinrich Lammers, Wilhelm Keitel und Alfred Rosenberg noch mal seine wirtschaftlichen Ziele in der Sowjetunion. Der unmittelbare Zweck der Okkupation sei es, „den riesenhaften Kuchen zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können.“⁵⁷

⁵⁴ Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa“, abgedruckt in: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 298 ff.

⁵⁵ Zit. n.: Franz Halder: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939 – 1942, bearb. v. Hans-Adolf Jacobsen, Bd. 2, Stuttgart 1963, S. 336 f (im Folgenden: Halder, Kriegstagebuch).

⁵⁶ Zit. n.: Otto Strasser: Ministersessel oder Revolution, Berlin 1930, S. 13.

⁵⁷ Protokoll der Besprechung am 16.07.1941, zit. n.: Wolfgang Schuhmann; Ludwig Nestler (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Die faschistische Okkupationspolitik in den

„Aus den neugewonnenen Ostgebieten“, so Hitler bei dem Treffen, „müssen wir einen Garten Eden machen, sie sind für uns lebenswichtig.“⁵⁸ Der vermeintliche Ressourcenreichtum der Sowjetunion bestimmte Hitlers Russlandbild fast genau so stark wie sein Rassismus. Bereits 1936 hatte er sich zur wirtschaftlichen Größe Russlands geäußert:

„Wenn uns der Ural mit seinen unermesslichen Rohstoffschätzen und die sibirischen Wälder zur Verfügung stehen und wenn die endlosen Weizenfelder der Ukraine zu Deutschland gehören, wird unser Land im Überfluss schwimmen.“⁵⁹

Die Ukraine spielte bei Hitler eine besondere Rolle. Die „Kornkammer“ sollte während des Krieges den laufenden Bedürfnissen der Front und des Reiches dienen. Die Wehrmacht sollte sich aus dem Land versorgen und die restlichen Wirtschaftswerte der deutschen Bevölkerung im Reichsgebiet zugeführt werden. Das Schicksal der ukrainischen Bevölkerung interessierte Hitler nicht, er klammerte die Versorgung der Einheimischen bei seinen Überlegungen bewusst aus.⁶⁰ Die Ukrainer standen seinen langfristigen Plänen im Weg, denn sie lebten in Gebieten, die früher oder später von Deutschen besiedelt werden sollten. Wenn also Millionen von ihnen im Zuge des Feldzuges oder aufgrund von gesteuerten Hungersnöten starben, kam das der zukünftigen Gestaltung des „Ostraums“ durchaus entgegen. Das Hitlersche Weltbild wurde bestimmt vom Gedanken des Rassenkampfes, aus dem die Germanen als Sieger hervorgehen mussten. Er ordnete alles dieser Zielsetzung unter und machte die Wertigkeit der Ukrainer

zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941 – 1944), Bd. 5, Berlin 1991, Dok. 19, S. 161, (im Folgenden: Nestler, Hakenkreuz), auch: Wolfgang Michalka (Hg.): Deutsche Geschichte 1933 – 1945, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a. M. 1993, S. 244 f.

⁵⁸ Ebda.

⁵⁹ Zit. n.: Hass, Okkupationsziele, S. 277, auch: Dallin, Herrschaft, S. 20.

⁶⁰ Torzecki, Okkupationspolitik, S. 251. Die Forschung betont verschiedentlich entweder die wirtschaftliche oder die rassistische Komponente für Hitlers Entschluss zum Angriff auf die UdSSR, Rolf-Dieter Müller prägte in diesem Zusammenhang den Begriff des „wirtschaftlichen Raubkrieges“, siehe dazu: Rolf-Dieter Müller: Das „Unternehmen Barbarossa“ als wirtschaftlicher Raubkrieg, in: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 173 – 196 (Im Folgenden: Müller, Raubkrieg). Als Grund für Hitlers Wendung nach Osten wird auch teilweise die militärische Lage 1940/41 betont, siehe dazu: Jürgen Förster: Hitlers Wendung nach Osten. Die deutsche Kriegspolitik 1940 – 1941, in: Bernd Wegener (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München 1991, S. 114.

dementsprechend davon abhängig, inwieweit sie ihm bei der Erreichung des germanischen „Endsieges“ von Nutzen sein konnten.

2.1.2. Alfred Rosenbergs Entwurf einer Ostpolitik

Hitler hatte mit seinen Plänen zur zukünftigen deutschen Ostpolitik zum größten Teil Rückhalt in der NSDAP, aber nicht alle hohen Parteimitglieder teilten seine Ansichten über die Behandlung der sowjetischen Bevölkerung. Alfred Rosenberg, der spätere Minister für die besetzten Ostgebiete, vertrat eine andere Haltung, die sich von Hitlers Plänen dahingehend unterschied, dass er ein gemäßigteres Auftreten gegenüber verschiedenen Ethnien in der UdSSR vorschlug. Seine Kritik an Hitlers Plänen basierte jedoch nicht auf humanitären Bedenken, sondern auf rassenideologischen Überlegungen. Im Gegensatz zu Hitler war er nicht der Meinung, dass alle Völker der Sowjetunion gleichermaßen minderwertige „Untermenschen“ seien. Er wollte in den besetzten Gebieten eine Nationalitätenpolitik entfalten und den Völkern je nach ihrem „Germanisierungsgrad“ mehr oder weniger persönliche Rechte und staatliche Autonomie zuerkennen.

Als unmittelbare Feinde des nationalsozialistischen Deutschlands sah Rosenberg nur das „Großrussentum“, also die aus der russischen Sowjetrepublik stammende Bevölkerung, die Juden und die sowjetische Regierung mit ihren Vertretern. Gegen diese Feinde wollte er – Hitlers Vorstellungen entsprechend – einen Vernichtungskrieg führen, das russische Kerngebiet sollte ausgebeutet und die Einheimischen versklavt werden. Die restliche Bevölkerung wollte Rosenberg weitestgehend schonen und sie unter Umständen in die deutsche Politik miteinbinden. Mit dem Beginn der Vorbereitungen für den Russlandfeldzug begann Rosenberg darauf zu drängen, dass seine Vorstellungen Eingang in die Konzeption der zukünftigen Ostpolitik finden sollten und wandte sich mehrmals an Hitler, um ihm seine Sicht der Dinge darzulegen. In seiner Denkschrift Nr. 1 vom 02.04.1941 unterstrich er die nationale Heterogenität des Sowjetstaates:

„Wie einst das zaristische, so ist auch das bolschewistische Russland ein aus sehr verschiedenartigen Völkerschaften zusammengesetztes Staatengebilde.“⁶¹

Er schlug vor, die Ukrainer, die Esten, Balten, Letten und Weißrussen in staatenähnliche Gebilde mit direkter Abhängigkeit zum großdeutschen Reich zusammenzufassen. Mittelpunkt der Rosenberg'schen Außenpolitik bildete der Gedanke an einen „Cordon Sanitaire“ um Deutschland und den zu erobernden Lebensraum in Polen, im Baltikum und in Russland. Die Einrichtung eines ukrainischen Staates sollte das Dritte Reich vor bolschewistischen Überfällen aus einer möglicherweise verbleibenden Rest-Sowjetunion schützen.

Hitler stand dem Konstrukt eines mehr oder minder selbstständigen Landes auf dem Territorium der Sowjetunion vollkommen ablehnend gegenüber. Der Gedanke, den Völkern der Sowjetunion bestimmte Rechte zuzugestehen, passte weder in sein Lebensraumkonzept noch in die anvisierte Ausbeutungspolitik. Nichtsdestotrotz machte er Rosenberg zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, wobei das Rosenbergsche Ministerium während des Krieges eher formalen Charakter besaß und die tatsächliche Macht bei dem von Hitler eingesetzten Reichskommissaren lag. Schon im Vorfeld der deutsch-sowjetischen Auseinandersetzung wurde deutlich, dass Hitler nicht bereit war sich auf die Nationalitätenpolitik seines zukünftigen Ostministers einzulassen: Rosenberg, damals Beauftragter für die zentralen Fragen des Ostraums, gab am 07.05. und 08.05.1941 seine Instruktionen für die zukünftigen Reichskommissare in der Ukraine und im Ostland, also dem heutigen Estland, Lettland, Litauen und Teilen Weißrusslands, heraus. Er machte deutlich, dass er die „[...] Errichtung eines freien ukrainischen Staates in engstem Bündnis mit dem großdeutschen Reich [...]“ wünsche. Außerdem erklärte er es zur Aufgabe des zukünftigen Reichskommissars Ukraine, für eine „Stärkung des Ukrainerturns“ Sorge zu tragen.⁶² Estland, Lettland, Litauen und Weißruthenien⁶³

⁶¹ Alfred Rosenberg, Denkschrift Nr. 1 vom 02.04.1941, Auszug zit. n.: Dallin, Herrschaft, S. 36.

⁶² Instruktionen von Alfred Rosenberg, Beauftragter für die zentralen Fragen des osteuropäischen Raumes, vom 07.05.1941, abgedruckt in: Wolfgang Schuhmann; Ludwig Nestler (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938 – 1954): Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten

sollten die Form eines deutschen Protektorats erhalten, die Esten sah Rosenberg sogar „[...] durch dänisches, schwedisches und deutsches Blut stark germanisiert [...]“. ⁶⁴ Am 09.05.1941 folgte eine Mitarbeiterbesprechung, auf der die zukünftige Ausrichtung der deutschen Besatzungspolitik in der UdSSR nochmals diskutiert wurde. Rosenberg setzte sich noch mal für den von ihm vorgeschlagenen Kurs ein, woraufhin ihn Hitler – wohl auch um die zwei Tage vorher von Rosenberg verfassten Schriftstücke zu kommentieren – zurechtwies:

„Ich warne Sie vor dem Gedanken, mit dem ukrainischen Nationalismus zu spielen. Mich interessiert die Ukraine nur als Reservoir, das wir brauchen, wie die anderen Kolonialvölker ihre Kolonien. Nationale Ambitionen sind da nur störend. Lassen Sie die Finger davon [...]“. ⁶⁵

Hitlers Absage während dieser Besprechung war richtungweisend. Die Besatzungspolitik gegenüber der sowjetischen Bevölkerung sollte vom Ausbeutungs- und Unterdrückungsgedanken beherrscht werden und nicht von nationalistischen Überlegungen. Wenn im späteren Kriegsverlauf Ukrainern, Letten, Weißrussen oder Esten Sonderrechte versprochen wurden, wenn sie sich entschieden auf deutscher Seite gegen die Rote Armee zu kämpfen, dann hatte dies nichts damit zu tun, dass sich Hitler im Angesicht der militärischen Niederlage plötzlich auf die Ideen Rosenbergs besann. Für ihn waren bei der Mobilisierung der Bevölkerung taktische Überlegungen ausschlaggebend, bei einem Sieg sollte die bisherige Besatzungspolitik nahtlos weitergeführt werden. Der außenpolitische Entwurf des Ministers für die besetzten Ostgebiete fand jedoch auf andere Art und Weise seinen Weg in die deutsche Ostpolitik. Er bestimmte bis zum Überfall im Juni 1941 die offizielle nationalsozialistische Außenpolitik und während des Krieges die deutsche Propaganda in den besetzten Gebieten. ⁶⁶

Gebieten der Sowjetunion (1941 – 1944), Berlin 1991, Dok. 3, S. 128 (im Folgenden: Nestler, Hakenkreuz).

⁶³ Es handelt sich um Teile des heutigen Weißrusslands, Anm. d. Verf.

⁶⁴ Instruktionen von Alfred Rosenberg vom 08.05.1941 für einen Reichskommissar im Ostland, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, Dok. 4, S. 131.

⁶⁵ Zit. n.: Jürgen Thorwald: Wen sie verderben wollen, Stuttgart 1952, S. 22.

⁶⁶ Grelka, Nationalbewegung, S. 123.

2.1.3. Russlandbilder und Einstellungen in der Wehrmacht

In der Wehrmacht gab es kein einheitliches Russlandbild, es bestanden im Gegenteil sehr unterschiedliche Vorstellungen über den zukünftigen Gegner und die Ziele des Krieges. Die Militärs, die sich in Hitlers unmittelbarer Umgebung aufhielten, teilten meist die rassistische Auffassung ihres „Führers“ vom Lebensraumkrieg im Osten. Auf vielen anderen militärischen Ebenen wurden die Vorstellungen über die Sowjetunion jedoch nicht in erster Linie durch die nationalsozialistische Ideologie bestimmt, sondern durch ein eher traditionelles Russlandbild, das über Jahrzehnte in Deutschland gewachsen war.⁶⁷ Seit den Märztagen der Revolution von 1848 wurden im Deutschen Reich die Ängste vor einem russischen Angriff genährt,⁶⁸ die Revolution von 1905, der Erste Weltkrieg, das Revolutionsjahr 1917, der anschließende Bürgerkrieg und das Entstehen der Sowjetunion lösten immer wieder die Angst vor einer „Überflutung“ durch die „asiatischen“ Horden oder einer Ausbreitung des Bolschewismus in Europa aus.⁶⁹ In den Schulbüchern der Kaiserzeit und der Weimarer Republik wurden „die Russen“ als ein desorganisiertes, zu eigenen Leistungen kaum fähiges Volk beschrieben:

„Das Russentum als solches scheint zu schöpferischer, aufbauender Tätigkeit überhaupt unfähig zu sein; fast alles, was Russland früher, nach außen und innen, geleistet hat, hatte es den in russischen Diensten stehenden Deutschen und Deutsch-Balten zu verdanken.“⁷⁰

⁶⁷ Hans-Heinrich Wilhelm: Motivation und Kriegsbild deutscher Generäle und Offiziere im Krieg gegen die Sowjetunion, in: Peter Jahn; Reinhard Rürup (Hg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945 Berlin 1991, S. 153 (im Folgenden: Wilhelm, Kriegsbild).

⁶⁸ „Die Russen sind da! Tod den Russen! [...] Von den Schätzen Deutschlands werden die russischen Horden gelockt und von Religions-Fanatismus getrieben. [...]“ Auszug aus einem Berliner Revolutions-Flugblatt vom März 1848, weiterhin: „Die Kosaken werden kommen auf ihren Pferden, mit ihren Peitschen und Picken und Alles niederreiten. Bedürfnisse haben sie nicht, im Zerstören sind sie Meister, denn sie haben kein Herz, sind empfindungslos. [...]“ Auszug aus Tagebuchaufzeichnungen des deutsch-baltischen Schriftstellers Viktor Hehn von 1867, beides abgedruckt in: Reinhard Rürup (Hg.): Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1991, S. 12 (Im Folgenden: Rürup, Dokumentation).

⁶⁹ Peter Jahn: Russenfurcht und Antibolschewismus, in: Ders.; Reinhard Rürup (Hg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945 Berlin 1991, S. 53 (im Folgenden: Jahn, Russenfurcht).

⁷⁰ Es handelt sich um eine Charakterisierung der Russen in einem Schulbuch der Weimarer Republik, 1925. Für die Kaiserzeit: „Die russischen Stämme sind Halbasiaten. Ihr Geist ist unselbständig, Wahrheitssinn wird durch blinden Glauben ersetzt, Forschungstrieb mangelt ihnen. Kriecherei, Bestechlichkeit, Unreinlichkeit sind echt asiatische Ei-

Im russischen Volk sah man eine blind gläubige Masse, die zunächst dem christlichen Zarenreich zugetan war und sich dann dem militanten und gottlosen Sowjetstaat zugewandt hatte. Russland und später die Sowjetunion wurden als Land wahrgenommen, das riesig, unbekannt und gefährlich zugleich war, die Furcht vor einer möglichen Expansion war allgegenwärtig.⁷¹ Das deutsche Militär sah sich hier als „Bollwerk“ in Europa und als „letzten Schutzwall des Reiches gegen den Osten“.⁷² Als in den 1920er Jahren Nachrichten über die innenpolitische Lage in der Sowjetunion Westeuropa erreichten, etablierte sich in politisch rechten Kreisen der deutschen Armee das Bild eines instabilen „tönernen Koloss“, der nur leicht von außen angestoßen werden müsse, um zusammenzubrechen.⁷³ Dieses imperialistische Russlandbild wurde nur kurzzeitig von einigen Militärs in Frage gestellt, als in der Weimarer Republik die Reichswehr zusammen mit der Roten Armee auf sowjetischem Boden Waffen testete. Die jahrelange intensive Kooperation hinterließ bei einigen der älteren Offiziere der späteren Wehrmacht einen bleibenden Eindruck von supranationaler soldatischer Solidarität.⁷⁴ Allerdings existierten parallel dazu in der Reichswehr die imperialistischen Vorstellungen weiter, vielfach ergänzt durch Rassismus und Nationalismus.

Die Nationalsozialisten beendeten die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee und in den Folgejahren flossen die Informationen aus und über die Sowjetunion immer spärlicher. Auch der Hitler-Stalin-Pakt, der offiziell zu einer Annäherung der beiden Staaten führte, hatte kaum Auswirkungen auf den militärischen Sektor. Alte Russlandvorstellungen waren zunehmend wieder präsent, so beispielsweise das Bild vom „Koloss auf tönernen Füßen“. Die stalinistischen Säuberungen

genschaften.“ Auszug aus einem Schulbuch von 1908, beides abgedruckt in: Rürup, Dokumentation, S. 14/15.

⁷¹ Lutz Lemhöfer: Gegen den gottlosen Bolschewismus. Zur Stellung der Kirchen im Krieg gegen die Sowjetunion, in: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette: „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 132 ff.

⁷² Siehe dazu die Lagebeurteilung des Kommandeurs der deutschen Truppen in den baltischen Staaten, General von der Goltz, im Februar 1919, auszugsweise abgedruckt in: Rürup, Dokumentation, S. 17.

⁷³ Zum „tönernen Koloß“ und Russlands Drang nach Westen als Imaginationen siehe: Andreas Hillgruber: Das Russland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion, in: Bernd Wegener (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München 1991, S. 167/168 (Im Folgenden: Hillgruber, Russland-Bild).

in den 1930er Jahren führten dazu, dass viele deutsche Militärs glaubten, der Roten Armee fehle es nun endgültig an einer erfahrenen Führungsriege.⁷⁵ Bei solchen Annahmen handelte es sich allerdings häufig um Vermutungen. Über die wirkliche Situation in der Sowjetunion spekulierten die deutschen Militärs ebenso, wie über die Kampfkraft der Roten Armee. Beispielhaft hierfür sind die „Betrachtungen über Russland“ von Admiral Fricke vom 20.07.1940. Die Ausführungen des Chefs des Stabes SK 1 entbehren jeder Grundlage und verlieren sich in Phrasen und Andeutungen:

„Russland ist noch heute für uns ein Rätsel [...]. Die Nachrichten aus Russland klingen sehr widerspruchsvoll. Sicher scheint, dass die Masse des Volkes unglücklich scheint. Wie weit sie dann von verzweifelten Taten, die sich in inneren Kämpfen, Revolutionen abspielen, entfernt ist steht dahin [...]. Die Unsicherheit der Entwicklung im Inneren Russlands und die Gefahr für die angrenzenden Völker liegt auch weiterhin in dem Geist des Bolschewismus. Dass diese chronische Gefahr in Bälde beseitigt wird, liegt im Interesse Europas [...].“⁷⁶

Fricke's Studie offenbart neben offensichtlichem Unwissen eine antibolschewistische Grundeinstellung, die für die Meinungsbildung innerhalb der militärischen Führungskreise sehr bedeutend war. Die UdSSR wurde als sozialistische Diktatur gesehen, unter der die einheimische Bevölkerung litt. In den 1940 für den Fall „Barbarossa“ ausgearbeiteten Angriffsstudien sah sich die Wehrmacht deshalb noch als Befreier dieser unterdrückten Bevölkerung und war in Teilen sogar bereit, den Befreiten gewisse Selbstständigkeits zu gewähren. Oberstleutnant von Loßberg, erster Generalstabsoffizier des Heeres in der Abteilung Landesverteidigung unter Generalmajor Warlimont kam in einer Operationsstudie zu dem Ergebnis, dass sich in der Ukraine nach der Niederwerfung des Sowjetregimes „bald eine unseren Wünschen entsprechende tragfähige Regierung bilden“ lassen würde, „welche die Beaufsichtigung des weiträumigen rückwärtigen Gebietes erleichtern kann“.⁷⁷ Die Wehrmacht teilte zu diesem Zeitpunkt sicherlich Hitlers Antibolschewismus, allerdings ging sie

⁷⁴ Wette, Wehrmacht, S. 28.

⁷⁵ Ebda., S. 31.

⁷⁶ Zit. n.: Hillgruber, Russland-Bild, S. 169.

⁷⁷ Ebda., S. 173 f.

nicht unbedingt mit den rassistischen Vorstellungen der Nationalsozialisten konform. Sie war bereit, gegen den Staat Sowjetunion zu kämpfen, sah jedoch in der Bevölkerung keine „Untermenschen“, sondern Geknechtete. Eine Ausnahme bildeten von Beginn an die Juden. Antisemitismus war auch in Wehrmachtskreisen weit verbreitet und die Juden wurden vielfach als Vertreter des politischen Systems und potentielle Gefahr angesehen. Diese Einstellungen führten dazu, dass sich die Militärs mit dem Näherrücken des Angriffsbeginns zunehmend den An- und Absichten Hitlers unterordneten. Darüber hinaus hatten die „Blitzsiege“ in Polen und in Frankreich viele Zweifler in den Reihen der Wehrmacht von der militärischen Unfehlbarkeit des „Führers“ überzeugt. Die Siege führten auch dazu, dass die Wehrmachtsführung die eigene militärische Stärke zunehmend überschätzte und einem Krieg mit der UdSSR eigentlich recht sorglos entgensah. Außerdem hoffte die Wehrmachtsführung nach einem erfolgreichen Feldzug eine dementsprechend starke Stellung im nationalsozialistischen Staat einnehmen zu können und ordnete sich Hitler deshalb weitestgehend kritiklos unter. Opportunismus und Karrierestreben überlagerten vielfach die Bedenken hinsichtlich der Völkerrechtswidrigkeit des bevorstehenden militärischen Unternehmens. Interne Kritik wurde von der Wehrmachtsführung mit dem Verweis auf den „Kampf zweier Weltanschauungen“ zurückgewiesen.⁷⁸ Die nationalsozialistische Indoktrination der Truppe, die Vernichtung der osteuropäischen Juden und der einkalkulierte Hungertod großer Teile der sowjetischen Zivilbevölkerung wurden von den Führungsstäben des OKW und OKH vor Angriffsbeginn in Befehlsform gebracht oder in Denkschriften niedergelegt.⁷⁹

Die Prägung der Militärs durch das „traditionelle“ Russlandbild führte dazu, dass sie die nationalsozialistischen Vorstellungen vielfach unreflektiert übernahmen. Antibolschewismus, Antisemitismus, Imperialismus und

⁷⁸ Die Abwehr von völkerrechtlichen Normen rief u. a. beim Amt Ausland/Abwehr OKW Bedenken wegen zu erwartenden „nachteiligen Folgen in politischer und militärischer Hinsicht“ hervor. Keitel wies sie mit dem Hinweis auf „die Vernichtung einer Weltanschauung“ zurück. Siehe dazu: Hans Buchheim; Martin Broszat; Hans-Adolf Jacobsen; Helmut Krausnick: Die Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Freiburg i. Br. 1965, S. 251.

⁷⁹ Manfred Messerschmidt: Die Wehrmacht im NS-Staat, in: Karl Dietrich Bracher; Manfred Funke; Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933 – 1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, 2. erg. Aufl., Bonn 1993, S. 396 f. Wette, Wehrmacht, S. 32 f.

Nationalismus hatten schon vor 1933 zentrale Rollen bei der Einschätzung der UdSSR gespielt, insofern war es nicht erstaunlich, dass die Wehrmachtsführung sich auf den Hitlerschen Vernichtungskrieg einließ.

In der Frage nach der Behandlung der Zivilbevölkerung bestanden allerdings Unklarheiten. Das OKW erklärte Anfang Februar 1941 in einer Studie, es bestehe keinerlei Verpflichtung, die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu ernähren.⁸⁰ Die Truppenführung war hingegen vielfach der Meinung, dass der Krieg sich zwar erbarmungslos gegen das politische System und seine Vertreter richten, die Zivilbevölkerung jedoch geschont werden solle. Auch bei den Soldaten der Roten Armee unterschied man zwischen der Führung der russischen Streitkräfte, die vielfach als eine der Stützen des sowjetischen Staates, als schlecht ausgebildet, unfähig und feige betrachtet wurde, und dem einfachen Soldaten, dem Ausdauer, Mut und Zähigkeit zugesprochen wurde.

Grund für diese unterschiedlichen Auffassungen war die Tatsache, dass Teile der deutschen Armee auch im Sommer 1941 noch nicht umfassend über die Kriegsziele informiert waren. Im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) und dem Oberkommando des Heeres (OKH) war man sich im Klaren darüber, dass es sich um einen Lebensraum- und Ausbeutungskrieg handelte, in der Truppenführung glaubte man im Sommer 1941 vielfach an einen Kampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ und damit gegen den Sowjetstaat und seine Vertreter. Dementsprechend unterschieden sich die Vorstellungen über die Behandlung der Zivilbevölkerung. Während die Wehrmachts- und Heeresführung in den Einheimischen „Untermenschen“ sah, war das Heer geneigt sie als – wenn auch unterprivilegierte und kulturell rückständige – Befreite wahrzunehmen.

2.2. Die Planungen zur deutschen Besatzungspolitik

2.2.1. Die vorgesehene zivile und militärische Verwaltung

Die Spitzen der Wehrmacht waren sich bewusst, dass sie einen Krieg führen sollten, der sich nicht nur gegen einen Staat und seine Armee sondern

⁸⁰ Wille A. Boelcke (Hg.): *Kriegspropaganda 1939 – 1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium*, Stuttgart 1966, S. 617.

auch gegen die Bevölkerung richten würde. Nach dem Abschluss der Kampfhandlungen und dem Aufbau einer Militärverwaltung würde der politische Kampf fortgesetzt werden. Die Wehrmachtsführung wollte sich deshalb weitestgehend aus der Verwaltung der eroberten Gebiete heraushalten. Sie sah die Wehrmacht in diesem Feldzug als kämpfende Truppe, die anschließenden Aufgaben in den besetzten Territorien sollten nationalsozialistische Organisationen übernehmen. Die militärische Auseinandersetzung mit der UdSSR sollte nur wenige Monate dauern, der Angriff auf die Sowjetunion war als „Blitzkrieg“ geplant.⁸¹ Es war vorgesehen, dass zwei große Angriffsgruppen in schnellen Stößen auf Moskau im Norden und auf Kiev im Süden vorrücken sollten. Hinter Moskau sollten die Verbände gebündelt werden, um dann gegen andere Gebiete der Sowjetunion, z. B. gegen das Erdölzentrum Baku, Verwendung zu finden.⁸² Über die unmittelbare Reihenfolge der militärischen Ziele waren sich die deutsche politische und die militärische Führung während der Planung noch nicht endgültig im Klaren. Während Hitler und einige Generäle Moskau als Primärziel favorisierten, empfahlen Teile der Heeresführung Kiev als Hauptangriffsziel. Allerdings setzte sich auch hier Hitler mit seinen Vorstellungen durch. Was die Rote Armee betraf, so nahm kaum jemand an, dass sie ernstzunehmenden Widerstand leisten würde. Nach einem Überraschungsangriff sollten die ohnehin desolaten sowjetischen Streitkräfte westlich von Dwina und Dnjepr durch „kühne“ Panzervorstöße eingeschlossen und vernichtet werden.

Am 22. Juni 1941 überschritt eine Streitmacht von 3,6 Millionen deutschen und verbündeten Soldaten, rund 3000 Panzer und 2700 Flugzeuge die Grenze zur Sowjetunion.⁸³ Das deutsche Ostheer, dem die militärische Führung bescheinigte, dass es den Feind innerhalb weniger Monate besie-

⁸¹ Zum Blitzkrieg als operatives Moment und die Einschätzung der Schlagkraft eines solchen Vorgehens durch die Wehrmacht siehe: Richard Lakowski: Zwischen Professionalismus und Nazismus: Die Wehrmacht des Dritten Reiches vor dem Überfall auf die UdSSR, in: Bernd Wegener (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München 1991, S. 152.

⁸² Hitler setzte am 31.07.41 die Vertreter der drei Wehrmachtsteile über seine Absichten in Kenntnis, siehe dazu: Halder: Kriegstagebuch, Bd. 2, Eintragung vom 31.07.1940, S. 49 f.

⁸³ Gerd R. Ueberschär: Die militärische Kriegsführung. Forschungsbericht, in: Ders.; Rolf-Dieter Müller (Hg.): Hitlers Krieg im Osten 1941 – 1945. Ein Forschungsbericht, erweiterte und vollständig überarbeitete Neuausgabe, Darmstadt 2000, S. 87 (im Folgenden: Ueberschär, Kriegsführung).

gen würde, war zu diesem Zeitpunkt allerdings qualitativ und quantitativ kaum besser ausgestattet, als die 1940 gegen Frankreich antretenden Truppen. Mehr als die Hälfte der Verbände waren aufgrund des Fehlens von Kraftfahrzeugen mit Pferdewagen ausgerüstet und verfügten vielfach nur über Beutewaffen und -Gerätschaften. Eine Auseinandersetzung mit einer ernstzunehmenden und vor allen Dingen vorbereiteten Streitmacht wäre höchstwahrscheinlich zu Ungunsten der Wehrmacht ausgegangen.⁸⁴ Allerdings bestand bei der politischen Führung zu diesem Zeitpunkt kein Zweifel daran, dass die Sowjetunion innerhalb weniger Wochen besiegt sein würde. Joseph Goebbels notierte am 16. Juni 1941 in sein Tagebuch:

„Der Führer schätzt die Aktion auf etwa 4 Monate, ich schätze auf weniger. Der Bolschewismus wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Wir stehen vor einem Siegeszug ohnegleichen. [...]“⁸⁵

Nach dem erhofften schnellen „Zusammenbruch“ sollte eine zivile von Nationalsozialisten gesteuerte Administration die Verwaltung übernehmen. Hitler wollte so genannte Reichskommissariate bilden, die seiner direkten Kontrolle unterstanden. Ihm sollte es obliegen, den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, die Reichskommissare und die Wehrmachtsbefehlshaber, die in diesen Gebieten die militärische Sicherung übernehmen sollten, zu ernennen.⁸⁶ An der Spitze dieses zivilen Verwaltungsapparates stand ab dem 17. Juli 1941 das aus der Dienststelle Rosenberg gebildete „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“ mit den Reichskommissariaten „Ostland“ und „Ukraine“. Das Reichskommissariat „Ostland“ wurde vom Gauleiter von Schleswig-Holstein, Hinrich Lohse, geführt, die Ukraine unterstand dem Gauleiter von Ostpreußen, Erich Koch. Die Kommissariate waren in mehrere Generalbezirke unterteilt, die sich ihrerseits in Gebietskommissariate mit mehreren Kreisen gliederten. Man plante darüber hinaus noch die Errichtung von „Moskowien“ und

⁸⁴ Müller, Raubkrieg, S. 179.

⁸⁵ Auszug aus dem Tagebuch des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels vom 16.6.1941, abgedruckt in: Rürup, Dokumentation, S. 48.

⁸⁶ Erlass Adolf Hitlers vom 17.07.1941 über die Errichtung einer Zivilverwaltung in den okkupierten Gebieten der UdSSR, in: Nestler, Hakenkreuz, S. 165 f und Erlass Adolf Hitlers vom 25. Juni 1941 über die Ernennung von Wehrmachtsbefehlshabern in den okkupierten Gebieten der UdSSR, in: Ebda., Dok. 11, S. 146f.

„Kaukasus“, aufgrund des Kriegsverlaufs kam es jedoch nie dazu.⁸⁷ Die Reichskommissariate waren dem Rosenbergschen Ministerium nur nominell unterstellt, in Wirklichkeit erhielten die beiden Reichskommissare ihre Weisungen direkt von Hitler. In den folgenden Jahren sollten Hinrich Lohse und Erich Koch eine eigene Politik entwickeln, wobei Koch die Vernichtungs- und Ausbeutungsdoktrin seines „Führers“ nach Kräften umzusetzen versuchte.⁸⁸

Die Wehrmacht sah sich durch die Planung dieser Zivilverwaltungen aus der Verantwortung genommen. Sie hoffte mit kleinen Militäradministrati- onen die Gebiete hinter der Front nur so lange verwalten zu müssen, bis sie in die Zivilverwaltungen überführt würden. Der Kriegsverlauf führte jedoch zu einer anderen Entwicklung. Von den 3 Millionen deutschen Soldaten wurde während der Besatzungsphase der größte Teil nicht an der Front sondern im Hinterland eingesetzt oder stationiert, ebenso waren rund 30.000 Funktionäre, Beamte, Offiziere, Sonderführer, Ingenieure und Un- ternehmer im deutschen Verwaltungs- und Besatzungsapparat tätig. Sie verwalteten in den Jahren 1941 bis 1944 55 Millionen Sowjetbürger und ein Besatzungsgebiet, das das größte Territorium im deutschen Machtbe- reich darstellte, doppelt so groß wie das Deutsche Reich selbst. Das Terri- torium der Estnischen SSR, Teile der Ukrainischen SSR, das Donezbe- cken und die Krim blieben während des gesamten Krieges faktisch unter Militärverwaltung, wenngleich dort neben den militärischen teilweise auch zivile Verwaltungsorgane tätig waren.⁸⁹

Im Sommer 1941 war diese Entwicklung jedoch noch nicht absehbar. Die militärische Führung war zuversichtlich, diesen Krieg schnell gewinnen zu können und plante die Militärverwaltung dementsprechend. Sie sollte klein gehalten werden und nur eine Übergangslösung darstellen, bis die Reichskommissariate eingerichtet waren. Am 13. März 1941 verfügte Ge- neralfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Chef des OKW:

„Sobald das Operationsgebiet eine ausreichende Tiefe erreicht hat, wird es rückwärts begrenzt. Das neubesetzte Gebiet rückwärts des Operationsgebietes erhält eine eigene politische Verwaltung. [...] In

⁸⁷ Ebda., S. 166.

⁸⁸ Madajczyk, Besatzungspolitik, S. 432.

⁸⁹ Müller, Besatzungspolitik., S. 310.

diesen Gebieten geht die politische Verwaltung auf die Reichskommissare über, die ihre Richtlinien vom Führer erhalten.“⁹⁰

Im Operationsgebiet hatten allerdings noch die Wehrmachtsbefehlshaber die vollziehende Gewalt:

„Der Ob. d. H. [Oberbefehlshaber des Heeres] hat die Befugnis, in diesem Gebiet die vollziehende Gewalt auszuüben mit der Ermächtigung, sie auf die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen zu übertragen.“⁹¹

Die Struktur der deutschen Militärverwaltung in den besetzten Gebiete legte das OKW am 3. April 1941 fest. Hier zeigte sich noch mal sehr deutlich, dass die Wehrmacht eine militärische Verwaltung nur als zeitlich begrenztes Konstrukt ansah. Das Operationsgebiet sollte in drei Zonen aufgeteilt werden, direkt hinter der Front verlief das unmittelbare Kampfgebiet, in dem die Divisions- und Korpsbefehlshaber den Oberbefehl hatten. Danach kamen das Rückwärtige Armeegebiet, das sich 20 bis 50 km hinter dem unmittelbaren Kampfgebiet erstrecken sollte und besonderen Kommandanten unterstand und zuletzt das Rückwärtige Heeresgebiet mit einem Hauptbefehlshaber. Die militärischen Verwaltungsorgane waren außer in speziellen Wirtschaftsfragen dem Generalquartiermeister des Heeres unterstellt. Hinsichtlich der Unterdrückung des Volkswiderstandes hatte später die Abteilung L (Landesverteidigung) im Wehrmachtsführungsstab die Befehlsgewalt. Was die Sicherung anging, so sollte das gesamte Okkupationsgebiet von einem sehr weitmaschigen Netz von Feld- und Ortskommandanturen sowie Militär- und Polizeistützpunkten überzogen werden.⁹² Die Operationsabteilung des OKH bereitete erst Mitte Juli 1941 die Abstellung der zur Militärkontrolle des besiegten Landes unentbehrlichen Truppen vor. Zur Sicherung und Kontrolle der eroberten Gebiete sollten insgesamt 56 Divisionen, darunter 12 Panzer-, 6 Panzergrenadier-, 34 Infanterie-, 3 Gebirgsdivisionen und eine Kavalleriedivision dienen.⁹³ Dazu kam eine größere Zahl von Landeschützenverbänden und Wachbataillonen, Feldgendarmeerieeinheiten und Geheime Feldpolizei,

⁹⁰ Zit. n.: Richtlinien vom 13.03.1941 von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des OKW, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 124.

⁹¹ Ebda., S. 123.

⁹² Müller, Okkupation, S. 35 ff.

sowie zeitweilig oder ständig zugeteilte SS- und Polizeiformationen. Die ursprünglich zur Sicherung und Ausbeutung der Gebiete veranschlagte Zahl von 360.000 Mann wurde jedoch während des gesamten Besatzungszeitraums nicht erreicht.⁹⁴

Die Rückwärtigen Heeresgebiete waren hinter den drei großen angreifenden Heeresgruppen zu errichten und sollten dementsprechend Süd, Nord und Mitte heißen. Ihre Aufgaben waren darauf begrenzt, die Marschstraßen der Armeen, die logistischen Punkte und die Eisenbahnlinien vor Partisanenübergriffen zu schützen und den reibungslosen Ablauf der militärischen Aktionen zu garantieren.⁹⁵ Die endgültige Befriedung und Ausbeutung der Gebiete wollte man den Reichskommissaren überlassen. Hitler behielt es sich vor, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann ein Heeresgebiet in die Reichskommissariate überführt werden sollte.⁹⁶

Das Scheitern des Blitzkriegs führte jedoch dazu, dass die Heeresgebiete nicht wie vorgesehen binnen weniger Monate in die Zivilverwaltung übergingen. Sie wurden zu ständigen Befehlsbereichen der Militärverwaltung. Das Heeresgebiet Süd (später B) in der Ukraine umfasste im Sommer 1942 200.000 km² und ungefähr acht Millionen Menschen. Die damit verbundenen Aufgaben überforderte die Wehrmacht, die ihre Verwaltung weder für ein solches Gebiet noch für einen solchen Zeitraum ausgerichtet hatte.⁹⁷

Auch wenn die deutsche Armee bei der Planung der Verwaltung versuchte, sich weitestgehend aus der Verwirklichung der Lebensraum- und Vernichtungspolitik herauszuhalten, war sie doch auf anderer Ebene bereit Hitler Zugeständnisse zu machen. Das OKW und das OKH gab eine Reihe von Befehlen heraus, die die nationalsozialistische Indoktrination der Truppe gewährleisteten, bestehendes Kriegsrecht außer Kraft setzten und die kämpfenden Einheiten zu Erfüllungsgehilfen der nationalsozialisti-

⁹³ Ebda., S. 80 f.

⁹⁴ Siehe dazu: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 134.

⁹⁵ Siehe dazu: Truman Anderson: Die 62. Infanterie-Division, in: Hannes Heer; Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944, Hamburg 1995, S. 297 – 314, hier: S. 299 (Im Folgenden: Anderson, 62. Infanterie-Division).

⁹⁶ Erlass Adolf Hitlers vom 17.07.1941 über die Errichtung einer Zivilverwaltung in den okkupierten Gebieten der UdSSR, in: Nestler, Hakenkreuz, Dok. 20, S. 165.

⁹⁷ Siehe dazu: Anderson, 62. Infanterie-Division, S. 299.

schen Führung machten.⁹⁸ Der „Kommissarbefehl“, der die Erschießung von Kommissaren der Roten Armee nach ihrer Gefangennahme durch Wehrmachtsangehörige anordnete, der „Kriegsgerichtsbarkeitserlass“, der die Zuständigkeit der Kriegsgerichte stark einschränkte und willkürliche Gewaltmaßnahmen von Wehrmachtsangehörigen gegen feindliche Soldaten und gegen die Zivilbevölkerung praktisch unter Straffreiheit stellte und die ideologisch aufgeladenen „Richtlinien zum Verhalten der Truppe in Russland“ entstanden im Zeitraum Mai bis Juni 1941 unter militärischer Federführung.⁹⁹

Darüber hinaus öffnete die Wehrmacht ihr Hoheitsgebiet für die SS. Wilhelm Keitel unterzeichnete am 13. März 1941 die „Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21“, die Heinrich Himmler mit umfassenden Sondervollmachten im Operationsgebiet ausstatteten:

„Im Operationsgebiet erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbstständig und in eigener Verantwortung.“¹⁰⁰

Generalfeldmarschall von Brauchitsch, Oberbefehlshaber des Heeres, regelte in einem Befehl vom 28. April 1941 den Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres und machte der Wehrmacht engste Zusammenarbeit mit der SS zur Pflicht.¹⁰¹ In Informationsveranstaltungen des OKW-Abwehr und der SS, die von Mitte Mai bis Anfang Juni 1941 abgehalten wurden, konnten sich die Feindnachrichten- und Generalstabsoffiziere der Armeeoberkommandos (AOK) über die geplante Zusammenarbeit mit dem SD und über die Durchführung der „verbrecheri-

⁹⁸ Siehe dazu: Ueberschär, Vernichtungskrieg, S. 226 f.

⁹⁹ Beteiligt waren die Abteilung L des Wehrmachtsführungsstabes (Generalmajor Walter Warlimont) und die Wehrmachtsrechtsabteilung (Ministerialdirigent Rudolf Lehmann) und der General zur besonderen Verwendung beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generalleutnant Eugen Müller unter der Initiative von Generalstabschef Halder, dazu: Hans Buchheim; Martin Broszat; Hans-Adolf Jacobsen; Helmut Krausnick: Die Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Freiburg i. Br. 1965, S. 241 ff. Zum genauen Wortlaut der häufig in der Literatur erläuterten Befehle siehe z. B.: Ueberschär, Barbarossa, S. 306 ff.

¹⁰⁰ Zit. n.: Richtlinien vom 13.03.1941 von Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Chef des OKW, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 123.

¹⁰¹ Siehe dazu: Befehl des Ob. d. H., Generalfeldmarschall von Brauchitsch über die Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem SD für den vorgesehenen Ostkrieg vom 28.04.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 303 ff.

schen Befehle“ unterrichten lassen und wurden dort angehalten, die Weisungen im Stab der eigenen Truppe mündlich weiterzugeben.¹⁰²

Neben der SS sollten aber auch Wirtschaftsorganisationen im Hoheitsgebiet der Wehrmacht tätig werden, die die Aufgabe hatten, die Gebiete auszubeuten. Mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Exekutivorgans war schon im Oktober 1940 im Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt (WiRü-Amt) des OKW begonnen worden. Bis März 1941 entstand unter der Leitung Görings der Wirtschaftsstab Ost, von dem die grundlegenden Weisungen und Direktiven im ökonomischen Bereich für das gesamte Besatzungsgebiet ausgingen.¹⁰³ Ihm unterstellt waren in den Rückwärtigen Heeresgebieten insgesamt 5 Wirtschaftsinspektionen, 23 Wirtschaftskommandos und 12 Außenstellen mit einer Personalstärke von 6.485 Mann. Darüber hinaus bestanden bei den Armeeoberkommandos, den Kommandanten der Rückwärtigen Armeegebiete und den Sicherungsdivisionen spezielle dem Generalquartiermeister des Heeres unterstellte Wirtschaftsorgane, die ihre fachlichen Weisungen ebenfalls vom Wirtschaftsstab Ost erhielten. Ihre Aufgabe bestand vor allem darin, mittels spezieller Erkundungs- und Bergungstrupps die Versorgung der Truppen aus dem Land zu gewährleisten.¹⁰⁴

Die Ausbeutung sollte sich allerdings nicht nur auf die Ernährung der Truppe aus dem Okkupationsgebiet beschränken. Der Wirtschaftsstab Ost fasste bei seiner Planung die Reorganisation der gewerblichen Wirtschaft für deutsche Zwecke ebenso ins Auge wie die sowjetischen Industriebetriebe und den möglichen Arbeitseinsatz der Bevölkerung. Auch die Landwirtschaft sollte nutzbar gemacht werden.¹⁰⁵ Im Agrarsektor wurden die Wirtschaftsorgane auf der unteren Ebene durch Tausende von Landwirtschaftsführern verstärkt, die Produktion und die Erfassung von land-

¹⁰² Siehe dazu: Ueberschär, Vernichtungskrieg, S. 228.

¹⁰³ Bis März 1941 zunächst Wirtschaftsstab „Oldenburg“.

¹⁰⁴ Siehe dazu: Gliederung und Aufgaben der im Raum „Barbarossa“ einzusetzenden Wirtschaftsorganisation, OKW/WiRüAmt, 08.05.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 310f, darüber hinaus das Schaubild bei Müller, Raubkrieg, S. 181.

¹⁰⁵ Siehe dazu die Richtlinien des Chefs des OKW vom 25. Juli 1941 für den Übergang von Teilen der militärischen Wirtschaftsorganisation Ost an die zivile Verwaltung. Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe), Teil II, 3. Aufl., Berlin 1942, S. 32 – 33.

wirtschaftlichen Gütern gewährleisten sollten.¹⁰⁶ Die dazu im Interesse einer erfolgreichen weiteren Gesamtkriegsführung vor Feldzugsbeginn als „Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe)“ herausgegebenen Weisungen sahen vor, „alle Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um die sofortige und höchstmögliche Ausnutzung der besetzten Gebiete zugunsten Deutschlands herbeizuführen.“¹⁰⁷

Die Ausplünderung umfasste neben dem wirtschaftlichen auch den kulturellen und wissenschaftlichen Bereich. Dazu gehörten die Sicherstellung von Forschungsmaterialien, wissenschaftlichen Werken und Kunstgegenständen ebenso wie die Beschlagnahme von Akten und Archivalien.

Die Wehrmacht hatte sich mit den Zusagen gegenüber der SS und dem Wirtschaftsstab Ost und mit der Herausgabe der „verbrecherischen Befehle“ zum Werkzeug Hitlers gemacht. Ihre Zurückhaltung in der Organisation der Besatzungsverwaltung lässt sich damit erklären, dass sie hier einen ohnehin unbeliebten Bereich an die Nationalsozialisten übergab. Aufgrund ihres Selbstverständnisses als „kämpfende Truppe“ war es der Wehrmachtsführung nur recht, dass sie dieses eintönige Geschäft abgeben konnte. Umgekehrt war Hitler zufrieden, dass er mit der Einrichtung der Reichskommissariate so umfassend Einfluss auf die Besatzungspolitik nehmen konnte. Er war allerdings darüber hinaus ebenso darauf bedacht seine politische Einflussnahme auch im Operationsgebiet möglichst auszubauen. Die Tatsache, dass die SS und der Wirtschaftsstab schon kurz hinter der Front in eigener Verantwortung tätig werden durften, zeigt nicht nur, dass die Armeeführung bereit war, politische Aktionen in ihrem Befehlsgebiet zuzulassen. Vor allem beweist es, wie sehr es der nationalsozialistischen Führung gelungen war, ihre politischen Ideen durchzusetzen. Der umfassende Einsatz nationalsozialistischer Organisationen hatte jedoch auch Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der zukünftigen Besatzungsverwaltung. Schon in der Planungsphase zeichnete sich ab, was

¹⁰⁶ Aus der Weisung des Chefs des OKW vom 4. Juni 1941 über die Bereitstellung von Fachleuten zur Beaufsichtigung der sowjetischen Landwirtschaftsbetriebe. BA/MA, WF-01/17690, Bl. 969.

¹⁰⁷ Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostgebieten (Grüne Mappe), Teil I, Berlin 1941, S. 3.

sich im Verlauf des Krieges bewahrheiten sollte: Doppelte Kompetenzverteilungen, unterschiedliche Zielvorgaben und vor allem mehrerer Akteure, die an vorderster Front über die Art und Weise der Besatzung mitbestimmen wollten, führten dazu, dass Weisungen aus Berlin häufig wenig einheitlich und konsequent umgesetzt wurden. Die Wehrmacht, die SS, die Wirtschaftsorganisationen und die Zivilverwaltungen arbeiteten nicht immer gut zusammen und noch weniger waren ihre Tätigkeiten aufeinander abgestimmt. Kam es zu Interessensüberschneidungen, äußerten sich diese zum Teil darin, dass die Beteiligten sich gegenseitig in den Rücken fielen oder einfach solange nach eigenem Gutdünken verfuhrten, bis eine Weisung aus Berlin vorlag.¹⁰⁸

Hinzu kam, dass das Funktionieren der Verwaltung davon abhing, wie erfolgreich die Wehrmacht Krieg führte, denn nur ein rasch beendeter Feldzug garantierte den „Erfolg“ des Verwaltungskonstrukts. Die eroberten Gebiete mussten schnell befriedet und anschließend in die Zivilverwaltung überführt werden, die Militärverwaltung war so wie sie geplant war, über einen längeren Zeitraum kaum arbeitsfähig. Länger anhaltenden Widerstand seitens der Roten Armee konnte man sich auf deutscher Seite nicht leisten.

2.2.2. Die Behandlung der Zivilbevölkerung

Die geplante Behandlung der Zivilbevölkerung bedarf deshalb besonderer Erwähnung, weil sich hier sehr klar der menschenverachtende Aspekt der deutschen Besatzungspolitik zeigt. Mit einem erfolgreichen Angriff sollten binnen weniger Monate große Teile der sowjetischen Bevölkerung unter deutsche Herrschaft fallen. Die Nationalsozialisten hatten nicht vor, in irgendeiner Weise für das Wohl dieser Menschen aufzukommen, die Ausbeutungspolitik sollte sie direkt nach Kriegsbeginn und die Lebensraum- und Vernichtungspläne nach der Konsolidierung der deutschen Besatzung treffen. Die nationalsozialistischen Entwürfe sahen vor 30 bis 50 Millionen Einwohner der westlichen Teile der UdSSR zu töten oder hinter den Ural umzusiedeln, wobei 65 % der ukrainischen Bevölkerung dieses Schicksal ereilen sollte. Der „Generalplan Ost“, später „Generalsiedlungs-

¹⁰⁸ Müller, Besatzungspolitik, S. 312.

plan“ sah die Auslöschung von ganzen Großstädten, wie Leningrad und Moskau vor und kalkulierte bei der Dezimierung der Bevölkerung Hungersnöte mit ein, denen weitere Millionen Sowjetbürger zum Opfer fallen sollten. Medizinische und soziale Einrichtungen sollte es für die Besetzten nicht geben, die schulische Bildung sollte sich auf das Erlernen von Grundrechenarten und Lesen beschränken. Auf diesem Wege wollte man eine leicht zu beherrschende Sklavenklasse erzeugen, die deutschen Siedlern als Knechte und Mägde dienen konnten.¹⁰⁹

Vor der Umsetzung dieser Besiedlungspläne sollten die eroberten Gebiete und damit auch die unterworfenen Bevölkerung rücksichtslos für deutsche Zwecke ausgebeutet werden. Um die Versorgung der Wehrmacht und der deutschen Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln zu gewährleisten, sollten die Überschussgebiete in Südrussland von den landwirtschaftlichen Zuschussgebieten in Mittel- und Nordrussland abgetrennt und alle verfügbaren Lebensmittel abtransportiert werden. Die Bevölkerung in Mittel- und Nordrussland war damit dem Hungertod geweiht, die Menschen in Südrussland hatten nur eine Chance zu überleben, wenn der Bedarf des Dritten Reichs gedeckt war.¹¹⁰ Die Durchführung dieser Pläne wurde nicht nur für den Kriegsverlauf in der Sowjetunion von der deutschen Führung als außerordentlich wichtig erachtet, die Bewertung der europäischen Gesamtkriegslage wurde davon abhängig gemacht, wie weit man die wirtschaftlichen Ressourcen der UdSSR für sich nutzbar machen konnte:

„1. Der Krieg ist nur weiter zu führen, wenn die gesamte [sic!] Wehrmacht im 3. Kriegsjahr aus Russland ernährt wird. 2. Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von

¹⁰⁹ Der „Generalplan Ost“ wurde in seiner ersten Version bereits am 15.07.1941 Himmler zur Ansicht vorgelegt, im Verlauf des Krieges erfuhr er zahlreiche Abänderungen und Überarbeitungen. Näheres dazu bei: Madajczyk, Besatzungspolitik, S. 432 f. Zur Auslöschung von Leningrad und Moskau siehe: Auszug aus dem Kriegstagebuch des OKW/Wehrmachtsführungsstab vom 08.07.1941: „Führer betont grundsätzlich, dass er Moskau und Leningrad dem Erdboden gleich machen wolle“, abgedruckt in: Geheime Absichtserklärung zur künftigen Ostpolitik: Auszug aus einem Aktenvermerk von Reichsleiter Martin Bormann vom 16.07.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 332.

¹¹⁰ Siehe dazu: Allgemeine wirtschaftspolitische Richtlinien für die Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft, 23.05.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa S. 377ff, weiterhin aus den Richtlinien der Gruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabes „Oldenburg“ (später „Wirtschaftsstab Ost“) vom 23. Mai 1941 zur Wirtschaftspolitik in den zu erobernden Gebieten der UdSSR, IMG, Bd. XXXVI, Nürnberg 1949, S. 138 – 154 (Dok. 126-EC).

uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.
[...]“¹¹¹

Auch bei der Befriedung der eroberten Gebiete war man bereit, wenn notwendig kurzen Prozess mit den Einheimischen zu machen. Die nationalsozialistische Führung war sich darüber einig, dass „der Riesenraum [...] natürlich so rasch wie möglich befriedet werden“ müsse. „Dies“, so Reichsmarschall Göring auf einer Besprechung mit Hitler am 16.07.1941, „geschehe am besten dadurch, dass man jeden, der nur schief schau, totschieße.“¹¹² Ein sowjetisches Menschenleben war nichts wert in den deutschen Plänen zur Besetzung der Sowjetunion.

Allerdings war sich die nationalsozialistische Führung durchaus darüber im Klaren, dass ihre radikalen Pläne in der sowjetischen Bevölkerung auf Widerstand stoßen könnten. Auch wenn man dem russischen Menschen attestierte, er ertrage Armut, Hunger und Genügsamkeit schon seit Jahrhunderten und daher glaubte, auf falsches Mitleid verzichten zu können, konnten Aufstandsbewegungen im Rücken der Front aufgrund der eigenen dünnen Personaldecke in der Etappe schnell zum Problem werden.¹¹³ Der Vormarsch der Wehrmacht musste jedoch gesichert sein, gleichzeitig wollte man aber auch nicht zu viel eigenes Personal für die rückwärtigen Gebiete abstellen. Generalfeldmarschall Keitel betonte dies bereits vor Feldzugsbeginn:

„[...] für ihre Dinge müsse man die Einwohner selbst verantwortlich machen, denn es ist natürlich nicht möglich, für jeden Schuppen und jeden Bahnhof eine Wache zu stellen.“¹¹⁴

¹¹¹ Auszug aus einer Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 02.05.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 377.

¹¹² Zit. n.: Aktenvermerk von Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei der NSDAP, über eine Besprechung bei Adolf Hitler am 16.07.1941 über das politische Vorgehen in den okkupierten Gebieten der UdSSR, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 164.

¹¹³ Orig.zit.: „Armut, Hunger und Genügsamkeit erträgt der russische Mensch schon seit Jahrhunderten. Sein Magen ist dehnbar, daher kein falsches Mitleid. Versucht nicht, den deutschen Lebensstandard als Maßstab anzulegen und die russische Lebensweise zu ändern.“ Auszug aus den 12 Geboten für das Verhalten der Deutschen im Osten und die Behandlung der Russen vom 01.06.1941 vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 382.

¹¹⁴ Geheime Absichtserklärung zur künftigen Ostpolitik: Auszug aus einem Aktenvermerk von Reichsleiter Martin Bormann vom 16.07.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 331.

Die nationalsozialistische Führung stand damit vor einem Dilemma. Auf der einen Seite wollte man die Gebiete umfassend ausbeuten und die Bevölkerung versklaven, auf der anderen Seite war man nicht bereit, ausreichende deutsche Sicherungstruppen zu stellen, um etwaige Revolten niederschlagen zu können. Die sowjetische Zivilbevölkerung musste also in jedem Fall über die wahren Ziele des Krieges im Unklaren gelassen werden, wenn man etwaige Aufstandversuche von vornherein ausschließen wollte. Man benötigte sogar einige der Einheimischen für Sicherungsaufgaben und um die eigene Verwaltung zu ergänzen. Erst nach einem Sieg und einer Festigung der eigenen Macht konnte man seine wahren Beweggründe preisgeben. Es mussten also Propagandamaßnahmen ergriffen werden, die nicht nur dafür sorgten, dass es nicht zu Unruhen kam, sie sollte unter Umständen sogar Einheimische dazu bewegen, im deutschen Besatzungsregime mitzuarbeiten.

2.2.3. Die deutsche Propaganda in den eroberten Gebieten

In Bezug auf die deutsche Propaganda legte Hitler auf einer Besprechung im Führerhauptquartier am 16.07.1941 fest:

„Wir werden also wieder betonen, dass wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müssten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, dass sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln usw. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun. Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen [...] Demgemäß handelt es sich darum: 1. Nicht für die endgültige Regelung verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten; 2. Wir betonen, dass wir die Bringer der Freiheit wären. [...]“¹¹⁵

Diese Aussage lässt eindeutige Rückschlüsse auf die Rolle zu, die die deutsche Propaganda beim Überfall auf die Sowjetunion spielen sollte. Ziel war es, die Einheimischen über einen möglichst langen Zeitraum zu täuschen, um in dieser Zeit den deutschen Machtanspruch festigen und die wirklichen Ziele weitestgehend störungsfrei umsetzen zu können.

¹¹⁵ Geheime Absichtserklärung zur künftigen Ostpolitik: Auszug aus einem Aktenvermerk von Reichsleiter Martin Bormann vom 16.07.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 330.

Die Propaganda für die sowjetische Zivilbevölkerung war Teil eines großen Verwirrspiels, das unter der Regie von Propagandaminister Joseph Goebbels bereits vor dem Feldzug begonnen worden war. Die Planungen des Feldzuges sollten eigentlich geheimgehalten werden, für den Fall, dass trotzdem etwas an die Öffentlichkeit drang, war es die Aufgabe des deutschen Propagandaministeriums dies zu verschleiern oder Begründungen, beispielsweise für die Truppenverschiebungen Richtung Osten, zu erfinden. Goebbels gelang es bis zum Sommer 1941 andere Staaten, die deutsche Zivilbevölkerung und sogar die eigenen Soldaten über die wahren Absichten der nationalsozialistischen Regierung im Unklaren zu lassen. Als einige ausländische Zeitungen in ihren Artikeln Deutschland Expansionsabsichten unterstellten, vermerkte der Propagandaminister selbstsicher in seinem Tagebuch:

„Man kommt uns allmählich hinter die Schliche. Es wird aber soviel gelogen, dass man Wahrheit und Schwindel kaum noch unterscheiden kann. Und das ist im Augenblick das Beste für uns.“¹¹⁶

Natürlich sollten auch die tatsächlichen Gründe für den Angriff nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Selbst Hitler und Goebbels waren der Meinung, dass ein Krieg, der mit Absicht geführt wurde, ein anderes Volk fast vollständig auszurotten, 1941 von einem Großteil der Deutschen abgelehnt werden würde. Also griff man auf die bereits bestehenden negativen Meinungen über Russland zurück, um den Feldzug zu rechtfertigen und zog die Bollwerkthese zusammen mit der Formel „Befreiung vom Weltfeind Bolschewismus“ als Begründung heran. Die 2 ½ Stunden nach Angriffsbeginn von Goebbels im Radio verlesene „Proklamation des Führers“ vertat ebenso wie der von Hitler unterzeichnete Tagesbefehl „Soldaten der Ostfront“, der den Truppen im Osten des Reiches in der Nacht vom 21. auf den 22. Juni von ihren Offizieren vorgelesen wurde, die Behauptung, dass man mit diesem Krieg eine politische und militärische Bedrohung abwehren würde. Außenminister Ribbentrop unterstützte diese Aussage in seiner Pressekonferenz am Morgen des 22. Juni damit, indem er von einer

¹¹⁶ Zit. n.: Wolfram Wette: Der 22. Juni 1941 und die NS-Propaganda, in: Hans Schafranek, Robert Streibel (Hg.): 22. Juni 1941. Der Überfall auf die Sowjetunion, Wien 1991, S. 75 – 87, hier, S. 76 (Im Folgenden: Wette, NS-Propaganda).

„militärischen Gegenmaßnahme“ sprach und gebär damit die Legende von der Präventivkriegsthese.¹¹⁷

Die offizielle Linie der deutschen Ostpolitik umriss Alfred Rosenberg in seiner Ansprache in der deutschen Wochenschau am Tag des Überfalls. Den Angriff verteidigte er als Kampf gegen den Bolschewismus „in seinem Ursprungsland“ und als Teil der Neugestaltung Europas:

„Inmitten dieser Riesenaufgabe ist die Befreiung der vom Bolschewismus misshandelten Völker im Osten von entscheidender Bedeutung. Sie ist eine historische Sendung des deutschen Volkes geworden.“¹¹⁸

Ende Juni 1941 gab auch das Auswärtige Amt eine entsprechende Verlautbarung heraus und machte damit noch mal deutlich, wie die Weltöffentlichkeit die Auseinandersetzung verstehen sollte: „Der Kampf Deutschlands gegen Moskau wird zum Kreuzzug Europas gegen den Bolschewismus.“¹¹⁹

Das Sowjetunion-Feindbild, das die deutsche Führung hingegen für die SS-Verbände¹²⁰ und die Soldaten an der Ostfront entwarf, orientierte sich weitaus mehr an den wahren Absichten der Nationalsozialisten. Es handelte sich um ein Gemisch aus Antisemitismus, Antislawismus und Antibolschewismus und war gewollt unscharf gehalten, um es dem Kriegsverlauf entsprechend anpassen zu können.¹²¹ Zunächst stand auch hier die Befreiung vom Bolschewismus im Vordergrund. Goebbels äußerte sich am 5. Juli 1941 auf einer Ministerkonferenz:

„[...] Alles, was die Millionen deutscher Soldaten dort sehen, ist ein einziges Bild niedrigsten sozialen Lebensstandards. In diesem unsagbaren Zustand tiefsten menschlichen Elends hat der Jude durch sein teuflisches System des Bolschewismus die Völker der Sowjetunion gestoßen. Diesem größten Völkerbetrug aller Zeiten ist nun

¹¹⁷ Die „Proklamation des Führers“ wurde in mehrere Sprachen übersetzt und weltweit gesendet. Eine weitere Propagandamaßnahme, die These eines internationalen Komplotts zur Einkreisung Deutschlands wurde – um eine etwaige Verständigung mit den Westalliierten nicht zu gefährden – fallen gelassen, siehe dazu: Ebda, S. 78f.

¹¹⁸ Zit. n.: Manuskript der Ansprache von Reichsleiter Alfred Rosenberg für die deutsche Wochenschau vom 22.07.1941, abgedruckt in: Geheime Absichtserklärung zur künftigen Ostpolitik: Auszug aus einem Aktenvermerk von Reichsleiter Martin Bormann vom 16.07.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 332.

¹¹⁹ Wette, NS-Propaganda, S. 81.

¹²⁰ Siehe dazu die Broschüre „Der Untermensch“ hg. v. SS-Hauptamt, Berlin 1942.

¹²¹ Wette, Rassenfeind, S. 192.

die Maske vom Gesicht gerissen. Der Kampf im Osten bedeutet die Befreiung der Menschheit von diesem Verbrechen.“¹²²

Hier scheint schon durch, dass man der Befreiungsthese nach und nach einen rassistischen Unterton geben wollte, indem man verstärkt die Juden als Urheber der bolschewistischen Diktatur diffamierte. Die periodisch während des Krieges erscheinenden „Mitteilungen für die Truppe“ bezeugen dies eindrucksvoll. Die Artikel der Zeitschrift steigerten sich langsam in Antisemitismus und Rassismus gegenüber dem slawischen Teil der Bevölkerung. Hier konnte der einfache Soldat lesen, dass es sich bei den „Befreiten“ eigentlich um rassistisch niedrig stehende Völker handele, der Deutsche selbst hingegen dem „Herrenvolk“ angehöre. Der Kampf im Osten bekam in diesen Heften einen zunehmend „rassistischen Charakter“ und Ziel des Krieges war es irgendwann auch „Europa judenrein zu machen“.¹²³

Auf deutscher Seite verschwommen allerdings zum Teil die Übergänge zwischen Propaganda und wirklichen Kriegszielen. Da sich manche von Hitler herausgegebenen Propagandaformeln inhaltlich nicht unwesentlich mit den Interessen einiger Gruppen in der deutschen Führung deckten, kann insbesondere bei manchen Äußerungen Rosenbergs im Nachhinein nicht unterschieden werden, ob es sich nun um eine wirkliche Meinungsäußerung handelte oder nur um einen weiteren Beitrag zur nationalsozialistischen Propagandamaschinerie. Wenn der Minister für die besetzten Ostgebiete Formulierungen wie die „Befreiung der unterjochten Völker vom Bolschewismus“ gebrauchte, konnte es durchaus sein, dass er damit bestimmte ukrainische, estnische oder lettische Gruppierungen ansprechen wollte. Für Hitler hingegen waren solche Sätze nur Mittel zum Zweck. Inwieweit er Rosenberg für sich instrumentalisierte, um seiner Propaganda einen möglichst realen Anstrich zu verleihen, sei dahingestellt.

¹²² Goebbels auf der Ministerkonferenz am 5. Juli 1941, in: Willi A. Boelcke (Hg.): „Wollt ihr den totalen Krieg?“ Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939 – 1943, Stuttgart 1967, S. 183.

¹²³ Wette, Rassenfeind, S. 192. Siehe dazu auch die Loseblattsammlung: „Nationalpolitischer Unterricht im Heere“. Die Unterrichtshilfe Nr. 15 hat zum Thema „Der Rassenkampf in der Weltgeschichte“, Zusammengefasst wird hier als Ziel: „Ausschaltung der jüdischen Rasse aus dem deutschen Lebensraum. Zusammenschluss der arischen Völker zur Neuordnung Europas. Europa der Lebensraum der arischen Völker.“ weiterhin Pla-

Die „Befreiung vom jüdischen Bolschewismus“ war nach Meinung der nationalsozialistischen Führung die geeignete Propagandaformel für die sowjetische Bevölkerung. Bereits im Juni 1941 entstanden dementsprechende Weisungen des Chefs des OKW, die allerdings auch betonten, dass „endgültige und vollständige Tendenzen für die gegen die Sowjetunion zu führende Propaganda z. Zt. noch nicht gegeben werden“ könnten:

„Mit der Begründung, dass die Sowjets gegenüber der gesamten Bevölkerung des von ihnen beherrschten Raumes bisher eine rücksichtslose Gewaltherrschaft ausübten, ist nachdrücklich zum Ausdruck zu bringen, dass die deutsche Wehrmacht nicht als Feind der Bevölkerung ins Land kommt. Sie will vielmehr von der Tyrannei der Sowjets erlösen.“¹²⁴

Etwaige Repressalien und Gewaltmaßnahmen rechtfertigte man Sicherheitshalber trotzdem schon vorab:

„Sollte jedoch auch von den nichtbolschewistischen Volksteilen Widerstand geleistet werden, so ist die deutsche Wehrmacht gezwungen, ihn zu brechen, wo und von wem auch immer er geleistet wird.“¹²⁵

Zur Sicherung der geplanten Ausbeutungspolitik sollte die Bevölkerung angewiesen werden, möglichst auf ihrem Arbeitsplatz zu bleiben und nicht unnötig Ressourcen zu verschwenden:

„Plünderung, Vergeudung von Lebens- und Futtermitteln, Zerstörung von Maschinen und Wirtschaftsgütern hätten zwangsläufig Elend und Hungersnot zur Folge.“¹²⁶

In Wahrheit wollte man natürlich nicht einer Hungersnot vorbeugen, sondern die Ressourcen für das eigene Heer und die deutsche Zivilbevölkerung schonen. Der Abtransport von Nahrungsmitteln oder die Anwendung bestimmter Massenrepressalien sollten vor den Besetzten vor allen Dingen damit gerechtfertigt werden, dass man für die „Befreiung vom Bolschewismus“ Anstrengungen und Opfer erbringen müsse. Die deutsche Führung versprach den Einheimischen, dass auf sie am Ende ein besseres Le-

katserie der Abt. Wehrmachtspropaganda „Europa kennt den Bolschewismus und bekämpft ihn bis zum Endsieg“, siehe dazu: Ebda., S. 195f.

¹²⁴ Zit. n.: Aus den Weisungen des Chefs des OKW vom Juni 1941 zur propagandistischen Beeinflussung der Angehörigen der Roten Armee und der sowjetischen Zivilbevölkerung, in: Nestler, Hakenkreuz, S. 153.

¹²⁵ Nestler, Hakenkreuz, S. 153.

¹²⁶ Ebda.

ben warte, sie aber dafür Widrigkeiten und Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müssten. Bei diesen Versprechungen kalkultierten die Deutschen ein schnelles Kriegsende mit ein. Irgendwann, das war klar, würde die sowjetische Bevölkerung das Täuschungsmanöver durchschauen und den wahren Charakter des Krieges erkennen. Man konnte die besetzten Territorien nicht beliebig lange ausbeuten und dabei immer wieder auf eine „Befreiung“ verweisen. Der Feldzug durfte also zwangsläufig nicht länger als ein paar Monate dauern, dann mussten die militärischen Aktionen abgeschlossen und ein Überwachungsapparat eingerichtet sein, der es den Einheimischen unmöglich machte, erfolgreich gegen ihre neuen Herren zu opponieren.

2.3. Kollaboration im Kalkül der deutschen Führung

Die Vorstellungen Hitlers über den Wert und Nutzen von Kollaboration in der besetzten Sowjetunion entsprachen seinen rassenideologischen Zielsetzungen im „Ostraum“. Wenn man hier überhaupt irgendeine Form von Zusammenarbeit anstrebte, dann nur als ein Zweckbündnis, das einzig der deutschen Seite und nicht den Kollaborateuren dienen sollte. Dieser Gedankengang war bei Hitler nicht neu, im Herbst 1940 hatte ihm bei einem Treffen in Montefiore der französische Marschall Philippe Petain vorgeschlagen, mit ihm in politischen Dingen zu kollaborieren. Petain meinte damit das politische Zusammengehen zweier gleichberechtigter Partner, Hitler fasste hingegen dieses Angebot intern als Geste der Unterwürfigkeit auf. Der italienische Außenminister Galeazzo Ciano charakterisierte dementsprechend treffend die deutsch-französische Zusammenarbeit als das

„Verhältnis eines Fuhrmanns zu seinem in die Deichsel eingespannten Maultier, auf das er mit dem Knüppel einschlägt und dabei 'Collaboration, Collaboration' ruft“.¹²⁷

Diese Einstellung gegenüber Personen, die zur Zusammenarbeit bereit waren, verfestigte sich in der deutschen Führung in den Folgejahren. Reichsmarschall Hermann Göring machte in einer Mitteilung an die Reichskommissare und Militärbefehlshaber der besetzten Gebiete am 06.07.1941 dies eindeutig klar:

„Ich mache keine Kollaboration. [Diese] sehe ich nur in folgendem: wenn sie abliefern, bis sie selber nicht mehr können, wenn sie es freiwillig tun, dann werde ich sagen, ich kollaboriere.“¹²⁸

Diese Unnachgiebigkeit gegenüber den Personen, die bereit waren mit der Besatzungsmacht zusammenzuarbeiten, hatte sowohl wirtschaftliche, als auch rassenideologische Gründe. Während Hitler in anderen besetzten Ländern Kollaborateuren noch einen gewissen, wenn auch sehr geringen eigenen Spielraum einräumte, war er in der Sowjetunion in keiner Weise bereit, einen Schritt auf sie zuzumachen. Seine rassistische Bewertung der Bevölkerung machte es ihm unmöglich, hier Kollaboration in einem mehr oder minder gleichberechtigten Sinne auch nur anzudenken. In den Gebieten des zukünftigen „Lebensraums“ wollte er deshalb eine Zusammenarbeit auf nationaler Ebene völlig unterbinden und regional nur soweit zulassen, wie sie der Verwirklichung seiner Ausbeutungspolitik diene. Eine längerfristige Kollaboration, die unter Umständen dazu geführt hätte, dass die deutsche Seite auf Wünsche und Interessen der Kollaborateure hätte eingehen müssen, stand für ihn völlig außer Frage. Auf keinen Fall sollten diese Personen durch ihre Tätigkeit irgendwelche politischen oder militärischen Verdienste erwerben, die man später mit Zugeständnissen hätte honorieren müssen. In diesem Zusammenhang waren es vor allem die nationalistischen Gruppen, die Hitler störten. Sie nahmen die Versprechungen der deutschen Propaganda von einer „Befreiung“ auf und boten ihre Mitarbeit an, um später beispielsweise in einer „befreiten“ Ukraine eine durch ihre Kollaboration begründete starke politische Stellung einnehmen zu können. Hitler hatte hingegen nie vor, einen Teil der Sowjetunion in eine wie auch immer geartete Eigenstaatlichkeit zu entlassen.

Insgesamt wurde das Verhalten Hitlers gegenüber Kollaborateuren bestimmt von pragmatischem Denken. Die Okkupationsziele im jeweiligen Land standen für ihn im Vordergrund und in diesem Zusammenhang die Frage danach, wie diese Menschen zum Erreichen dieser Ziele beitragen konnten. Form und Ausmaß von Kollaboration hingen während des Krieges davon ab, inwieweit er geneigt war, landesspezifische Herrschafts-

¹²⁷ Zit. n.: Madajczyk, Zusammenarbeit, S. 53.

¹²⁸ Zit. n.: Bohn, Kollaboration, S. 36.

und Regulationsformen zu belassen, um mit ihnen die Ausnutzung des eroberten Landes und die Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung zu organisieren. Die mit den Deutschen zusammenarbeitenden Gruppen oder Personen dienten ihm als Instrumente zur Realisierung der „Neuordnung Europas“. Einzig die Kalkulation des eigenen Kräftegewinns bzw. – Verbrauchs war ausschlaggebend: Wie viele Besatzungstruppen konnte man einsparen, wie viele eigene Soldaten durch den Einsatz ausländischer Truppenteile an der Front anderweitig verwenden und inwieweit wurde das eigene Potential durch die wirtschaftliche Ausnutzung des besetzten Landes oder der Verlagerung der Rüstungsindustrie in die eroberten Gebiete gestärkt? Kollaboration konnte man auch dazu gebrauchen, um etwaigen Widerstand niederzuhalten, den jüdischen Bevölkerungsteil zu deportieren oder direkt umbringen zu lassen und Einheimische zur Zwangsarbeit zu verschleppen.¹²⁹ Hitler wollte ergebene Vasallen und funktionierende Diener. Wenn von Einheimischen Angebote zur Zusammenarbeit kamen, so wurden diese Angebote genutzt, ohne den Kollaborateuren allerdings einen eigenen Entscheidungsspielraum zu gewähren oder konkrete Perspektiven zur Realisierung eigener Interessen zu eröffnen. Kamen von deutscher Seite Zugeständnisse, so waren sie rein taktischer Natur, um die Einheimischen zu korrumpieren und abhängig zu machen.¹³⁰

Hitler hatte selbst allerdings kaum Kontakt zu Kollaborateuren und generell ging der größte Teil der nationalsozialistischen Führung ihnen lieber aus dem Weg. Sie genossen im besetzten Europa keine besondere Wertschätzung. Ihre Führer galten als ehrgeizig, schwer berechenbar, opportunistisch und suspekt. Sogar die Vertreter des Reiches in den eroberten Gebieten waren vielfach der Meinung, dass die Führer der Kollaborationsparteien politische Wirrköpfe waren, die sich häufig als unzulänglich erwiesen und keinen nennenswerten Rückhalt in der Bevölkerung hatten.¹³¹ Allerdings war die Zusammenarbeit mit den Einheimischen für die meis-

¹²⁹ Werner Röhr: Okkupation und Kollaboration, in: Ders.; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938 – 1945). Ergänzungsband 1 der achtbändigen Dokumentenedition, Berlin, Heidelberg 1994, S. 60 (im Folgenden: Röhr, Okkupation).

¹³⁰ Bohn, Kollaboration, S. 35.

ten der in den besetzten Gebieten tätigen Organisationen unumgänglich. So verfügten die Wehrmacht, die Wirtschaftskommandos und sogar die SS über eine Vielzahl von Hilfwilligen, die ihnen in vielen Bereichen zur Hand gingen.

Für die Ukraine gilt, dass insbesondere die Abteilung Abwehr der Wehrmacht unter Canaris bereits seit den 1930er Jahren mehr oder minder eng mit ukrainischen Exilanten zusammengearbeitet hatte. Sie stellte eigene ukrainische Formationen auf, die dann im Polenfeldzug und später sogar beim Überfall auf die Sowjetunion zum Einsatz kamen. Diese Zusammenarbeit setzte die Wehrmacht auch nach dem Angriff 1941 fort.¹³² Sie war für die deutsche Armee auch bis zu einem gewissen Grad unumgänglich, denn man benötigte beim Vormarsch Landeskundige, Dolmetscher und Handlanger, die Weisungen in der Landessprache an die Bevölkerung weitergeben konnten. Allerdings wollte man auch in Wehrmachtskreisen nicht wirklich von „Kollaboration“ sprechen. Der Begriff kommt, mit Ausnahme des Abschlussberichts der Militärverwaltung in Belgien, in der Korrespondenz der amtlichen deutschen Dienststellen nicht vor. Die Deutschen verwandten anstelle dessen Termini, wie Agenten und Vertrauensleute oder nationalsozialistische Wortschöpfungen wie „willige Fremdvölkische“, „nationale Verwaltungen“, „einheimische Selbstverwaltung“ oder „antikommunistische Kräfte“.¹³³

Neben den Organisationen in den eroberten Gebieten war es vor allen Dingen das Ostministerium unter Rosenberg, das Kontakte zu Exilanten und Einheimischen pflegte und Bestrebungen zur Zusammenarbeit unterstützte. Auch Rosenberg ging es in erster Linie um die Durchsetzung der deutschen Interessen, allerdings konnte er sich im Gegensatz zu Hitler Kollaborateure durchaus als längerfristige Partner vorstellen. In seinen

¹³¹ Umbreit, Besatzungspolitik, S. 36 f.

¹³² Einen kurzen Überblick über die Ukraine unter der deutscher Besatzung und der Behandlung von kollaborationsbereiten Gruppen und Personen bietet: Kappeler, Kleine Geschichte, S. 216 f.

¹³³ Hans Frank spricht in seinem Tagebuch von „freiwilliger Mitarbeit“, aber auch diese Bezeichnung kommt nur einmal vor, siehe dazu: Cesałw Madajcyk: Zwischen neutraler Zusammenarbeit der Bevölkerung okkupierter Gebiete und Kollaboration mit den Deutschen, in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938 – 1945). Ergänzungsband 1 der achtbändigen Dokumentenedition, Berlin, Heidelberg 1994, S. 51 (Im Folgenden: Madajcyk, Zusammenarbeit).

Überlegungen zu einer Nationalitätenpolitik in den besetzten Gebieten spielten sie eine nicht unbedeutende Rolle als verlängerter Arm der Deutschen. Sie sollten bis zu einem gewissen Maß eigene Rechte erhalten und vor Ort für die Umsetzung der deutschen Politik sorgen. Bereits in den 1930er Jahren hatte Rosenberg deshalb maßgeblich ukrainische Nationalisten protegiert und auf diese Weise Hoffnungen geschürt, ein erfolgreicher Krieg gegen die Sowjetunion könnte eine selbstständige Ukraine zur Folge haben. Obwohl Hitler seinen Plänen kurz vor Beginn des Feldzuges eine klare Absage erteilte, führte Rosenberg seine Bemühungen während des Krieges fort und pflegte weiterhin Kontakte zu ukrainischen Exilanten. Als gegen Ende des Krieges auch für Hitler der Gedanke immer bedeutender wurde, dass man durch Kollaboration weitere Kräfte gegen den Feind mobilisieren konnte, waren es diese Kontakte, die ihm den Zugriff auf eine noch immer zur Zusammenarbeit bereite Gruppe eröffnete. Die eigene Politik Rosenbergs führte allerdings auch immer wieder zu Verwirrungen unter den Kollaborateuren und den beteiligten deutschen Organisationen. Während Hitlers Weisungen immer wieder den reinen Nützlichkeitsgedanken von Kollaboration betonten, waren Rosenbergs Interventionen häufig gekennzeichnet von einem Einlenken gegenüber den Ukrainern und möglichen zukünftigen Zugeständnissen.

2.4. Zukünftige Kollaborateure in der besetzten Ukraine

2.4.1. Motive und Erwartungen der Kollaborateure

Angesichts der Vorstellungen der nationalsozialistischen Führung zur Kollaboration ist es auf den ersten Blick verwunderlich, dass eine nicht unbedeutende Zahl von Gruppen und Einzelpersonen bereit waren, dem Dritten Reich ihre Mitarbeit anzubieten. Natürlich ist dies in erster Linie damit zu erklären, dass Hitler seine wahren Absichten geheimhielt und anderen Stellen – für die Sowjetunion hauptsächlich Rosenberg – die Verhandlungen mit potentiellen Kollaborateuren überließ. In diesen Beziehungen zwischen Kollaborateuren und Deutschen waren häufig persönliche Kontakte und spezifische politische Vorstellungen sehr entscheidend und Verhandlungen entwickelten teilweise eine eigene Dynamik, die von der von Hitler vorgegebenen Generallinie manchmal in Teilen abwich. Hier zeigt sich,

dass Kollaborateure eigene Interessen hatten, die sie mit Hilfe der deutschen Besatzungsmacht verwirklichen wollten. Das Zweckbündnis, dass die Deutschen glaubten mit den Einheimischen einzugehen, war auch umgekehrt häufig nicht mehr als ein pragmatischer Zusammenschluss. Es war keine besondere Affinität zu den Deutschen, die die meisten veranlasste, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Sie boten sich meist nur augenscheinlich im richtigen Moment an, um beispielsweise politische Vorstellungen oder eine persönliche Karriere voranzutreiben. In extremen Mangelsituationen, die unter deutscher Besatzung im Osten häufig eintraten, war es auch vielfach der bloße Überlebenswille, der Einheimische in die Arme der Besatzer trieb. Eine Vielzahl von Motiven konnte die Okkupierten dazu veranlassen, länger andauernde Kontakte zur Besatzungsmacht zu pflegen. Grundsätzlich führten entweder ein Minimalkonsens zwischen beiden Parteien und/oder eigene Zielsetzungen, zu deren Verwirklichung man die Hilfe der Besatzungsmacht benötigte, zur Kollaboration.¹³⁴

Die bisherige Forschung unterscheidet bei den Motivationen zur Zusammenarbeit – so vielschichtig und unterschiedlich sie auch sein mögen – zwischen politisch-ideologischen und unpolitischen Motiven.¹³⁵ Diese Unterscheidung ist zutreffend, solange man davon ausgeht, dass diese Motive auch in unterschiedlichen Mischverhältnissen auftreten konnten. In Osteuropa war in Bezug auf die politisch-ideologischen Motive häufig ein ethnisches Nationalverständnis der ausschlaggebende Grund für die Entscheidung zur Kollaboration mit den Deutschen. Faschistische, rechtsextreme und rechtskonservative Bewegungen, die die Homogenität eines Volkes wie die Nationalsozialisten im biologisch-rassistischen Sinne definierten, suchten die Nähe zum Dritten Reich. Von diesen Gruppen wurde der Zweite Weltkrieg nicht als Krieg zwischen Staaten, sondern zwischen ethnisch definierten Völkern aufgefasst. Hinzu kam, dass diese Gruppierungen in ihren Staaten meist verfolgt wurden und das politische System, in dem sie selbst lebten, von Grund auf ablehnten. Im Einmarsch der Wehrmacht sahen insbesondere in den Vielvölkerstaaten Südosteuropas diese zukünftigen Kollaborateure die Chance, endlich eine nach ihren

¹³⁴ Siehe dazu: Umbreit, Besatzungspolitik, S. 40f und Röhr, Okkupation, S. 60f.

¹³⁵ Madajczyk, Zusammenarbeit, S. 56.

Vorstellungen homogene Nation zu schaffen. Die damit einhergehende Konstruktion von antisemitischen Feindbildern führte dazu, dass sich diese Gruppen vielfach an der Ausgrenzung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung beteiligten.¹³⁶

Hier zeigt sich deutlich, wie sich der Konsens zwischen beiden Parteien, nämlich die ideologische Deckung der Weltbilder, mit eigenen politischen Zielen mischte. Natürlich stimmten die Gruppen mit der faschistischen Weltanschauung der Nationalsozialisten überein, nur wollten sie vielfach ihren eigenen Führerstaat schaffen und nicht auf Dauer in einem von den Deutschen beherrschten Besatzungsgebiet leben.

Zu den unpolitischen Motiven zählt die Forschung Opportunismus, Geltungssucht, die Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen oder wirtschaftliche Antriebsgründe. Viele hofften, mit der Besatzungsmacht durch Kollaboration ins Geschäft zu kommen und eigene Gewinne erzielen zu können und es gab auch Personen, die glaubten die Zusammenarbeit mit den Deutschen würde ihnen Geltung und Macht einbringen. Teilweise waren die Einheimischen auch davon überzeugt, Verantwortungsgefühl, Loyalität und Gehorsam hätten insbesondere unter den Deutschen eine immanente Bedeutung und würden als „deutsche Tugenden“ nachhaltig belohnt.¹³⁷

Diese Erklärungsansätze sind insofern richtig, als dass man hier die Zeitläufe miteinbeziehen muss. Viele der Überzeugungen und Ansichten, die schließlich zur Kollaboration führten, waren nicht plötzlich beim deutschen Einmarsch vorhanden, sondern vielfach über Jahre langsam gewachsen. Dies gilt auch die Ukrainer, die bereits vor 1941 teilweise sehr engen Kontakt zum Dritten Reich hatten oder die Sowjetunion in so hohem Maße ablehnten, dass die Zusammenarbeit mit den Deutschen nur die logische Konsequenz ihrer Ansichten war.

¹³⁶ Dieckmann, Editorial, S. 15 f.

¹³⁷ Ebda., S. 56 f.

2.4.2. Die ukrainische Emigration in Deutschland bis 1941

Als das Dritte Reich 1941 die Sowjetunion überfiel, waren es zunächst vor allem Dingen ukrainische Emigranten, die der nationalsozialistischen Führung ihre Mitarbeit anboten. Diese Ukrainer waren aus der Sowjetunion geflohen und lebten bereits seit der Weimarer Republik in Deutschland. Nach dem Zusammenbruch des Zarenreichs hatten im darauf folgenden Bürgerkrieg in der Ukraine verschiedene politische Gruppen versucht die Macht zu übernehmen. Unter ihnen waren auch Nationalisten, die einen unabhängigen ukrainischen Staat gründen wollten. Nach dem Sieg der Sowjetunion wurden sie zunehmend verfolgt und wanderten deshalb nach Westeuropa aus. Hier bildeten sie verschiedene Emigrationszentren, die größten um Ataman Petljura in Paris und Warschau und um Het'man Skoropads'kyj in Berlin. Politiker und Staatsmänner, die kurz nach dem Krieg der Westukrainischen Volksrepublik, dem Skoropads'kyj-Staat oder dem Ukrainischen Staatsdirektorium angehört hatten, wohnten in der Zwischenkriegszeit in Berlin und pflegten z. T. enge Kontakte zu deutschen Politikern.¹³⁸ 1926 wurde in Berlin das Ukrainische Wissenschaftliche Institut (UWI) gegründet, dass von der Het'man-Organisation Skoropads'kyjs kontrolliert und von staatlicher Seite gefördert wurde. Auch bestanden bereits in den 1920er Jahren Kontakte zwischen der Reichswehr und der nationalistischen Militärorganisation UVO (Ukrains'ka Vijs'kova Orhanizacija/Ukrainische Befreiungsarmee). Diese Annäherung begründete sich allerdings in erster Linie auf Antipolonismus und nicht auf Antibolschewismus. Die Revision der polnischen Grenze und die Verteidigung der Rechte der deutschen und ukrainischen Minderheiten in Polen bildeten die Klammer für diese häufig geheim gehaltene Zusammenarbeit.¹³⁹ Mit der Machtübernahme Hitlers veränderte sich der Umgang mit den Exilanten. Insgesamt war die deutsche Führung nun zurückhaltender, allerdings wollte man die bereits bestehenden Kontakte nicht ganz abreißen lassen. Hitler sah die Möglichkeit, die Ukrainer in einem zukünftigen Krieg gegen die Sowjetunion für sich zu instrumentalisieren. Rosenberg kam die Rolle zu, die Verbindungen zur ukrainischen Diaspora zu pflegen.

¹³⁸ Grelka, Nationalbewegung, S. 118.

So sorgte er beispielsweise dafür, dass weiterhin finanzielle Mittel für das UWI bereitgestellt wurden und vergab Stipendien an dessen Wissenschaftler und Studenten.¹⁴⁰ Kontinuierliche Unterstützung seitens der NSDAP erfuhr auch die radikal-nationalistische Het'man-Organisation.¹⁴¹ An die Weiterführung der Kontakte wollte man jedoch einen Umschwung in der politischen Ausrichtung der Gruppe knüpfen. Der antipolnischen UVO, die später übrigens zur OUN (Organizacija Ukrajinc'kych Nacionalistiv/Organisation Ukrainischer Nationalisten) wurde, riet die deutsche Führung auch antisowjetisch aufzutreten. Die „ukrainische Sache“ stilisierte man zur deutschen Angelegenheit und den ukrainischen Exilanten fiel die Rolle zu, Deutschland als zukünftigen Befreier vom Bolschewismus darzustellen. So wie das Auswärtige Amt in den 1920er und frühen 1930er Jahren die Nähe zu den national gesinnten Exilanten suchte, protegierte der Stab um Rosenberg und später sein Ostministerium die Exilukrainen. Hitler teilte zwar nicht seine Vorstellungen von einer künftigen Ostpolitik, ließ ihn aber gewähren, um sich in einem zukünftigen deutsch-sowjetischen Krieg eine weitere Handlungsoption offen zu halten. Für Hitler war in der Beziehung zwischen der deutschen Führung und den Exilukrainern das strategische Moment ausschlaggebend. Mit der geplanten Expansion Richtung Osten hatte man hier nicht nur eine Gruppe zur Hand, die sich für die Besatzungsherrschaft in der Ukraine funktionalisieren ließ, darüber hinaus konnte die These von der „Befreiung Europas vom Bolschewismus“ mit der Unterstützung der ukrainischen Nationalbewegung vor der Weltöffentlichkeit begründet werden. Die ukrainischen Nationalisten ließ die deutsche Führung wissen, dass man sie als slawische Rasse gegenüber den Russen aufwertete und bediente damit deren rassistische Vorstellungen. Etwaige Autonomiebestrebungen wurden aber von Hitler insgeheim eine klare Absage erteilt. Die ukrainischen Nationalisten waren für die deutsche Seite Statisten in ihrer Polen- und Sowjetunionpoli-

¹³⁹ Ebda., S. 117.

¹⁴⁰ Zwischen der NSDAP und dem UWI entwickelte sich ein informelles Vertrauensverhältnis, an dessen Zustandekommen der nationalorientierte Leiter des UWI Ivan Mirčuk wesentlich beteiligt war. Das UWI begleitete bis zum Kriegsende die deutsche Ukraine-Politik. So gab Mirčuk das „Handbuch der Ukraine“ heraus, siehe dazu: Ivan Mirčuk: Handbuch der Ukraine, Leipzig 1941 (im Folgenden: Mirčuk, Handbuch).

¹⁴¹ Grelka, Nationalbewegung, S. 128.

tik, ihre Forderungen nach einem unabhängigen ukrainischen Staat wurden von vornherein verneint.¹⁴²

Insgesamt spielte die Vermischung von Politik und Wissenschaft in den 1930er Jahren eine bedeutende Rolle für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Exilukrainern. Nicht nur Alfred Rosenberg und sein aus der Ukraine stammender Mitarbeiter Georg Leibbrandt, der Leiter der Ostabteilung in Rosenbergs Außenpolitischem Amt der NSDAP und ab Juli 1941 im Ministerium für die besetzten Ostgebiete tätig, sondern auch der Österreicher Hans Koch, seines Zeichens Professor für Osteuropäische Geschichte und Direktor des Osteuropainstituts an der Universität Breslau, protegierten ukrainische Wissenschaftler und Studierende.¹⁴³ Koch sollte später noch eine bedeutende Rolle als Abwehroffizier im Ostheer spielen, er unterhielt Kontakte zur OUN und war bei deren Versuch, einen ukrainischen Staat zu gründen, involviert.¹⁴⁴

Ukrainische Emigranten um Skoropads'kyj stellten bereits vor 1933 ein wichtiges Element in der deutschsprachigen Ukrainehistoriographie, nach 1933 sammelten sie sich im UWI und konnten unter deutscher Protektion verschiedentlich ukrainische Geschichten und Handbücher herausgeben.¹⁴⁵

Der zweite bedeutende Exponent der ukrainisch-deutschen Zusammenarbeit war das Militär. Zwischen der Reichswehr und später der Wehrmacht bestanden enge Verbindungen zur nationalistischen OUN. Diese radikal nationalistische Vereinigung, die sich 1929 auf einem Kongress aus einem Zusammenschluss der Militärorganisation UVO und einigen Studentenorganisationen gebildet hatte, führte in Galizien einen Kleinkrieg gegen die polnische Regierung und konnte dabei inoffiziell auf die Unterstützung der militärischen deutschen Stellen bauen. Die OUN bezog ihre ideologischen Grundlagen hauptsächlich von Dmytro Doncov, einem Ostukrainer,

¹⁴² Ebda., S. 122/123.

¹⁴³ Kappeler, Ukraine, S. 165.

¹⁴⁴ Günther Stokl: Hans Koch 1894 – 1959, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 7 (1959), S. 117 – 129.

¹⁴⁵ Zu nennen sind: Krupnyc'kyj: Geschichte der Ukraine, Berlin 1939; Dmytro Dorosenko: Die Ukraine und das Reich, Berlin 1941; Mirčuk, Handbuch oder Andrij Jakowliw's Werk zum deutschen Recht in der Ukraine, Berlin 1942, die Werke lagen auf der Rosenberg'schen Linie, sie waren ukrainisch-national und boten die Ukraine als zukünftigen Partner für ein großdeutsches Reich an. Siehe dazu: Kappeler, Ukraine, S. 166.

der in der Schweiz und Lemberg lebte. Doncov, ursprünglich ein liberaler Nationalist, forderte die völlige Abtrennung von der Sowjetunion, dem „schwächlichen Liberalismus“ stellte er den „Nationalismus des Willens“ gegenüber.¹⁴⁶ Um das Ziel der Eigenstaatlichkeit zu erreichen, sollte jedes Mittel recht sein, jeder Feind der Sowjetunion sollte, ungeachtet seiner eigenen politischen Zielsetzungen, als Verbündeter dienen.¹⁴⁷ In diesen Äußerungen zeigt sich sehr stark, dass auch die Ukrainer in den Deutschen teilweise nur einen strategischen Verbündeten sahen. Ausschlaggebend waren nicht die gleichen ideologischen Vorstellungen, sondern die politischen Ziele. Da Deutschland durch seine Expansionsabsichten auf lange Sicht Einfluß nehmen würde auf die politische Entwicklung in der Sowjetunion war es für die Ukrainer der geeignete Partner bei der Durchsetzung der eigenen Interessen, nämlich der Gründung eines Nationalstaates. Das die ukrainische Seite ebenso wie die deutsche dazu tendierte, sich durch die Kontakte einfach Handlungsoptionen offen zu halten, zeigt auch das Taktieren der OUN unter Jevhen Konvalec'. Unter der Leitung des früheren Kommandanten der Sič-Schützen und ehemaligen Führer der UVO, versuchte die OUN sich einer allzu einseitigen Bindung an Deutschland zu entziehen, indem sie ein ganz Europa umspannendes Netzwerk aufbaute. Nach seinem gewaltsamen Tod 1938 begann jedoch sein Nachfolger Andrij Mel'nyk, die internationalen Verbindungen zugunsten einer Annäherung an das Dritte Reich zu vernachlässigen.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Doncov hatte sich, wie viele seiner nationalistisch eingestellten Zeitgenossen, nach dem ersten Weltkrieg vom Sozialisten zum überzeugten Nationalisten gewandelt. : Frank Golczewski: Die ukrainische Emigration, in: Ders. (Hg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 229 f (Im Folgenden: Golczewski, Ukrainische Emigration)

Ein Zitat Doncovs von 1926 untermauert seine ultrarechte Einstellung: „Anstelle von Pazifismus [...] – die Idee von Kampf, Expansion, Gewalt [...] Anstelle von Skeptizismus, Mangel an Glauben und Charakter – ein fanatischer Glaube an die eigene Wahrheit, Exklusivität, Härte. Anstelle von Partikularismus, Anarchismus und Demo-Liberalismus – die Interessen der Nation über allem, [...] und die Unterordnung des Individuums unter das Nationale.“ Zit. n: Kappeler, Kleine Geschichte, S. 210.

¹⁴⁷ In seinem 1926 erschienen Buch „Nacionalizm“ untermauert Doncov diese These der „Amoralnist'“, der Amoralität und schuf damit eine ideologische Rechtfertigung für die spätere Kollaboration mit den Deutschen. Siehe dazu: Golczewski, Ukrainische Emigration, S. 235, zu den Gedanken Doncovs vor 1926: Dmytro Doncov: Pidstavy našoi polityky, Wien 1921.

¹⁴⁸ Hier ist auch zu beachten, dass Deutschland bereits 1938 zu einer dominanten Größe in Europa geworden war und eine Annäherung nicht nur aus ideologischen sondern nun auch aus politischen Gründen opportun erschien. Weiteres dazu bei Frank Golczewski: Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Ders. (Hg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 214. (Im Folgenden: Golczewski, Zweiter Weltkrieg).

Die Annexion des Sudetenlandes 1938 und die Zerschlagung der Tschechoslowakei ließ die Beziehung zwischen dem deutschen Staat und den Nationalukrainern in eine neue Phase treten. Mit der beginnenden deutschen Expansion ins östliche Europa wurden nun zunehmend Ukrainer als militärische Verbündete im Kampf und/oder zur Herrschaftssicherung in den besetzten Gebieten eingesetzt. Der östlichste Teil der Tschechoslowakei, die Karpato-Ukraine, wurde nach dem Münchener Abkommen autonom und hier entstand – obwohl Teile der Karpato-Ukraine mit der größten Stadt Užhorod (Ungstadt) nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch im Oktober 1938 Ungarn zufielen – das erste unabhängige ukrainische Gebiet mit Chust als Hauptstadt.¹⁴⁹ Deutschland, das die Region mit Handelsabkommen unterstützte und über einen Radiosender in Wien proukrainische Propaganda in das Gebiet sendete, wurde in den amerikanischen und europäischen Emigrationszentren als Wegbereiter eines ukrainischen Nationalstaats gefeiert und Hitler zum Retter des ukrainischen Volkes stilisiert. Als sich allerdings Mitte März 1939 die Karpato-Ukraine um deutschen Schutz gegen die beginnende ungarische Invasion bemühte, hatten deutsche Stellen Ungarn bereits ihre Zustimmung signalisiert. Das Auswärtige Amt hielt den damaligen Ministerpräsidenten der Karpato-Ukraine, Avhustyn Vološyn, so lange hin, bis die ungarischen Verbände das autonome ukrainische Gebiet besetzt hatten.¹⁵⁰ Vološyn ließ sich danach in Prag nieder, wo ihm die deutschen Behörden allerdings jegliche politische Agitation verboten. Trotz dieser Ereignisse sahen die ukrainischen Nationalisten in Deutschland weiterhin eine ernsthafte Option zur Verwirklichung ihrer Interessen, denn Deutschland wurde zunehmend zur bestimmenden militärischen Kraft in Europa. Die deutsche Führung wollte aber auch mit zunehmender Expansion Richtung Osten keine politischen Zugeständnisse machen. Mit der Errichtung des „Protektorats“ in Böhmen und Mähren

¹⁴⁹ In der Tschechoslowakei gab es etwa 450.000 Ukrainer. Die Verfassung der ČSR garantierte den Karpaten-Ukrainern schon vor Oktober 1939 Autonomie, die allerdings nie voll verwirklicht wurde. Die Tschechoslowakei war eine parlamentarische Demokratie und förderte das rückständige Gebiet im Osten auch wirtschaftlich. Die Bedingungen für eine kulturelle Entwicklung waren recht gut: Das Schulwesen wurde gefördert und die ukrainische Kultur blühte. Politische Gruppen formierten sich, wobei sich traditionell russophile, populistisch-ukrainophile sowie magyarophile gegenüberstanden. Kappeler, *Kleine Geschichte*, S. 213/214. Dazu auch: Grelka, *Nationalbewegung*, S. 173 f.

¹⁵⁰ Golczewski, *Zweiter Weltkrieg*, S. 242.

brachte Deutschland beispielsweise ein weiteres Zentrum der ukrainischen Emigration in seine Gewalt, verbot jedoch die dort vorhandenen 70 ukrainischen Vereine und Organisationen.

Auf militärischer Ebene wurden die Kontakte zwischen der deutschen Abwehr und der OUN-Führung ausgebaut. Das Mitglied der OUN-Führung Riko Jary stand in dauerhaftem engem Kontakt zu Canaris und in der „Ostmark“ und in der Slowakei bildete Roman Suško in dessen Auftrag eine kleine Truppe aus, die 1939 an der Seite der Wehrmacht am Polenfeldzug teilnahm. Die ukrainischen Militärs hofften in Lemberg einmarschieren und dann dort einen eigenen Staat proklamieren zu können. Da Ostgalizien allerdings gemäß des geheimen Zusatzprotokolls des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts der UdSSR versprochen war, wurde Suško nach dem Ende der Kampfhandlungen angewiesen, sich mit seiner Einheit hinter die Demarkationslinie in den deutsch besetzten Teil Polens zurückzuziehen.¹⁵¹

Die deutsche Besatzungspolitik in Polen stimmte jedoch die von der erfolglosen Militäraktion Suškos enttäuschten Ukrainer bald wieder versöhnlich, denn um ihren Herrschaftsanspruch in den neu eroberten Gebieten zu festigen, förderten die Deutschen die ukrainische Minderheit in Westgalizien und besetzten die untersten Positionen der dortigen Verwaltung zum Teil mit Ukrainern. Im Oktober 1939 wurde ein ukrainisches Hilfskomitee mit dem Hauptausschuss UCK (Ukrains'kyj Central'nyj Komitet) eingerichtet, dessen Aufgaben in erster Linie karikativer Art sein sollten.¹⁵² Bei einem Treffen mit Hans Frank am 19. April 1940 unterstrichen die Vertreter dieses Komitees ihre Loyalität und dankten dem Generalgouverneur für die Ermöglichung des „nationalen ukrainischen Lebens im Generalgouvernement“. Frank würdigte nicht nur die bisherige Zusammenarbeit und sagte Unterstützung auf schulischem und kirchlichem Gebiet zu, sondern versprach sogar, dass die Rechtsprechung und die Verwaltung im von Ukrainern bewohnten Gebiet vollständig in deren Hände

¹⁵¹ Ebda., S. 214 f.

¹⁵² Neben dem ukrainischen wurden auch ein polnisches und ein jüdisches Hilfskomitee (Rada Główna Opiekuńcza und die Jüdische Soziale Selbsthilfe) eingerichtet. Im Gegensatz zum ukrainischen Hilfskomitee kamen die Organisationen allerdings nicht über ei-

übergehen würden. Obwohl diese Zusagen nicht eingehalten wurden, konnte der Leiter des ukrainischen Hilfskomitees Volodymyr Kubijovyč auf wirtschaftlichem und kulturellem Sektor beachtliche Erfolge erzielen. Darüber hinaus gestaltete er seine Einrichtung auch zu einer politischen Vertretung der Ukrainer aus und machte das ukrainische Leben im Generalgouvernement erträglicher.¹⁵³ Auf kirchlichem Gebiet konnten die UCK-Verteter bei den Deutschen erreichen, dass die 1924 gegründete Polnische Autokephale Kirche (PAOK) zum größten Teil ukrainisiert wurde und zusammen mit dem Erzbistum Chelm in eine ukrainisch-orthodoxe Kirche umgewandelt wurde. Im Schulwesen bewirkte die UCK, dass aus den im deutsch besetzten Gebiet vorhandenen 18 ukrainischen und 100 zweisprachigen Schulen bis März 1941 929 ukrainische Volksschulen wurden.¹⁵⁴

Die Entwicklungen im Generalgouvernement beweisen einmal mehr, wie stark die Erfolge der ukrainischen Gruppen abhängig waren von den deutschen Stellen, mit den sie zusammenarbeiteten. Wie sich noch zeigen wird, ging es den Ukrainern im besetzten Polen unter Hans Frank besser, als später in der eigentlichen Ukraine, wo Erich Koch eine kompromisslose Ausbeutungspolitik verfolgte.

Diese „Erfolge“ in Polen dürfen aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Deutschen an einer freien politischen Entfaltung weiterhin kein Interesse hatten. Mit der Besetzung Polens hatte das Dritte Reich die Reste der ehemalige Ukrainischen Volksrepublik (UNR) in seine Verfügungsgewalt gebracht, alle politischen Vereinigungen, z.B. die Gruppierung um Andrij Livyc'kyj oder auch Kubijovyč und sein Komitee, galten formal als parteilos und mussten ihre Tätigkeit einstellen. Nur die Anhänger der OUN konnten – neben der Het'man-Organisation um Skoropads'kyj – ihre radikalen Ansichten bis zu einem gewissen Maß weiter vertreten.¹⁵⁵ Nichts-

gentlichen Tätigkeitsbereich hinaus. Weiteres dazu bei Golczewski, Zweiter Weltkrieg, S. 246.

¹⁵³ Volodymyr Kubijovyč (1900 – 1985) war Geograph, die Polen hatten ihn im Sommer 1939 von der Krakauer Universität gejagt. Direkt von der polnischen antiukrainischen Politik betroffen, nahm er sowohl die Verfolgung der Polen als auch die Vernichtung der Juden als Teil der nationalsozialistischen Herrschaft hin. Weiteres dazu bei Ebda., S. 247.

¹⁵⁴ Ebda., S. 246.

¹⁵⁵ Eine detaillierte Studie zur Beziehung zwischen der Führung des Dritten Reichs und der ukrainischen Nationalbewegung vor dem deutsch-sowjetischen Krieg findet sich bei:

destotrotz machte die deutsche Besatzungspolitik in Polen den Ukrainern Hoffnung, dass sie bei einer weiteren Expansion Richtung Osten aufgrund der bisher geleisteten Hilfsdienste, auch ein „Stück vom Kuchen“ abbekommen würden. Äußerungen Hitlers hinsichtlich der „Gewinnung von Lebensraum“ wollte man nicht wahrhaben oder tat sie als Propaganda ab. Die Besetzung Polens hatte auch starke Auswirkungen auf die politischen Konstellation innerhalb der OUN. Mit dem deutschen Einmarsch wurden viele ukrainische Terroristen aus polnischen Gefängnissen befreit, unter ihnen auch Stephan Bandera, der Leiter der konspirativen Landesexekutive der OUN. Um ihn, den bereits erwähnten Riko Jary und um Jaroslav Stec'ko bildete sich eine Fraktion, die im Gegensatz zum „alten“ eher das politische Taktieren bevorzugenden Flügel um Mel'nyk einen äußerst militanten Kurs verfolgte. Die Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden Fraktionen kulminierten 1940 auf einem Kongress in Krakau und führte zur Spaltung der OUN an deren Ende die OUN-M um Mel'nyk und die OUN-B mit Bandera an der Spitze standen.¹⁵⁶

Die Wehrmacht bildete ab 1940 zwei militärische Formationen aus, die aus Angehörigen der OUN-B bestanden: „Nachtigall“ wurde 1940 unter Roman Šuchevyč in Neuhammer in Schlesien, „Roland“ im gleichen Jahr mit Riko Jary als Führer in Saubersdorf bei der Wiener Neustadt aufgestellt. Im Juni 1941 marschierten „Roland“ und „Nachtigall“ an der Seite der rumänischen und deutschen Truppen mit in die Sowjetunion ein.¹⁵⁷ Zu den Aufgaben der Formationen gehörten, laut der Weisung der Abwehr vom 27. Juni 1941:

- 1.) „Kampfeinsatz zur Unterstützung der deutschen Truppen.
- 2.) Besatzung, Säuberung und Sicherung der abseits der deutschen Vormarschstraßen befindlichen Gebiete.
- 3.) Aufstellung des ukrainischen Selbstschutzes in den besetzten Städten zur Entlastung der deutschen Truppen.“¹⁵⁸

Grelka, Nationalbewegung, S.173 – 208. Grelka bearbeitet den Fall der Karpato-Ukraine (S. 173) gleichermaßen, wie den deutschen Überfall auf Polen (S. 183) und die Entwicklung des ukrainischen Hauptausschusses im GG (S. 192).

¹⁵⁶ Kappeler, Kleine Geschichte, S. 216.

¹⁵⁷ Ebda., S. 217.

¹⁵⁸ „Aufgaben des Unternehmens Roland, Abw. II“, 27.6.1941, BAMA, RH 20-11/485, zitiert nach: Grelka, Nationalbewegung, S. 239.

Den ukrainischen Truppen wies man zu diesem Zeitpunkt der Auseinandersetzung durchaus eigene militärische Aktionen zu. Die Zusammenarbeit zwischen der Wehrmacht und den Paramilitärs war so eng, dass sich scheinbar auf deutscher Seite ein Vertrauensverhältnis aufgebaut hatte, das seinen Niederschlag in ebensolchen Anweisungen fand. Parallel zu den bewaffneten Formationen entsandten sowohl die OUN-B als auch die OUN-M so genannte Marschgruppen, die die Ukrainer der ehemaligen Sowjetrepublik für die Nationalisten gewinnen und die Basis für eine neue staatliche Verwaltung legen sollten.¹⁵⁹ Die OUN-Fraktion um Bandera hatte dabei schon eine eigene Staatsgründung im Sinn und hielt die Entsendung dieser Marschgruppen vor den deutschen Stellen geheim.¹⁶⁰ Die OUN-M sah sich hingegen als Vorbereiter der deutschen Besetzung und hoffte – sozusagen als Belohnung – auf den Aufbau einer eigenen ukrainischen Streitmacht.¹⁶¹

Der deutsche Einmarsch in die Sowjetunion bildete für viele Nationalisten den Kulminationspunkt langjähriger Bemühungen und Kontaktpflege. Die Grundlage dieser Zusammenarbeit bildete eine Tradition der deutsch-ukrainischen Beziehungen, die weit in die Weimarer Zeit zurückreichte. Beide Seiten verbanden mit diesen Beziehungen seit jeher die Durchsetzung der eigenen politischen Interessen. Die ukrainische Seite nutzte die deutsche als ihr Sprachrohr und hoffte insbesondere ab 1933 auf den Aufbau eines Nationalstaates, die deutsche Regierung sah in den ukrainischen Exilanten immer Instrumente der eigenen Außenpolitik. Auch wenn unter den Nationalsozialisten die ideologischen Parallelen beider Parteien stark hervortraten, so bildeten sie nicht nur die Klammer für die Zusammenar-

¹⁵⁹ Golzcewski, Zweiter Weltkrieg, S. 251.

¹⁶⁰ Auch von der OUN-M wurden Marschgruppen, wenn auch in weitaus geringerer Zahl, auf den Weg gebracht. Man versuchte allerdings, eine Einreiseerlaubnis von den offiziellen Stellen zu erhalten. Hier zeigten sich auch schon erste Anzeichen der kommenden Auseinandersetzung zwischen OUN-M und OUN-B, denn die OUN-M strafte das Verhalten der Bandera-Fraktion in der Presse scharf ab: „Die außergewöhnlichen Ereignisse stellen uns die Aufgabe alle unsere nationalen Kräfte zusammenzufassen und sie in die schöpferische Arbeit einzuschließen. Leider nützen einige gewissen- und verantwortungslose Menschen die patriotischen Gefühle unserer Bevölkerung aus, indem sie auf eigene Faust unsere Bürger zu Tätigkeiten überreden, die in Wirklichkeit weder für die ukrainische Nation noch für sie selbst Nutzen bringen können. [...]“ Auszug aus einem Artikel in der „Nastup“ vom 23.6.1941, zit. n.: Ilnytzkyj, Ukraine, S. 99.

¹⁶¹ „Wir werden uns bemühen vor ihrem Eintreffen [der Wehrmacht] das Leben zu organisieren. [...]“, Auszug, zit. n.: Grelka, Nationalbewegung, S. 240.

beit. Es war vor allem die Erreichung des jeweiligen politischen Ziels, was beide Parteien veranlasste, miteinander zu kooperieren.

2.4.3. Die Bevölkerung in der ukrainischen Sowjetrepublik

Zur Zusammenarbeit waren allerdings nicht nur Exilanten bereit, auch Einheimische suchten den Kontakt zu den Deutschen. Hierfür gab es zwei Gründe: Zum einen existierten auch in der Sowjetukraine insgeheim nationalistische Strömungen, zum anderen sahen große Teile der Bevölkerung in der Sowjetunion eine Diktatur und in den einmarschierenden Deutschen ihre Befreier.¹⁶²

Stalin wollte in den 1930er Jahren durch seine „Revolution von oben“ die seiner Meinung nach rückständige sowjetische Agrargesellschaft in eine moderne sozialistische umwandeln. Forcierte Industrialisierung, die Zwangskollektivierung der bäuerlichen Privatwirtschaften, umfassende „Säuberungen“ im Staats- und Parteiapparat und schließlich staatliche Repressionen und Terror gegen die gesamte sowjetische Bevölkerung kennzeichneten diese Politik nach der relativ liberalen Zeit der NEP und – im Hinblick auf die Nationalitäten – der „Korenizacija“ (Einwurzelung) in den 1920er Jahren.¹⁶³

Hunger bzw. der ständige Lebensmittelmangel gehörten vor dem Krieg vielfach zum sowjetischen Alltag. Insbesondere in den Jahren 1932/33 kam es in der Ukraine zu einer staatlich initiierten Hungersnot, die nach neuesten Schätzungen 6 bis 7 Millionen Menschen das Leben kostete. Die zu Beginn der 1930er Jahre von der Regierung eingeleitete Kollektivierung der Landwirtschaft und die damit verbundene „Entkulakisierung“ stieß insbesondere in der Ukraine auf Widerstand seitens der bäuerlichen Bevölkerung. Die sowjetische Führung reagierte darauf zunächst mit der Erhöhung der Getreideabgaben und dann mit Zwangsrequirierungen aller

¹⁶² Zu den Motiven: Dieckmann, Editorial, S. 15f. Die Forschungsergebnisse von T. Penter finden in diesem Zusammenhang zwar Erwähnung, Diktaturerfahrung wird jedoch nicht explizit als Antrieb zur Zusammenarbeit genannt.

¹⁶³ Siehe dazu: Benedikt Praxenthaler: Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen, in: Peter Jordan; Andreas Kappeler; Walter Lukan; Josef Vogl: Ukraine, Frankfurt a. M. 2001, S. 293 – 318, hier: S. 306f (im Folgenden: Praxenthaler, Sowjetukraine).

Lebensmittelvorräte der Bauern.¹⁶⁴ Die Hungersnot wütete insbesondere in den Getreideüberschussregionen, da diese die höchsten Abgaben zu leisten hatten. An erster Stelle stand hier der Kiever Oblast', dicht gefolgt vom Gebiet um Charkow. 1933 erhöhten sich hier die Sterbeziffern im Vergleich zu den Jahren 1927 bis 1930 um das 8- bis 9fache, der Anteil der in der gesamten ukrainischen SSR registrierten Todesfälle lag im Charkower Oblast' bei 26 %.¹⁶⁵ Der Hunger war insbesondere auf dem Land spürbar, hier starben ganze Ortschaften, Kannibalismus war keine Seltenheit. „Eine Reise durch die Gegend“, so ein Zeitzeuge, „war ein Spießrutenlauf. Die Bahnhöfe waren umsäumt von bettelnden Bauern mit geschwollenen Händen und Beinen [...]“.¹⁶⁶ Allerdings verschlechterte sich auch die Versorgungslage in den Städten, ähnlich wie den ukrainischen Bauern erging es Arbeitern in außerstädtischen Einrichtungen oder in innerstädtischen Betrieben, die als „zweitrangig“ eingestuft worden waren und damit von der zentralen Getreideversorgung abgeschnitten wurden. In Charkow brach nach und nach das öffentliche Leben zusammen, Straßenbahnen und Autobusse fuhren nicht mehr, die Stromversorgung versagte und Banden von Jugendlichen – die Kinder der in die Stadt geflüchteten und dort verstorbenen Bauern – terrorisierten die Stadtbevölkerung.¹⁶⁷

Da die Zuteilung von Lebensmitteln vom Platz des einzelnen in der Gesellschaft bzw. von seiner Stellung im sowjetischen Staat abhängig war, entstand eine Versorgungshierarchie, deren obere Plätze von Funktionären, Mitarbeitern im öffentlichen Dienst und bei den lokalen Behörden,

¹⁶⁴ Einen Überblick über Ausmaß und Verlauf bietet: Rudolf A. Mark, Gerhard Simon: Die Hungersnot in der Ukraine und anderen Regionen der UdSSR 1932 und 1933, in: Osteuropa, 54. Jahrgang, Heft 12, Dezember 2004, S. 5 f. (im Folgenden: Mark, Hungersnot), außerdem: Volodymyr L. Lytvyn (Hg.): Holod 1932 – 1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky, Kyïv, S. 449 f. Stephan Merl: Bauern unter Stalin: die Formierung des sowjetischen Kolchosystems 1930 – 1941, Berlin 1990 (im Folgenden: Merl, Bauern).

¹⁶⁵ Zu den Zahlen: Stanislav Kul'čyc'kyj: Terror als Methode. Der Hungergenozid in der Ukraine 1933, in: Ebda., S. 59 (im Folgenden: Kul'čyc'kyj, Terror).

¹⁶⁶ Zit. n.: Arthur Koestler: Der Yogi und der Kommissar. Auseinandersetzungen, Esslingen a. N., 1950, S. 248 (Im Folgenden: Koestler, Kommissar).

¹⁶⁷ Siehe hierzu den Bericht über „die Notlage in der Ukraine“ von einem Vertrauensmann in Charkow vom 18.05.1933, abgedruckt in: Dmytro Zlepko: Der ukrainische Hunger-Holocaust. Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33 an 7 Millionen ukrainischen Bauern im Spiegel geheimgehaltener Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes, Sonnenbühl, S. 163. Außerdem: Koestler, Kommissar, S. 248.

der Polizei und der Armee belegt waren. Ihnen folgten die Arbeiter, hier an der Spitze die Arbeiter in der Schwerindustrie, dann die Angestellten und am Ende dieser Rangordnung standen Arbeitslose, Kinder und Invalide. Bauern waren nicht an das Versorgungssystem angeschlossen. Für Parteifunktionäre und Mitarbeiter des städtischen Kooperativenverbandes und des Trusts für öffentliche Speisungen, des staatlichen Handelskontors, der Charkower MTS und Rotkreuz- und Komsomolfunktionäre und für kleine Angestellte der Apparate, also Schreiber, Buchhalter, Stenographinnen und Chauffeure existierten eigens eingerichtete Spezialläden, in denen sie Wurst, Mehl, Speck, Gebäck, Butter, Eier, Konserven, frisches Gemüse, Milchprodukte, Tee und Seife beziehen konnten. In gewöhnlichen Arbeiterrationen waren diese Dinge 1933 längst nicht mehr enthalten. Für Menschen am unteren Ende der Versorgungshierarchie blieb häufig der Anschluss an eine Kooperative die einzige Möglichkeit, eine Zuteilung zu erhalten und dem Hungertod zu entgehen. Die große Gruppe der Arbeiter und Angestellten standen vor den Kommerzläden in langen Schlangen an, um ihre Lebensmittelkarten für dementsprechende Rationen zu tauschen. Die Geschäfte waren meist jedoch nicht in der Lage, die Nachfrage zu befriedigen und vielfach gingen die Menschen am Ende eines Tages hungrig und mit leeren Taschen wieder nach Hause. Es kam deshalb zu Ausschreitungen unter den Arbeitern, die die örtlichen Behörden jedoch mit Hilfe der Miliz niederschlugen.¹⁶⁸ Aufgrund der latenten Lebensmittelknappheit bildete sich in Charkow recht schnell ein Schwarzmarkt, den die Behörden nicht nur tolerierten, sondern auch mitbelieferten. Die Waren, die auf diesen informellen Märkten angeboten wurden, stammten zum größten Teil aus staatlichen Versorgungseinrichtungen, die Händler waren häufig Mitglieder krimineller Netzwerke, die Hand in Hand mit Mitarbeitern der staatlichen Handelsorganisationen den

¹⁶⁸ Zur Organisation und Auswirkungen der Lebensmittelversorgung in Charkow und der Bildung eines Schwarzmarktes: Barbara Falk: Sowjetische Städte in der Hungersnot 1932/33. Staatliche Ernährungspolitik und städtisches Alltagsleben, Köln, Weimar, Wien 2005, S. 109, 116, 172, 218, 221, 224, 230, 236, 288 f (im Folgenden: Falk, Hungersnot).

Transfer von Gütern aus staatlicher Produktion auf den Schwarzmarkt organisierten.¹⁶⁹

Auch wenn sich die Lage in der Ukraine spätestens 1935 wieder weitestgehend normalisierte, so blieb dieses Ereignis doch im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung haften. Die Hungersnot mit all ihren Auswirkungen wurde dem Staat angelastet, dem insbesondere nationalistische Kreise unterstellten, er hätte versucht die Ukrainer mit dieser Aktion gezielt zu dezimieren. In jedem Fall entstand der Eindruck, dass die sowjetische Führung in dieser Extremsituation nicht bereit gewesen war, ihre Bevölkerung zu unterstützen oder ihr zu helfen.

Allerdings war es nicht nur die Hungersnot, die Ukrainer dazu bewegte der Sowjetunion zunehmend kritisch gegenüberzustehen. Seit ihrer Etablierung Anfang der 1920er Jahre hatte die sowjetische Führung politisch Andersdenkende verfolgt. Den Mord am Leningrader Parteichef Sergej Kirow 1934 nahm Stalin zum Anlass, um umfangreiche „Säuberungen“ im Partei- und Staatsapparat der UdSSR und in der Führung der Roten Armee durchführen zu lassen. In der Ukraine holte er im August 1937 zum entscheidenden Schlag gegen die ukrainische Führungselite aus. Nach einer Sondersitzung des Zentralkomitees beorderte er die drei Parteisekretäre Kosior, Chatajegyč und Popov, sowie den Vorsitzenden des Zentralexekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare Petrovs'kyj und Ljubčenko nach Moskau und ließ sie aus ihren Ämtern entfernen. In der Folgezeit wurde fast die gesamte ukrainische Führung ausgetauscht, nur drei der vom XIV. Parteikongress im Jahr 1925 gewählten Mitglieder des ZK überstanden das Jahr 1937 unbeschadet.¹⁷⁰

Diese „Säuberungen“ geschahen jedoch nicht nur auf der höchsten politischen Ebene. Um einer zunehmenden „Ukrainisierung des Proletariats“ entgegenzuwirken, ließ Stalin die Apparate des Volkskommissariats für Bildungswesen auf der Gebietsebene zu 100% und auf der Rayonsebene

¹⁶⁹ „In Charkow ist die Spekulation faktisch legalisiert. Die Miliz hat folgende Regel eingeführt: Ein Spekulant, der ständig auf dem Markt handelt, zahlt neben der Marktgebühr eine Strafe von 5 – 10 Rubeln an die Miliz, woraufhin er ganz legal seine spekulativen Operationen durchführen kann.“ Auszug aus einem Bericht von T. Kirjatow (Zentrale Arbeiter- und Bauerninspektion) an Molotow (SNK) vom 19.10.1935, abgedruckt in: Falk: Hungersnot, S. 219.

¹⁷⁰ Praxenthaler, Sowjetukraine, S. 312.

zu 90% austauschen.¹⁷¹ Als „nationale Abweichler“ gebrandmarkte Wissenschaftler und Intellektuelle wurden Opfer staatlicher Repressionen und vielfach deportiert oder exekutiert. Nationalisten, die nicht nach Westeuropa geflohen waren, stellten ihre politischen Aktivitäten ein und zogen sich vielfach in die innere Emigration zurück. Ihre Ideen unterschieden sich in der Folgezeit zunehmend von denen ihrer politischen Weggefährten im europäischen Exil. Viele blieben in der Zentral- und Ostukraine der ursprünglich liberalen ukrainischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts treu und wandten sich nicht einem faschistoiden und rassistischen Nationalismus zu.¹⁷² Sie fühlten sich in erster Linie der „Prosvita“-Bewegung (Aufklärung) verpflichtet, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Eröffnung von speziellen Schulen und Lesehallen und durch Aufführungen und Konzerte versucht hatte, ein national-kulturelles Bewusstsein zu schaffen. Nach dem „Völkerfrühling“ 1905 war sie allerdings durch die reaktionäre Politik des Zaren zunehmend in den Untergrund gedrängt worden. Charkow war zu Beginn des 20. Jahrhunderts Kristallisationspunkt der Nationalbewegung in der Ostukraine gewesen. Hier for-

¹⁷¹ Zu den Zahlen: Gerhard Simon: Holodomor als Waffe. Stalinismus, Hunger und der ukrainische Nationalismus, in: Osteuropa, 54. Jahrgang, Heft 12, Dezember 2004, S. 52 (im Folgenden: Simon, Holodomor), weiterhin: Jurij Šapoval: Likvidacija „skrypnikivščyny“, in: V. M. Lytvyn (Hg.): Polityčnyj i teror i terorizm v Ukraïni. XIX – XX. st. Istoryčni narysy, Kyïv 2002, S. 433.

In der Ukraine wurde bereits in Folge der Hungersnot vielen Funktionären der Prozess gemacht, dazu: Kul’čyc’kyj, Terror, S. 69. Nationale Ambitionen stellte die Moskauer Führung 1930/31 in der Arbeiterschaft fest, siehe dazu: L. V. Hrynevyc’: Vyjavlennja nacional’noï identyčnosti ukraïns’koho seljanstva v roky kolektyvacii, in: A. Smolij (Hg.): Holod 1932 – 1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky, Kyïv 2003, S. 426. Dokumentiert ist auch ein Prozess gegen Nationalisten in Charkow: Mykola Kowalewskyj: Schauprozess gegen ukrainische Patrioten in Charkiw 1930, in: Autorenkollektiv (Hg.): Russischer Kolonialismus in der Ukraine, München 1962, S. 65 ff. Der Artikel ist tendenziös in der Bewertung der Ereignisse.

¹⁷² Die ukrainische Nationalbewegung, die ihren Beginn in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte, entspricht in ihren Entwicklungsstufen im Wesentlichen denen der so genannten „kleinen“ Nationalitäten. Dies bedeutet im Sinne der modernen Historiographie, dass diesen „kleinen“ Nationen zunächst eine Oberschicht fehlte, die als Träger eines Nationalbewusstseins hätte auftreten können. Siehe zu dieser These: Kerstin S. Jobst: Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917, in: Frank Golczewski (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 158 f. (im Folgenden: Jobst, Nationalbewegung) A. Kappeler datiert den Beginn der ukrainischen Nationalbewegung allerdings auf die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts, wobei er sich im Übrigen allerdings auch an die Hrochschen Thesen der Nationsbildung kleiner Völker hält. Siehe dazu: Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine. 2. aktualisierte Auflage, Bremen 2000, S. 116. oder: Andreas Kappeler: Der schwierige Weg zur Nation. Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine. Wien, Köln, Weimar 2003, S. 105 f (im Folgenden: Kappeler, Nation).

mierte sich die erste ukrainische Partei im Zarenreich, die RUP (Revolju-cijna Ukrajinc'ka Partyja/Revolutionäre Ukrainische Partei).¹⁷³

Zunächst förderte die Sowjetunion auch den ukrainischen Nationalismus. Mit der Politik der „Korenizacija“ hatten die Bolschewiki in den 1920er Jahren versucht, die nichtrussischen Völker in das Sowjetsystem zu integrieren. Man wollte auf diese Weise nationale Autonomiebestrebungen unterbinden und zeigen, dass eine national-kulturelle Entfaltung auch in der Sowjetunion möglich sei. Deshalb ermöglichte die Führung in Moskau Ukrainern auf der Ebene der Unionsrepublik den Aufstieg in die politischen Eliten und förderte die ukrainische Sprache und das Bildungswesen. 1932/33 besuchten 88,5% aller Schulkinder in der Ukraine Schulen mit Ukrainisch als Unterrichtssprache, der Anteil der Ukrainer an der Bevölkerung betrug 1926 80% und der Prozentsatz der Zeitungen (nach Titeln) in ukrainischer Sprache nahm von 37,5% (1923/24) auf 63,5% (1927/28) zu. Die Statistiken zu den gedruckten Exemplaren belegen noch eindrucksvoller die zunehmende Ukrainisierung. 1923 erschienen gerade 12,5% aller Zeitungsexemplare auf Ukrainisch, 1932 waren es 91,7%. Allerdings bedeutete diese Ukrainisierung auch eine gleichzeitige Derussifizierung in allen Bereichen. Der Anteil der Ukrainer an der Industriearbeiterschaft wuchs von 43% im Jahr 1926 auf 58% im Jahr 1933. Während 1929 nur 24% der Parteimitglieder ethnische Ukrainer waren, stieg ihr Anteil bis 1932 auf 59%. 75,9% der Mitarbeiter in den staatlichen Leitungsapparaten waren 1929 auf Rayonebene Ukrainer, 36,2% immerhin auf Republiksebene. 1932 erfolgte in den meisten Institutionen und Organisationen der Schriftverkehr auf Ukrainisch.¹⁷⁴ Insgesamt zeigen diese Angaben, dass sich in der Bevölkerung der Ukraine in den 1920er Jahren durchaus eine ukrainische Identität herausbildete. Das Selbstverständnis war nicht nur bestimmt durch supranationale sowjetische, sondern auch durch nationale Vorstellungen. Stalin begann schon in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre dieser Politik entgegenzuwirken und umgekehrt nahm

¹⁷³ Zur Geschichte der ukrainischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert siehe: Miroslav Hroch: Die Vorkämpfer der nationalen Bewegungen bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen, Prag 1968, S. 26 f.; Kappeler, Kleine Geschichte, S. 117; Ders., Nation, S. 107 f.

der Widerstand gegen die Sowjetregierung zu. Die Nationalitätenpolitik führte auch dazu, dass Ukrainer begannen an ihr nationales Selbstverständnis politische Forderungen zu knüpfen. 1930 riefen Flugblätter in der Ukraine zum nationalen Widerstand und Staatsstreich auf¹⁷⁵ und vom 9. März bis zum 19. April 1930 fand am Obersten Gerichtshof der Ukraine in Charkow ein Prozess gegen 45 Mitglieder der ukrainischen Organisation „Bund zur Befreiung der Ukraine“ (SWU) im großen Saal der Staatsoper statt. Die Verhandlung initiierte die politische Führung als Schauprozess, übertrug sie im Rundfunk und organisierte eine Ausstellung, in der sie die Schriften der Angeklagten mit politischen Kommentaren versehen einem breiten Publikum zugänglich machte. Den Angeklagten warf das Gericht – nicht zu Unrecht – vor, sie hätten einen Aufstand geplant, um die sowjetische Herrschaft zu beenden und eine unabhängige ukrainische Republik zu gründen. Die Verhandlungen endeten mit Todesurteilen gegen zwölf der Angeklagten, die allerdings in Haftstrafen umgewandelt wurden und für die übrigen mit langjährigen Gefängnisstrafen.¹⁷⁶

Es formierte sich jedoch auch Protest, der sich im Rahmen der bestehenden Ordnung bewegte. So übergab beispielsweise eine Gruppe von Delegierten und Arbeitern aus den Charkower Fabriken dem Präsidium des XIII. ukrainischen Parteikongresses am 26. Februar 1931 ein Memorandum:

„Mit den Muskeln der ukrainischen Arbeiter und Bauern wird Russland aufgebaut. Die Ukraine geht zugrunde [...] Man muss die ukrainische sowjetische Staatlichkeit errichten [...] Bei uns spricht man bisher nur von der Sprache, der Kultur, obwohl dies auch Elemente der Staatlichkeit sind.“¹⁷⁷

Anstatt jedoch einen Kompromiss zu suchen, reagierte Stalin mit immer härteren Repressionsmaßnahmen und verbot jegliche Kritik am sowjetischen System. Ab dem Sommer 1936 richtete sich der staatliche Terror

¹⁷⁴ Zu den Zahlen siehe: Simon, *Holodomor*, S. 40.

¹⁷⁵ „Erhebt euch! Jeder nimmt das in die Hand, was er kann. Befreien wir die Ukraine von der Moskauer Herrschaft [...] Es lebe die Ukraine!“, Ebda., S. 40, 41.

¹⁷⁶ Näheres zu diesem Prozess: Mykola Kowalewskyj: *Schauprozess gegen ukrainische Patrioten in Charkiw 1930*, in: *Autorenkollektiv, Kolonialismus*, S. 65ff.

¹⁷⁷ zitiert nach: L. V. Hrynevyč: *Vyjavlennja nacional'noï identyčnosti ukraïns'koho seljanstva v roky kolektyvizacii*, in: V. A. Smolij (Hg.): *Holod 1932 – 1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky*, Kyïv 2003, S. 426.

gegen die gesamte Bevölkerung und bis zum Frühjahr 1938 kam es in der Sowjetunion zu Massenverhaftungen von nie gekanntem Ausmaß. Von den 2,6 Millionen Urteilen aus den bislang bekannten Unterlagen, die zwischen 1929 und 1940 wegen „konterrevolutionärer Tätigkeit“ ausgesprochen wurden, fällt die Hälfte in die Jahre 1936 bis 38. Für diesen Zeitraum geht die Wissenschaft von 2,5 Millionen Verhafteten und Deportierten und von ca. 680.000 Exekutierten aus. Fast jede Familie in der Sowjetunion hatte mindestens ein Opfer der staatlichen Repressionen zu beklagen.¹⁷⁸ Unter dem Eindruck des so genannten „Großen Terrors“ entwickelten viele Sowjetbürger Verhaltensweisen und Abwehrmechanismen, um sich dem Zugriff des sowjetischen Staates weitestgehend zu entziehen. So verheimlichten viele die eigene Vergangenheit oder versuchten sie umzuschreiben, um dem sowjetischen Geheimdienst NKVD keine Hinweise auf eine „konterrevolutionäre Tätigkeit“ zu liefern. Zunehmend trennte der Einzelne in eine öffentliche und eine private Person. Der „Homo Sovieticus“ trug in Öffentlichkeit die Maske des loyalen und systemkonformen Sowjetbürgers, im Privaten lehnte er jedoch den Staat ab. Eine weitere Folge des Terrors war auch, dass das Denunziantentum Mitte der 1930er Jahre enorm zunahm. Indem man Nachbarn, Freunde, Schulkameraden und Verwandte bei den Behörden anzeigte, hoffte man, seine Staatstreue zu beweisen und sich selbst vor dem Zugriff des NKVD schützen zu kön-

¹⁷⁸ Zu den Zahlen siehe: Manfred Hildermeier: Stalinismus und Terror, in: Osteuropa 50, 2000, S. 593 – 605, S. 600 – 602 (im Folgenden: Hildermeier, Stalinismus), auch: Carsten Goehrke: Russischer Alltag. Eine Geschichte in neun Zeitbildern vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart. Sowjetische Moderne und Umbruch, Zürich 2005, S. 201 (im Folgenden: Goehrke, Alltag). Zur Diskussion über die Opfergruppen siehe: Melanie Ilic: The Great Terror in Leningrad: a Quantitative Analysis, in: EAS 52 (2000), S. 1515 – 1534, (im Folgenden: Ilic, Leningrad); Barry McLoughlin: Die Massenoperationen des NKVD, in: Wladislaw Hedeler (Hg.): Stalinscher Terror 1934 – 41, Berlin 2002, S. 33 – 51. (im Folgenden: McLoughlin, NKVD) Zum Verlauf und der Diskussion über die Lenkung des Terrors: Heiko Haumann: „Eine sozialistische Lebensweise der Zukunft“ Die Sowjetunion zwischen 1929 und 1939, in: Eva Maeder, Christina Lohm (Hg.): Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit, Zürich 2003, S. 28 (im Folgenden: Haumann, Lebensweise), weiterhin: J. Arch Getty: Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933 – 1938, Cambridge 1987, S. 196, 198f; Gabor T. Rittersporn: Stalinist simplifications and Soviet complications: social tensions and political conflicts in the USSR, 1933 – 1953, Harwood 1991, S. 139ff und: Manfred Hildermeier: Revision der Revision? Herrschaft, Anpassung und Glaube im Stalinismus, in: Ders. (Hg.): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, München 1998, S. 23.

nen.¹⁷⁹ Es entwickelte sich eine regelrechte Schädlingshysterie und Spionomanie, die ein „normales“ Alltagsleben fast unmöglich machte.¹⁸⁰

Aber auch nach dem Ende des „Großen Terror“ war die Zentral- und Ostukraine ein bevorzugtes Ziel staatlicher Repressionsmaßnahmen. Die Umsetzung des Erlasses über Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin vom 26. Juni 1940 führte in der Ukraine zu Masseneinweisungen in den GuLag.¹⁸¹ Außerdem litt die Landbevölkerung erheblich unter der Chruščëv'schen Wirtschaftspolitik, die massiv gegen private Nebenwirtschaften vorging. Die kleinen Chutory wurden von 1939 bis 1941 zwangsweise aufgelöst, die Bauern vielfach deportiert.¹⁸²

Auch in den 1939 neugewonnenen ostpolnischen Gebieten, in denen eine ukrainische Minderheit lebte, führte die Sowjetunion ihre repressive Politik fort. Nachdem die alten Institutionen aufgelöst und die Wirtschaft verstaatlicht worden war, holte Stalin hier ein Miniaturbild nach, was in der Ukraine bereits in den 1930ern geschehen war: Systemfeinde wurden zu Tausenden verhaftet, angebliche „Kulaken“ deportiert oder hingerichtet.¹⁸³

Das letzte Kapitel sowjetischer Repressionen begann mit dem deutschen Überfall. Die UdSSR begann im Rahmen groß angelegter Evakuierungsmaßnahmen Industrieanlagen abzubauen und zusammen mit der Belegschaft Richtung Osten zu transportieren. Da man der Wehrmacht nur

¹⁷⁹ Sheila Fitzpatrick: *Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930's*, New York, Oxford 1999, S. 132, 134 f. (im Folgenden: Fitzpatrick, *Stalinism*); Thurston, Robert W.: *Life and Terror in Stalin's Russia, 1934 – 1941*, New Haven 1996, S. 143 – 149, 159 (im Folgenden: Thurston, *Terror*). *Memoiren aus den Jahren des Terrors* z. B.: Gennady Andreev-Khomiakov: *Bitter Waters. Life and Work in Stalin's Russia. A Memoir*, Boulder, CO 1997, S. 131; Veronique Garros (Hg.): *Das wahre Leben : Tagebücher aus der Stalin-Zeit*, Berlin 1998. *Veröffentlichte Tagebücher*: Stephan Podlubnyj: *Tagebuch aus Moskau 1931 – 1939*, Berlin 1996. Irina L. Scerbakova: *Nur ein Wunder konnte uns retten: Leben und Überleben unter Stalins Terror*, Frankfurt/Main 2000. *Für Charkow steht zur Verfügung*: George Bosse: *Jene Zeit in Charkow 1936 – 1941. Eine Jugend unter Stalin*, 2. Auflage, Berlin 1997 (im Folgenden: Bosse, *Charkow*).

¹⁸⁰ Pohl, *Schlachtfeld*, S. 342.

¹⁸¹ Laut Pohl sogar zwei Drittel der Urteile, *Ebda*.

¹⁸² Merl, *Bauern*, S. 193 f, S. 306 – 308.

¹⁸³ Zu den Ereignissen in der Ostukraine in den ersten beiden Kriegsjahren fehlen teilweise Daten und Fakten, belegt ist das „ukrainische Katyn“, die Erschießung von polnischen Kriegsgefangenen im April bzw. Mai in Charkow. Zusanna Gajowniczek: *Ukraiński ślad Katynia [Die ukrainische Spur von Katyn]*, Warschau 1995. In der Westukraine kam es zu vier Deportationswellen mit ca. 800.000 Opfern. Neuere Zahlen setzen hier erheblich

„Verbrannte Erde“ hinterlassen wollte, zerstörten oder brandschatzten eigens dafür abkommandierte NKVD-Einheiten Zurückgelassenes. Außerdem ging der sowjetische Geheimdienst kurz vor dem Abzug verstärkt gegen Systemfeinde und vermeintliche Spione vor. Wie diese Evakuierungsmaßnahmen das Gesicht einer Stadt verändern konnten, zeigt sich an Charkow. Als im Oktober 1941 die 6. Armee Charkow einnahm, berichtete die deutsche Wochenschau ausführlich über die Eroberung der Stadt. Die ostukrainische Metropole wurde als „sowjetisches Ruhrgebiet“ und als „Rüstungs- und Wirtschaftszentrum“ der Ukraine bezeichnet, die Besetzung Charkows mit seinen „riesigen Industrieanlagen“ und der „größten Traktorenfabrik der Sowjetunion“ offiziell als entscheidender Gewinn für die deutsche Kriegswirtschaft gewertet.¹⁸⁴ In der Tat hatte Charkow in den 1930er Jahren einen kräftigen Industrialisierungsschub erlebt und war nicht nur zum politischen, sondern auch zum wirtschaftlichen Zentrum der Sowjetukraine geworden. 1932 wurden beispielsweise 10 % der gesamten Maschinenbauproduktion der UdSSR in Charkow erzeugt, große Industriebetriebe wie das Traktorenwerk (ChTZ), das Lokomotivenwerk (ChPZ), das Elektromotorenwerk (ChEMZ) und die Landmaschinenfabrik „Hammer und Sichel“ hatten ihre Arbeit aufgenommen. Mit der zunehmenden Industrialisierung war auch ein demographischer Wandel verbunden. Die städtische Bevölkerung wuchs von 1928 bis 1932 von 420.000 auf 668.900, im Jahr 1939 hatte Charkow 833.000 Einwohner. Die Stadt war allerdings nicht nur ein herausragender Industriestandort, sondern auch das Zentrum der bedeutendsten landwirtschaftlichen Region in der Ukraine neben dem Kiever Gebiet. Ihr Anteil an der ukrainischen Agrarproduktion lag 1931 bei Sommerweizen bei 50 %, bei Zuckerrüben bei 26 %, bei Hanf bei 34 %, bei Tabak bei 55 % und bei Ölsaaten bei 30%.¹⁸⁵ Hinzu kam, dass Charkow auch Verkehrs- und Handelsknotenpunkt war, die Stadt war die Verbindung zwischen Moskau im Norden, der mittleren

tiefer an: 220.000 Personen, davon 25.000 ukrainische Nationalisten, siehe dazu: Pohl, Schlachtfeld, S. 341.

¹⁸⁴ Zur Darstellung der Eroberung Charkows in den deutschen Medien: Gabi Müller-Ballin: Charkow 1941 – 1945: Nazi-Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Nürnberg 1991, S. 49 (im Folgenden: Müller-Ballin, Charkow).

¹⁸⁵ Barbara Falk bezeichnet Charkow in den 30er Jahren passend als „Boomtown“, zu den Zahlen siehe: Falk, Hungersnot, S. 237, S. 160.

Wolgaregion im Osten, dem Kaukasus und den Schwarzmeerbahnen im Süden sowie Kiev im Westen.¹⁸⁶ Die deutschen Medien rekurrierten bei ihrer Berichterstattung auf dieses Charkow der 1930er Jahre, mit den Realitäten in der Stadt im Jahr 1941 hatte dies wenig zu tun. Die Evakuierung der Industriebetriebe in Charkow hatte im September 1941 begonnen und große Teile der Belegschaften der „kriegswichtigen“ Betriebe waren mit nach Osten gegangen. Ausgewählt wurden qualifizierte Facharbeiter, Ingenieure, Angestellte, wissenschaftliche Kapazitäten, technische Spezialisten und ihre Familien. Alte, Invalide, Frauen und Kinder wurden, falls sie nicht zur Familie gehörten, von den Evakuierungsmaßnahmen ausgeschlossen. Die Regierung verstand die organisatorische Kraftanstrengung nicht als humanitäre, sondern als rein kriegswirtschaftliche Maßnahme. Während sich massenhaft Staats- und Parteifunktionäre ins Hinterland absetzten, wurden Versuche der zurückgelassenen Bevölkerung vor der herannahenden Wehrmacht Richtung Osten zu fliehen, vielfach von den sowjetischen Behörden mit Gewalt unterbunden. Neben den Evakuierungsmaßnahmen verfolgte die Moskauer Führung konsequent die Politik der „verbrannten Erde“: „Keine einzige Lokomotive, kein einziger Waggon, kein Kilo Brot und kein Liter Brennstoff“ sollten der Wehrmacht in die Hände fallen, alles, was man nicht mitnehmen konnte, war „bedingungslos zu vernichten“¹⁸⁷. Von Oktober bis Dezember 1941 existierte unter der Leitung von Mikojan das „Komitee für die Evakuierung von Lebensmittelvorräten, Brennstoff, Industriegütern, Ausrüstungen, sowie von Textil-, Schuh- und Bekleidungswerken, Tabak- und Seifenfabriken aus dem Frontgebiet ins Hinterland“. NKVD-Truppen sorgten für die Zerstörung der zurückgelassenen Industrie, der Infrastruktur und der Wasser-, Lebensmittel- und Stromversorgung. Den Bauern wurden die Speicher geleert, der städtischen Bevölkerung die Lebensmittelkammern. In Char-

¹⁸⁶ Handels- und Verkehrsknotenpunkt war Charkow bereits im Zarenreich, zur Entwicklung der Stadt vor 1917 siehe: Guido Hausmann: Lokale Öffentlichkeit und städtische Herrschaft im Zarenreich: Die ukrainische Stadt Charkiv, in: Andreas Hofmann (Hg.): Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900 – 1939: Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallinn und Triest, Stuttgart 2002, S. 218 f.

¹⁸⁷ Zitat nach Klaus Segbers: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Die Mobilisierung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im „Großen Vaterländischen Krieg“ 1941 – 1943, München 1987, S. 92. Näheres zu den Evakuierungsmaßnahmen und deren Auswirkungen auf Charkow: Ebda., S. 103, 107, 167, 170 f.

kow wurden alle Lebensmittelvorräte, soweit sie nicht von den Einheimischen versteckt werden konnten, vernichtet. Die Rote Armee zündete Häuser an und sprengte oder verminerte öffentliche Gebäude.¹⁸⁸ Rücksichtslos zerstörten die NKVD-Einheiten auch unmittelbar lebenswichtige Industrien, wie z. B. die Brotfabriken. In Zaporozje explodierte beispielsweise die größte Brotfabrik der Stadt ohne Vorwarnung und kostete mehr als 300 Zivilisten das Leben.¹⁸⁹

Im Oktober 1941 war die einstige Industriemetropole an der Charkowa nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die innerstädtische Wasserversorgung funktionierte nicht mehr, von den vier im Raum Charkow arbeitenden Elektrizitätswerken waren drei zerstört. Die städtische Bevölkerung war auf die Hälfte zurückgegangen, im Herbst 1941 lebten in Charkow noch 456.639 Menschen, in der Mehrzahl Frauen, Kinder und alte Männer.¹⁹⁰

Die Wehrmacht marschierte Ende 1941 nicht – wie es die Berichte der deutschen Wochenschau vermittelten – in die größte Industriemetropole der Ukraine ein, sondern in eine Stadt, in der das öffentliche Leben zusammengebrochen war, deren kriegswichtigen Industrien sich auf dem Weg nach Osten befanden und die weder über eine intakte Infrastruktur, noch über ein funktionierendes Versorgungssystem verfügte.¹⁹¹

Der Ärger und die Wut über die Zerstörungen, die die abziehende Rote Armee hinterließ, saßen tief bei der Bevölkerung. Im Angesicht der Tatsa-

¹⁸⁸ Auch nach ihrem Rückzug versuchte die Rote Armee mittels Artillerieeinsatz die eigenen Industrieanlagen zu zerstören. Dazu der Lagebericht der deutschen Feldkommandantur 240, 19. Oktober 1941: „Die äußeren Umstände für die Organisation der Verwaltung waren bis zu den letzten Septembertagen denkbar ungünstig. Der dauernde, zeitweilig sehr heftige Artilleriebeschuss der Russen verhinderte die Inangriffnahme beinahe jeder größeren Arbeit – insbesondere [...] die Inangriffnahme von Betrieben. Jeder rauchende Schornstein bot den Russen ein willkommenes Ziel für die Artillerie.“ zit. n.: Ebd., S. 113.

¹⁸⁹ Zu den Zerstörungen in der gesamten Ukraine, insbesondere der linksufrigen Ukraine: Berkhoff, *Despair*, S. 22.

¹⁹⁰ Zu den Zerstörungen in Charkow: Klaus Jochen Arnold: *Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“* (Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 23), Berlin 2005, S. 303 (im Folgenden: Arnold, *Besatzungspolitik*).

¹⁹¹ George Bosse zeichnet folgendes Bild: „Als ich in Charkow ankam, fand ich die Straßen fast leer. Viele Läden waren schon geplündert. Ich sah Männer, die Säcke mit trockenen Erbsen nach Hause schleppten [...] Ab und zu sah ich Zivilisten, die in Hauseingängen standen und die Straße beobachteten. Ein Milizionär, der früher den Verkehr reguliert hatte, trug jetzt Zivil; mit nervösen Blicken ging er an den dunklen Fassaden der Mietshäuser vorbei und beeilte sich, seine Wohnung zu erreichen.“ Zitiert nach Bosse, Charkow, S. 240 u. S. 242.

che, dass die NKVD-Einheiten Lebensmittel vernichteten, die sie vorher der Bevölkerung verweigert hatten, brach sich der Ärger Bahn: „Blutsäufer“, „Räuber“, „Parasiten“, „Bastarde“ waren die noch gebräuchlichsten Ausdrücke für die Vertreter der Sowjetunion, die hier in einem letzten quasi offiziellen Akt ihren Bürgern die Lebensgrundlagen entzog. In Charkow gingen Arbeiter auf NKVD-Truppen los, die vorhatten, ihre Fabriken zu zerstören.¹⁹²

Der staatliche Terror richtete sich auch noch ein letztes Mal gegen politisch Andersdenkende. Ab Juni 1941 begann der sowjetische Geheimdienst planmäßig, Häftlinge in den Gefängnissen der West- aber auch der Zentral- und Ostukraine zu ermorden. Das NKVD bildete spezielle Bataillone, die in der gesamten Ukraine ausschwärmten. Jedes Bataillon hatte zwischen ein- und zweihundert Mann Stärke. Ihr Auftrag war es bedeutende Gebäude zu bewachen, aber auch Jagd auf Spione und Saboteure zu machen. Für die ukrainische SSR sagen sowjetische Dokumente, dass es im Zuge der Evakuierungen zu 8.789 Exekutionen gekommen ist. Die tatsächliche Zahl muss allerdings wohl weitaus höher angesetzt werden.¹⁹³

Die Evakuierungsmaßnahmen bildeten den Höhepunkt einer sowjetischen Politik gegenüber der Ukraine, die in erster Linie durch Repressionsmaßnahmen gekennzeichnet war. Viele Ukrainer nahmen bereits in den 30er Jahren die UdSSR als Diktatur wahr, die Ereignisse kurz vor dem deutschen Einmarsch verstärkten diesen Eindruck noch. Die Nationalisten in der Ukraine, die diese letzte Verhaftungswelle überstanden, lehnten in der Folge die Sowjetunion weitaus mehr ab als es die Emigranten aus Westeuropa taten. Angesichts der Politik der Sowjetunion ist es nicht verwunderlich, dass die Deutschen in der Westukraine vielfach als „Befreier“ begrüßt wurden und zunächst eine relativ hohe Bereitschaft in der Bevölkerung bestand, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten. Insbesondere die Nationalisten sahen jetzt die Möglichkeit gekommen, zusammen mit den

¹⁹² Auszüge aus einem Tagebucheintrag, teilweise abgedruckt bei: Berkhoff, Despair, S. 24.

¹⁹³ Ebda., S. 14., weiterhin: Pohl, Schlachtfeld, S. 344. Die Morde des NKVD sind umfassend dargelegt in: Bogdan Musial: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen.“ Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, München 2000.

Deutschen Jagd auf Kommunisten und zurückgebliebene Vertreter des Sowjetsystems zu machen.

Die Kollaborationsbereitschaft in der Bevölkerung ist allerdings nicht nur auf Nationalismus und die Ablehnung des sowjetischen Systems zurückzuführen. Durch die permanente sowjetische Propaganda in den 1930er Jahren war in der Ukraine ein Politikverständnis entstanden, das maßgeblich den Entschluss zur Zusammenarbeit mitbeeinflusste.¹⁹⁴ Die von der stalinistischen Diktatur propagierten Leitwerte, die jeden Tag über die Schule und die Medien verbreitet wurden, hoben nicht nur christliche und humane Wertvorstellungen auf, sie leugneten sogar die Existenz absoluter Werte überhaupt. Die Partei definierte Werte und Normen nach ihren Interessen, um ihren Machtanspruch zu sichern. Dazu gehörte die absolute Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv ebenso wie die Entmenschlichung der Systemfeinde. Menschenwürde oder Gewissen wurden nicht akzeptiert, sondern im Gegenteil als Überbleibsel einer sozialismusfeindlichen Gesellschaft abqualifiziert. Das Individuum sollte sich innerhalb der Gesellschaft zu einer sozialistischen Persönlichkeit entwickeln, die durch die Partei definiert wurde. Darüber hinaus schuf die sowjetische Propaganda eine Wirklichkeit des Überflusses, die mit den realen Zuständen nichts zu tun hatte. Täglich wurden in den Zeitungen und öffentlichen Verlautbarungen der Fortschritt und die Errungenschaften des Sozialismus gefeiert, dem Einzelnen offenbarte sich jedoch eine Welt des Mangels und des staatlichen Terrors.¹⁹⁵ Die sowjetische, vormals zaristische Gesellschaft war einen absoluten Staat gewohnt, der selbstherrlich Normen und Werte setzte, es fehlten in ihr „westliche“ Wert- und Politikvorstellungen. Die Dichotomie zwischen „die da oben“ und „wir hier unten“ (my i oni) war hoch, der Staatsapparat wurde als allmächtig und unabwendbar begriffen. Die Befriedigung eigener, fundamentaler Bedürfnisse und die Sicherung des eigenen Lebens standen im Vordergrund. Der Sowjetbürger richtete sich in der Diktatur ein, indem er das Fehlen von dauerhaften Werten

¹⁹⁴ Podlubny reflektiert in seinem Tagebuch den Zusammenhang zwischen Alltagsleben, Mentalität und politischem Bewusstsein, Näheres dazu in: Carmen Scheide: Städtisches Alltagsleben, in: Eva Maeder, Christina Lohm (Hg.): Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit, Zürich 2003, S. 111.

¹⁹⁵ Goehrke, Alltag, S. 244 – 246.

durch Verhaltensweisen kompensierte, die ihm das Überleben sicherten.¹⁹⁶ Dass bei der Verteilung der Lebensmittel in den 1930ern die Angehörigen der örtlichen Sowjetorgane beispielsweise deutlich besser gestellt waren als Arbeiter oder andere Gruppen, die nicht unmittelbar in den politischen Institutionen arbeiteten, wird bei vielen zu der Schlussfolgerung geführt haben, dass eine Verbesserung der eigenen Lebensumstände nur über die Arbeit in der Lokalpolitik zu erreichen war. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Deutschen fußte also nicht nur auf politischen Überzeugungen, Kollaboration wurde als Möglichkeit gesehen, zu überleben. Weiterhin war die Einbindung in lokale Netzwerke, die in irgendeiner Weise in Kontakt mit den Behörden standen, in den 1930er Jahren von immanter Bedeutung. Sonderzuteilungen erhielt man, wenn nicht über die Arbeit in einem der sowjetischen Apparate, nur über diese persönlichen Beziehungen. Wenn Teile der einheimischen Bevölkerung also Kontakt zu den deutschen Besatzern suchten, dann taten sie dies nicht unbedingt, weil sie die Sowjetunion ablehnten, sondern weil sie in ihr gelernt hatten, dass diese Kontakte das Überleben sichern konnten. Man traf also ein Arrangement mit den Herrschenden, ließ sich auf ihre Regeln ein und vertrat wenn notwendig nach außen auch deren politische Einstellungen. Die anerzogene Unterordnung, die Akzeptanz brachialer Gewaltanwendung als Mittel staatlicher Machtausübung und die eigenen ambivalenten Wertvorstellungen waren ebenso Voraussetzungen für die zukünftige Kollaboration, wie die Ablehnung des sowjetischen Systems oder individuelle politische Ziele und Absichten.

¹⁹⁶ Ebd., S. 247 f.

2.5. Der deutsche Einmarsch in die Ukraine: Proklamationen, Reaktionen und Wahrnehmungen

2.5.1. Verlautbarungen der deutschen Führung

Unmittelbar nach erfolgtem Angriff begann die nationalsozialistische Führung in öffentlichen Ansprachen und Verlautbarungen ihr Handeln vor Deutschland und der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen. Offiziell begründet wurde der Überfall mit der Abwehr des Bolschewismus und dem Schutz Westeuropas vor dem Kommunismus. Auch gegenüber den ukrainischen Emigranten musste das Dritte Reich nun eine Aussage zu den Zielen des Krieges treffen. Für die Ukrainer war die drängendste Frage, was im Falle eines siegreichen deutschen Feldzugs mit der ukrainischen Sowjetrepublik geschehen würde. Sie hofften, dass das Dritte Reich ihren Wünschen nach einem ukrainischen Nationalstaat in irgendeiner Form nachkommen würde. Immerhin hatten Ukrainer bereits in Polen die deutsche Besatzungsmacht unterstützt und sich an dem Überfall auf die UdSSR in militärischen Formationen beteiligt. Man wartete auf ukrainischer Seite also nun auf Zusagen oder Zugeständnisse.

Die Erwartungshaltung war hoch, aber Hitler war nicht bereit Versprechungen zu machen, die seine Lebensraumpläne in irgendeiner Weise gefährden konnten. Ihm war jedoch durchaus bewusst, dass die Exilukrainer im kommenden Feldzug unter Umständen noch wertvolle Dienste leisten konnten, denn sie kannten das Gelände, waren als Dolmetscher einsetzbar und waren für die deutsche Propaganda in den besetzten Gebieten wie geschaffen. Er musste also früher oder später eine Erklärung abgeben, die dafür sorgte, dass ihm die Ukrainer weiterhin zugeneigt blieben, ohne dass er sich dabei in irgendeiner Weise in eine Bringschuld begab. Umgekehrt warteten die Ukrainer angespannt auf eine verbindliche Aussage und drängten die deutsche Führung mit der Eingabe zahlreicher Proklamationen zu einer Meinungsäußerung. Hitler entschied sich für eine Hinhalte-taktik. Er gab an die Vertreter des ukrainischen Exils die Parole „arbeitet und wartet“ heraus und stellte damit indirekt in Aussicht, dass etwaige Dienste für die Deutschen nach einem erfolgreichen Abschluss des Krieges entsprechend honoriert werden würden. Die Zukunft der Ukraine, ließ

Hitler die Emigranten wissen, hänge davon ab, wie viel sie für das Deutsche Reich und damit für ihre Heimat arbeiten würden. Um die Flut an Memoranden und Petitionen zu stoppen, teilte die deutsche Führung den Ukrainern mit, dass solche Eingaben nur störend seien im Kampf gegen den Bolschewismus.¹⁹⁷

Auch in der Ukraine selbst wollte man sicherstellen, dass der Feldzug möglichst reibungslos und ohne Störung von außen durchgeführt werden konnte. Die Sowjetukrainer wollte man ebenfalls zunächst ruhig stellen und sich unter Umständen ihre Mitarbeit sichern. Die deutsche Führung richtete sich deshalb unmittelbar nach Angriffsbeginn an die Bevölkerung. Mit Kriegseintritt strahlten die Sender Donau, Breslau und Krakau täglich um 11.15 Uhr einen Aufruf „An die Völker der Sowjetunion“ aus. Ein Teil dieses Aufrufs richtete sich direkt an die Ukrainer:

„Ukrainisches Volk! Die große Stunde ist gekommen; die von dir ersehnte Zeit ist angebrochen! Die unbesiegbare deutsche Armee ist auf Befehl ihres Führers Adolf Hitler in dein Territorium einmarschiert, um dir zu helfen, die Ketten der jüdisch-bolschewistischen Unterjochung zu sprengen. [...]“¹⁹⁸

Hier erklärte man die Wehrmacht zum Helfer der Ukrainer, die sie dabei unterstützen sollte, sich von der „jüdisch-bolschewistischen Diktatur“ zu befreien. Im Folgenden wurden in der Ansprache die Verbrechen des zaristischen und sowjetischen Russlands aufgezählt und die Ukrainer dazu aufgefordert, sich vom sowjetischen System loszusagen:

„Verjagt die jüdischen Kommissare, aber bewahrt eure industriellen und handwerklichen Anlagen vor der Zerstörung. Schützt eure Städte und Dörfer vor Sabotageakten. Deutsche Soldaten werden euch, wenn ihr keine hohen Funktionen innehattet, nichts Böses antun. Die Deutschen werden euch von dem jüdisch-bolschewistischen Terror befreien. [...]“¹⁹⁹

Ukrainer, die also nicht für die Sowjetunion gearbeitet hatten, sollten demzufolge keinen Schaden nehmen. Mit dem Aufruf, die „jüdischen“ Kommissare zu verjagen, wollte man Rassenhass schüren und hoffte auf diese Weise bereits vor dem Einmarsch der Wehrmacht kleinere Pogrome

¹⁹⁷ Ihnytzkyj, Ukraine, S. 164.

¹⁹⁸ Ihnytzkyj, Ukraine, S. 157.

¹⁹⁹ Ebda., S. 156.

initiieren zu können. Etwaige innerukrainische Kräfte sollten sich möglichst gegen das sowjetische System und nicht gegen die einmarschierende deutsche Armee richten. Außerdem wollte man bereits im Vorfeld möglichen Schaden von den ukrainischen Industrieanlagen und Fabriken abwenden, um zügig die Ausbeutung der eroberten Gebiete organisieren zu können. Deshalb forderte man die Einheimischen dazu auf, die eigene Industrie und Infrastruktur vor etwaigen Zerstörungen durch die abziehende Rote Armee zu schützen.

Das sowjetische Militär war auch Ziel der deutschen Propaganda. Hier wollte man das Heer von innen heraus zersetzen. Fast zeitgleich mit den Aufrufen an die ukrainische Bevölkerung erging an die Soldaten der Roten Armee eine Aufforderung zur Desertion:

„Wir erwarten, dass der nüchtern denkende Teil der Soldaten und Kommandeure der Roten Armee seine Gewehre gegen die Unterdrücker richten wird, um zusammen mit uns die Ketten der bolschewistischen Unterjochung zu zersprengen.“²⁰⁰

Mögliche Tendenzen zum Überlaufen wollte die deutsche Führung auf diese Weise verstärken und stellte auch hier den Überfall als Befreiungsfeldzug dar.

Sowohl gegenüber den ukrainischen Nationalisten, als auch gegenüber der einheimischen Bevölkerung begründeten die Nationalsozialisten den Angriff mit der Befreiung der Ukraine im Rahmen einer „Neuordnung Europas“. Gegenüber dem Exil behielt die deutsche Führung ihre bisherige Politik des Hinhaltens und der vagen Zusagen bei. Die von Hitler in Bezug auf die ukrainische Nationalbewegung gebrauchte Formulierung „Arbeit und Wartet“ brachte es auf den Punkt: Ohne klare Zugeständnisse sollten sich die ukrainischen Organisationen weiterhin für die Interessen des deutschen Reiches instrumentalisieren lassen.

Auch wollte man die „Befreiten“ für die rassistischen deutschen Ziele instrumentalisieren. Ausschreitungen oder Widerstand gegenüber den abziehenden Vertretern des Sowjetregimes oder gegen Juden wurden ausdrücklich gewünscht und unterstützt. Ansonsten sollte sich das ukrainische Volk

²⁰⁰ Ebd.

möglichst ruhig verhalten und den Nationalsozialisten damit die Zeit geben, ihr Besatzungsregime zu installieren und zu festigen.

2.5.2. Ukrainische Reaktionen auf den deutschen Einmarsch

Von den offiziellen Vertretern der ukrainischen Emigration in Deutschland, im Generalgouvernement und im Protektorat Böhmen und Mähren wurde der deutsche Feldzug zunächst fast gleichermaßen positiv begrüßt. Die meisten Ukrainer glaubten der deutschen Propaganda und hofften, dass die Sowjetunion aus der Ukraine vertrieben werden und sich damit die Möglichkeit ergeben würde, einen Nationalstaat aufzubauen. In den Tagen nach Kriegsbeginn veröffentlichten die Vertreter der ukrainischen Emigration deshalb Aufrufe oder verschickten Telegramme an die deutsche Regierung, in denen sie Hitler ihre Unterstützung zusicherten.

Volodymyr Kubijovyč, der Obmann des ukrainischen Hauptausschusses im Generalgouvernement, gab seiner Freude über den Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 25. Juni 1941 beispielsweise folgendermaßen Ausdruck. Er sprach in seinem Aufruf an alle Ukrainer im Generalgouvernement bildreich davon, dass nun „auf Befehl des Führers des deutschen Volkes [...] deutsche Armeen im Osten in das Reich der Dunkelheit und des jüdisch-bolschewistischen Verbrechertums einmarschieren“ seien, um die „unterdrückten Völker“ die „dort volle 25 Jahre“ „geschmachtet“ hätten, zu befreien. Allerdings unterließ er es – wahrscheinlich aufgrund seiner Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsmacht – direkt die Gründung eines unabhängigen ukrainischen Staates zu erwähnen und sprach lieber in Andeutungen:

„Mit dem 22. Juni 1941 öffnete sich für unseren heroischen Befreiungskampf die neue Möglichkeit, unser höchstes nationales Ideal zu verwirklichen. Unsere Herzen erfüllt die Dankbarkeit zum Allmächtigen, der gnädig war, uns diesen glücklichen Augenblick erleben zu lassen. Nun haben wir eine Probe unserer staatlichen Reife zu bestehen. [...] In diesem freudigen geschichtlichen Moment richten sich unsere Gefühle auf die unbesiegbaren deutschen Soldaten, die in ihren geschichtlich einmaligen Kämpfen um die neue Ordnung Euro-

pas mit ihrem Blut auch unsere Befreiung aus dem Kerker der Völker erkaufte haben.“²⁰¹

Die Jahre der Zusammenarbeit mit den Deutschen hatten Kubijovyč geprägt, denn auch ihm schien, ähnlich wie den Nationalsozialisten, das Taktieren und Hinhalten der erfolgversprechendere Weg zu sein, als direkt Wünsche und Bitten zu äußern. In einem Telegramm an den Generalgouverneur Hans Frank äußerte sich Kubijovyč noch vorsichtiger und dankte Frank nur im Namen des ukrainischen Volkes für „die geschichtliche Entscheidung des Führers, gegen den sowjetischen Staat der Sklaven kriegerisch vorzugehen [...]“, versprach weiterhin, dass die Erwartungen, die Frank in das ukrainische Volk im Generalgouvernement setzte, nicht enttäuscht werden sollten und bat darum, dies den deutschen Stellen, die „nun mit der Verwirklichung der Neuordnung in Osteuropa beschäftigt“ seien, zu übermitteln.²⁰²

Die Führung der OUN-B trat hingegen am 12. Juli 1941 mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, der weitaus offensiver verkündete, welche Ziele man mit der Eroberung der Ukraine durch die Wehrmacht verband:

„Ukrainisches Volk! Dein langjähriger schwieriger Kampf für den eigenen Staat nähert sich dem siegreichen Abschluss.“²⁰³

Die Nationalisten fuhren fort, dass nun für die Ukrainer die Möglichkeit gekommen sei, einen eigenen Staat aufzubauen und sich für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine „im Geiste der gegenseitigen Freundschaft und Achtung zum Wohl der beiden Völker“ einzusetzen. Ein direkter Dank an Hitler blieb aus und auch die Wehrmacht wurde nicht für ihren Kampfeinsatz gelobt oder beglückwünscht.²⁰⁴ Die ukrainischen Nationalisten um Bandera hatten nicht vor, diplomatisch vorzugehen und Zugeständnisse abzuwarten. Sie hatten bereits vor dem 22. Juni Marschgruppen organisiert, die zeitgleich mit der Wehrmacht geheim in die Ukraine einsickerten und dort durch Kampagnen die Einheimischen für die Ideen eines nationalen Befreiungskampfes mobilisieren

²⁰¹ Krakivski Visti vom 25.6.1941 (Übersetzung aus dem Ukrainischen) abgedruckt in: Ilnytskyj, Ukraine, S. 152/153.

²⁰² Ebda., S. 154.

²⁰³ Nastup, vom 12.7.1941, (Übersetzung aus dem Ukrainischen) abgedruckt in: Ebda., S. 154/155.

sollten. Außerdem wollte man unabhängig von den Deutschen gegen die „inneren“ Feinde der Ukraine – und dazu zählte Bandera neben Kommunisten und Bolschewisten auch Juden – vorgehen. Die Marschtruppen der OUN-B und selbsternannte ukrainische Milizen massakrierten in der Zeit zwischen dem endgültigen Abzug der Roten Armee und der Konsolidierung des deutschen Besatzungsregimes häufig wahllos Einheimische.²⁰⁵ Allerdings war der Gruppe um Bandera solche „Säuberungsaktionen“ und die Mobilisierung eines Volksaufstandes nicht genug, ihr Ziel war die unmittelbare Gründung eines ukrainischen Staates. Am 29. Juni 1941 marschierte „Nachtigall“, eine der beiden von der Wehrmacht aufgestellten ukrainischen Formationen, in Lemberg ein und erfüllte sich mit der Eroberung dieser westukrainischen Stadt, in der sowohl Habsburger, als auch Polen und die Sowjetunion geherrscht hatten, ein lang gehegtes Ziel.²⁰⁶ Die deutsche Wehrmacht, die zu den ukrainischen Paramilitärs ein gutes Verhältnis hatte, tolerierte, dass die OUN-B das Rathaus von Lemberg besetzte. Diese wertete das wiederum als Zeichen dafür, dass die Deutschen nun einer weitergehenden ukrainischen Staatlichkeit zustimmen würden. Am 30. Juni trat daraufhin im Haus der „Prosvita“ am Ringplatz in Lemberg eine Versammlung aus OUN-B-Angehörigen zusammen und erklärte unter dem Vorsitz des Präsidenten des kurz zuvor in Krakau gebildeten Nationalkongresses und Stellvertreters Banderas Jaroslav Stec’ko die „Wiederherstellung“ eines selbständigen ukrainischen Staates.²⁰⁷ Obwohl der damalige deutsche Verbindungsoffizier Hans Koch die Ukrainer davor warnte, eine Selbstständigkeitserklärung abzufassen, da sie damit den deutschen Widerstand provozieren würden, verlas die OUN-B die

²⁰⁴ Ebda., S. 155.

²⁰⁵ Golczewski, Zweiter Weltkrieg, S.251.

²⁰⁶ Bereits im Polenfeldzug hatte Jary geglaubt, bis nach Lemberg marschieren zu können, um dort einen ukrainischen Staat zu proklamieren. Anm. d. Verf.

²⁰⁷ Text der Erklärung in englischer Sprache bei Armstrong, Nationalism, S. 79 – 80.

Die OUN-B hatte den Grundsatz, dass die Ukraine als selbstständiger, souveräner Staat auf dem gesamten ukrainischen ethnographischen Boden entstehen muss, wobei sie dabei mit niemanden einen Kompromiss eingehen wollte: „Nur der ukrainische souveräne Staat allein kann dem ukrainischen Volke das freie Leben und die Entwicklung aller Kräfte gewährleisten. Aus diesem Grunde kämpft die OUN für den ukrainischen souveränen geeinten Staat, für die Macht des ukrainischen Volkes auf seinem eigenen Territorium; sie kämpft für eine starke Macht im ukrainischen Staat, für eine starke nationale Armee und Flotte auf der Basis einer politischen Organisation der führenden nationalen

Erklärung sogar im Rundfunk.²⁰⁸ Die Wehrmacht blieb in der Tat zunächst passiv, denn es gab für sie zu diesem Zeitpunkt keinerlei Regelungen, wie sie auf solche Selbstständigkeitsbestrebungen reagieren sollte. Darüber hinaus waren in den Reihen der Wehrmacht einige Militärs durchaus proukrainisch eingestellt. Erst ein paar Tage später verhaftete die SS Stec'ko und die Angehörigen seiner Regierung und verbrachte sie ins Konzentrationslager Sachsenhausen. Bandera, der zunächst vorsorglich unter Hausarrest gestellt wurde, folgte seinen Mitstreitern ins Lager, wo sie bis 1944 mit dem Status Sonderhäftling blieben. „Nachtigall“ und „Roland“ wurden unter den Protesten der Formationsangehörigen nach Frankfurt an der Oder zurückgeholt und dann als der SS unterstellte Verbände in Weißrussland stationiert. Die in der Sowjetunion verbliebenen OUN-Bler wandten sich zunehmend offen gegen das Dritte Reich und suchten mit der Aufstellung der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA) die Auseinandersetzung mit der Wehrmacht. Aufgrund dieser Entwicklungen drohte den Mitgliedern der OUN-B laut Weisung des SD ab November 1941 bei Gefangennahme der Tod.²⁰⁹

Die OUN-M versuchte hingegen mittels Kollaboration und Infiltration des deutschen Verwaltungsapparats ihrem Ziel eines ukrainischen Nationalstaates ein Stück näher zu kommen. Auch Gefolgsleute von Mel'nyk befanden sich in der Ukraine, sie hatten allerdings nicht durch aggressive Propaganda und Ausschreitungen für solche Aufmerksamkeit gesorgt wie die OUN-Bler. In den ersten Kriegsmonaten schaffte die OUN-M im Besatzungsgebiet so genannte „Nationalräte“, um Einfluss auf die deutsche Okkupationspolitik nehmen zu können. In Lemberg existierte vom Juli 1941 bis zum März 1942 ein Nationalrat, in Kiev wurde für den Winter

Schicht.“ Beschluss des II. Kongresses der OUN-B, zit. n.: Ilnytkyj, Ukraine, S. 109. Siehe dazu auch: Kappeler, Kleine Geschichte, S. 217.

²⁰⁸ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die OUN-B glaubte, dass nur durch eine revolutionäre Erhebung des ganzen Volkes die Fremdherrschaft überwunden und der neue ukrainische Staat aufgebaut werden könne. Weiteres bei Ilnytkyj, Ukraine, S. 110.

²⁰⁹ An die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD C/5 -Kdo-Tgb. Nr. 12432/41 vom 25.11.1941. Zit. n.: IMT-014-USSR, abgedruckt bei Ilnytkyj, Ukraine, S. 94. Im Wortlaut: „Es wurde einwandfrei festgestellt, dass die Bandera-Bewegung einen Aufstand im Reichskommissariat vorbereitet mit dem Endziel, eine unabhängige Ukraine zu schaffen. Alle Funktionäre der Bandera-Bewegung sind sofort festzunehmen und nach einer eingehenden Vernehmung als Plünderer in aller Stille zu liquidieren. [...]“.

1941/42 ein Nationalrat eingerichtet.²¹⁰ Die OUN-M ging zu diesem Zeitpunkt von zwei verschiedenen Möglichkeiten aus, wie sich die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu ihren Gunsten weiterentwickeln könnte. Zum einen hoffte sie darauf, dass die Deutschen ihre Versprechen einlösen und eine Ukraine unter deutscher Protektion entstehen würde,²¹¹ zum anderen rechnete die OUN-M aber auch damit, dass sich Deutschland und die Sowjetunion im Krieg gegeneinander aufreiben könnten. Dies hätte nach ihrer Ansicht zu einer ähnlichen Situation wie 1918 führen können, als sowohl das deutsche Kaiserreich als auch das zaristische Russland zusammenbrachen, und damit zu einer neuen Chance für einen ukrainischen Staat.²¹²

Zunächst wollte man allerdings abwarten, wie sich die Dinge entwickeln würden. Der Kiever Nationalrat sicherte deshalb der Besatzungsmacht zunächst offen seine Unterstützung zu:

„Der Ukrainische Nationalrat in Kiev hat die Ehre, seine Freude und Dankbarkeit anlässlich der Befreiung der Ukraine durch die heldenhafte deutsche Wehrmacht von der bolschewistischen Herrschaft auszudrücken und den aufrichtigen Dank dafür dem Deutschen Volk und Adolf Hitler, dem Führer und Reichskanzler Großdeutschlands, auf ihre Hände, Excellenz, niederzulegen. Im Namen des ukrainischen Volkes spricht hiermit der Ukrainische Nationalrat die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit der deutschen Behörde in der Ukraine unter Ihrer Leitung, Excellenz, aus, mit dem Ziel, dem Endsieg über den größten Feind der Menschheit, den Bolschewismus und den Erbfeind der Ukraine, Moskau, zu dienen. [...]“²¹³

Im Folgenden erklärte sich der Nationalrat bereit, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten und äußerte die Hoffnung, dass die Ukraine im Zuge

²¹⁰ Ebda., S. 78. Im Laufe des Krieges bildeten sich – über die UNO und die OUN als Träger der ukrainischen Politik – noch weitere Organisationen: Das ukrainische Landeskomitee in Lemberg als Teil des Ukrainischen Hauptausschusses in Krakau, die Organisation der ukrainischen Intelligenz in der Ost-Ukraine, das Ukrainische Nationalkomitee in Berlin.

²¹¹ Hitler hatte die OUN zu Beginn des Krieges mit der Parole „Arbeiten und Warten“ getröstet, die OUNler ließen sich auch darauf ein. Weiteres dazu bei Ebda., S. 80.

²¹² In einem Rundschreiben vom 24.7.1941 war die OUN noch von einer Regierungsbildung in der nächsten Zeit überzeugt: „Die Vorsitzenden unserer Zweigstellen sind dem Hauptvorstand der OUN und in der nächsten Zukunft der eigenen Regierung in der Ukraine persönlich verantwortlich [...]“ Ukrain’s’kyj Visnyk vom 27.4.1941, zit. n.: Ebda., S. 81.

²¹³ Auszug aus dem Schreiben des „Ukrainischen Nationalrates“ in Kiev an den Reichskommissar für die Ukraine Erich Koch, die Bereitschaft zum Kampf gegen die Sowjetunion betreffend, Winter 1941/42, abgedruckt in: Rürup, Dokumentation, S. 141.

der „Neuordnung“ Europas, „den gerechten und ihm zukommenden Platz unter den europäischen Völkern einnehmen wird [...]“²¹⁴

Im deutschen Reich selbst hatten bereits am 22. Juni 1941 in Berlin zwei große Kundgebungen stattgefunden, die eine wurde von der UNO organisiert, die zweite von der Ukrajins'ka Hromada (Ukrainische Gemeinde). Auch hier hatte man Deutschland seine Loyalität versichert und versprochen, den deutschen Forderungen nachzukommen.²¹⁵ Es folgten eine ganze Reihe ukrainischer Kundgebungen in Krakau am 27. Juni, in Prag am 28., in Krynycja und Jaroslau (Jarosław) und Horlyci am 2. Juli und am 7. in Peremyšyl. Am 8. Juli erklärten in Wien die dortigen ukrainischen Organisationen, dass alle Ukrainer im zukünftigen Kampf an Deutschlands Seite stehen würden.²¹⁶

Auch die ukrainische Kirche im Generalgouvernement unterstützte öffentlich den deutschen Überfall. Die ukrainischsprachige Presse veröffentlichte dort Aufrufe der griechisch-katholischen Kirche, in denen bekannt gegeben wurde, dass am 29.6. in allen Kirchen des Generalgouvernements „Dankgottesdienste für den Siegeszug der deutschen Armeen gegen die Bolschewiken, die grausamen Feinde des Christentums und des ukrainischen Volkes“ abgehalten werden sollten.²¹⁷

In der Sowjetukraine begrüßte die Bevölkerung die Wehrmacht zunächst in der Mehrzahl als Befreier. In einigen Orten errichteten die Einheimischen sogar improvisierte Triumphbögen mit Inschriften wie „Es lebe die selbstständige Ukraine – es lebe Deutschland“, die einmarschierenden Soldaten wurden mit Salz und Brot als Willkommenszeichen beschenkt.²¹⁸

Die Mehrheit der Ukrainer betrachtete die Deutschen zunächst mit wohlwollender Neugier. Die Wehrmachtssoldaten kamen nicht nur aus einem anderen Land, sondern für viele Einheimische aus einer anderen Welt. Ihr Aussehen, ihre Lebensstandard und ihr Auftreten unterschieden sich z. T. vollständig von dem, was die Ukrainer von den Vertretern des Sowjetsystems gewohnt waren. Zu Beginn gingen die deutschen Soldaten vielfach

²¹⁴ Ebd.

²¹⁵ Illnytzyj, Ukraine, S. 156.

²¹⁶ Ebd., S. 156.

²¹⁷ Krakivski Visti vom 30.6.1941, (Übersetzung aus dem Ukrainischen) abgedruckt in: Ebd., S. 155.

mit einer Sorglosigkeit und Naivität auf die Bevölkerung zu, die sie, die das latente Misstrauen des NKVD und der Roten Armee gewöhnt war, erstaunte. Sie trugen ihre Waffen offen und teilweise drückten sie ihre Sturmgewehre den Ukrainern in die Hand, um sich mit ihnen fotografieren zu lassen. Die sowjetische Propaganda hatte die ukrainische Bevölkerung vor 1941 entweder mit Desinformationen über den „kapitalistischen“ Westen versorgt oder generell keine Informationen über das Ausland preisgegeben. Als Molotow beispielsweise 1940 in Berlin weilte, wurden in der Sowjetunion zwar Fotos davon gezeigt, Hitlers Gesicht wurde jedoch ausgeblendet.²¹⁹ Viele der Ukrainer kannten Hitler vor 1941 nicht, geschweige denn seine bisherige Politik in Europa. In ländlichen Gegenden war er schlichtweg „der Befreier“ und sein Bild hing in den Bauernhütten neben Schreinen und Ikonen. Insbesondere für die jüngere Generation war Moskau das Zentrum ihrer Welt, der Westen war ihnen vollkommen fremd, sie wussten weder, wo in Europa Paris, Rom oder Berlin lag, noch waren sie mit westlicher Kultur, Technik oder Wissenschaft vertraut.²²⁰ Im Gespräch mit deutschen Soldaten kamen den Ukrainern häufig die Beschreibungen Deutschlands wie aus einem Märchen vor. Der deutsche Besitzstand, die Möglichkeiten der freien Wahl der Arbeit und vor allem des Arbeitsplatzes, das freie Herumreisen im eigenen Land, all das schien den Ukrainern vielfach unbegreiflich und gleichzeitig erstrebenswert. Zum Teil glaubten die Einheimischen, die deutschen Offiziere seien alle Landadelige oder Gutsbesitzer.²²¹

Zunächst erfuhr die Wehrmacht von der Bevölkerung insbesondere der Westukraine Unterstützung. Die Einheimischen sammelten freiwillig für deutsche Soldaten warme Kleidung für den Winter, schmückten deutsche Soldatengräber und organisierten Sammlungen für die Wehrmacht. Trauer über gefallene deutsche Soldaten war nicht gespielt, sondern zunächst teilweise durchaus echt.²²²

²¹⁸ Ebda., S. 165.

²¹⁹ Berkhoff, *Despair*, S. 216.

²²⁰ Ebda., S. 229.

²²¹ Ebda., S. 219.

²²² Ebda., S. 215.

Ob es nun um die Erfüllung politischer Ziele ging oder um die Hoffnung auf ein besseres Leben – die Ukrainer sahen in der Masse die Deutschen zunächst nicht als Gegner. Das Fundament für eine Zusammenarbeit existierte also, wurde aber bereits in den ersten Monaten des Krieges von der Wehrmacht und der SS zerstört.

2.5.3. Die Wehrmacht in der Ukraine im Sommer 1941

Die Wehrmacht teilte die Verbände, die für den Angriff auf die Sowjetunion vorgesehen waren, in drei große Heeresgruppen ein. Die Heeresgruppe Süd griff die Ukraine an und hier war es die 6. Armee, die über Lemberg und Kiev bis nach Charkow vorstieß. Bisher wurde häufig die militärische Niederlage der 6. Armee in Stalingrad thematisiert und man verbindet mit ihr meist das Bild der eingeschlossenen Soldaten, die – von der deutschen Führung im Stich gelassen – in den Tod oder in die Kriegsgefangenschaft gingen. Allerdings lässt sich auch nachweisen, wie diese Armee während ihres Vormarsches den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg umsetzte.

Bereits vor Kriegsbeginn sorgte das Armeeoberkommando 6 durch eine aktive Informationspolitik dafür, dass die Weisungen der deutschen Führung auch die Soldaten erreichten. Die Befehle, die eine Einschränkung der Kriegsgerichtsbarkeit, die Erschießung Kriegsgefangener und Repressionsmaßnahmen gegen die Bevölkerung vorsahen, wurden am 10. Juni auf einer Versammlung den Heeresrichtern und Ic-Offizieren der für den Überfall vorgesehenen Verbände bekannt gegeben. Das Armeeoberkommando 6 wurde anschließend durch seinen Ic-Offizier informiert und sorgte dafür, dass die Befehle innerhalb weniger Tage mündlich bis auf die Truppenebene weitergegeben wurden. Bei vielen Verbänden der 6. Armee wurde die Durchführung dieser Befehle, die gegen geltendes Kriegsrecht verstießen, in den folgenden Monaten zur Routine.²²³ Dies war nicht nur darauf zurückzuführen, dass die Truppe bereits vor Angriffsbeginn informiert worden war, sondern auch darauf, dass das Oberkommando 6 auch

²²³ Zur Weitergabe der verbrecherischen Befehle in der 6. Armee: Bernd Boll, Hans Safrian: Auf dem Weg nach Stalingrad, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944, Hamburg 1995, S. 264 f (im Folgenden: Boll, Stalingrad).

während des Krieges die Anweisungen der deutschen Führung durch eigene Befehle unterstützte. Der damalige Oberbefehlshaber, Walter von Reichenau, betonte beispielsweise in seinem Tagesbefehl vom 10. Oktober 1941, der in die Geschichte als „Reichenau-Befehl“ einging, nachdrücklich, dass es sich um einen Vernichtungskampf handele und falsches Mitleid fehl am Platz sei.²²⁴

Auch die von der Abteilung WPr (Wehrmachtspropaganda) im Oberkommando der Wehrmacht herausgegebenen „Mitteilungen für die Truppe“ unterstützten den Vernichtungskrieg und schworen die Soldaten auf ein politisch-rassistisches Feindbild ein:

„Es geht darum, das rote Untermenschentum, welches in den Moskauer Machthabern verkörpert ist, auszulöschen. Das deutsche Volk steht vor der größten Aufgabe seiner Geschichte. Die Welt wird erleben, dass diese Aufgabe restlos gelöst wird.“²²⁵

Die Sowjetregierung wurde hier nicht nur politisch diskriminiert, sondern auch rassistisch. Der Sieg über den „Roten Untermenschen“ stilisierte die Abteilung WPr gleichzeitig zur größten geschichtlichen Aufgabe Deutschlands. Damit erhöhte sie bei den Soldaten indirekt den Erfolgsdruck, denn an ihnen lag es, diese „größte Aufgabe“ zu bewältigen.

Das Russlandbild, das von der deutschen Führung entworfen worden war, bestand in erster Linie aus antisemitischen, rassistischen und politischen Vorurteilen. Die Indoktrinationsversuche der Abteilung WPr und andere militärischer Stellen fielen deshalb auch auf fruchtbaren Boden, weil bereits ähnliche Vorstellungen in der deutschen Bevölkerung über Russland bestanden. Die Gestapo brachte dies in ihren „Meldungen aus dem Reich“ auf den Punkt:

„Bis zum Ausbruch der offenen Feindseligkeiten gegen die Sowjet-Union am 22. Juni 1941 kannte das deutsche Volk bis auf ganz wenige Ausnahmen die Sowjet-Union, ihre soziale und wirtschaftliche Struktur und ihre kulturellen Verhältnisse nur aus der Presse, dem Rundfunk, dem Film, der Rednerpropaganda und einer gelenkten Literatur. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes sah daher in der Sowjet-Union ein unmenschliches und seelenloses Unterdrückungssystem und hatte von den Menschen der Sowjet-Union die

²²⁴ Zur Diskussion um den Reichenaubefehl siehe: Wette, Wehrmacht, S. 101.

²²⁵ Zitat nach: Ebda., S. 103.

Vorstellung einer verdummten, halb verhungerten, abgestumpften Masse. [...]²²⁶

Die Auffassung über die UdSSR bestanden also im Wesentlichen darin, dass es sich bei der Bevölkerung der UdSSR um eine „abgestumpfte Masse“ und bei dem Sowjetsystem um eine menschenverachtende Diktatur handelte. Zumindest was die menschenverachtende Diktatur anging, so hatten die Deutschen teilweise recht. Die Verbände der Roten Armee und des NKVD hatten bei ihrem Rückzug zahlreiche politische Gegner kurzerhand exekutiert, Z. T. war es aufgrund des Zeitdrucks in den Gefängnissen zu regelrechten Massenhinrichtungen gekommen. Die vorrückenden deutschen Truppen wurden mit den Auswirkungen dieser Taten konfrontiert und sahen vielfach das nationalsozialistische Propagandabild bestätigt. Als die Wehrmacht beispielsweise am 30. Juni 1941 zusammen mit „Nachtigall“ in Lemberg einrückte, fand sie in den Kellern und Höfen aller drei Lemberger Gefängnisse die teilweise verstümmelten Leichen von 3.500 Männern und Frauen. Es handelte sich hauptsächlich um Ukrainer, allerdings auch um Polen, Juden und deutsche Kriegsgefangene, die dort zusammen inhaftiert und vor dem Abzug der Roten Armee von NKVD-Einheiten ermordet worden waren. Die Verantwortlichen suchte man, entsprechend dem nationalsozialistischen Russlandbild einer „jüdisch-bolschewistischen“ Diktatur, unter den Juden. Der Leichenfund wurde zum Auslöser eines mehrtägigen Judenpogroms, das die deutsche Wehrmacht zusammen mit der ukrainischen Formation initiierte und unterstützte. Unter den Augen der Soldaten mussten die Juden die NKVD-Opfer aus den Gefängnissen ans Tageslicht bringen und wurden dabei von

²²⁶ Auszug aus den „Meldungen aus dem Reich“ des SD vom 15.4.1943, abgedruckt in: Rürup, Dokumentation, S. 183. Im Folgenden verweist der Bericht allerdings darauf, dass sich durch den Kontakt der deutschen Bevölkerung mit den Ostarbeitern im Reich das Russlandbild grundsätzlich gewandelt hätte. Die deutsche Bevölkerung sah demnach vielfach ihre Vorurteile nicht bestätigt. Der Russe wurde vielfach als kulturell, gebildet und religiös wahrgenommen, vollkommen im Gegensatz zum staatlich initiierten Bild des Sowjetmenschen. Siehe dazu: Ebd., S. 183/184. Hier ist allerdings eindeutig eine Trennung der Wahrnehmungen im Reich und im Kriegsgebiet vorzunehmen: Während im Reich mit dem Ostarbeitereinsatz eine „Humanisierung“ des Russlandbildes einherging, verrohten deutsche Soldaten im Angesicht des Krieges zunehmend. Hier wurden Sowjetmenschen meist nur noch als potentielle Feinde wahrgenommen, die anfänglichen Sympathien gegenüber der einheimischen Bevölkerung machten einem latenten Misstrauen bzw. Feindseligkeit Platz.

der einheimischen Bevölkerung misshandelt und erschlagen.²²⁷ In deutschen Zeitungen erschienen zahlreiche Artikel über die „Greuelthaten der Juden-Bolschewisten“ und die Propagandaabteilung bereitete die Vorkommnisse entsprechend für die restliche Armee auf. Hier präsentierte man den deutschen Soldaten und der Bevölkerung die vermeintlichen Beweise für die Behauptungen. Dass die wahren Täter aus den Reihen des NKVD kamen und sich mit der zurückziehenden Roten Armee ins Hinterland abgesetzt hatten, verschwieg man ebenso wie die Tatsache, dass die Juden in Lemberg mit den Massenhinrichtungen nichts zu tun hatten. Ganz im Gegenteil hatten sogar einige Juden das Erscheinen der Wehrmacht erwartet. Die Informationspolitik der Sowjetunion hatte auch bei ihnen dazu geführt, dass das Bild über Deutschland eher bruchstückhaft war. Sie sahen in Deutschland in erster Linie ein Land des Kapitalismus und nicht eine Diktatur und hofften unter deutscher Herrschaft ein besseres Leben führen zu können, als unter sowjetischer. Von den Vernichtungsabsichten Hitlers war in der sowjetischen Propaganda vor dem Krieg nicht die Rede und erst nachdem die ersten Massenhinrichtungen bekannt wurden, begann auch der Großteil der jüdischen Bevölkerung vor den herannahenden Deutschen zu fliehen.

Bei den deutschen Soldaten verfestigte sich hingegen die Meinung, die Juden seien auf irgendeine Weise in das politische oder militärische System der Sowjetunion eingebunden. Diese Vorstellung wurde auch nach Lemberg von der Wehrmachtsführung weiter gefördert. Exekutionen an Juden wurden häufig als Vergeltungsmaßnahme dargestellt und Juden vielfach als Partisanen oder deren Helfershelfer bezeichnet. Als in der Kiever Innenstadt eine Reihe von Explosionen zahlreiche Wehrmacht Angehörige und Zivilisten tötete, nahm die 6. Armee dies offiziell zum Anlass um in Zusammenarbeit mit dem Sonderkommando 4a in der nahe gelegenen Schlucht Babi Jar am 29. und 30. September 1941 33.771 Juden zu ermorden.²²⁸

²²⁷ Klaus Michael Mallmann, Volker Rieß, Wolfram Pyta (Hg.): Deutscher Osten 1939 – 1945, Darmstadt 2003, S. 79/80.

²²⁸ Siehe dazu u.a.: Wette, Wehrmacht, S. 118 f.

Neben den Juden waren es vor allen Dingen die zurückgebliebenen Vertreter des Sowjetsystems, die von der Wehrmacht und der SS verfolgt und hingerichtet wurden. Die Befehle des deutschen Oberkommandos schrieben vor, dass hier bereits Verdächtigungen für eine Exekution ausreichen und der Delinquent auf keinen Fall über einen längeren Zeitraum verwahrt werden sollte. Die zahlreichen Erschießungen, die von der Wehrmacht vorgenommen wurden, zeigen, dass den Anweisungen Folge geleistet wurde.

Das Vorgehen der Wehrmacht gegenüber den Juden und den politischen Kadern der UdSSR sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Soldaten und Offiziere dem ukrainischen Teil der Bevölkerung zu Beginn des Krieges nicht ablehnend gegenüberstanden. In den Ukrainern sah man zunächst die Opfer der sowjetischen Diktatur und der Juden. Wenn Soldaten in Briefen oder in Tagebucheinträgen von Pogromen gegen den jüdischen Teil der Bevölkerung berichteten, verwiesen sie als Begründung immer wieder darauf, dass die Ukrainer unter den Juden gelitten hätten. Bestätigt wurden sie darin übrigens nicht nur durch die deutsche Propaganda, sondern auch durch einige Ukrainer selbst, die ihrem Antisemitismus unter den Deutschen freien Lauf ließen.²²⁹ Aufgrund dieser „Ukrainerfreundlichkeit“ richteten sich Vergeltungsmaßnahmen deshalb zunächst häufig ausdrücklich gegen Juden und Kommunisten und nicht gegen Ukrainer.

Allerdings schlugen die Sympathien der ersten Wochen bald in Abneigung und Hass um. Gründe dafür waren der nicht enden wollende Blitzkrieg und die Ukraine selbst. Die zum größten Teil landwirtschaftlich geprägte Sowjetrepublik mit ihrer verarmten Landbevölkerung und den riesigen zu überbrückenden Entfernungen, die selbst von den motorisierten Verbänden der Wehrmacht als „unendliche Weite“ wahrgenommen wurden, fas-

²²⁹ Siehe dazu beispielsweise den Bericht eines Wehrmachtssoldaten aus Tarnopol vom 6.7.1941, Auszug: „Die Kameraden sind gefesselt, Ohren, Zungen, Nase und Geschlechtsteile sind abgeschnitten, so haben wir sie im Keller des Gerichtsgebäudes von Tarnopol gefunden und außerdem haben wir 2000 Ukrainer und Volksdeutsche auch so zugerichtet gefunden. [...] Die Ukrainer haben gesagt, dass die Juden alle die führenden Stellen inne hatten [...]“ zitiert nach: Boll, Stalingrad, S. 271.

zinierte zu Beginn noch viele Soldaten.²³⁰ Allerdings wichen touristische Neugier und Mitleid für die Einheimischen²³¹ mit der Fortdauer des Krieges Abscheu und Verachtung:

„Es wird kaum einen geben in diesem elenden Lande, der nicht gern und oft an sein Deutschland und seine Lieben daheim zurückdenkt. Hier gibt es wirklich noch trostlosere Zustände als in Polen. Nur Schmutz und großes Elend herrscht hier und man kann es einfach nicht fassen, dass die Menschen unter solchen Bedingungen leben können.“²³²

Hinzu kam, dass die Befehle der Armeeführungen nun zunehmend auf eine „rasche und rücksichtslose Befriedung“ der eroberten Gebiete drängten und nun auch unmissverständlich Kollektivmaßnahmen gegen die gesamte Bevölkerung bei geringsten Anzeichen von Widerstand forderten. Die Explosionen in der Kiever Innenstadt und andere detonierte Bomben, die von der Roten Armee vor ihrem Abzug mit Zeitzünder versehen und versteckt worden waren, führten dazu, dass die Wehrmacht zunehmend annahm einer generell feindlich gesinnten Bevölkerung gegenüberzustehen. Bestärkt wurde sie in dieser Annahme dadurch, dass auch nach der Ermordung der über 30.000 Juden in der Hauptstadt die Sabotageakte nicht aufhörten. Die deutsche Armee verdächtigte nun auch Ukrainer, an den Angriffen beteiligt zu sein und verschärfte in der Folge ihre „Befriedungsmaßnahmen“: Geiselnahmen, öffentliche Hinrichtungen und das Niederbrennen ganzer Ortschaften sollte jede Widersetzlichkeit im Keim ersticken und ein Klima der Angst schaffen, in dem keiner der Besetzten es wagte, aufzubegehren.

Der Wehrmachtsführung erschien dies die geeignetste Methode, um die eroberten Gebiete ausreichend zu befrieden. Mit diesem Schritt verlor die Wehrmacht jedoch selbst bei den Bevölkerungsteilen das Vertrauen, die ihr bis dahin noch wohl gesonnen waren, und veränderte den Eindruck von

²³⁰ „Diese ungeheuren Flächen, riesige Wälder und ab und zu ein paar Hundehütten machen einen trostlosen Eindruck.“ Auszug aus einem Brief von Wehrmachtssoldat Sporenberg vom 17.7.1941, auszugsweise abgedruckt in: Klaus Latzel: *Tourismus und Gewalt*, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hg.): *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944*, Hamburg 1995, S. 449 (im Folgenden: Latzel, *Gewalt*).

²³¹ „für einen Städter ist es sehr interessant, hier das bäuerliche Leben in ganz primitiver Form kennenzulernen.“ Rudolf Stehle, 10.3.1944, in: Latzel, *Gewalt*, S. 450.

²³² Brief von Wehrmachtssoldat Rainer Tumbrink vom 10.4.1942, auszugsweise abgedruckt in: Ebda., S. 449.

den Deutschen in der gesamten Ukraine nachhaltig. Die ursprünglich als „Befreier“ begrüßte Wehrmacht wurde bald gefürchtet, es kam z. T. zu Massenfluchten vor der deutschen Armee. Als die Wehrmacht in die Ostukraine einmarschierte, wartete auf sie weder jubelnde Menschenmassen noch Triumphbögen.

3. Kollaboration in Charkow: Die einheimische Stadtverwaltung

3.1. Die deutsche Militärverwaltung in Charkow

3.1.1. Der Einmarsch der 6. Armee

Am 24. Oktober 1941 begann die 6. Armee ihren Vormarsch auf Charkow. Laut Korpsbefehl vom 21. Oktober 1941 waren für den Einmarsch „gemischte Abteilungen mit Artillerie-Sturmgeschützen, schwere Infanterie-Waffen, Pioniertrupps und Flammenwerfer zu bilden“. Die Wehrmacht setzte also hauptsächlich schwer bewaffnete Infanterieverbände ein, um die Stadt zu erobern. Die deutschen Vorausabteilungen trafen im Stadtgebiet vereinzelt auf Widerstandsnester der Roten Armee und es kam zu kleinen Scharmützeln. Größere militärische Auseinandersetzungen blieben jedoch aus und die Eroberung der Stadt konnte ohne viele Opfer am 30. Oktober 1941 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Stadtgebiet war zum größten Teil zerstört worden. Die Rote Armee hatte vor ihrem Abzug zahlreiche Gebäude und Teile der Industrieanlagen gesprengt oder vermint und die Wasser- und Stromversorgung unterbrochen. Der deutsche Artilleriebeschuss hatte die vorhandenen Schäden noch vergrößert und viele Häuser waren infolgedessen unbewohnbar.

Obwohl über die erfolgreiche Einnahme Charkows umfassend in den deutschen Medien berichtet wurde, entsprach es eigentlich nicht der Befehlslage, eine Stadt wie Charkow zu besetzen. Am 20. Oktober, also vier Tage vor dem Beginn des Vormarsches auf die Stadt, war der Heeresgruppe Süd ein Führerbefehl übermittelt worden, der vorschrieb, dass sowjetische Städte vor ihrer Einnahme „durch Artilleriefeuer und Luftangriffe zu zermürben“ seien und die Bevölkerung „zur Flucht veranlasst“ werden soll-

te.²³³ Großstädte wie Charkow sollten nach dem Vorbild Leningrads belagert werden. Um die Stadt sollte demnach ein Blockadering gezogen und die Bevölkerung entweder zur Flucht gezwungen oder dem Hungertod überlassen werden. Die Erfahrungen, die die deutsche Armee in Kiev mit den Bomben der Roten Armee gemacht hatte, waren eigentlich dazu angehtan, diesem Befehl Folge zu leisten. Die Explosionen im Stadtkern Kievs hatten zahlreiche Wehrmachtsangehörige getötet, was in erster Linie darauf zurückzuführen war, dass ein Großteil der Einheiten im Zentrum der Stadt stationiert war und die Soldaten sich relativ frei in Kiev bewegen durften.

Die Operationsabteilung des OKH und der Heeresgruppe Süd entschied sich jedoch aufgrund logistischer Überlegungen dafür, in die Stadt einzumarschieren. Charkow war der Verkehrsknotenpunkt in der Ostukraine und sollte im weiteren Feldzug als Verteiler für den Nachschub an den Südabschnitt der deutschen Front genutzt werden. Allerdings wollte man vermeiden, dass sich die Vorfälle in Kiev auch in Charkow wiederholten. Man entschied deshalb, keine größeren Truppenkontingente im Zentrum Charkows unterzubringen. Die regulären Wehrmachtseinheiten sollten weitestgehend aus der Stadt herausgehalten werden.

Die Zivilbevölkerung sollte im Zentrum eingekesselt werden und dort verbleiben. Es war vorgesehen, die Militärverwaltung im Stadtkern einzurichten und hier sollten nur die mit der Verwaltung und Sicherung der Stadt betrauten Einheiten Zutritt haben. Der Korpsbefehl vom 21.10.1941 sah vor, das „Zentrum der Stadt [...] nicht zu belegen und abzuschließen“. Pionierkommandos sollten öffentliche Gebäude auf Sprengfallen untersuchen und durch starke Wachen sichern. „Die nicht eingesetzten Truppen“ waren „in gemischten Abteilungen geschlossen am Stadtrande in ungefährdeten Gebäuden in Alarmbereitschaft“ unterzubringen. Die Stadt sollte nach außen abgeschlossen und der Zivilverkehr auf den Durchgangsstraßen nach Möglichkeit eingeschränkt werden:

„Alle Ausfallstrassen, außer den Durchmarschstrassen, sind abzusperrn. Ein Betreten und Verlassen der Stadt ist Angehörigen der

²³³ Siehe zum Einmarsch der Wehrmacht in Charkow: Arnold, Besatzungspolitik, S. 301.

deutschen Wehrmacht und des Heeresgefolges nur an den Durchmarschstrassen gegen Ausweis AOK. oder des Gen. KDO LV: A.K. gestattet. Das Betreten öffentlicher oder privater Gebäude ist nur in dienstlichem Interesse und auf schriftlichen Befehl Vorgesetzter vom Batl.-Kdr. an aufwärts erlaubt.“²³⁴

Das Armeeoberkommando wollte nicht mehr Soldaten als notwendig im Stadtkern stationieren, um die übrigen Einheiten vor möglichen sowjetischen Attentaten zu schützen. Durch „drakonische Maßnahmen“ sollte in Charkow jeder Versuch eines Aufstandes oder einer Widersetzlichkeit im Keim erstickt werden.²³⁵ Die Wehrmacht vermutete hinter jeder Ecke einen Heckenschützen und in jedem Gebäude eine tickende Bombe. In der Bevölkerung sah man nicht mehr die Opfer des Stalinismus sondern in erster Linie potentielle Widerständler; öffentliche Hinrichtungen und Massenrepressalien gehörten zu normalen Maßnahmen, um ein erobertes Gebiet zu sichern und zu befrieden.

Die Nachrichten über eine solche Besatzungspolitik waren bereits vor der Einnahme der Stadt bis nach Charkow gelangt und so wurde der deutsche Einmarsch eher verhalten aufgenommen. In Kiev war es noch zu massenhaften Sympathiekundgebungen gekommen²³⁶, in Charkow verhielten sich die Städter eher abwartend und misstrauisch:

„Heute um 4 Uhr nachmittags erschienen Deutsche auf Fahrrädern in der Lermontow-Straße. Die Bewohner unseres Hauses waren meistens nicht durch die Eingangstür zur Straße heruntergegangen, um die Deutschen zu empfangen und zu begrüßen. Nur eine einzige Familie freute sich ganz offen über den Einmarsch der Feinde: sie gingen nach unten mit einem großen Weißbrot und mit Butter, und der Ehemann und die Ehefrau strichen Brote und gaben diese Butterbröte den deutschen Soldaten. [...]“²³⁷

Auch hier gab es durchaus noch einzelne, die hofften, dass es ihnen unter den Deutschen besser gehen würde, als in der Sowjetunion. Die Masse der Einwohner hatte jedoch eher eine vorsichtige Meinung zur Wehrmacht. Im

²³⁴ Arnold, Besatzungspolitik, S. 301.

²³⁵ Ebda.

²³⁶ Beschreibung des deutschen Einmarsches in Kiev: Berkhoff, Despair, S. 29.

²³⁷ Tagebuchaufzeichnungen von Dr. L.P. Nikolajew über die deutsche Besatzung in Charkow 1941 – 1943, ZStdLJV, Dokumentation UdSSR, Bd. 422, deutsche Übersetzung, Bl. 376 – 407, Zitat Bl. 376, abgedruckt in: Jan Philipp Reemtsma (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht : Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944, Ausstellungskatalog des Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002 (im Folgenden: Nikolajew, Tagebuchaufzeichnungen), S. 180.

Falle dieses Zeitzeugen ist es bezeichnend, dass er die einmarschierenden Deutschen in seinem Tagebuch als „Feinde“ bezeichnet. Wenn man nicht davon ausgeht, dass dieses Tagebuch im Nachhinein angefertigt wurde, um dem NKVD zu gefallen – was durchaus möglich ist – dann bezog der Verfasser bereits 1941 eine klare Position gegen die Wehrmacht und sah sie nicht mehr als „Befreier“ sondern als feindliche Armee.

Umgekehrt war auch die Wehrmacht nicht mehr sonderlich daran interessiert als „Befreier“ wahrgenommen zu werden. Ihr ging es in erster Linie darum, die eigene Truppe vor Übergriffen zu sichern und das Gebiet zu befrieden.

3.1.2. Die Konsolidierung des Besatzungsregimes 1941

Mit der Eroberung der Stadt wurde auf den Grundsätzen des allgemeinen Kriegsrechts am 21. Oktober 1941 eine deutsche Militärverwaltung eingerichtet, die aus einer Stadtkommandantur und drei, später vier Ortskommandanturen und einer Feldkommandantur bestand. Die deutsche Administration war verantwortlich für alle militärischen Fragen in Charkow und sollte die Arbeit der einheimischen Verwaltung befehligen und überwachen. Die Stadtkommandantur bestand aus dem 55. Armeekorps, das vom General der Infanterie, Erwin Vierow befehligt wurde.²³⁸ Vierow war von Oktober bis Dezember 1941 der erste Stadtkommandant von Charkow. Der Stab seines Armeekorps unterstand Oberstleutnant Wagner. Die Abteilungen der Stadtkommandantur hatten dafür Sorge zu tragen, dass die Weisungen Wagners bzw. Vierows umgesetzt wurden, sie kümmerten sich um die Quartiernahme der Wehrmachtseinheiten und um die militärische Sicherung der Stadt, erfassten militärisch und zivil bedeutende Gebäude, betrieben Sabotage- und Spionageabwehr und organisierten das Kriegsgefangenenwesen. Weiterhin waren sie für die medizinische Versorgung des Heeres und für das Veterinärwesen zuständig und sie übten die militäri-

²³⁸ Vierow, geb. 1890 in Berlin, diente bereits im Ersten Weltkrieg als Stabsoffizier und Adjutant. Am Zweiten Weltkrieg nahm er als General teil. Er kam 1944 in britische Gefangenschaft. Nach dem Krieg blieb er in Deutschland, wo er 1982 verstarb. Siehe dazu: Skorobogatov, Charkiv, S. 43; Jan Philipp Reemtsma (Hrsg.): Verbrechen der Wehrmacht : Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944, Ausstellungskatalog des Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 180 (im Folgenden: Reemtsma, Katalog).

sche Gerichtsbarkeit im Charkower Stadtgebiet aus. Die Feld- und Ortskommandanturen dienten der Stadtkommandantur als verlängerter Arm und steuerten und überwachten die Arbeit der einheimischen Bezirksverwaltungen und der ukrainischen Polizei.²³⁹

Eine der ersten Amtshandlungen der Stadtkommandantur war die Einleitung von umfassenden „Befriedungsmaßnahmen“:

- 1.) „Alle Mittel des Siegers sind recht, die Ruhe und Ordnung in Charkow wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten.
 - 2.) Aufsässige Elemente, Saboteure und Partisanen, die fast ausschließlich in Judenkreisen zu suchen sind, sind mit dem Tode zu bestrafen. Gegebenenfalls öffentliche Hinrichtung durch Erhängen und Hängenlassen zur Abschreckung. Bewachung der Hingerichteten durch Hilfspolizei. Juden, jüdische Geschäfte und jüdische Unternehmen sind kenntlich zu machen.
- [...]
- 5.) Äußerste Härte in der Behandlung der Bevölkerung ist notwendig und erforderlich.“²⁴⁰

Die Wehrmacht wollte mit dem Einsatz von rigorosen Gewaltmaßnahmen ihren Herrschaftsanspruch festigen. Dabei setzte sie vor allem auf das Prinzip der Abschreckung. Man war der Meinung, dass öffentliche Exekutionen bei der Bevölkerung einen so starken Eindruck hinterlassen würden, dass es nicht zu Aufstandversuchen oder Sabotageakten kommen würde. Bei der Wahl der Opfer griff man zunächst auf die Juden zurück.²⁴¹ Von der Möglichkeit, die Charkower von den Vorteilen der deut-

²³⁹ Es handelte sich um die Feldkommandantur 787, sowie um die Ortskommandanturen Nord, Süd und West, später kam noch die Ortskommandantur „Neubayern“ hinzu. Näheres dazu bei Skorobogatov, Charkiv, S. 44, zur Organisation der militärischen Verwaltung siehe das Schaubild, Ebda., S. 45.

²⁴⁰ Auszug aus einer Anordnung der Stadtkommandantur: Boll, Stalingrad, S. 286. Allerdings auch: „Das zukünftige Verhalten der deutschen Verwaltung [...] wird als Grundsatz nehmen, dass zwar alle notwendigen Forderungen der Truppe erfüllt werden, dass darüber hinaus aber [...] ein Unterschied zwischen bolschewistischer Herrschaft und deutscher Verwaltung verständlich werden soll.“ BA/MA Stadtkommandantur Charkow (LV. A.K.)/Ic, Bericht, 19.11.1941. RH 24-55/71, Bl. 127 f. Als Grund wurde angegeben, dass die Bevölkerung „obwohl das zivile Leben durch die [...] Zerstörungen der abziehenden Bolschewisten äußerst erschwert wird“, „bestimmt an eine allmähliche Verbesserung ihrer allgemeinen Lage glaube“ Ebda., S. 128 „So dürfte es z. B. unmöglich sein, einen Teil der Bewohner von nach Osten abzuschieben. Die Leute ließen sich lieber erschießen, als nochmals zu den Bolschewisten zu gehen.“ Ebda.

²⁴¹ Bereits in Kiev hatte man zunächst den jüdischen Teil der Bevölkerung zur Bestrafung herangezogen: „Jüdische und bolschewistische Personen sind in erster Linie für die kol-

schen Besatzung zu überzeugen oder sie für sich zu gewinnen, macht die Wehrmacht nur sehr eingeschränkt Gebrauch.

Zur Sicherung der Stadt wurde die 57. Infanteriedivision eingesetzt. Sie exekutierte in den zehn Tagen bis Ende Oktober zehn Personen. Es handelte sich um drei politische Kommissare und sieben angebliche Saboteure, die sie öffentlich hinrichtete.²⁴² Von Beginn an ging es der Wehrmacht darum, ein Klima der Angst zu schaffen. Es genügte das geringste Anzeichen von Widersetzlichkeit, um erschossen oder erhängt zu werden.

Die Situation verschärfte sich für die Einwohner Charkows Anfang November. Partisanen hatten Soldaten und Angehörige der Organisation Todt erschossen und das AOK 6 forderte nun neben der Erschießung der Schuldigen, dass – falls sich nicht unmittelbar die Täter feststellen ließen – Höfe und Dörfer abgebrannt und Geiseln und Mitschuldige aufgehängt werden sollten. Als mitschuldig betrachtete man den Teil der Bevölkerung, der keine eigenen Verluste im Kampf gegen Partisanen vorzuweisen hatte. Die Feldkommandantur 787 richtete in Charkow deshalb ein Konzentrationslager im „Hotel International“ am Dzeržinskij-Platz ein, das von der 68. Infanteriedivision bewacht wurde.²⁴³ Als sich ein Sprengstoffanschlag auf das Geschäftszimmer eines Pionierregiments ereignete, richtete sich der Stadtkommandant am 14. November in einer öffentlichen Bekanntmachung an die Einwohner Charkows. Die Tatsache, dass Bomben in der Stadt explodiert waren, nahm die Stadtkommandantur als Beweis dafür, „dass die Bevölkerung den mehrfachen Aufrufen und Befehlen der Deutschen Wehrmacht, bei der Minenräumung tatkräftig mitzuhelfen, nicht Folge geleistet“ hatte und kündigte nun „schonungsloses Durchgreifen“ an. Die Wehrmacht verhaftete 1.000 Personen und exekutierte sofort 200 von ihnen. Darüber hinaus verhängte sie eine Sperrzeit von 6.00 bis 16.00 Uhr und kündigte an, jeden zu erschießen, den sie außerhalb dieser Sperr-

lektive Sühne heranzuziehen. Saboteure oder Personen, die mit der Waffe Widerstand leisten, sind sichtbar aufzuhängen.“ Auszug aus einer Anordnung der Stadtkommandantur: Boll, Stalingrad, S. 286.

²⁴²Ebda.

²⁴³ Ebda., S.287. Das Hotel „International“ brannte beim Rückzug der Wehrmacht vollkommen aus. Siehe dazu: Müller-Ballin, Charkow, S. 14.

zeit ohne gültigen Ausweis auf der Straße antreffen.²⁴⁴ Ihr ging es bei diesen Aktionen nicht um die Feststellung der Schuldigen, sondern darum zu zeigen, dass sie zum Äußersten bereit war. Intern war man sich bewusst, dass man wahrscheinlich 200 Unschuldige getötet hatte, denn der Tätigkeitsbericht der örtlichen Feldgendarmerie für den Zeitraum vom 1. November bis 18. Dezember 1941 stellte fest, dass die Sprengungen durch Minen ausgelöst wurden, die vor dem deutschen Einmarsch von der abrückenden Roten Armee angebracht worden waren.²⁴⁵ Die Gewalt ging dessen ungeachtet weiter: Anfang Dezember meldete das AOK 6 der Heeresgruppe Süd, es habe in sechs Wochen mehrere „hundert Partisanen und verdächtige Elemente“ in der Stadt aufgehängt.²⁴⁶ Die 6. Armee hatte sich in ihrem Gebiet die „restlose Vernichtung“ der Partisanen zum Ziel gesetzt und bereits im November hatte die 57. Infanteriedivision in Charkow und den umliegenden Dörfern ein Partisanenmeldenetz eingerichtet. Gleichzeitig wurde der Raum um die Stadt von Partisanenjagdkommandos planmäßig durchkämmt, die Gesamtzahl der exekutierten Zivilpersonen ging im Bereich des AOK 6 in die Tausende.²⁴⁷

Das Stadtbild Charkows war in den ersten zwei Monaten der deutschen Besetzung geprägt durch die zahlreichen öffentlich Hingerichteten. Zu Dutzenden hingen Exekutierte an den Balkonen öffentlicher Gebäude, an den Bäumen der Parkanlagen oder an provisorisch errichteten Galgen, alltägliche Gänge waren geprägt vom Anblick dieser Leichen.²⁴⁸ Hinzu kam, dass die Wehrmacht Exekutionen z. T. zelebrierte und vornehmlich auf öffentlichen Plätzen durchführte, damit möglichst viele Passanten zu-

²⁴⁴ Bekanntmachung des Stadtkommandanten von Charkow über die Erschießung von Einwohnern der Stadt vom 14. November 1941, Staatliches Archiv der Charkower Gebiets (Derzhavnyi arkhiv Kharkivs'koi oblasti (DAKhO), im Russischen: Gosudarstvennyi arkhiv Khar'kovskoi oblasti (GAKhO), Fond R-3086, Opis' 1, Delo 2, List 23. Im Folgenden wird das Archiv zitiert als: DAKhO.

²⁴⁵ Siehe dazu: Ebda., außerdem: Boll, Stalingrad, S. 286 f. Der Bericht der Feldgendarmerie zählt darüber hinaus 63 erhängte und 17 erschossene Kommunisten und Juden auf. Tätigkeitsbericht der Feldgendarmerie, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 9, List 17a.

²⁴⁶ Boll, Stalingrad, S. 287.

²⁴⁷ Ebda., S. 287/288.

²⁴⁸ „[...] Außerdem wurden 250 friedliche Bürger verhaftet und auf den Plätzen und in den Straßen der Stadt erhängt. Manche dieser Bürger erhängte man auf den Balkonen der Häuser und an den Bäumen. So hingen in der Swerdlowstraße mehr als 30 Leichen, auf dem Tewelkaplatz 13, auf dem Dserdshinskijplatz 10 Menschen, in der Smiewskistraße 4, und so weiter. [...]“, zit. n.: Ernst Klee; Willi Dressen (Hg.): „Gott mit uns.“ Der deut-

sehen mussten. In einem Fall erschoss man beispielsweise einen Jugendlichen vor den Augen hunderter Passanten auf einem Marktplatz.²⁴⁹

Viele Einwohner der Stadt waren geschockt von der Brutalität, mit der die Deutschen ihren Herrschaftsanspruch reklamierten. Insbesondere die öffentlichen Hinrichtungen empfanden die Charkower als besonders grausam, denn sie kannten zwar aus der Sowjetunion Verhaftung und Verfolgung, Exekutionen in der Öffentlichkeit gab es allerdings kaum oder gar nicht. Dass die Deutschen ehemalige Funktionäre und Parteimitglieder ihrer gerechten Strafe zuführten, glaubte kaum jemand, man hatte eher Mitleid mit den Opfern der deutschen Gewaltherrschaft. Insbesondere erschreckte die Einheimischen die Willkür, mit der die Wehrmacht Massenverhaftungen auf offener Straße vornahm und die Tatsache, dass Einzelpersonen häufig offenkundig nur aufgrund nichtiger Vergehen exekutiert wurden. Nach den ersten zwei Monaten der deutschen Herrschaft waren die meisten Charkower davon überzeugt, dass es ihnen unter den Deutschen schlechter gehen würde, als in der Sowjetunion. Dementsprechend war die Stimmung unter der Stadtbevölkerung von Angst, Misstrauen und Ablehnung geprägt.²⁵⁰

In den Augen der Stadtkommandantur waren hingegen die „Befriedungsmaßnahmen“ ein voller Erfolg. Im Dezember 1941 erwähnte das AOK 6 in einer Meldung an die Heeresgruppe Süd lobend die Aktionen in Charkow: „Nur solche Maßnahmen führen zum Ziel.“²⁵¹ Die Feldgendarmerie beurteilte die „allgemeine politische Lage in der Stadt“ Mitte Dezember

sche Vernichtungskrieg im Osten 1939 – 1945, Frankfurt a. M. 1989, S. 45, (im Folgenden: Klee, Gott mit uns), auch abgedruckt in: Müller-Ballin, Charkow, S. 23.

²⁴⁹ Siehe dazu den Bericht einer sowjetischen Zeugenvernehmung: „[...] Am 25.10. erschossen die Deutschen einen circa 16jährigen Jungen, der Pawel hieß auf dem Markt von Shurawlewskij nur dafür, dass er einen Rotarmistenhelm, ein Bajonett und eine Gasmaske aufgehoben hatte. [...]“, zit. n.: Klee, Gott mit uns, S. 44.

²⁵⁰ Siehe dazu: Zuständigkeitsbericht der Feldgendarmerie vom 18.12.1941 über den Zeitraum 1.11. – 18.12.41, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1 Delo 9, List 17a, weiterhin: Tätigkeitsbericht der Feldgendarmerie der Ortskommandantur Nord vom 28.12.41, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1 Delo 9, List 28, OK Süd: Ebda., List 29, OK West: Ebda., List 30, auch: die Bekanntmachung der Stadtkommandantur: Androhung Erschießung bei Verstößen jeglicher Art: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 2, List 26. Nikolajew, Tagebuchaufzeichnungen, S. 179.

²⁵¹ Meldung des Oberkommandos der 6. Armee an die Heeresgruppe Süd vom 7. Dezember 1941 über Massenhinrichtungen zur Eindämmung der Partisanengefähr, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 237.

als ruhig.²⁵² Die Wehrmacht glaubte, dass sie mit dieser Besatzungspolitik die Sicherheit der eigenen Soldaten garantieren würde. Allerdings waren es gerade diese Repressionen, die dafür sorgten, dass die Partisanenbewegungen enormen Zulauf erhielten und sich der Widerstand gegen die deutsche Besatzung zunehmend organisierte. Aus Einzelaktionen wurden so koordinierte Vorhaben und die eher marginale Gefahr einer Front hinter der Front wurde in den folgenden Jahren dadurch zur Realität. Die Suche nach den wahren Schuldigen und das Werben um Vertrauen in der Bevölkerung hätten unter Umständen dazu geführt, dass die Ukrainer die deutsche Armee auch nach den ersten Kriegsmonaten weiterhin unterstützt hätten. Dem stand allerdings entgegen, dass Hitler bei der Durchführung seines Lebensraumkriegs von vornherein nicht mir der Zusammenarbeit der Einheimischen rechnete. Außerdem ging die Wehrmacht davon aus, dass der Krieg innerhalb weniger Monate beendet sein und die besetzten Gebiete in die Zivilverwaltung überführt werden würden. Warum sollte man also um das Vertrauen der Einheimischen werben, wenn man ohnehin nicht lange mit der Verwaltung des Besatzungsraums betraut war? Allerdings sollte der Kriegsverlauf dazu führen, dass die Militärverwaltung gezwungen war, sich von einem kurzzeitigen Konstrukt zu einer ständigen Einrichtung zu entwickeln.

3.1.3. Die deutsche Militärverwaltung bis Februar 1943

Von Oktober 1941 bis zum Februar 1943 existierte in Charkow die erste deutsche Militärverwaltung. Sie wurde aufgrund des Frontverlaufs nie in die Zivilverwaltung des Reichskommissariats überführt und die Wehrmacht war, hingegen ihrer Vorstellungen und Pläne, fast zwei Jahre damit beschäftigt, die Stadt zu verwalten. Um sich den immer neuen Anforderungen des Krieges anzupassen, wechselten in dieser Zeit häufig Zuständigkeiten und Verantwortungen.

Das 55. Armeekorps übergab die Aufgaben der Stadtkommandantur im Dezember 1941 an die 57. Infanterie-Division unter General von Puttkammer, dem Oberbefehlshaber des Rückwärtigen Armeegebietes. Die

²⁵² Tätigkeitsbericht der Feldgendarmerie, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 9, List 17a

Verschiebung der deutsch-sowjetischen Front Richtung Osten führte dazu, dass Charkow aus dem Operationsgebiet losgelöst und in das Rückwärtige Armeegebiet übergeben wurde. Vom 3. Dezember 1941 bis zum 9. Februar 1942 war von Puttkammer Stadtkommandant und der Sitz des Armeekorps 6 in Charkow.²⁵³ Die Aufgabenbereiche der militärischen Verwaltung vergrößerten sich mit der Verstärkung der Besatzung. Nun ging es nicht nur darum, das eroberte Gebiet zu sichern und die Quartiernahme und Unterbringung der stationierten Armeeeinheiten zu gewährleisten. Die Verwaltung errichtete nun auch Sammelpunkte für Kriegsgefangene, übernahm die Erfassung von Kriegsbeute, organisierte die anstehende Zusammenarbeit mit dem SD und der geheimen Feldpolizei, sorgte für Möglichkeiten der Religionsausübung ihrer Soldaten und richtete eine Presse- und Propagandaabteilung in Charkow ein. Von dem ursprünglichen Plan, Charkow für den Großteil der Truppen abzuschließen, ging die militärische Führung zunehmend ab. Die Stadt wurde zur Drehscheibe für den Truppentransport und teilweise befanden sich 100.000 Soldaten in Charkow.²⁵⁴ Mit dieser Masse an Soldaten ergaben sich neben der Unterbringung noch weitere Probleme, die gelöst werden mussten. Die Quartiermeisterei war dafür zuständig, dass die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse der Wehrmachtsangehörigen erfüllt wurden. Die militärischen Dienststellen sorgten für ein gewisses Kultur- und Zerstreuungsangebot für die in Charkow stationierten Soldaten. Es gab Kino- und Theateraufführungen und ein Soldatenhaus und Offiziercasinos wurden in der Stadt eröffnet, außerdem richtete man Wäschereien und Badeanstalten ein.²⁵⁵ Charkow verblieb von 1942 bis zum Ende der deutschen Besatzung im Rückwärtigen Armeegebiet. Nach dem 55. Armeekorps waren abwechselnd das AOK 6 und das 17. Armeekorps für die Militäradministration verantwortlich. Mit dem weiteren Vormarsch der 6. Armee Richtung Osten wurde Charkow direkt der Heeresgruppe Süd, die später in B umbenannt wurde, unterstellt.²⁵⁶ Unter der Oberaufsicht der Stadtkommandantur kamen in Charkow verschiedene deutsche Organisationen zum Einsatz.

²⁵³ Müller-Ballin, Charkow, S. 25.

²⁵⁴ Arnold, Besatzungspolitik, S. 301.

²⁵⁵ Müller-Ballin, Charkow, S. 25.

Das Wirtschaftskommando „Charkow“ des Wirtschaftsstabes Ost organisierte die wirtschaftliche Ausbeutung der Stadt und das SD-Sonderkommando 4a war für die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und – neben der geheimen Feldpolizei – für die Bekämpfung „verdächtiger Elemente“ zuständig. Das Zusammenspiel dieser drei Organisationen gestaltete sich nicht problemlos, wie im Folgenden noch eingehend betrieben wird. Häufig kam es zu Reibungen und Konkurrenzen und nur in Bereichen, in denen man die gleichen Interessen verfolgte, war man bereit, mit dem jeweilig anderen zusammenzuarbeiten.

Die deutsche Besetzung Charkows ist ein Beispiel dafür wie planlos die Wehrmacht einem langen Krieg in Verwaltungsfragen gegenüberstand. Man hatte sich zu Feldzugsbeginn vollständig darauf verlassen, dass der Feldzug schnell beendet und die Militärverwaltung aufgelöst werden würde. Mit anhaltender Auseinandersetzung war man gezwungen zeitgleich die militärischen Aktionen weiterzuführen und eine dauerhaft funktionsfähige Verwaltung zu schaffen. Der häufige Wechsel der Zuständigkeiten und die Probleme, die bei der Koordination der an der Besetzung beteiligten Organisationen entstanden, zeigen, dass die Wehrmacht nicht im Stande war diese Aufgaben zu bewältigen.

3.1.4. Die deutsche Besetzung von März bis August 1943

Das Gebiet um Charkow war aufgrund seiner zentralen Lage an der deutschen Südfront häufig umkämpft. Im Raum Charkow ereigneten sich im Verlauf der Besetzung vier größere militärische Auseinandersetzungen. Beim deutschen Vormarsch im Oktober 1941 verlor die Rote Armee die Stadt an die Wehrmacht. Die Kampfhandlungen bei der zweiten Schlacht um Charkow dauerten vom 12. bis zum 28. Mai 1942 an. Im Rahmen der deutschen Sommeroffensive, der „Operation Blau“ wurden im Frühjahr 1942 starke Panzerverbände in Charkow zusammengezogen, um in Richtung der wirtschaftlich wichtigen Regionen Kaukasus und Donezbecken vorzustoßen. Die sowjetische Seite vermutete, dass der deutsche Hauptstoß wie bereits 1941 Richtung Moskau gehen würde und bereitete ebenfalls eine Offensive im Raum Charkow vor. Sie traf hier jedoch bei ihrem

²⁵⁶ Ebda., S. 48.

Vormarsch auf die deutschen Verbände und die Wehrmacht konnte die sowjetischen Einheiten zurückschlagen. Nebenbei bemerkt war diese Auseinandersetzung die letzte erfolgreiche Kesselschlacht der Wehrmacht. Das Stadtgebiet blieb allerdings davon unberührt, im Gegensatz zur dritten Schlacht um Charkow. Die deutsche Sommeroffensive scheiterte ebenso wie die nachfolgende Operation „Wintergewitter“ und mit der verheerenden Niederlage der 6. Armee in Stalingrad wechselte endgültig das militärische Heft in die Hand der Roten Armee.²⁵⁷ Anfang Februar 1943 kam es um Charkow zu heftigen Kämpfen in deren Verlauf sich die Wehrmacht aus der Stadt zurückziehen musste, um einer drohenden Einkesselung zu entgehen. Die Rote Armee besetzte daraufhin die Stadt am 16. Februar und konnte sich einen Monat halten. Am 15. März gelang es allerdings den SS-Panzerdivisionen „Das Reich“ und „Leibstandarte Adolf Hitler“ die Stadt zurückzuerobern.²⁵⁸ In tendenziöser Literatur wird das militärische Vorgehen der SS-Einheiten als operative Meisterleistung beschrieben, dabei wird allerdings vielfach nicht erwähnt, welche Schrecken die nachfolgende Wiederbesetzung mit sich brachte. Die Einwohner Charkows sprachen in diesem Zusammenhang von der „anderen“ Besetzung der Stadt.²⁵⁹ Die SS-Einheiten exekutierten bei der Wiedereroberung der Stadt wahllos Einwohner. Deutsche Soldaten sperrten Einheimische ohne weitere Verdachtsmomente in Kellergewölbe und töteten die Gefangenen mit Handgranaten. Kriegsversehrte Rotarmisten, die in einem Charkower Krankenhaus zurückgeblieben waren, wurden von der SS in ihren Betten

²⁵⁷ Zum Kriegsverlauf und den bisherigen Forschungsergebnissen in diesem Bereich siehe: Ueberschär, *Kriegsführung*, S. 91 f.

²⁵⁸ Ausgiebige Darstellung, allerdings tendenziös: Bundesverband der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS e.V.: *Befehl des Gewissens. Charkow Winter 1943*, Osnabrück 1976, S. 7/8, es folgt ein Quellenpaket, dass die eigenverantwortliche Entscheidung der Kampfverbände gegen den Willen Hitlers vor Charkow und die militärische Schlagkraft der SS-Verbände neben der regulären Armee dokumentieren soll.

²⁵⁹ Von einer operativen Meisterleistung kann kaum die Rede sein: in Charkow hatten sich nur die Angriffspitzen der Roten Armee befunden, weiterhin war die wichtigste Nachschublinie für die russischen Verbände – die Eisenbahnlinie Moskau-Charkow – in der Hand der Wehrmacht, im Endeffekt lagen hier die günstigen Vorbedingungen für die Wiedereroberung Charkows. Siehe dazu: Karl Maron: *Von Charkow bis Berlin*, Berlin (Ost) 1960, S. 42. Die Charkower unterschieden hier in „Sommerdeutsche“ und „Winterdeutsche“. Mit den „Winterdeutschen“ war die Wehrmacht gemeint, denen „nur“ Unmenschlichkeit unterstellt wurde. Die „Sommerdeutschen“, also die SS, benahmen sich hingegen wie „Tiere“. Interview d. Verf. Charkow Nov. 2002.

exekutiert oder bei lebendigem Leib verbrannt und sowjetische Kriegsgefangene öffentlich gekreuzigt und verstümmelt.²⁶⁰

Der Krieg hatte seine Spuren hinterlassen. Die zunehmende Brutalisierung der Auseinandersetzung auf beiden Seiten und der gegenseitige aufgestaute Hass, brachen sich hier Bahn und führten zu diesen blutigen Massakern unter Zivilisten und Kriegsgefangenen.

Die Wehrmacht konnte sich bis zum August 1943 in der ostukrainischen Stadt halten. Am 23. August 1943 gelang es der Roten Armee Charkow endgültig einzunehmen. Beim Rückzug verfolgten auch die Deutschen die bereits von der sowjetischen Seite 1941 erfolgreich angewandete Politik der „Verbrannten Erde“. Sie zerstörten die mit Hilfe der Einheimischen wieder in Stand gesetzten Industrieanlagen, sprengten öffentliche Gebäude und raubten die verbliebenen Kunst- und Kulturgegenstände. Um sich die Arbeitskraft der Bevölkerung auch weiterhin zu sichern, trieben die Wehrmacht die Einheimischen in Zwangsmärschen vor sich her und sammelte sie in eigens eingerichteten Auffanglagern hinter der Front, um sie ins Deutsche Reich abzutransportieren.²⁶¹ Am Tag nach dem Abzug bombardierte die deutsche Luftwaffe Charkow und zerstörte Straßen und Gleise, den Charkower Flugplatz und den Bahnhof.²⁶² Als das sowjetische Informationsbüro im operativen Kriegsbericht für den 23. August 1943 titelte „Char’kov Naš! [Charkow ist unser!]“, wurde die Freude über die Rückeroberung überschattet von den Zuständen in der Stadt: die Rote Armee zog wie die Wehrmacht zwei Jahre vor ihr in ein völlig zerstörtes Charkow ein.²⁶³

²⁶⁰ Eingabe von Einwohnern Charkows an die Zentrale Kommission zur Untersuchung der Greueltaten der deutschen Okkupanten bei der Erschießung verwundeter Kriegsgefangener, abgedruckt in: Eine Schuld, die nicht erlischt. Deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Köln 1987, S. 222 (im Folgenden: Deutsche Kriegsverbrechen). Siehe zu den SS-Einheiten auch: Skorobogatov, Charkiv, S. 78. Weiterhin: „In den Betten erschossen. Eine sowjetische Kommission über die Ermordung verwundeter Rotarmisten im Krankenhaus von Charkow“, abgedruckt in: Klee, Gott mit uns, S. 155 – 157.

²⁶¹ Deutsche Kriegsverbrechen, S. 360.

²⁶² Müller-Ballin, Charkow, S. 13, 14.

²⁶³ Übersetzung aus dem Russischen: „Charkow ist unser! Vom sowjetischen Informationsbüro. [...] Am 23. August haben unsere Truppen nach heftigen Gefechten den Widerstand des Gegners gebrochen und die Stadt Charkow im Sturm genommen. [...]“, Auszug aus dem operativen Kriegsbericht der Roten Armee für den 23. August 1943, abgedruckt in: Wolfgang Schuhmann (Hg.): Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 3 (November 1942 – September 1943), Köln 1982, S. 583.

3.2. Die Errichtung der Stadtverwaltung 1941

3.2.1. Der Aufbau der einheimischen Verwaltung

Laut Weisungen des OKH/OKW zur Organisation der Besatzungsverwaltung in den eroberten Gebieten waren die Militärbefehlshaber in ihren Bereichen dazu angehalten, einheimische Verwaltungsorgane einzurichten. Von der Wehrmacht ernannte Dorfälteste, Bürgermeister und Rayonchefs sollten die Befehle der deutschen Stellen umsetzen und die Anweisungen der Kommandanturen an Land- und Stadtbewohner weitergeben.²⁶⁴ In Charkow bestand die einheimische Verwaltung aus einer ukrainischen Stadtverwaltung, einer ukrainischen Hilfspolizei und einem ukrainischen Roten Kreuz. Die Stadtverwaltung wurde zunächst von der Wehrmacht nur vorläufig eingerichtet, was ein weiteres Mal beweist, dass die deutsche Armee nicht vorhatte, die Verwaltung des besetzten Gebietes längerfristig zu übernehmen.²⁶⁵

Die ukrainische Hilfspolizei war an die einheimische Stadtverwaltung angegliedert, ihre Befehle und Weisungen erhielt sie aber von der deutschen Stadtkommandantur und der Feldkommandantur. Zum Leiter der ukrainischen Hilfspolizei ernannte die Wehrmacht den OUN-M-Anhänger B. I. Konyk.²⁶⁶ Im Dezember 1941 wurden die Truppen der einheimischen Polizei aufgestellt, die Truppenstärke durfte laut Weisung der Stadtkommandantur 1.000 Mann nicht überschreiten und die Männer wurden mit Schlagstöcken und Knüppeln bewaffnet, Handfeuerwaffen und Gewehre waren zunächst verboten. Konyk organisierte die Polizei ganz im Stil einer nationalistischen Organisation, aufgenommen wurden nur national eingestellte Ukrainer. Die Mannschaften der Polizei rekrutierte Konyk aus

²⁶⁴ Siehe dazu: Nestler, Hakenkreuz, Dok. 20, S.192. Zur Besatzungspraxis: Anordnung des Generals der Infanterie Carl-Heinrich v. Stülpnagel, Oberbefehlshaber der 17. Armee vom 17. Juli 1941 zur Unterbindung ukrainischer Selbstständigkeitsbestrebungen sowie zur Einrichtung lokaler Selbstverwaltungsorgane, abgedruckt in: Ebda., S. 158, für Charkow: Richtlinien der Stadtkommandantur Charkow für die Behandlung der Zivilbevölkerung vom 23.10.1941, BA/MA, RH 24-55/13, Bl. 23, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 333.

²⁶⁵ Zur Gründung des Roten Kreuzes: DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 102. Siehe dazu auch: Grelka, Nationalbewegung, S. 423.

²⁶⁶ Zur Ernennung von Konyk siehe: Skorobogatov: Antybil'shovyts'kyi tabir pidokupatsiinoho Charkova (1941 – 1943), in: Visnyk Ch. derz. univers., Istoriiia, Vipusk 31 (1999), S. 226 – 235, hier: S. 230f.

Kriegsgefangenen und Charkower Jugendlichen. Vor ihrem Dienstantritt erhielten sie eine kurze paramilitärische Ausbildung, die von Konyk und einigen deutschen Wehrmachtsangehörigen durchgeführt wurde. Der Stab der ukrainischen Polizei befand sich ab Januar 1942 bei der Gestapoleitstelle in Charkow und die Hilfspolizei unterstützte die Deutschen in erster Linie bei der Verfolgung von Juden und Kommunisten.²⁶⁷

Zum ersten ukrainischen Bürgermeister wurde Oleksei Ivanovyč Kramarenko ernannt, ein Professor am technologischen Institut der hiesigen Universität. Warum der damals 54jährige parteilose Chemieprofessor den Posten erhielt, ist nicht vollkommen geklärt. Seine Ernennung zum Bürgermeister geschah aus der Situation heraus, Kramarenko gehörte zwar dem nationalistischen Flügel der Stadt an, war aber vor der deutschen Besetzung nicht durch Widerstand gegen die Sowjetunion aufgefallen. Scheinbar wollte die Wehrmacht einen Vertreter der antikommunistischen Gruppierungen zum Bürgermeister machen und griff deshalb kurzerhand auf den Chemieprofessor zurück.²⁶⁸ Kramarenko wurde am 17. März 1887 in Kremenžug in der Umgebung von Poltava geboren und war nach einer Hochschulausbildung von 1910 bis 1931 in verschiedenen Kohle- und Gasbetrieben Chefingenieur. Danach wechselte er in die Forschung und war am Technologischen Institut der Charkower Universität tätig. Dem ukrainischen Bürgermeister stellte die Wehrmacht zunächst einen deutschen Oberbürgermeister zur Seite, solange die ukrainische Stadtverwaltung den Status „vorläufig“ hatte, beaufsichtigte der Offizier und Kriegsverwaltungsrat Peters-Knotte die Arbeit Kramarenkos.²⁶⁹

Am 26. Oktober 1941 nahm die ukrainische Stadtverwaltung in Charkow ihre Arbeit auf. Ihr Dienstsitz lag, wie der der ukrainischen Polizei, in einem Gebäude an der Hauptstraße. An der Spitze der Stadtverwaltung stand der deutsche Oberbürgermeister, darunter ein Präsidium mit dem bereits genannten O. I. Kramarenko als Bürgermeister, M. S. Slipčenko als Stellvertreter und K. M. Poluvedko als erstem Sekretär.²⁷⁰ Darunter arbei-

²⁶⁷ Skorobogatov, Charkiv, S. 61 f.

²⁶⁸ Zu den verschiedenen Versionen seiner Ernennung siehe Skorobogatov, Charkiv, S. 128.

²⁶⁹ Skorobogatov, Charkiv, S. 128.

²⁷⁰ Haus Nr. 18 – 20, Skorobogatov, Charkiv, S. 128.

teten 19 Abteilungen, es handelte es sich um eine Geheime Abteilung, eine Abteilung für Administration und je eine Abteilung für Propaganda, für gesellschaftliche, für finanzielle und für juristische Belange. Hinzu kamen Dezernate für die städtischen Betriebe, für Handel und Ernährung, für die städtische Energieversorgung und für Wohnen und Gesundheit. Darüber hinaus existierten Verwaltungseinheiten für Kultur und Aufklärung, für die Organisation von Arbeiten für die Besatzungsmacht, für Agrarwirtschaft und für Religion, eine Treuhand- und eine Statistikabteilung und je eine Verwaltungseinheit für das städtische Bankwesen und für wissenschaftlich-technische Belange.²⁷¹ In diesen Institutionen arbeiteten bis zu 650 Ukrainer.²⁷²

Dieser Stadtverwaltung unterstanden mehrere Bezirksverwaltungen. Im November 1941 wurde Charkow in 19 Bezirke unterteilt, je ein Bezirksbürgermeister mit einem eigenen kleinen Apparat verwaltete. Sie wurden von der Spitze der Stadtverwaltung in Übereinstimmung mit der deutschen Führung ernannt und waren offiziell verantwortlich für alle wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und administrativen Belange in ihrem Stadtteil. In erster Linie waren sie allerdings dazu da, die Weisungen der Stadtverwaltung bzw. der deutsche Stadtkommandantur auf Bezirksebene umzusetzen. Der Ton gegenüber diesen Bezirksverwaltungen war meist rau und die Wehrmacht drohte mit Strafen, falls eine Weisung nicht fristgerecht ausgeführt wurde.²⁷³

Die Bezirksbürgermeister waren für die Registrierung und Überwachung der Bevölkerung ihres Stadtteils zuständig. Sie bildeten mit der ukrainischen Polizei die Ordnungsgewalt und dienten den Deutschen als Spitzel. Darüber hinaus waren sie verantwortlich dafür, dass der Wehrmacht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Für die Einheimischen waren die Bezirksämter Anlaufstellen, wenn sie Anträge, Bittgesuche und Beschwerden einreichen oder Passangelegenheiten regeln wollten, sie bil-

²⁷¹ Skorobogatov, Charkiv, S. 172f.

²⁷² Zu den Zahlen: Grelka, Unabhängigkeitsbestrebungen, S. 428. Zu den Abteilungen und der Zahl der Angestellten siehe auch: DAKhO, Fond R-2982, Opus' 1, Delo 231, List 2 – 30.

²⁷³ Siehe dazu beispielsweise: DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 175.; weiterhin: Ebda., List 118.

deten die Verbindung zwischen Besatzern und Besetzten.²⁷⁴ Die Wehrmacht konnte über sie Weisungen schnell an die Bevölkerung weitergeben, die Charkower überwachen und wenn notwendig Druck ausüben. Den Einheimischen boten die Bezirksämter augenscheinlich die Möglichkeit, sich über die deutsche Politik zu informieren und sich über Missstände zu beschweren.

Die Bezirksverwaltungen bestanden aus zehn Abteilungen, in denen pro Bezirk ca. 85 Menschen arbeiteten. Neben dem Bezirksbürgermeister und seinem Stellvertreter waren dort Verwaltungsbeamte, Buchhalter, Übersetzer, Mechaniker und Fahrer beschäftigt. Im 17. Bezirk existierten bis zum 23. Januar 1942 drei Abteilungen, die speziell sowjetische Partisanen, Spione und Saboteure aufspüren und überführen sollten. Mit dem Auf- und Ausbau der ukrainischen Hilfspolizei wurden diese Abteilungen allerdings Ende Januar 1942 abgeschafft.²⁷⁵ Hier zeigt sich, dass die Wehrmacht die Verwaltung häufig dazu benutzte, um Jagd auf politische Feinde zu machen. Die antikommunistisch eingestellten Verwaltungsmitarbeiter unterstützten sie breitwillig bei solchen Aktionen. Der Vorteil bestand darin, dass diese Menschen über „Insider“-wissen verfügten und Hinweise auf verdächtige Personen liefern konnten, die sich unter Umständen den Nachforschungen der Wehrmacht sonst erfolgreich hätten entziehen können.

Den Bezirksbürgermeistern und ihren Bezirksämtern folgten in ländlichen Bezirken noch die Starosten, also die Dorfältesten, und in den innerstädtischen Bereichen die Hausverwalter, die die unterste Ebene der städtischen Administration bildeten.

Sämtliche Zivilangestellte, die bei der Wehrmacht beschäftigt waren, wurden vor ihrer Einstellung überprüft. Jeder Bewerber musste vor der Arbeitsaufnahme oder bei einem Arbeitsplatzwechsel einen Personalbogen auszufüllen, in dem er Angaben über seine Herkunft und seine Nationalität machen musste. Es wurde gefragt, ob irgendeine Verwandtschaft mit Juden bestehe, ob der Betreffende Parteigliederter sei und ob er Wehr-

²⁷⁴ Zu den Pflichten und Aufgaben der Bezirksbürgermeister und der ihnen unterstellten Verwaltungseinheiten siehe: Skorobogatov, Charkiv, S. 158 – 161.

²⁷⁵ Ebd., S. 153 f.

dienst in der Roten Armee oder Dienst in den Abteilungen des ZK, der GPU oder des NKVD geleistet habe. Bei einer positiven Antwort wurde weiter nach dem Dienstgrad, der Länge des Dienstes und dem Ort gefragt. Anschließend mussten die gleichen Fragen noch in Bezug auf Familienmitglieder beantwortet werden. Außerdem mussten Vorstrafen angegeben werden und ob der Antragsteller oder seine Familie Opfer sowjetischer Repressionen oder der Evakuierungsmaßnahmen waren.²⁷⁶ Die umfassenden Informationen über den bisherigen Lebenslauf des Bewerbers sollten der Wehrmacht helfen eine Auswahl zu treffen, denn die Verwaltung sollte nur aus „vertrauenswürdigen“ Personen bestehen, die sich nicht in irgendeiner Weise in der Sowjetunion politisch betätigt hatten. Darüber hinaus legte die deutsche Seite Wert auf die rassische Zugehörigkeit ihrer Mitarbeiter. Ukrainer wurden gegenüber Russen oder anderen Völkern der UdSSR bevorzugt, Juden wurden überhaupt nicht eingestellt. Das Ausfüllen des Fragebogens blieb jedoch vielfach eine Formalie, denn in den Abteilungen der Stadtverwaltung waren auch Personen tätig, die bereits in der Sowjetunion in der Administration gearbeitet hatten. Die Wehrmacht tauschte nicht das gesamte Personal der Verwaltung aus, sondern verließ sich häufig auf das Urteil der Bezirksbürgermeister und Abteilungsleiter. Hier waren persönliche Bekanntschaften häufig ausschlaggebender als die politische Überzeugung. Nur bei der Wahl der Bürgermeister und Stadtobereen achteten die Deutschen darauf, dass es sich um Antikommunisten handelte, bei den Verwaltungsangestellten, insbesondere in den Bezirken, verfuhr die Stadtkommandantur eher nachlässig. Primär ging es der Wehrmacht darum, dass die Verwaltung funktionierte und nicht darum, ein Forum für eine politisch-nationale Interessenvertretung zu schaffen. Ausschlaggebend für eine Einstellung waren für die Wehrmacht der Antikommunismus der betreffenden Person und ihre Bereitschaft, mit ihr gegen Vertreter der Sowjetmacht vorzugehen.²⁷⁷ Kam es zu größeren Problemen in der Verwaltung war die Wehrmacht durchaus bereit, hart durch-

²⁷⁶ Kommandanturbefehl Nr. 9, DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo1, List 67. Formblatt zur Beurteilung einer Person: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 3, List 16, 29.

²⁷⁷ Skorobogatov, Charkiv, S. 167. DAKhO, Fond R-1982, Opus' 1, Delo 23, List 10 – 14. Weiterhin: Ebda., Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 9, List 5 und Fond R-3086, Opus' 1, Delo 2, List 26.

zugreifen und die Verdächtigen zu verhaften und unter Umständen auch hinzurichten.

Die Vergütung der Mitarbeiter und Bürgermeister erfolgte nach Gehaltsgruppen, leitende Angestellte mit selbstständiger Tätigkeit und Hochschulabschluss fielen in die Gehaltsgruppe A und erhielten monatlich 900,- Rubel. Die Gehaltsgruppe B umfasste Technische Angestellte mit abgeschlossener Hoch- oder Mittelschulbildung „in verantwortlicher Tätigkeit“ und Dolmetscher, sie verdienten 650,- Rubel. „Angestellte mit gründlichen Fachkenntnissen“, also Buchhalter, Kanzleivorsteher mit mindestens fünf Untergebenen und Magazin- und Lagervorsteher, weiterhin Werkmeister bekamen in der Gehaltsgruppe C im Monat 500,- Rubel. In der Gehaltsgruppe D befanden sich Schreiber, Stenotypisten, technische Zeichner, Maschinenmeister und Werkführer, ihr Lohn betrug 400,- Rubel. Am Ende der Skala standen die Angestellten der Gehaltsgruppe E, also Hilfsarbeiter, Maschinenschreiber, Fernsprechangestellte und „Sprachkundige“ mit einem Verdienst von 300,- Rubeln.²⁷⁸ Die Entlohnung des Bürgermeisters und seiner Vertreter lag weit darüber, ihr Gehalt betrug 5000,- bzw. 4000,- oder 2000,- Rubel pro Monat.²⁷⁹ Zuschläge wurden nur bei „guten überdurchschnittlichen Leistungen“ gewährt, bis zu 10 %, bei „außergewöhnlichen Leistungen im Einzelfall“ sogar 25 %. Für Kenntnisse der deutschen Sprache wurden, außer bei Dolmetschern, ebenfalls Leistungszuschläge gewährt. Bei Minderleistung war „das Gehalt entsprechend zu kürzen“. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 48 Stunden festgelegt, für Mehrarbeit bis einschließlich 54 Wochenstunden wurde keine zusätzliche Vergütung gewährt, auch bei Arbeit über 54 Stunden in der Woche sollte nur eine dementsprechende Vergütung vorgenommen werden, „sofern die allgemeine Leistung des Betreffenden dies rechtfertigt“.²⁸⁰ Besondere Zuschläge für Sonn- und Feiertage gab es nicht und von Zuschlägen für Kinder wurde ebenso abgesehen wie von einer Frontzulage. Im Krankheitsfall sollte die Gehaltszahlung umgehend einge-

²⁷⁸ Weisung der deutschen Militärverwaltung: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 23, List 5, 6.

²⁷⁹ DAKhO, Fond R-2982, Opus' 1, Delo 231, List 2.

²⁸⁰ DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 23, List 6.

stellt werden, Entlassungen konnten jederzeit und fristlos vorgenommen werden.²⁸¹

Was die Verpflegung und Unterbringung von Angestellten und Dolmetschern anging, so unterschied die Wehrmacht zwischen Ukrainern, die im Wehrmachtsgefolge tätig waren und Angestellten, die in Dienststellen der Wehrmacht arbeiteten und dabei ihren festen Wohnsitz nicht verließen. Erstere sollten direkt aus der Feldküche miternährt werden, die Angestellten mit festem Wohnsitz sollten sich grundsätzlich selbst verpflegen, allerdings hatte die Wehrmacht keine Bedenken gegen die Einrichtung von Werk- und Betriebsküchen, wo die Verpflegung zentral ausgegeben werden konnte. Diese Regelung galt auch für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Die Verpflegung erfolgte allerdings für alle nur gegen Bezahlung, für die Tagesverpflegung wurde ein Satz von sechs Rubel berechnet.²⁸²

Den Verwaltungsmitarbeitern stellte die Standortkommandantur Charkow Einstellungsbescheinigungen aus und führte Listen über die Angestellten und Arbeiter, Verpflegung durfte „nur an ausgewiesene Personen“ abgegeben werden.²⁸³

Nur die Verwaltungsspitzen konnten von diesen Gehältern und unter diesen Bedingungen leben, die Mitarbeiter der unteren Chargen wurden praktisch dazu gezwungen, sich einen Nebenverdienst zu suchen, der häufig in der Illegalität lag. In Charkow entstand nicht nur sehr schnell ein Schwarzmarkt, an dem sich die Mitarbeiter der Stadtverwaltung rege beteiligten, es kam auch zu Korruption und Selbstbereicherung in den Stadt- und Bezirksämtern. Darin involviert waren allerdings nicht nur die niedrigen Angestellten, sondern auch Personen in den Verwaltungsspitzen.²⁸⁴

Auf der ersten offiziellen Sitzung des Präsidiums am 22. November 1941 legte der damalige Bürgermeister Kramarenko Ukrainisch als Amtssprache fest. Viele Mitarbeiter hielten sich nicht an diese Weisungen und sprachen weiterhin Russisch, da es sich dabei um die Umgangssprache in

²⁸¹ DAKhO, Ebda., List 7.

²⁸² DAKhO, Ebda., List 8.

²⁸³ Zit. n.: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 3, List 15, ein Vordruck der Einstellungsbescheinigung für 1942: DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 4.

²⁸⁴ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 9, List 5. Zur Bekämpfung der Korruption: Anordnung Nr. 75 des Oberbürgermeisters vom 31.01.1942, siehe dazu: Skorobogatov, Charkiv, S. 136.

Charkow handelte. Kramarenko sah sich am 9. März 1942 genötigt, nochmals zu unterstreichen, dass auf dem Amt Ukrainisch gesprochen werden müsse und verbot seinen Mitarbeitern strikt, sich während der Arbeitszeit auf Russisch zu unterhalten.²⁸⁵

Die Stadtverwaltung war der unmittelbaren Aufsicht der deutschen Behörden unterstellt, sie hatte nicht nur ihren Dienstsitz direkt neben der deutschen Stadtkommandantur, so dass ständige Anwesenheitskontrollen möglich waren, alle Weisungen und Eingaben der einheimischen Verwaltung mussten auch von der Wehrmacht abgezeichnet, bzw. erlaubt werden, bevor sie vollzogen werden konnten.²⁸⁶ Der Bürgermeister verfasste seine Anordnungen in ukrainischer und deutscher Sprache und legte sie anschließend der Stadtkommandantur zur Unterschrift vor. Hier war es zunächst der deutsche Oberbürgermeister, später die Oberverwaltungsräte Klassen, Rompel und Reichel, die mit ihrer Unterschrift dafür sorgten, dass die Weisungen in Kraft traten. Verweigerte die Stadtkommandantur ihre Zustimmung, war die Stadtverwaltung handlungsunfähig.²⁸⁷

Die Abhängigkeit der einheimischen Verwaltung von der Wehrmacht wird auch dadurch deutlich, dass alle deutschen militärischen Verwaltungsstellen in Charkow das Recht hatten, sowohl der Stadtverwaltung, als auch den 19 Bezirken direkt Weisungen zu geben. Die Befehle der Wehrmacht mussten also nicht den Dienstweg über das ukrainische Stadtamt zu den Bezirksbürgermeistern nehmen, die deutschen Stellen konnten sich ohne weiteres dazwischenschalten und damit die ukrainische Stadtverwaltung übergehen oder vorher durch sie ergangene Anweisungen aufheben oder außer Kraft setzen.²⁸⁸

Die Wehrmacht entwickelte bei der Überwachung der Arbeit der Stadtverwaltung einen regelrechten Kontrollwahn und machte jedes eigen-

²⁸⁵ Skorobogatov, Charkiv, S. 145.

²⁸⁶ Anordnung der Stadtkommandantur Charkow über die Aufgaben der Stadtverwaltung vom 23.10.1941, BA/MA, RH 24-55/13, Bl. 23a, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 334, Skorobogatov, Charkiv, S. 128 und S. 130.

²⁸⁷ Skorobogatov, Charkiv, S. 143.

²⁸⁸ Stadtkommandanturbefehl Nr. 14 vom 20.12.1941, betr. Ermächtigung der Feldkommandanturen zur Befehlerteilung gegenüber der Stadtverwaltung und der Ortskommandanturen gegenüber den Bezirksbürgermeistern, DAKhO, Fond R- 3086, Opus' 1, Delo 8, List 56.

mächtige Handeln unmöglich. Dies führte soweit, dass Mitarbeiter der Stadtverwaltung im Winter 1941 die deutschen Stellen um eine Genehmigung bitten mussten, damit sie nach 16 Uhr das Licht in ihren Büroräumen einschalten durften oder im Sommer 1943 zunächst die Antwort der deutschen Behörden abwarten mussten, bevor sie mit der dringend notwendigen Bekämpfung der Rattenplage in der Stadt beginnen konnten.²⁸⁹ Die Direktiven und Befehle der Wehrmacht gelangten hingegen schnell zu jedem Ort der Verwaltung und mussten ohne Umwege und Verzögerungen durchgeführt werden. So richtete man auch regelmäßig stattfindende Bürgermeisterbesprechungen ein, um den dort direkt Arbeitsaufträge erteilen zu können.²⁹⁰

Die Wehrmacht baute die ukrainische Stadtverwaltung so auf, dass sie ihr als Werkzeug bei der Umsetzung der eigenen Herrschaftsansprüche dienen sollte. Die Bereiche, die man aufgrund des eigenen Personalstandes nicht mehr abdecken konnte, sollten von den Ukrainern verwaltet werden. Dabei wollte die Wehrmacht allerdings die vollständige Kontrolle behalten. Eigene Weisungsrechte oder Befugnisse sollten den zur Zusammenarbeit bereiten Einheimischen nicht gewährt werden. Einen Interessenkonflikt zwischen Wehrmacht und Besetzten wollte man auf diese Weise von vornherein ausschließen. Die Charkower sollten sich für die deutsche Besatzungspolitik instrumentalisieren lassen, ohne eigenen Nutzen davon zu tragen.

3.2.2. Die Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten

Die Hauptaufgabe der Stadtverwaltung bestand in der Beaufsichtigung des Charkower Stadtgebietes und der Versorgung der ca. 400.000 Menschen, die sich zum Zeitpunkt der deutschen Eroberung in der Stadt aufhielten. Für die Wehrmacht waren die Einwohner zum größten Teil „unnützen Esser“, denn nur Ukrainer, die für die deutsche Armee arbeiteten, hatten für sie einen Wert und sollten miternährt werden. Man hoffte, dass der

²⁸⁹ Schreiben der 17-ten Bezirksverwaltung an Feldkommandantur vom 3.1.1942, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 21, Zur Einleitung der Rattenbekämpfung: Ebda., Fond R-3086, Opis' 1, Delo 21, List 5.

²⁹⁰ Bericht einer Bürgermeisterbesprechung vom 27.04.1942, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 15, List 7.

Großteil der Bevölkerung Charkow verlassen würde und unterstützte zunächst Abwanderungsbewegungen. Die Stadtkommandantur stellte in einem Befehl vom 23. Oktober 1941 fest, dass sie kein Interesse daran habe, „die Bevölkerung Charkows in der Stadt zu halten“:

„Abwanderungsabsichten sind zu unterstützen und zu fördern. Jedoch nur in ostwärtiger Richtung. Vorsicht bei der männlichen Zivilbevölkerung ist geboten, um eine Stärkung der russischen Wehrkraft zu verhindern. [...]“²⁹¹

In „ostwärtige Richtung“ deshalb, weil man vermeiden wollte, dass die Einheimischen weiter nach Westen in den deutschen Besatzungsraum zogen und dort für andere Wehrmachtsdienststellen zum Problem wurden. Schon hier befahl die Stadtkommandantur „Vorsicht bei der männlichen Zivilbevölkerung“ und hob den Abwanderungsbefehl später wieder auf, weil klar wurde, dass man der Roten Armee auf diese Weise Verstärkung für ihre Truppen schickte. Die Ukrainer, die über die Frontgrenze in sowjetisches Gebiet kamen, wurden vielfach von den sowjetischen Streitkräften aufgegriffen und zwangsrekrutiert.

Für die Ukrainer, die in Charkow blieben, wollte die Wehrmacht keine weitere Verantwortung übernehmen. Sie stellte in einer Weisung an die ukrainische Stadtverwaltung vom 23.10.1941 unmissverständlich klar, dass sie nicht für den Unterhalt der Charkower sorgen würde:

„Die deutsche Wehrmacht hat am Unterhalt der Stadtbevölkerung Charkows keinerlei Interesse.“²⁹²

Für das Wohl der Bevölkerung sollte die Stadtverwaltung aufkommen und auch die Schäden in Charkow sollten nur insoweit beseitigt und Gebäude wieder aufgebaut werden, „als die Fürsorge der Truppe dies erfordert.“ Das bedeutete, dass die Wehrmacht nur Häuser wieder herrichtete, die der deutschen Armee als Unterkunfts- oder Verwaltungsgebäude dienen sollten und ausschließlich Durchmarschstraßen wieder frei räumte. Alles Übrige sollte Sache der Stadtverwaltung sein, sie hatte neben der Ernährung auch für die Bekleidung und die ärztliche Betreuung der Bevölkerung, die

²⁹¹ Anordnung der Stadtkommandantur Charkow über die Aufgaben der Stadtverwaltung vom 23.10.1941, BA/MA, RH 24-55/13, Bl. 23a, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 334.

²⁹² Ebd.

Straßenreinigung, die Nahrungsmittelkontrolle und die polizeiliche Sicherung und Überwachung zu sorgen. Darüber hinaus war sie für die Eröffnung von Geschäften, die Instandsetzung von Betrieben und die Einrichtung der Feuerwehr verantwortlich.²⁹³ Außerdem sollte sie eine Volkszählung in Charkow durchführen und den städtischen und privaten Besitz inventarisieren. Weiterhin war sie für die Dokumentation der Todesfälle zuständig, konnte Eheschließungen und Scheidungen vornehmen und verzeichnen. Ihr oblag auch die Organisation des Verkehrswesens und die Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt. Darüber hinaus sollte sie für Sozialleistungen sorgen und Theater, Kinos, Bibliotheken und Museen wieder eröffnen.²⁹⁴

Die deutsche Stadtkommandantur zog sich damit aus der Verantwortung und verstieß damit gegen geltendes Kriegsrecht, das vorschrieb, dass die Besatzungsmacht für die grundlegendsten Bedürfnisse der Besetzten Sorge tragen musste. Die nationalsozialistische Kriegsführung sah keine Fürsorge für die Bevölkerung vor, im Gegenteil kamen mögliche Hungersnöte oder andere zivile Katastrophen der deutschen Lebensraumpolitik nur entgegen. Die Wehrmacht hatte keine Mittel zur Versorgung der Zivilbevölkerung und übergab der Stadtverwaltung diese Aufgaben, weil sie von Beginn an wusste, dass sie unmöglich zu lösen waren.²⁹⁵

Die Charkower Stadtverwaltung empfand hingegen diesen umfassenden Auftrag zur Bildung einer funktionierenden Kommunalwirtschaft zu Beginn als Ehre. Ihr war nicht bewusst, dass die Wehrmacht ihr in den folgenden Jahren kaum Mittel zu Durchführung zur Verfügung stellen würde und sie vielfach improvisieren musste. Im Herbst 1941 deutete man auf ukrainischer Seite diese Entscheidung der Wehrmacht als einen ersten Schritt auf dem Weg zur nationalen Selbstbestimmung. Die Wehrmacht ermutigte die Ukrainer in dieser Annahme und ließ offiziell verlautbaren,

²⁹³ Ebda., außerdem: Skorobogatov, Charkiv, S. 128 und S. 130.

²⁹⁴ Ebda., S. 143.

²⁹⁵ Schon in der Haager Landkriegsordnung (1899) ist dementsprechendes unter Artikel 43 vermerkt: „Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängigen Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.“ Die HLKO gehörte 1940 noch zu den Heeresdienstvorschriften der Wehrmacht. BA/MA, RHD 6/13,1.

dass die Stadtverwaltung die politische und administrative Vertretung des ukrainischen Teils der Bevölkerung sei. Sie sollte laut Wehrmachtspropaganda den Boden bereiten für einen zukünftigen Staat nach der „Befreiung“ der Ukraine vom Bolschewismus. Deshalb sollte sich die einheimische Verwaltung nun als erstes um „ihre“ Städter kümmern. In Wahrheit handelte es sich allerdings nur um leere Versprechungen, die die Kollaborateure motivieren sollten, die ihnen übertragenen Aufgaben anzugehen. Die Wehrmacht war zu keinem Zeitpunkt bereit, die Stadtverwaltung zu unterstützen oder sie als politische Interessenvertretung anzuerkennen. Ihr war bewusst, dass weder ausreichend Lebensmittel noch eine intakte Wasser- und Stromversorgung in Charkow vorhanden waren und sie delegierte die Verantwortung für die bevorstehende zivile Katastrophe an die Stadtverwaltung.²⁹⁶

3.3. Personal und Struktur der Stadtverwaltung 1941 bis 1943

3.3.1. Die Bürgermeister

An der Spitze der einheimischen Stadtverwaltung standen während ihres zwanzigmonatigen Bestehens drei Bürgermeister, was angesichts der relativ kurzen Besatzungszeit einen recht häufigen Bürgermeisterwechsel bedeutete.

Der erste Bürgermeister Kramarenko trat sein Amt kurz nach der deutschen Eroberung der Stadt an und unterstand zunächst noch einem deutschen Oberbürgermeister. Als sich aber im Winter 1941/42 abzeichnete, dass der Krieg sich noch einige Zeit hinziehen würde schaffte die Stadtkommandantur am 22. Januar 1942 den Posten des deutschen Oberbürgermeisters ab und beförderte Kramarenko zum Oberbürgermeister der Stadt.²⁹⁷ Aus der „vorläufigen Stadtverwaltung“ wurde auf diese Weise eine ständige Einrichtung. Die geplante Überführung Charkows ins Reichskommissariat war damit zunächst ad acta gelegt und die Wehrmacht richtete sich darauf ein, dass die ostukrainische Stadt länger als vorgesehen unter Militärverwaltung stehen würde.

²⁹⁶ Skorobogatov, Charkiv, S. 143.

²⁹⁷ Ebda., S. 134.

Das Bild des ersten Bürgermeisters Kramarenko ist vielschichtig und lässt unterschiedliche Deutungen zu. Er unterstützte die Deutschen bei der Verfolgung von Kommunisten und der Ermordung des jüdischen Teils der Bevölkerung, gleichzeitig versuchte er aktiv die übrigen Einwohner Charkows vor einer Hungerkatastrophe zu bewahren und setzte sich persönlich für Sonderzuteilungen ein. Sein Ende ist ebenso widersprüchlich wie sein Wirken. Nachdem er bis Juli 1942 in der Stadtverwaltung gearbeitet hatte, exekutierte ihn der SD im August wegen „deutschfeindlicher Tätigkeit“. Es scheint, als wenn Kramarenko bei der Wahl seiner Untergebenen auf die falschen gesetzt hatte und sich am Ende durch seine Personalpolitik sein eigenes Grab schaufelte.

Während seiner Amtszeit bestellte Kramarenko insgesamt drei Stellvertreter. Neben dem bereits erwähnten Slipčenko ernannte er am 1. Januar 1942 Oleksander Platonovič Semenenko, der ihn später in einem erfolgreichen Putsch ablösen und der einflussreichste der drei Charkower Bürgermeister werden sollte. Semenenko wurde im September 1898 in Elizavetgrad (später Kirovograd) geboren und besuchte dort das Gymnasium. Er studierte in Odessa (Odesa) Jura und wurde 1917 in der national-ukrainischen Bewegung aktiv. Im gleichen Jahr begann er eine Ausbildung an der Kiever Universität, zog dann jedoch 1922 nach Charkow, wo er 1925 eine Anwaltskanzlei eröffnete. Semenentos nationale Einstellung brachte ihn in den 1930er Jahren immer wieder in Kontakt mit der Staatsmacht. 1937 wurde er zum ersten Mal verhaftet und angeklagt, an einer konterrevolutionären Verschwörung beteiligt gewesen zu sein. Im Januar 1938 wurde er erneut in Haft genommen, allerdings wenig später wieder auf freien Fuß gesetzt.²⁹⁸ Nach seiner Zeit als Charkower Oberbürgermeister flüchtete Semenenko mit der Wehrmacht Richtung Westen. In Deutschland arbeitete er bis 1945 im Ostministerium und engagierte sich in der ukrainischen Emigration. Nach Kriegsende hielt er sich zunächst unter falschem Namen in der britischen Besatzungszone auf und flüchtete dann nach Brasilien. In den 1960er Jahren ließ er sich in New York nieder, wo er sein proukrainisches Engagement wieder aufnahm. In dieser Zeit

²⁹⁸ Siehe zu Semenentos Biographie: Skorobogatov, Charkiv, S. 140.

schrieb er sein Buch „Charkiv, Charkiv“, das sich mit der Stadt in den 1920er und 1930er Jahren beschäftigt, seine Tätigkeit als Bürgermeister erwähnte er mit keinem Wort. Semenenko starb 1978 im Alter von 80 Jahren, ohne jemals für seine Taten zur Verantwortung gezogen worden zu sein. Die UdSSR hatte mehrmals in der UNO erfolglos seine Auslieferung gefordert.²⁹⁹

Die Tatsache, dass Semenenko im Januar 1941 zum Stellvertreter Kramarenkos wurde und damit den ersten Schritt auf seinem Weg zum Oberbürgermeister machte, verdankte er vor allem Volodymyr A. Dolenko, dem namhaftesten Vertreter des ukrainischen Nationalismus in der Stadt. Dolenko wurde 1899 in der Nähe von Charkow geboren, studierte Jura und ließ sich, wie Semenenko dort als Rechtsanwalt nieder. Zur Zeit der Zentralrada redaktionierte er die proukrainische Zeitung „Ridne Slovo“ (Heimatwort) und agitierte bereits in den 1920er Jahren gegen die Sowjetunion. Er war einer der Organisatoren und Anführer der autokephalen Bewegung in Charkow und wurde 1926 als Mitglied einer Charkower Nationalistengruppe verhaftet. Wegen sowjetfeindlicher Tätigkeit wurde er zu sieben Jahren Haft im Lager auf dem Solovecki-Archipel verurteilt. Nach Abbüßung seiner Strafe wurde ihm Leningrad als Wohnort zugewiesen. Kurz vor der deutschen Okkupation Charkows kehrte er in die Stadt zurück und lebte dort bis zum Einmarsch der Deutschen in der Illegalität. Dolenko war ein typischer Vertreter des ostukrainischen Nationalismus. Er war in der Sowjetunion nicht mit den radikalen Ideen der OUN in Berührung gekommen, seine Vorstellungen waren eher liberal geprägt. Die stetige Auseinandersetzung mit der Sowjetmacht hatte ihn allerdings zum erklärten Feind Stalins und zum Antikommunisten werden lassen, was ihn interessant für die Wehrmacht machte. Er unterstützte die deutschen Stellen bereitwillig bei der Jagd nach politischen Gegnern. Von 1941 bis 1943 war er Leiter der „organisierten ukrainischen Öffentlichkeit“. Der, laut NKVD-Bericht, „alteingesessene ukrainische Nationalist“ versammelte das Charkower Bürgertum und die Bildungselite der Stadt um sich. Im

²⁹⁹ Ebda. Der Klappentext von Semenenkos Buch verweist nochmal eindeutig darauf, dass der Ukrainer nicht mit den Deutschen während des Zweiten Weltkriegs kollaboriert

August 1943 floh er vor der Roten Armee nach Deutschland, wo er den Rest seines Lebens verbrachte. Dolenko starb 1971 in der Nähe von München.³⁰⁰

Die Vorgeschichte zur Einsetzung Semenkos zum Stellvertreter Kramarenkos begann mit einem Besuch Dolenkos bei der deutschen Stadtkommandantur am 11. Dezember 1941. Dolenko sprach den deutschen Militärs seine Dankbarkeit für die „Befreiung“ aus und setzte sich im weiteren Verlauf des Gesprächs für Semenenko ein. Es gelang ihm auch Kramarenko von Semenenko zu überzeugen. Dolenko ging es natürlich in erster Linie darum, einen Interessenvertreter ins Bürgermeisteramt zu bringen, um auf diese Weise Einfluss auf die Stadtverwaltung nehmen zu können.³⁰¹

Drei Wochen nach der Berufung Semenkos wurde L. E. Kublytzkyj, Ingenieur von Beruf und bis dahin Bürgermeister des 17. Bezirks, Chef der Administrativen Abteilung und damit der dritte Stellvertreter des Oberbürgermeisters. Semenenko, Kublytzkyj und Slipčenko bildeten neben Kramarenko die Verwaltungsspitze. Sie überwachten alle Abteilungen der zentralen städtischen Verwaltung und koordinierten die Tätigkeiten in den Bezirken.³⁰²

Das Trio um Kramarenko stand im Winter 1941/42 ernsten Problemen gegenüber. Bereits kurz nach der Gründung der Verwaltung war es vereinzelt zu Korruptionsfällen gekommen, Ende 1942 häuften sich die Fälle von Amtsmissbrauch und Selbstbereicherung, die knappen Löhne und die Versorgungslage in Charkow führten dazu, dass viele Angestellte ihre Stellung ausnutzten, um ihr Gehalt aufzubessern.³⁰³ Mit der Ernennung zum Oberbürgermeister wurde Kramarenko zum Hauptverantwortlichen und er versuchte durch Weisungen und Anordnungen die Situation einigermaßen unter Kontrolle zu bekommen. So setzte er am 31. Januar 1942 eine spezielle Kommission ein, deren einzige Aufgabe darin bestand, die gesamte städtische Verwaltung und die Bezirksbürgermeister zu überwa-

habe. Im Gegenteil hätte er den Hunger unter der Zivilbevölkerung gelindert. Oleksander Semenenko: Charkiv, Charkiv, Charkow, New York 1992.

³⁰⁰ Siehe zur seiner Biographie: Skorobogatov, Charkiv, S. 188.

³⁰¹ Ebda., Grelka, Nationalbewegung, S. 425, 426.

³⁰² Skorobogatov, Charkiv, S. 135.

chen. Durch nicht angekündigte Kontrollen sollte sie korrupte Verwaltungsmitarbeiter entlarven und dem SD übergeben.³⁰⁴ Zum Leiter dieser Kontrollkommission wurde V. M. Bekarijukov ernannt, ein namhaftes Mitglied der Adelsfraktion der Charkower Nationalisten. Bekarijukov hatte direkte Kontakte zur SS und zeigte zahlreiche bestechliche Mitarbeiter an. Zur Abschreckung machte die Stadtkommandantur die Bestrafungen korrupter Mitarbeiter öffentlich, aber auch dies nutzte wenig, auch der Kontrollkommission gelang es nicht, die zunehmende Korruption zu stoppen.³⁰⁵

Die Gruppe um Dolenko formierte sich nun zunehmend gegen Kramarenko. Mitte März 1942 verschärfte Kramarenko nochmals die Vorschriften gegen Korruption, doch auch das konnte seine Absetzung nicht mehr aufhalten. Als die Wehrmacht im Frühjahr 1942 den ersten Sekretär der Verwaltung K. M. Poluvedko als sowjetischen Spion enttarnte, war Kramarenkos Zeit als Oberbürgermeister abgelaufen.³⁰⁶ Dolenko und Semenenko nahmen den Vorfall und die Korruption zum Anlass, um beim damaligen Oberbefehlshaber der 6. Armee, General Friedrich Paulus, vorzusprechen, und für einen Wechsel des Oberbürgermeisters einzutreten. Die Delegation hatte Erfolg und am 20. April wurde Kramarenko als Oberbürgermeister durch Semenenko abgelöst.³⁰⁷

Kramarenko arbeitete zunächst unter Semenenko weiter in der Abteilung für Finanzen.³⁰⁸ Allerdings sollte sich die Einführung der Kontrollkommission für ihn im Nachhinein als negativ erweisen. In einem Schreiben vom 8. Juni 1942 an den SD beschuldigte Bekarijukov den ehemaligen Oberbürgermeister und seinen Vertreter Kyblytzkyj, in korrupte Machenschaften involviert zu sein. Er berichtete, dass die beiden ihre Stellung während ihrer Amtszeit ausgenutzt hätten, um sich zu bereichern und um Freunden und Bekannten Posten zuzuschieben.³⁰⁹

³⁰³ DAKhO, Fond R-2982, Opus' 1, Delo 23, List 9.

³⁰⁴ Anordnung Nr. 75 vom 31.01.1942, siehe dazu: Skorobogatov, Charkiv, S. 136.

³⁰⁵ Bekanntmachung über die Bestrafung eines bestechlichen Angestellten des 2. Bezirks vom 22.9.1942 durch die Stadtkommandantur: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 15, List 12.

³⁰⁶ Skorobogatov, Charkiv, S. 138.

³⁰⁷ Ebda., S. 138/139.

³⁰⁸ Washington Holocaust Memorial Museum, RG 31.010 M, Reels 1.

³⁰⁹ Skorobogatov, Charkiv, S. 136.

Ob Kramarenko aufgrund dieser Anschuldigungen in Haft genommen wurde, oder ob andere Gründe ausschlaggebend waren, ist nur schwer nachzuvollziehen. Einer anderen Version zufolge war Kramarenko zu Beginn seiner Amtszeit durchaus ein überzeugter Nationalist, der sich jedoch angesichts der deutschen Politik von seiner Überzeugung lossagte und begann gegen die Wehrmacht zu arbeiten. Demnach half er Juden und Kommunisten, sich vor den Deutschen zu verstecken und fälschte Pässe, damit sie dem SD entkommen konnten. Wieder eine andere Version besagt, dass Kramarenko im Sommer 1942 noch mal einen Versuch unternommen habe, an die Macht zu kommen. Er sei damit jedoch gescheitert und vom SD verhaftet worden.³¹⁰ Sicher ist, dass die Wehrmacht ihn und seine Frau im August 1942 in Gewahrsam nahm und ihn anschließend aufgrund „deutschfeindlicher Tätigkeiten“ exekutierte. Seine Frau ließ der SD vermutlich deshalb wieder frei, weil sie zum Zeitpunkt der Festnahme hochschwanger war.³¹¹

Semenenko prägte die Stadtverwaltung bis zum Ende der ersten deutschen Besatzungsphase. Er war das Sprachrohr Dolenkos und ermöglichte dieser bürgerlich-nationalen Gruppe, Personen in den oberen Ämtern der Verwaltung zu positionieren. Die Wehrmacht konnte mit Semenenko aufgrund seiner antikommunistischen Einstellung die Jagd auf Kommunisten fortführen, er sah es in erster Linie als seine Aufgabe an, national-ukrainische Interessen zu vertreten. Hier beschränkte er sich aber zusammen mit Dolenko auf den kulturellen Bereich und es gelang ihm durch die Eröffnung einer Prosvita-Schule in Charkow die ukrainische Sprache und Kultur zu fördern. Die Wehrmacht ließ ihn aufgrund seines Einsatzes gegen die gemeinsamen politischen Feinde weitestgehend gewähren. Semenenko hatte diese Handlungsspielräume sicherlich auch aufgrund seines persönlichen Umgangs mit den deutschen Stellen. Er sprach sehr gut deutsch und so kam es nicht zu Verständigungsschwierigkeiten, außerdem betonte Semenenko immer wieder, dass er für die „deutsche Sache“ einstehen würde. Als die deutschen Truppen sich im Februar 1943 aus der

³¹⁰ Zu den verschiedenen Versionen siehe: Müller-Ballin, Charkow, S. 16 und Babak bei Skorobogatov, Charkiv, S. 139.

³¹¹ Skorobogatov, Charkiv, S. 139.

Stadt zurückzogen, verließ auch Semenenko Charkow und kehrte nicht zurück. Er blieb in Deutschland und trat dort dem Ukrainischen Nationalkomitee bei. Nach der Wiedereroberung Charkows machte die Wehrmacht Pavlo Pavlovič Kozakevyč zum Oberbürgermeister der Stadt. Der 1898 geborene Kozakevyč war ursprünglich Chemiker und hatte bereits unter Semenenko in der Stadtverwaltung gearbeitet. In dieser letzten Besatzungsphase bestimmte die Wehrmacht zunehmend auch die kulturelle Betätigung der Stadtverwaltung. Kozakevyč war äußerst eingeschränkt in seinen Handlungsmöglichkeiten und bleibt so aufgrund seiner kurzen Amtszeit als Bürgermeister Charkows vielfach unerwähnt.³¹² Will man das Bild von einer Marionette der Deutschen gebrauchen, so passt es ohne Zweifel am Besten auf Kozakevyč. Allerdings hatte der Ukrainer auch zu einem Zeitpunkt eine Position übernommen, in der sich abzeichnete, dass die Deutschen den Krieg kaum gewinnen würden. So stand er ohnehin auf verlorenem Posten.

Die Beschreibung der drei Bürgermeister beweist, dass die Ukrainer sich nicht nur von den Deutschen instrumentalisieren ließen, sondern auch versuchten, eigene Ideen zu verwirklichen. Die internen Machtkämpfe, die „Kulturpolitik“ Semenенокos, die später noch näher ausgeführt wird, und die nicht endgültig geklärten Umstände der Hinrichtung Kramarenkos zeigen, dass die Politik der Stadtverwaltung eine Dynamik entwickelte, die mit den deutschen Plänen nicht vereinbar war. Die Verwaltung wurde, trotz erheblicher deutscher Einflussnahme und umfassender Steuerungsversuche, zum Ort ukrainischer Interessenbildung.

3.3.2. Umstrukturierung und Neuorganisation 1942/43

Die personelle Besetzung und der Aufbau der Stadtverwaltung veränderten sich während ihres zwanzigmonatigen Bestehens fortwährend. Nicht nur die Bürgermeister wechselten, auch Abteilungen wurden neu strukturiert oder gänzlich abgeschafft. Auch wenn der grundsätzliche Aufbau bestehen blieb, also an der Spitze ein Bürgermeister mit einem zentralen Verwaltungsapparat stand und darunter einzelne Bezirksverwaltungen

³¹² Washington Holocaust Memorial Museum, RG 31.010 M, Reels 1.

arbeiteten, so veränderte die ständige Reorganisation die Administration doch stark.

Bereits unter Kramarenko wurden zwei spezielle Abteilungen zur Verfolgung von politischen Gegnern abgebaut und von ihm eine Kontrollkommission zur Korruptionsbekämpfung eingesetzt. Nachdem Semenenko im April 1942 den Posten des Oberbürgermeisters übernahm, begann er mit deutscher Zustimmung damit, neues Personal einzustellen und Teile der Verwaltung umzustrukturieren.

Zunächst berief er Vertrauensleute aus dem nationalistischen Milieu um Dolenko in die Verwaltung. Am 28. April 1942 besetzte er mit der Anordnung Nr. 219 die Verwaltungsspitze neu: Neben M. S. Slipčenko und L. E. Kyblytzkyj führten nun auch V. F. Senyk und S. B. Kulykov die Geschicke der Stadt.³¹³ Volodymyr Fedorovič Senyk, geboren 1891 in Černikov als Sohn eines ukrainischen Bauern, war Jurist und Volkswirt und hatte die Revolution auf der Seite der nationalistischen Front in der Ukraine miterlebt. Später zum Volksrichter ernannt, zog er 1925 nach Charkow, wo er 1934 erstmalig mit der Staatsmacht in Berührung kam, die sich an seine nationalistischen Betätigungen während der Revolutionszeit erinnerte. Vier Jahre später wurde Senyk erneut verhaftet und am 8. September 1938 wegen konterrevolutionärer Tätigkeiten angeklagt und in einem Arbeitsbesserungslager inhaftiert, in dem er von Oktober 1939 bis zum Sommer 1941 blieb.³¹⁴

Semenenkos zweiter neuer Vertreter, Oleg Borysovič Kulykov, sollte in der Verwaltung zum einflussreichsten Mann neben dem Oberbürgermeister werden. 1903 geboren, entstammte er einer angesehenen Charkower Anwaltsfamilie und wurde, wie sein Vater, auch Jurist. Kulykov war in den 1930er Jahren ebenfalls in Konflikt mit der Staatsmacht geraten. Der sowjetische Geheimdienst verhaftete ihn 1938 und beschuldigte ihn, im Auftrag der Deutschen zu spionieren. Grund für diese Anschuldigung war Kulykovs Kontakt zu einer Mitarbeiterin des deutschen Konsulats in Charkow. Kulykov kam erst ein Jahr später wieder frei.³¹⁵ Die Männer,

³¹³ Skorobogatov, Charkiv, S. 141.

³¹⁴ Ebda., S. 141/142.

³¹⁵ Ebda., S. 143.

die Semenenko anstellte und mit denen er sich umgab, waren zum größten Teil Juristen und in den 1930er Jahren in der Sowjetunion verfolgt worden. Sie einte nicht nur ihre Einstellungen, sondern auch ihre Berufe. Es handelte sich um eine Klientel zu der der ehemalige Bürgermeister und Chemieprofessor Kramarenko kaum einen Zugang gefunden haben mag. Aber nicht nur auf der Führungsebene, sondern auch im Verwaltungsapparat kam es zu Veränderungen. Der zweite Oberbürgermeister baute Teile der Verwaltung ab, die ihm überflüssig oder nicht zweckmäßig erschienen. Ein Grund für den Abbau war die Korruption, die Semenenko hoffte auf diesem Weg eindämmen zu können. Darüber hinaus war er der Meinung, dass die Verwaltung in großen Teilen ineffektiv arbeitete. Es gab nicht nur zu viele Abteilungen, sondern vor allem auch zu viele Verwaltungsangestellte, die eigentlich eingespart werden konnten. In der Tat hatten sich besonders auf Bezirksebene Seilschaften gebildet und die Bezirksbürgermeister vergaben Ämter an Verwandte und Bekannte nach eigenem Gutdünken. Eine Arbeit in der Verwaltung bedeutete ein zwar nicht sehr hohes aber dafür regelmäßiges Gehalt und die Sicherheit einer Lebensmittelzuteilung. Viele Ukrainer wollten deshalb auf der Gehaltsliste stehen ohne eine eigentliche Arbeit für die Wehrmacht zu verrichten. Semenenko trat dieser Entwicklung mit einer Rationalisierung der Abläufe und einer Straffung des gesamten Verwaltungsapparates entgegen. Ziel war es, einen kleineren effektiveren Verwaltungsapparat zu schaffen, der nach „deutschem Vorbild“ arbeitete. Semenenko rief zu diesem Zweck eine Kommission ins Leben, die ihm dahingehende Vorschläge unterbreiten sollte. Ihren Abschlussbericht legte diese Kommission im Mai 1942 vor. Demnach sollten statt der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen 22 Abteilungen in der zentralen Verwaltung wieder nur 19 Abteilungen arbeiten. Die Anzahl der Mitarbeiterstellen sollte von 394 auf 310 abgebaut werden. Einige Bezirke der Stadt sollten zusammengelegt werden, dementsprechend sollten auch Bezirksämter schließen.³¹⁶ Die folgenden Einschnitte Semenенокos trafen vor allem die Bezirksverwaltungen. Auf Bezirksebene zeigte sich am offenkundigsten, wie unkontrolliert der ukrainische Ver-

³¹⁶ Siehe zur Kommission: Anordnung Nr. 220 des Oberbürgermeisters, teilweise abgedruckt in: Skorobogatov, Charkiv, S. 156.

waltungsapparat in nur einem halben Jahr gewachsen war. Als die Bezirke im November 1941 eröffnet wurden, arbeiteten dort 544 Ukrainer. Im Januar 1942 waren es mehr als doppelt so viele Personen, die in den Bezirksverwaltungen offiziell für die Deutschen tätig waren. Die 19 Bezirke hatten zu diesem Zeitpunkt 1.121 Angestellte.³¹⁷ Am 30. Juni 1942 ordnete Semenenko an, dass die vorhandenen 19 Bezirke abgebaut und zu 10 Bezirken zusammengelegt werden sollten. Weiterhin durfte eine Bezirksverwaltung nicht mehr als 60 Personen beschäftigen. Die Weisung Semenenos scheint nur teilweise befolgt worden zu sein, denn eine erneute Zählung ergab, dass in den Bezirken kurze Zeit später bereits schon wieder 641 Personen arbeiteten.³¹⁸ Nichtsdestotrotz gelang Semenenko eine Neuorganisation der Verwaltung und er machte aus einem zunehmend unüberschaubaren Behördenapparat wieder eine kleinere Administration. Damit kam er natürlich der Wehrmacht entgegen, die angesichts der wuchernden Verwaltung zunehmend die Kontrolle verlor. Es stellt sich die Frage, warum die Wehrmacht nicht schon früher eingeschritten war und durch energische Maßnahmen dieser Entwicklung Einhalt geboten hatte. Die Stadtkommandantur hatte tatsächlich Schritte ergriffen und durch die Exekution Kramarenkos oder die Bestrafung anderer Verwaltungsmitarbeiter abschrecken wollen. Es war jedoch Semenenko, der die umfassenden strukturellen Veränderungen initiierte. Für die Wehrmacht hätte dies ein Lehrstück darin sein können, dass man nicht nur mit Gewalt, sondern unter Umständen auch mit einer durchdachten Neuorganisation sein Ziel erreichen kann. Wenn es hier jedoch einen Lerneffekt für die deutsche Armee gab, dann war es der, dass man der ukrainischen Verwaltung nicht trauen konnte. Semenenos Verwaltung behielt zwar bis auf kleinere Veränderungen ihre Form bis zum Ende der Besatzung bei, sie wurde aber insbesondere bei der zweiten Besetzung der Stadt zunehmend ihren Kompetenzen enthoben. Wenn die Wehrmacht der Meinung war, dass ein Bereich der Besatzungspolitik besonderer Beachtung bedurfte, dann wurde er aus der Zuständigkeit der einheimischen Verwaltung herausgelöst und an

³¹⁷ Ebd., S. 155/156.

³¹⁸ Siehe zur Umwandlung der Verwaltung und den verbliebenen Bezirksbürgermeistern: Ebd., S. 156.

deutsche Stellen weiterdelegiert. Sowohl die Anwerbung von Arbeitern, als auch die Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse Charkows waren zunächst Sache der einheimischen Verwaltung, wurden jedoch im Verlauf des Jahres 1942 an deutsche Organisationen übergeben.³¹⁹ Während im ukrainischen Bürgermeisteramt daran gearbeitet wurde, die Verwaltung so umzustrukturieren, dass sie den Anforderungen der deutschen Besatzungspolitik entsprechen konnte, sorgte die Wehrmacht durch Weisungen dafür, dass sie immer mehr an Einfluss und Macht verlor. Hier zeigen sich einmal mehr die völlig unterschiedlichen Auffassungen vom Wert der Verwaltung. Während die Wehrmacht in der Verwaltung ein Instrument ihrer Machtpolitik sah, waren die ukrainischen Nationalisten der Meinung, ein ernstzunehmender Teil der deutschen Besatzung zu sein.

3.3.3. Das sowjetische Interregnum im März 1943

Zu Beginn des Jahres 1943 musste sich die Wehrmacht aus Charkow zurückziehen, um einer drohenden Einkesselung durch die Rote Armee zu entgehen. Kurz bevor das deutsche Militär die Stadt verließ, löste die Stadtkommandantur die ukrainische Stadtverwaltung auf.

Nach dem Einzug der Roten Armee begann der NKVD mit der Verfolgung der Ukrainer, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten. Der sowjetische Geheimdienst verfügte 1943 über ausreichend Informationen über die Stadtverwaltung. Neben Mitarbeiterlisten hatten Spione auch Berichte über die Arbeit der Verwaltung übermittelt. Allerdings hatten sich die Stadtoberen zusammen mit der Wehrmacht zurückgezogen. Lediglich die unteren Chargen der Verwaltung waren in der Stadt verblieben und bei deren Ermittlung war der NKVD auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen. Um solche Hinweise zu sammeln, stellte der Geheimdienst im gesamten Stadtgebiet rote Briefkästen auf. Jeder Charkower, der einen Bekannten oder Verwandten verdächtigte mit den Deutschen zusammengearbeitet zu haben, konnte den Betreffenden hier anonym denunzieren.³²⁰ Im ehemaligen Gestapo-Gefängnis richtete der NKVD seine Zentrale ein. Hier wurden die Verdächtigen inhaftiert, verhört und gefoltert. Der sowje-

³¹⁹ Siehe dazu: Kapitel 3.4.5. „Kommunale und staatliche Wirtschaft“

³²⁰ Müller-Ballin, Charkow, S. 17.

tische Geheimdienst war insgesamt misstrauisch gegenüber der Bevölkerung. Jeder, der über einen längeren Zeitraum unter deutscher Besatzung gelebt oder sich in deutschen Gewahrsam befunden hatte, war für ihn ein potentieller deutscher Spion. Am Eindringlichsten zeigt sich dies in der Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Der sowjetischen Armee gelang es in Charkow, eine große Zahl Rotarmisten aus deutscher Kriegsgefangenschaft zu befreien. Der NKVD überprüfte anschließend alle Personen, weil man sie verdächtigte, mit den Deutschen zusammengearbeitet zu haben.³²¹ Zu Massenverhaftungen kam es in Charkow deshalb nicht, weil der sowjetische Geheimdienst nicht die Zeit hatte, ein umfassendes Überwachungsregime aufzubauen. Mitte März 1943 wurde die Rote Armee von der Wehrmacht wieder aus Charkow vertrieben.³²² Die „Säuberungsmaßnahmen“ des NKVD ähnelten in gewisser Weise den „Befriedungsmaßnahmen“, die die Wehrmacht im Jahr 1941 durchgeführt hatte, nur dass sie aufgrund des kurzen Zeitraums nicht in solchem Ausmaß stattfinden konnten. Auch unter sowjetischer Herrschaft wurden Unschuldige verhaftet und für Verbrechen verurteilt, die sie nicht begangen hatten. Der NKVD ging, ähnlich wie die Wehrmacht, eher präventiv vor, d. h. man verhaftete lieber einen Unschuldigen mehr und bestrafte ihn, als unter Umständen einen Verdächtigen durch Nachlässigkeit laufen zu lassen. Die Opfer waren häufig überrascht über die Härte mit der der Geheimdienst vorging. Man hatte sich ja mit der Wehrmacht zu einem Zeitpunkt eingelassen, als es ums bloße Überleben ging. Die wenigsten Charkower sahen in den Handlangerdiensten, die sie irgendwann mal für die Deutschen verrichtet hatten, um an Lebensmittel zu gelangen, den Tatbestand des Vaterlandsverrats erfüllt. Der Geheimdienst vertrat hingegen die Ansicht Stalins, nach der jeder, der der Wehrmacht in irgendeiner Weise zugearbeitet hatte, als Verräter zu verurteilen sei. Dabei reichten Kleinigkeiten oder bloße Verdächtigungen, um ein solches Urteil zu rechtfertigen. Insbesondere gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen, die z. T. unter unmenschlichen Bedingungen hatten leben müssen, wurden Anklagen

³²¹ Ebda. Unverständlich, da die sowjetischen Kriegsgefangenen unmenschlich von der Wehrmacht behandelt wurden, siehe dazu: Streit, Keine Kameraden.

erhoben, die meist jeder Grundlage entbehrten. Aber auch Einheimische, die einfach aus der Not heraus eine Arbeit bei den Deutschen angenommen hatten, fanden sich schnell in den Verhörräumen des NKVD wieder und mussten damit rechnen, deportiert oder im schlimmsten Fall sogar exekutiert zu werden.

Seine Nachforschungen betrieb der sowjetische Geheimdienst in ähnlicher Weise wie bereits in den 1930er Jahren. Denunziationen, Inhaftierung, stunden- und tagelange Verhöre und Folter waren probate Mittel, um aus den Verdächtigen Geständnisse herauszupressen.

Inwieweit die Aktivitäten des NKVD einen umfassenden Einfluss auf den Alltag in Charkow hatten, sei dahingestellt. Da die Rote Armee sich nur einen Monat in der Stadt aufhielt und es dem Geheimdienst nicht gelang, in dieser Zeit einen großen Überwachungsapparat aufzubauen und eine umfangreiche Verhaftungswelle durchzuführen, überwog bei vielen Charkowern die Freude darüber, dass es gelungen war, die Deutschen aus der Stadt zu treiben. Die wahren Verantwortlichen konnte der NKVD ohnehin nicht fassen, da sie sich ja seinem Zugriff durch Flucht entzogen hatten.

3.3.4. Die Stadtverwaltung in der letzten Besatzungsphase

Der Verlust einer so bedeutenden Großstadt wie Charkow machte der Wehrmacht endgültig bewusst, dass sie sich auch im Südabschnitt der Ostfront in der militärischen Defensive befand. Um den Vormarsch der Roten Armee zu stoppen, war es nun notwendig alle vorhandenen Kräfte zu mobilisieren. Dazu zählten auch die Ukrainer, die bisher als Opfer der deutschen Besatzungspolitik nicht von ihr profitiert hatten. Bislang hatte die Wehrmacht Einheimische nur mit leeren Versprechungen oder unter Zwang zur Mitarbeit bewegt, angesichts der Gesamtsituation war jedoch auf deutscher Seite klar, dass man nach einer möglichen Rückeroberung Charkows eine andere Besatzungspolitik verfolgen musste. Es ging nun nicht mehr nur darum Ukrainer vor Ort für Momentaufgaben einzusetzen, sie sollten langfristig zur siegreichen Beendigung des Feldzuges beitragen. Hinzu kam die Erkenntnis, dass man nicht über ein unermessliches Arse-

³²² Siehe zur Situation in Charkow während des einmonatigen Interregnums der Sowjets: Werth, Russland, S. 409 – 421. Skorobogatov, Charkiv, S. 158.

nal an Arbeitskräften verfügte, sondern der Hunger und die Repressionen der letzten Jahre die Einheimischen stark demoralisiert und dezimiert hatten.

In Charkow sollte eine Kombination aus mehreren gleichzeitig anlaufenden Maßnahmen dafür sorgen, dass man die übrig gebliebenen Charkower für sich gewinnen konnte. Zunächst setzte die Propaganda verstärkt auf ein „Wir-Gefühl“, der gemeinsame Kampf von Ukrainern und Deutschen gegen den Bolschewismus und für ein neues Europa sollte besonders betont werden, um die Grundlage für eine gemeinsame Identität zu schaffen. Indem man für ein „Neues Europa“ warb, wollte man vermeiden, Zusagen zur politischen Zukunft der Ukraine machen zu müssen und sich damit für die Zukunft alle Optionen offen halten.³²³

Darüber hinaus waren die Deutschen nun bereit, die Arbeitsbedingungen in den Charkower Betrieben entscheidend zu verbessern und die Lebensmittelsätze für die gesamte Bevölkerung anzuheben. Der arbeitende Teil der Einheimischen sollte darüber hinaus noch Sonderzuteilungen und Vergünstigungen erhalten.³²⁴ Die Wehrmacht wollte damit den Charkowern beweisen, dass es sich hier nicht mehr nur um leere Versprechungen handelte, wie es 1942 häufig genug der Fall gewesen war, sondern um ernst gemeinte Schritte.

Intern war dies allerdings nur ein weiteres Manöver zur Erreichung des deutschen „Endsieges“. Wenn es gelang, mit Hilfe der Ukrainer die Rote Armee zu besiegen, wollte man ihnen danach deshalb keine nationalen oder politischen Freiheiten in Aussicht stellen, sie fielen vielmehr nach einem erfolgreichen Kriegsende auch wieder offiziell auf den Untermenschenstatus. Dass die öffentlichen Verlautbarungen und Versprechungen keinen wahren Hintergrund hatten, zeigt sich sehr eindringlich bereits beim Wiederaufbau der ukrainischen Stadtverwaltung nach der Rückeroberung Charkows. Der deutschen Propaganda folgend, hätte die Wehrmacht dieser Verwaltung eigentlich mehr Rechte und Freiheiten zugestehen müssen, denn immerhin betonte man ja öffentlich die Zusammenarbeit

³²³ Siehe dazu z. B. die Rede eines Betriebsleiters des Wikdo zum 1. Mai 1943: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 7.

³²⁴ Zur deutschen Propaganda nach der Wiedereroberung Charkows siehe: Ebda., List 7.

der Ukrainer und Deutschen gegen einen gemeinsamen Feind. Das Gegenteil war der Fall: die Stadtverwaltung wurde stark in ihren Zuständigkeiten beschnitten.

So wollte die Wehrmacht die Durchführung der Propagandamaßnahmen in jedem Fall unmittelbar unter ihrer eigenen Kontrolle haben. Die Verantwortlichen in der Propagandabteilung der ukrainischen Stadtverwaltung waren allerdings sehr nationalistisch eingestellt. Die Abteilung wurde geleitet von V. V. Kryvenko, der in Lemberg studiert hatte und in der Sowjetunion Mitarbeiter der antisowjetischen Untergrundzeitung „Visti“ gewesen war. Kryvenko betonte immer wieder öffentlich die ukrainische Kultur und die Wehrmacht hatte ihn 1942 auch noch gewähren lassen. Da die Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt in erster Linie gezwungen worden war, für die Deutschen zu arbeiten, war eine wirkungsvolle Propaganda für die Wehrmacht damals eher zweitrangig. Nun da der propagandistischen Beeinflussung der Bevölkerung ein weitaus höherer Stellenwert eingeräumt wurde, erschien Kryvenko als unsicherer Kandidat für die Umsetzung. Die Deutschen befürchteten, dass die Propaganda von einem „Neuen Europa“ unter Kryvenko zu stark nationalistische Tendenzen entwickeln und damit unter Umständen eine Richtung nehmen würde, die die Wehrmacht in jedem Fall vermeiden wollte. In dieser Kriegsphase wollte sie sich keinerlei weitere Experimente leisten und so wurde die ukrainische Propagandaabteilung im März 1943 beim Wiederaufbau der Verwaltung abgeschafft.³²⁵

Was die anderen Teile und Abteilungen der ukrainischen Verwaltung anging, so war sich die Wehrmacht bewusst, dass sie keinen großen Zuspruch in der Bevölkerung hatten. Vielfach wurde die Verwaltung von den Einheimischen als Handlanger und verlängerter Arm der Deutschen angesehen. Hinzu kam, dass sie bei den Aufgaben, die ihr die Wehrmacht 1941/42 offiziell übertragen hatte, meist mehr oder minder versagt hatte. Am deutlichsten zeigte sich dies bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Die Verwaltung schaffte es insbesondere im Winter 1941/42 nicht, die Einheimischen angemessen zu versorgen. Dies war

³²⁵ Skorobogatov, Charkiv, S. 144, 145.

natürlich in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Wehrmacht keine oder kaum Nahrungsmittel dafür bereitstellte, offiziell ging dies aber zu Lasten der einheimischen Stadtverwaltung. Aufgrund ihres schlechten Ansehens erschien der Wehrmacht die einheimische Verwaltung ein wenig geeigneter Multiplikator der „neuen“ Besatzungspolitik.³²⁶ Im Falle der Ernährung übernahm deshalb in vielen Betrieben Charkows das deutsche Wirtschaftskommando ab März 1942 die Verantwortung über die Menge und die Verteilung der Lebensmittel. Ebenso ordnete das Wirtschaftskommando die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an und sorgte selbst für deren Durchführung.

Die ohnehin schon sehr dürftigen Kompetenzen und Zuständigkeiten der Stadtverwaltung wurden in der letzten Besatzungsphase von der Wehrmacht noch weiter eingeschränkt und beschnitten. Insofern war die Stadtverwaltung am Ende ihres Bestehens in vielen Bereichen wirklich nur noch das, was die meisten Charkower ohnehin von ihr annahmen: ein Helfershelfer der Wehrmacht.

3.4. Die Arbeit der städtischen Verwaltung

3.4.1. Die Volkszählungen und die Überwachung der Zivilbevölkerung

Die Arbeit der städtischen Verwaltung in den Jahren 1941 bis 1943 dokumentiert zweierlei: Zum einen zeigt sie, wie es der Wehrmacht gelang, die Stadtverwaltung für die eigenen Absichten zu instrumentalisieren und dabei im Glauben zu lassen, es gäbe gemeinsame Interessen und Ziele. Zum anderen offenbart sie die Hilflosigkeit der Stadtverwaltung in den Bereichen, in denen sie mehr oder minder sich selbst überlassen war und ohne die Unterstützung der Wehrmacht auskommen musste.

Die Volkszählung, die die Wehrmacht kurz nach der Einnahme der Stadt 1941 anordnete, ist ein Beispiel dafür, wie die deutsche Armee die Stadtverwaltung für sich arbeiten ließ. Die Einwohnerzahlen, die der Wehrmacht bei ihrem Einmarsch vorlagen, waren nicht mehr aktuell. Laut einer

³²⁶ Eine ausführliche Beschreibung der Versorgungslage bzw. der Arbeit der einheimischen Verwaltung auf diesem Gebiet folgt in Kapitel 3.4.4..

sowjetischen Volkszählung lebten im Jahr 1939 in Charkow ca. 833.000 Menschen, am Vorabend des Krieges 1941 waren es sogar 902.312. Zu Kriegsbeginn mobilisierte die Rote Armee allerdings ca. 154.000 Charkower, weitere 400.000 flüchteten vor den Deutschen oder wurden in die östlichen Teile der Sowjetunion evakuiert. Die Einwohnerzahl war also mindestens um die Hälfte geschrumpft.³²⁷

Die Wehrmacht wollte einen Überblick darüber erhalten, wie viele Menschen sich überhaupt noch in der Stadt aufhielten, darüber hinaus war sie daran interessiert, wie viele Charkower arbeitsfähig waren und von ihr für militärische Aufgaben, wie z. B. Räum- oder Schanzarbeiten eingesetzt werden konnten. Außerdem wollte man herausfinden, welche Volksgruppen noch in der Stadt lebten, hier war die Stadtkommandatur insbesondere an der Größe des jüdischen Bevölkerungsanteils interessiert. Die Ermittlung aller Juden sollte den später eintreffenden SD-Sonderkommandos die Durchführung des Massenmords erleichtern. Ein weiterer Zweck bestand in der Ermittlung von ehemaligen Funktionäre, Mitgliedern der Kommunistischen Partei und Komsomolzen.

Der Arbeitsaufwand, den eine solche Volkszählung mit sich brachte, war immens. Schließlich ging es nicht nur um eine zahlenmäßige Erfassung, sondern auch um eine Kategorisierung der Bevölkerung nach politischen und rassistischen Gesichtspunkten. Die Wehrmacht benötigte Unterstützung von Seiten der einheimischen Verwaltung. Anfang Dezember 1941 erging von der deutschen Stadtkommandatur die Weisung an die Stadtverwaltung, eine Volkszählung in Charkow durchzuführen. Offiziell wollte man die Bevölkerungszahl ermitteln, um damit die ausreichende Lebensmittelversorgung sicherstellen zu können. Kramarenko beauftragte am 5. Dezember die statistische Abteilung unter T. M. Sosnovym und ordnete an, auch die Verteilung von Ausweisen an die Bevölkerung zu organisieren.³²⁸ Einen Tag später erging ein Befehl an alle Bezirksbürgermeister für die Registrierung der Bevölkerung in ihrem Bezirk zu sorgen.

³²⁷ Zu den Zahlen siehe: Skorobogatov, Charkiv, S. 20 f.

³²⁸ DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 161, 162.

Erfasst wurden alle Charkower ab 16 Jahre, neben Angaben zur Person mussten sie Aussagen zu ihrer Nationalität und zu ihrer politischen Einstellung machen. Kinder unter 16 Jahren wurden nur als Gesamtgruppe gezählt. Eine Ausnahme bildete der jüdische Teil der Bevölkerung, wo auch Kinder mit aufgenommen wurden. Invalide und Kranke wurden überhaupt nicht erfasst, was einmal mehr bestätigt, dass die Wehrmacht an der Arbeitskraft der Einwohner interessiert war und nicht an deren Ernährung. Die Stadtverwaltung errechnete, dass im Herbst 1941 456.639 Menschen in Charkow lebten, wobei es sich in der Mehrzahl um Frauen handelte. Männer im wehrfähigen Alter gab es kaum in der Stadt, die männliche Bevölkerung bestand in erster Linie aus Kindern und Greisen, was angesichts der Kriegssituation nicht verwunderlich war.³²⁹

Die Wehrmacht nutzte zur Erfassung der Bevölkerung alle Ebenen der einheimischen Verwaltung. Nachdem die Stadtverwaltung die Bezirksbürgermeister mit der Volkszählung beauftragt hatte, wiesen diese wiederum die Hausverwaltungen an, die Anwohner zu registrieren. Der Betroffene musste in einem Fragebogen Name, Vorname, Vatersname, Geburtsjahr, Nationalität, Arbeitsplatz sowie seinen Beruf und Adresse während der Sowjetzeit angeben. Auf der Grundlage dieser Fragebögen wurden Listen erstellt, die von der Stadtverwaltung eingesetzte Kommissionen zusammen mit den Hausverwaltern durchsahen und politische Gegner, Verdächtige und Juden am Rand markierten. Insbesondere bei den „Verdächtigen“ spielte die Meinung des Hausverwalters häufig die ausschlaggebende Rolle, was ihnen die Möglichkeit verschaffte durch politische Denunziation private Feinde zu beseitigen.

Nach Durchsicht leiteten die Kommissionen die Listen an die jeweiligen Bezirksämter weiter, wo Auswahllisten mit den Namen von Kommunisten und anderen „deutschfeindlichen Elementen“ erstellt wurden. Über die statistische Abteilung gelangte das Material dann letztendlich zur deutschen Stadtkommandantur, die sie wiederum weitergab an die deutschen Sicherungseinheiten, die Feldgendarmerie und die SS. Im Rahmen etwai-

³²⁹ Zu den Zahlen siehe: DAKhO, Fond R-2982, Opus' 1, Delo 231, List 1 ff. Skorobogatov, Charkiv, S. 20 f.

ger „Vergeltungsaktionen“ griff man auf diese Quelle zurück, um schnell „Schuldige“ ermitteln zu können.³³⁰

Auch für die in der Stadt lebenden Volksgruppen lieferte die einheimische Administration genaue Zahlen. In Charkow lebten entsprechend dieser Erhebung 306.946 Ukrainer, sie stellten damit die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Mit 122.947 Menschen machten die Russen die zweitgrößte Gruppe in der Stadt aus, den drittgrößten Bevölkerungsteil bildeten die Juden mit 10.271 Bewohnern. Es folgten Polen mit 3.528, Armenier mit 2.970 und Tataren mit 2.232 Menschen. Darüber hinaus hielten sich 2.119 Weißrussen und 2.074 Deutsche in der Stadt auf. 3.553 Menschen fielen nach Aussage der Verwaltung in keine der genannten Kategorien.³³¹ Laut dieser Volkszählung lebten in dem vor 1941 ethnisch russisch geprägten Charkow vorwiegend Ukrainer. Ein großer Teil der russischen Bevölkerung war vor der Wehrmacht geflohen oder evakuiert worden. Dies war allerdings nicht der einzige Grund, warum Ukrainer auf einmal die Mehrheit der Bevölkerung ausmachten. Viele Einwohner der Stadt scheinen sich als Ukrainer registriert zu haben, weil sie sich davon Vorteile versprachen.³³² Sie hatten erkannt, dass die Volkstumszugehörigkeit darüber entschied, welche Stellung der einzelne im Besatzungsregime einnahm. Ukrainer hatten schneller Erfolg bei der Suche nach Arbeit und wurden bei der Lebensmittelzuteilung bevorzugt. Außerdem verdächtigte die Wehrmacht sie nicht so schnell kommunistischer Betätigung wie Russen oder Juden. Im Extremfall konnte das Überleben davon abhängen, welcher Nationalität man angehörte.³³³

³³⁰ Der Hausverwalter in der Rolle des Denunzianten war für den Sowjetbürger nichts Neues: Bereits in der Sowjetunion hatten sie für die Regierung bespitzelt und waren dafür zuständig, dass ihr Haus frei war von „Volksfeinden“: Sie meldeten auffälliges Verhalten an die sowjetischen Behörden und den NKVD. Mit der deutschen Besetzung ging ein enormer Machtzuwachs dieser Hausverwalter einher. Sie erklärten sich vielfach zu Hausbesitzern, zogen die Mieten ein und setzten zahlungsunfähige Mieter kurzerhand vor die Tür. Ihre traditionelle Rolle als Informanten behielten sie vielfach bei. Allerdings ersetzten die Nazis häufig die alten Hausverwalter durch Russlanddeutsche, soweit sie nicht von den Sowjets deportiert worden waren. Siehe dazu: Berkhoff, Despair, S. 142.

³³¹ Siehe zur Volkszählung: DAKhO, Fond R-2982, Opis' 1, Delo 231, List 1 ff., weiterhin die Tabellen bei Skorobogatov, Charkiv, S. 20 f.

³³² Bereits in Kiev hatte ein Großteil der Russen „Ukrainisch“ als Nationalität angegeben. Ähnliches lässt sich auch für andere Städte beobachten, siehe dazu: Berkhoff, Despair, S. 145.

³³³ Der sowjetische Pass enthielt einen Vermerk über die Nationalität des Inhabers. Während in der UdSSR dieses Merkmal eher unwichtig war, bekam es zur Zeit der deutschen

Die Stadtverwaltung spielte bei der Durchführung der Volkszählung eine bedeutende Rolle. Ohne ihre Unterstützung wäre es der Wehrmacht nicht möglich gewesen, eine solche Fülle an Informationen über die Einheimischen zusammenzutragen, dazu fehlten es ihr an Personal und Ausstattung.

Es stellt sich die Frage, warum die Ukrainer die Deutschen so bereitwillig dabei unterstützten, diese Erhebung durchzuführen? Zunächst einmal fand die Volkszählung zu Beginn der Besetzung statt, also zu einem Zeitpunkt, als viele Nationalisten in der Verwaltung noch hofften, die deutschen Versprechungen von einer „befreiten Ukraine“ und zukünftiger Autonomie hätten einen wahren Hintergrund. Die Volkszählung wurde als Grundlage verstanden, um weitergehende administrative Aufgaben, wie z. B. die Ernährung der Bevölkerung, angehen zu können. Darüber hinaus lag die Ermittlung von Kommunisten und Bolschewiken im Interesse der Nationalisten. Auf diesem Weg konnten sie ihre politischen Feinde aus dem Weg räumen oder zumindest kontrollieren. Die Wehrmacht ließ die Stadtverwaltung in dem Glauben, die Durchführung der Volkszählung wäre ein erster Schritt auf dem Weg zur Selbstbestimmung, um sich auf diesem Weg ihre umfassende Zu- und Mitarbeit zu sichern. In Wirklichkeit zog die Wehrmacht die so gewonnenen Zahlen heran, um die Einheimischen möglichst effektiv zu überwachen und auszubeuten. Dass es ihr nicht um die Ernährung der Charkower ging, beweisen eindrucksvoll die Ergebnisse einer zweiten Volkszählung, die die Stadtverwaltung nach der Wiedereroberung der Stadt im März 1941 durchführen musste.

Diese demographische Erhebung ergab, dass in Charkow nur noch ca. 200.000 Menschen lebten, obwohl diese Volkszählung im Gegensatz zur ersten auch auf die Krankenhäuser und Invalidenheime ausgedehnt wurde. Die Hälfte der 1941 in Charkow lebenden Menschen war entweder geflohen, umgekommen oder von den Deutschen zur Zwangsarbeit ins Reich deportiert worden.³³⁴

Besetzung eine immanente Bedeutung, Leben und Überleben hingen teilweise davon ab, zu welcher Nationalität man gezählt wurde. Weiteres dazu bei: Berkhoff, *Despair*, S. 206 f.

³³⁴ Skorobogatov, *Charkiv*, S. 20 f.

3.4.2. Der Holocaust in Charkow

Kurz nach dem Überfall auf die UdSSR begann die SS in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht den jüdischen Teil der sowjetischen Bevölkerung systematisch zu ermorden. Die Exekutionen in der Ukraine wurden in den Jahren 1941/42 in erster Linie von mobilen SS-Einsatzkommandos vorgenommen. Himmler bildete für diesen Feldzug vier große Einsatzgruppen, die wiederum in Sonderkommandos unterteilt waren und hinter den Armeen vorrückten.³³⁵ Sie waren hinsichtlich Marsch, Verpflegung und Logistik dem deutschen Heer unterstellt, erhielten aber ihre Weisungen vom Reichsführer der SS.³³⁶ Um die militärischen Operationen mit den „sicherheitspolitischen Aufgaben“ zu koordinieren, wurde von der Wehrmacht pro Armee je ein Ic-Offizier abgestellt, der mit den Chefs der Sonderkommandos in ständigem Kontakt stand und über etwaige Aktionen seitens des SD vorab informiert wurde. Zwischen der 6. Armee und dem Einsatzkommando 4 a entwickelte sich im Verlauf des Sommers 1941 eine enge Zusammenarbeit.³³⁷ Je häufiger es zu „Judenaktionen“ kam, desto mehr waren beide Seiten bemüht, die Vollstreckung durch gegenseitige Unterstützung und Zuarbeit reibungslos ablaufen zu lassen und zu perfektionieren. Die Wehrmacht war dabei meist für die Erfassung und Gettoisierung zuständig, die Sonderkommandos für die Exekutionen.³³⁸

In den westlichen Teilen der UdSSR lebten im Sommer 1941 ca. vier Millionen Juden. Zur Zeit des Zarenreichs hatte sich hier der „jüdische Ansiedlungsrayon“ befunden. Diese Regelung wurde erst im März 1917 von der Provisorischen Regierung aufgehoben, aber auch 1941 befand sich

³³⁵ Zu den Zahlen: Peter Longerich: Vom Massenmord zur „Endlösung“. Die Erschießungen von jüdischen Zivilisten in den ersten Monaten des Ostfeldzuges im Kontext des nationalsozialistischen Judenmords, in: Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München 1991, S. 251 – 274, hier S. 251 f. (im Folgenden: Longerich, Endlösung).

³³⁶ Befehl des Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, über die Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem SD für den vorgesehenen Ostkrieg vom 28.04.41, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 303/304.

³³⁷ Pohl, Schlachtfeld, S. 348f.

³³⁸ Siehe zur Zusammenarbeit AOK 6 und Einsatzgruppe C in Kiev: Artikel „Babi Jar“, in: Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust, Berlin 1993, Bd. 1, A – G, S. 144/145 (im Folgenden: Jäckel, Babi Jar). „[...] Das Verhältnis zur Wehrmacht ist nach wie vor ohne jede Trübung, vor allem zeigt sich in Wehrmachtsschleifen ein ständig wachsendes Interesse für die Aufgaben und Belange sicherheitspolizeilicher Arbeit. [...]“. Ereignismeldung Nr. 58, 20.8.1941, weiterhin: Ereignismeldung Nr. 30, 22.7.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 374 f.

hier immer noch die größte geschlossene Siedlungsgruppe der osteuropäischen Juden. Zwei bis drei Millionen Juden gerieten unter deutsche Besatzung, ungefähr eine Million flüchtete oder wurde evakuiert.³³⁹

Vor ihrer Exekution waren Juden häufig Repressionen ausgesetzt. Für sie bestand Kennzeichnungspflicht, ihre Ernährungssätze waren niedriger als die der übrigen Bevölkerung und sie wurden von der Wehrmacht als erstes für Anschläge zur Verantwortung gezogen, bei denen die Täter nicht zu ermitteln waren.

Kurz nach dem Einmarsch in Charkow begannen auch hier die „Maßnahmen“ gegen den jüdischen Teil der Bevölkerung. Zunächst ermittelte die Stadtverwaltung im Rahmen der Volkszählung die Zahl der in Charkow lebenden Juden. Die Bezirksämter registrierten im Dezember 1941 in Charkow 10.271 Juden, darunter 2.907 Männer, 5.405 Frauen und 1.959 Kinder. Auch beim weiteren Vorgehen gegen die Juden wirkte die Stadtverwaltung mit. Am 3. November 1941 forderte Kramarenko die jüdische Bevölkerung auf, bis zum 5. November ein Komitee zu bilden, das die Weisungen der Stadtverwaltung und der deutschen Stellen auszuführen habe. Der 71-jährige Medizinprofessor Efim Gurevič wurde zum Leiter dieses Komitees ernannt. Als am 14. November im Stadtinneren Bomben der Roten Armee explodierten, gab Kramarenko dem Bezirksbürgermeister des 5. Distrikts, A. P. Orobšenko, die Anweisung für die Vergeltungsmaßnahmen der Wehrmacht mindestens 50 Kommunisten oder Juden festzusetzen. Am 22. November verabschiedete Kramarenko eine Resolution nach der es Juden verboten war, in staatlichen oder öffentlichen Einrichtungen zu arbeiten, außerdem führte er die Kennzeichnungspflicht für Juden ein – sie mussten sich durch gelbe Armbinden in der Öffentlichkeit kenntlich machen – und reduzierte ihre Ernährungssätze.³⁴⁰ Darüber hin-

³³⁹ Siehe dazu: Ueberschär, Vernichtungskrieg, S. 236 f. Weiterhin: Gert Robel: Sowjetunion, in: Wolfgang Benz (Hg.): Dimension des Völkermords: die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 499 – 560, hier S. 499 (im Folgenden: Robel, Sowjetunion).

³⁴⁰ Weisung des Wikdo Charkow an die Gebiets- und Kreislandwirtschaftsführer über die Versorgung der Zivilbevölkerung vom 03.11.1941, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1, Delo 3, List 1; zur Kennzeichnungspflicht: DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 71; weiterhin: Nestler, Hakenkreuz, S. 214; Boris Zabarko (Hg.): „Nur wir haben überlebt“. Holocaust in der Ukraine. Zeugnisse und Dokumente, Wittenberg 2004, Tabelle, S. 348. Artikel „Charkow“, in: Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps (Hg.): Enzy-

aus gab die deutsche Seite dem jüdischen Komitee den Befehl, „zur Sicherstellung des jüdischen Vermögens alles Geld und Devisen abzuliefern.“³⁴¹

Zeitgleich besprachen sich die Offiziere der Gruppe Ic/AO des AOK 6 mit den Hauptmännern des SS-Sonderkommandos über das Vorgehen in Charkow. Im Rahmen von Befriedungsmaßnahmen führten Sicherungsddivisionen bis Dezember kleinere „Säuberungsaktionen“ gegen Juden durch, von einer groß angelegten Aktion sah man allerdings zu diesem Zeitpunkt noch ab, da das SD-Kommando noch nicht vollständig eingetroffen war.³⁴² In einem Bericht vom 19. November 1941 machte die deutsche Stadtkommandantur klar, warum man noch nichts gegen die Juden unternommen habe:

„[...] Von irgendwelchen Maßnahmen gegen die Juden wurde bisher Abstand genommen, um diese vorerst nicht aus ihren Schlupfwinkeln zu locken und vor Eintreffen der nötigen Kräfte nicht zu verstören. [...]“³⁴³

Am 26. November 1941 erreichte das Sonderkommando 4a unter der Leitung von Paul Blobel Charkow. Die SS und das AOK 6 kamen überein, dass die Juden auf dem Gelände einer 12 km vor Charkow liegenden Traktorenfabrik zunächst gettoisiert werden sollten. Zu diesem Zweck ließ die Stadtkommandantur Plakate anschlagen, auf denen die Juden Charkows aufgefordert wurden sich am 16. Dezember zum Traktorenwerk zu begeben.³⁴⁴ Der Marsch der Juden verlief nach Wehrmachtsbericht „reibunglos“, bis zu 15.000 Personen wurden in einem mehrere Kilometer langen

Klopädie des Holocaust, Berlin 1993, Bd. 1, A – G, S. 144/145 (im Folgenden: Jäckel, Charkow), S. 278/279.

³⁴¹ Besprechung bei der Feldkommandantur Charkow am 4.11.41, 9.00 Uhr, Zitate: Boll, Stalingrad, S. 180, weiterhin Stellungnahme des Nachrichtensoffiziers Rudolf Paltzo zu Versorgungsproblemen in Charkow und dem Befehlsentwurf des AOK 6 zur Evakuierung der Zivilbevölkerung vom 6.11.41. BA/MA RH 20-6/494, Bl. 263 f., abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 182.

³⁴² Ebda.

³⁴³ Bericht der Stadtkommandantur vom 19.11.1941. BA/MA, RH 24-55/71, Bl. 126 – 130, Zitat Bl. 127, abgedruckt in: Ebda., S. 183.

³⁴⁴ Ereignismeldung UdSSR Nr. 164 vom 4.2.1942, BA R 58/217, abgedruckt in: Ebda., S. 183.

Zug zum Traktorenwerk eskortiert. Wer nicht mehr laufen konnte, wurde erschossen.³⁴⁵

Die Unterbringung der Juden erfolgte in einer ehemaligen Barackensiedlung des Werkes im 10. Bezirk der Stadt. Anfang Dezember 1941 lebten dort noch 861 Menschen, zwischen 3 und 71 Bewohner pro Baracke, sie wurden am 12. und 13. Dezember umgesiedelt. Die Lebensbedingungen für die Juden waren katastrophal: die Baracken waren völlig überbelegt, vielfach gab es keine Fenster, Heizungen oder Möbel. Die Gefangenen durften sich nur in Ausnahmefällen Lebensmittel oder Wasser besorgen und die Behausungen nachts nicht verlassen. Auf jeden, der sich in der Dunkelheit auf dem Traktorengelände bewegte, wurde ohne Aufruf geschossen. Schon während des Aufenthaltes im Ghetto töteten die Deutschen willkürlich Juden.³⁴⁶

Mitte Januar 1942 fand die geplante Exekution in der Drobizki Jar (Drobizker Mulde) statt, ein Gebiet, das natürliche Erdschneisen aufwies und so das Anlegen von Gräbern für die Ermordeten überflüssig machte. Die Opfer wurden in Gruppen von 800 Personen zu den Erdschneisen geführt und dort vom Sonderkommando erschossen.³⁴⁷

Wenn die Wehrmacht oder die SS Juden aufspürte, denen es gelungen war aus dem Ghetto zu fliehen oder sich zu verstecken, wurde zur Exekution ein „Gaswagen“ eingesetzt. Hierbei handelte es sich um einen LKW auf dem ein luftsicherer Aufbau montiert war, in den, nachdem die Opfer eingesperrt worden waren, Motorabgase eingeleitet wurden. Man inhaftierte die aufgegriffenen Juden meist solange, bis man eine ausreichend große Gruppe zusammen hatte. Die SS benutzte in Charkow zwei dieser Gefährte.³⁴⁸

Die abschließenden Schätzungen über die Zahl der ermordeten Juden in Charkow gehen auseinander. Sie liegen zwischen 10.000 und 20.000 Menschen, die meisten Annahmen gehen von ungefähr 15.000 Opfern aus. Die

³⁴⁵ So berichtet ein Charkower von der Sammlung der Juden: HHStAW, 631 a, 1856, Bl. 223 – 227, Zitat Bl. 225 f., abgedruckt in: Ebda., S. 184.

³⁴⁶ Ebda., S. 104.

³⁴⁷ Auszug aus der Nachkriegsaussage von Karl G., ehemaliger Angehöriger des Polizeibataillons 314, HHStAW, 631a, 1868, Bl. 2551 – 2555, Zitat Bl. 2553 f., abgedruckt in: Ebda., S. 185; Poljakowa, Erinnerungen, S. 286.

Zahlenunterschiede sind darauf zurückzuführen, dass sich scheinbar nicht alle Juden 1941 bei der Stadtverwaltung haben registrieren lassen. Hinzu kommt, dass eine sowjetische Untersuchungskommission nach dem Krieg zu weitaus höheren Zahlen kam.³⁴⁹

Es stellt sich nebenher die Frage, warum die Wehrmacht noch so viele Juden in Charkow antraf. Man mag annehmen, dass die Nachricht über das Schicksal der Kiewer Juden, die in der Schlucht von Babi Jar zu tausenden ermordet worden waren, auch die Ostukraine erreicht und viele Juden zur Flucht veranlasst hatte. In der Tat waren ca. 90 % der Charkower Juden vor den Deutschen geflüchtet. Nach einer sowjetischen Volkszählung aus dem Jahr 1939 lebten in Charkow nämlich 130.250 Juden. Was hatte aber die übrigen 10 % dazu gebracht, in der Stadt zu bleiben? Neben engen Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen, spielte – so abwegig es auch klingen mag – die Hoffnung auf ein besseres Leben unter den Nazis eine Rolle. Antikommunismus war unter Juden ein verbreitetes Phänomen und die Sowjetunion hatte in den Städten ab Juni 1941 die Berichterstattung über den nationalsozialistischen Antisemitismus weitgehend eingestellt. Deutschland wurde in der sowjetischen Propaganda in erster Linie als ein Land des extremen Kapitalismus beschrieben, für viele Juden war dies Grund zu der Annahme, unter den „neuen Herren“ könnten sie ein besseres Leben führen, freien Handel treiben und einer geregelten Arbeit nachgehen. Insbesondere in der Westukraine war die Erinnerung an die deutsche Besatzungsherrschaft im Ersten Weltkrieg noch sehr präsent und auch Juden begrüßten die Deutschen bei ihrem Einmarsch mit Brot und Salz.³⁵⁰

Was die Rolle der Stadtverwaltung bei diesem Verbrechen betrifft, so war sie nicht unmittelbar an der Ermordung beteiligt. Sie schuf aber auf Geheiß der Wehrmacht die Rahmenbedingungen, damit die Aktionen mög-

³⁴⁸ Siehe dazu: Artikel „Gaswagen“ in: Eberhard Jäckel, Peter Longerich, Julius H. Schoeps (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust, Berlin 1993, Bd. 1, A – G, S. 506 – 507.

³⁴⁹ Zu den Zahlen: Jäckel, Charkow, S. 278, außerdem: Protokoll der Außerordentlichen Untersuchungskommission für die Stadt Charkow zur Untersuchung der dortigen Verbrechen vom 5.9.1943, ZStdLJV, 4 AR – Z 269/60, Dokumentenband, Bl. 164 – 169, in Auszügen abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 183. Die Zahl der in der Volkszählung der Wehrmacht erfassten Juden und der nach Zeugenaussagen getöteten Juden differiert stark.

³⁵⁰ Berkhoff, Despair, S. 61 f.

lichst reibungslos von Statten gehen konnten. Sie war nicht nur im Vorfeld der Exekutionen an der Erfassung und der Repression der Juden beteiligt, auch danach spielte sie noch eine maßgebliche Rolle bei der Verteilung des jüdischen Besitzes.

Als die Stadtkommandantur unmittelbar nach der „Umsiedlungsaktion“ im Dezember damit begann, den Nachlass der Juden einzuziehen und sich um die Neubesetzung der leer stehenden Wohnungen zu kümmern, erging am 17. Dezember 1941 an die Bezirksbürgermeister ein Befehl, Musikinstrumente aus jüdischem Besitz einzusammeln:

„[...] Auf Anordnung der Feldkommandantur haben die Herren Bürgermeister alle in Judenwohnungen befindlichen Musikinstrumente zu sammeln und in das Möbellager der O.K. Nord in der Buschkinskajastrasse 54 abzuführen. Die gesammelten Musikinstrumente sind wöchentlich abzuführen. [...]“³⁵¹

Allerdings sollten sich die Bezirksbürgermeister nicht nur darum kümmern, dass Klaviere, Blasinstrumente und derlei mehr in die deutschen Aufbewahrungslager gelangte, in den folgenden Monaten wurde ihre Rolle bei der Plünderung des jüdischen Besitzes nach und nach erweitert. Mitarbeiter der Stadtverwaltung inspizierten zusammen mit der Feldgendarmerie und Angehörigen der Kommandanturen die leer stehenden Wohnungen und erfassten Möbelstücke, sowie Wert- und Gebrauchsgegenstände und halfen beim Abtransport in das Möbellager der Stadtkommandantur.³⁵² Die Bezirksbürgermeister wurden damit beauftragt, die genaue Zahl dieser Wohnungen in ihren Bezirken zu ermitteln, deren Einrichtung zu inventarisieren und die erfassten und z. T. schon von der Wehrmacht leer geräumten Wohnungen zu versiegeln.³⁵³ Die Stadtverwaltung verteil-

³⁵¹ DAKhO: Fond R-3080, Opus' 1, Delo 4, List 76, dazu auch Ebda.: Fond R-3086, Opus' 1, Delo 14, List 32.

³⁵² Dabei stellten sie allerdings fest, dass die Wohnungen vielfach geplündert worden waren. So meldete die Feldgendarmerie am 23.12.41: „Am 23. Dezember 1941 wurde von mir im Rayon der O.K.-Süd folgendes festgestellt: Sämtliche Wohnungen wurden verschlossen und vernagelt angetroffen. Jedoch waren sie zum Grossteil ausgeplündert. Ein Hausverwalter erklärte mir, dass deutsche Soldaten aus den Judenwohnungen Möbel entnahmen, als die Juden diese verließen. Gebrauchsgegenstände konnten nur wenige festgestellt werden.“ zit. n.: DAKhO: Fond R-3086, Opus' 1, Delo 9, List 25.

³⁵³ Bereits am 20.12.41 meldete beispielsweise der 16. Bezirk Vollzug: „An die Ortskommandantur West. [...] Im 16. Bezirk wohnten vor der Übersiedlung 245 Juden. [...]“ zit. n.: DAKhO: Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 68.

„Die Bürgermeister reichen bis zum 18.2.42, 12.00 Uhr, der Ortskommandantur West eine Liste über leerstehende Judenwohnung ein und zwar

te Aufkleber an die Bezirksbürgermeister, mit denen die Türen der leer stehenden Wohnungen beklebt wurden und die jedem nicht Befugten den Zutritt zu den Räumlichkeiten verboten.³⁵⁴ Lage und Anschrift der versiegelten Wohnungen verzeichnete die Stadtverwaltung auf einem speziellen Lageplan und reichte sie zusammen mit Listen über das dort befindliche jüdische Inventar weiter an die deutsche Stadtkommandantur.³⁵⁵

Nebenbei waren deutsche Soldaten meist die ersten, die unmittelbar nach dem Auszug der Juden die Wohnungen plünderten. Als die Feldgendarmarie zusammen mit den Ukrainern im Dezember die Wohnungen inspizierten, stellte sie überrascht fest, dass die Wohnungen häufig schon von Wehrmichtsangehörigen aufgebrochen und ausgeräumt worden waren.³⁵⁶

Während die Inventarisierung noch unter der Oberaufsicht der Stadtkommandantur geschah wurde die Neuvermietung der Wohnungen - soweit sie nicht von der Wehrmacht besetzt wurden - den Bezirksämtern überlassen. Meist fanden sich innerhalb kürzester Zeit neue Mieter, die die Bezirksbürgermeister bei den deutschen Stellen melden mussten. Bei der Wahl der zukünftigen Mieter ließ man den Ukrainern freie Hand. Da viele Häuser Charkows durch den Krieg unbewohnbar geworden waren, entwickelte sich im Winter 1941/42 ein regelrechter Wohnungsmarkt, wobei die Ver-

a) Wohnungen ohne Möbel usw.

b) Wohnungen mit Möbel usw.

Aus wie viel Zimmern und Küche besteht die Wohnung [...].“ Zit. n.: DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 168.

³⁵⁴ Am 18.12. wurde beispielsweise ein solche Anfrage gestellt: „Ich bitte Sie, 25 Zettel zum Aufkleben an jüdischen Wohnungen, die nach dem Befehl von der Kommandantur geräumt wurden.“ Siehe dazu: DAKhO: Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 41.

³⁵⁵ „[...] anbei sende ich Ihnen 12 Siegel für die Judenwohnungen die sofort aufzukleben sind. Ich bitte mir die Anschriften der versiegelten Wohnungen, möglichst mit Angabe der Lage (Planquadrat) anzugeben. [...]“; Vordruck der Stadtverwaltung, die Zahl der Siegel musste eingefügt werden, ebenfalls der Bezirk, in diesem Fall handelt es sich um ein Schreiben an den Bürgermeister des 16. Bezirks, DAKhO: Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 43.

³⁵⁶ DAKhO: Fond R-3086, Opis' 1, Delo 9, List 26. Zur Feldgendarmarie: die GFP (Geheime Feldpolizei) war vergleichbar mit der Gestapo innerhalb der Wehrmacht. Ihre Funktion variierte nach Einsatzort. An der Ostfront war die GFP in erster Linie behilflich bei der Durchführung der „Judenaktionen“, später wurde sie auch verstärkt zur Partisanenbekämpfung eingesetzt. Sie arbeitete meist in enger Tuchfühlung mit Kollaborateuren und organisierte Aktionen mit Hilfe von „Insiderwissen“, dass sie mittels landeskundiger Kontaktpersonen erhielt. Weiteres zur GFP: Klaus Geßner: Geheime Feldpolizei – die Gestapo der Wehrmacht, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944, Hamburg 1995, S. 347 f.

gabe der Wohnungen von dem Wohlwollen der Stadtverwaltung bzw. von der Liquidität des Bewerbers abhängig war.³⁵⁷

Für den Mord an den Charkower Juden gilt wie bei der Volkszählung, dass die Wehrmacht allein nicht in der Lage gewesen wäre, dieses Verbrechen so umfassend zu organisieren. Die Stadt- und Bezirksverwaltungen leisteten entscheidende administrative Arbeit. Der reibungslose Ablauf war nicht nur das Ergebnis einer „guten“ Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und SS, sondern in Charkow auch auf die Beteiligung der Stadtverwaltung zurückzuführen.

Es stellt sich die Frage, ob es für die Stadtverwaltung Handlungsspielräume gab. Natürlich ist es illusorisch anzunehmen, sie hätte den Mord an den Charkower Juden verhindern können, die Frage ist eher, ob sie es versucht hat. Es gab durchaus Möglichkeiten, wenn nicht allen so doch einigen Juden zu helfen. Bei der Registrierung der Einheimischen im Rahmen der Volkszählung hätte die Stadtverwaltung teilweise Juden als Russen oder Ukrainer in den Listen führen können und auch wäre es möglich gewesen, durch die Ausstellung falscher Pässe Juden eine neue Identität zu verschaffen. Allerdings hätten solche Taten ein gehöriges Maß an Zivilcourage erfordert, denn der SD bestrafte solche Hilfeleistungen mit dem Tod. Trotz solcher Strafandrohungen hat es Fälle gegeben, in denen Verwaltungsmitarbeiter Juden geholfen haben, sich vor den Deutschen zu verstecken oder zu fliehen.

Allerdings sind die Hinweise darauf, dass die städtische Verwaltung nicht nur ihre Pflicht erfüllt, sondern mehr getan hat, als die zuständigen deutschen Stellen von ihr verlangten, weitaus zahlreicher und beweiskräftiger.³⁵⁸ So wandte sich beispielsweise ein Bezirksbürgermeister Mitte Dezember 1941, also zum Zeitpunkt der „Umsiedlung“, mit folgender Frage an die militärische Verwaltung:

„Ich bitte sie eine Instruktion zum Befehl über die Uebersiedlung der Juden zu schicken, oder folgende Frage zu erklären:

³⁵⁷ DAKhO: Fond R-3080, Delo 1, Opis' 4, List 83.

³⁵⁸ Skorobogatov, Charkiv, S. 139.

- 1.) Zu welcher Nationalität gehören die Kinder der gemischten Ehe, zwar wenn Vater ein Jude und Mutter anderer Nationalität ist oder im Gegenteil?
- 2.) Wenn die Kinder – Mischlinge [sind] von den gemischten Ehen als Juden gehalten werden, haben sie das Recht bei dem Vater/oder Mutter/ anderer Nationalität zu bleiben und bis welchem Alter.
- 3.) Sollen die erwachsenen Mischlinge aus der Stadt übersiedelt werden? [...]“³⁵⁹

Die Antwort der Stadtkommandantur fiel zu Ungunsten der Kinder aus Mischehen aus und sie wurden zum jüdischen Teil ihrer Familie gezählt. Von Seiten dieser Bezirksverwaltung bestand nicht die Absicht, die Juden zu decken oder in Schutz zu nehmen. Im Gegenteil war man darauf bedacht, möglichst viele Menschen mit „jüdischem Blut“ zu erfassen, denn die Anfrage nach der Verfahrensweise betreffend der „Mischlinge“ ließ eine bejahende Antwort seitens der Wehrmacht erwarten. Man kann einwenden, dass die Stadtverwaltung der Überzeugung war, es handele sich wirklich nur um eine „Umsiedlungsaktion“, die Anfrage sich auf übertriebenes Pflichtbewusstsein gründete und das Bekanntwerden der Massensexekution bei der Verwaltung ein Umdenken ausgelöst hätte. Dies war nicht der Fall. Beispielhaft hierfür steht ein Schreiben des Bürgermeisters des 16. Bezirks an die Feldgendarmarie. An ihn wandte sich Ende Januar 1942 Hilfe suchend eine auf der Flucht befindliche Halbjüdin, um eine neue Identität und einen Wohnsitz in seinem Distrikt zu erhalten:

„Am 28.1.1942 [ein Zeitpunkt, an dem die Exekution an den Juden in der Stadt bekannt war] kam zu mir Frau Nemirowskaja, E. A. mit einer Bitte, ihr Erlaubnis auf Wohnsitz in unserem Bezirk zu geben. Ich kenne diese Frau, als Angestellte des „Promstoiprojekt“, wo ich auch tätig war, und man erzählte mir, dass Sie eine Jüdin ist. Ich habe sie aufgehalten, kontrollierte ihren Pass und aus [einem] Verhör erklärte sich, dass sie wirklich eine Jüdin ist, schon im „Ghetto“ war, aber von dort weggeflohen ist. Laut ihrer Aussage bestand sie, dass nur ihre Mutter eine Jüdin war, Grossvater von der mütterlichen Seite und ihr Vater echte Russen waren, deren Herkunft die standhaften Bewohner von Charkow/ die sich auch gleich in Charkow befinden/ bestätigen können. Da ich wegen der Abwesenheit des entsprechenden Mitarbeiter[s] /meine ganze Wache befindet sich auf den Kursen der deutschen Polizei / keine Möglichkeit habe, diese Frau zu kon-

³⁵⁹ DAKhO: Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 78.

trollieren, bin ich genötigt, diese Frau an ihre Verordnung abzugeben. [...]“³⁶⁰

Eine Übergabe an die deutschen Stellen, in diesem Fall an die Feldgendarmerie, bedeutete für die Frau das Todesurteil. Die Folgen seiner Handlung waren dem Bezirksbürgermeister durchaus bewusst, immerhin hatten Ende Januar nicht nur Gerüchte über die Erschießungsaktionen bereits die Runde gemacht, auch die „Befriedungsaktionen“ der Wehrmacht im November und Dezember 1941 ließen keinen Zweifel daran, wie man auf deutscher Seite mit Juden verfuhr.³⁶¹

Die Motive dafür, dass die Stadtverwaltung die Wehrmacht und die SS so umfassend beim Mord an den Juden unterstützte, sind vielfältig. Als erstes ist der in der sowjetischen Gesellschaft durchaus vorhandene Antisemitismus zu nennen. Die Begründungen für den Judenhass in der UdSSR entsprachen vielfach den Vorurteilen, denen die Juden auch in Westeuropa ausgesetzt waren. Sie beuteten die übrige Bevölkerung angeblich aus und horteten ihr Geld und ihren Reichtum. In der Ukraine wurden sie darüber hinaus auch als Handlanger des sowjetischen Systems angesehen oder zumindest als eine Klientel, die von der Politik der UdSSR profitierte. Die Ressentiments fußten jedoch meist nicht auf einem rassistischen Antisemitismus, sondern waren vielfach religiös begründet.³⁶² Judenfeindschaft war in der Ukraine sowohl unter der städtischen, als auch unter der ländlichen Bevölkerung verbreitet. Allerdings können Aussagen, in denen die Gettoisierung der Juden und deren Ermordung angeprangert werden, ebensolche Aussagen gegenübergestellt werden, in denen die ukrainische Bevölkerung den Holocaust begrüßte. Allen Ukrainern pauschal Hass auf ihre jüdischen Mitmenschen zu unterstellen, wäre falsch und bei denen, die antisemitisch eingestellt waren, ist es fraglich, inwieweit sie das mörderische Treiben der Nationalsozialisten in seiner letzten Konsequenz be-

³⁶⁰ DAKhO: Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 127 – 127°.

³⁶¹ DAKhO: Fond R-3086, Opis' 1, Delo 9, List 29.

³⁶² „In September 1941, Einsatzgruppe C wrote that „almost nowhere could the population be moved to take active Steps against the Jews“, but it also alleged that “everywhere” the massacres of Jews were “understood and judged as positive.” [...] “The Ukrainian” had “no real position on the Jewish question”, considering it “only a religious conflict and not a racial problem.” Zit. n.: Berkhoff, Despair, S. 73.

jahten.³⁶³ Auch in der Charkower Bevölkerung lösten die Massenmorde z. T. Entsetzen aus.³⁶⁴

Politischer Opportunismus und die Überbewertung von Gehorsam und Pflichterfüllung trugen auch dazu bei, dass die Stadtverwaltung der Wehrmacht und der SS so umfassend zuarbeitete. Die Anfrage des Bürgermeisters die „Mischlinge“ betreffend oder die Meldung der Jüdin durch den Bezirksbürgermeister zeigen, wie die Stadtverwaltung sich der Wehrmacht andiente.

Auch rein materielle Beweggründe sind als Motive zu nennen. In Charkow herrschte Mangel in allen Lebensbereichen, weshalb die Aussicht darauf, sich am Besitz der Getöteten bereichern zu können, viele dazu veranlasst hat, die Aktionen gegen die Juden zu unterstützen. Ein weiterer Grund ist der für die Stadtverwaltung lukrative Wohnungsmarkt, der durch die „Umsiedlung“ entstand.

Die Verschränkung der verschiedenen Beweggründe ist ausschlaggebend für Art und Umfang der Zuarbeit der Stadtverwaltung. So bediente beispielsweise das antisemitische Vorurteil, Juden würden Reichtümer horten die Hoffnung darauf, aus einer möglichen Enteignung des jüdischen Teils der Bevölkerung selbst materielle Vorteile schlagen zu können. Die Motive stehen nicht isoliert nebeneinander, ebenso kann kein Grund als besonders bedeutsam hervorgehoben werden. Vielmehr veranlassten sie alle die Ukrainer zu der umfassenden Unterstützung der Wehrmacht und der SS beim Mord an den Charkower Juden.

3.4.3. Öffentliche Ordnung

Bereits beim Rückzug der Roten Armee 1941 herrschte in Charkow ein Ausnahmezustand. Dafür sorgten die Evakuierungen, die Sprengungen, die Festnahmen und die Exekutionen durch die Sondertruppen des NKVD. Mit dem Einzug der Wehrmacht änderte sich daran nicht viel. Die militärischen Aktionen und die anschließenden Repressionen stellten Ruhe und Ordnung in der Stadt nicht wieder her. Im Gegenteil stieg in der Folgezeit die Verbrechensrate in Charkow weiter an. Die Wehrmacht sicherte die

³⁶³ Ebd., S. 59 ff.

³⁶⁴ Nikolajew, Tagebuchaufzeichnungen, S. 180.

eigenen Einrichtungen gegen Übergriffe aus der Bevölkerung und verfolgte mit Unterstützung der ukrainischen Polizei die Klientel, die sie für politische und rassische Gegner hielt. Die Verfolgung von Straftaten in der Bevölkerung sah sie nicht als ihre Aufgabe an und überließ sie der ukrainischen Stadtverwaltung bzw. der Hilfspolizei. Die ukrainischen Behörden waren 1941 für diese Aufgabe nicht ausreichend ausgestattet, ihre Bewaffnung bestand zunächst nur aus Gummiknüppeln.³⁶⁵ Die Stadtverwaltung erklärte daraufhin mehrmals der Stadtkommandantur, dass es ihr so unmöglich sei, diese Aufgabe angemessen zu erfüllen. Als diese Erklärungen nicht halfen, ging sie zu indirektem Widerstand über. Ein Bezirksbürgermeister und der Polizeichef weigerten sich beispielsweise, einen Verhafteten ohne Waffe in das Wehrmachtsgefängnis zu überführen. Gleichzeitig deuteten sie an, dass es auch Probleme bereiten würde, den Gefangenen auf der ukrainischen Dienststelle weiterhin in Gewahrsam zu nehmen.³⁶⁶ In diesem seltenen Fall gelang es der Stadtverwaltung, sich mit ihrer Forderung nach einer angemessenen Bewaffnung durchzusetzen. Die Wehrmacht entschied 1942, die Hilfspolizisten mit Beutegewehren aus den Beständen der Roten Armee auszustatten.³⁶⁷

Ernste Schwierigkeiten bereiteten der Verwaltung die in Charkow stationierten Wehrmachtseinheiten, die im gesamten Stadtgebiet plünderten und wild Quartier machten. Die Soldaten besetzten nicht nur Privatwohnungen und verboten den eigentlichen Mietern, die Wohnung zu betreten,³⁶⁸ sie „beschlagnahmten“ auch das gesamte Inventar und die vorhandenen Lebensmittel oder demolierten die Inneneinrichtungen.³⁶⁹ Die Marodeure machten auch nicht vor einheimischen Verwaltungsangestellten Halt. Ein Mitarbeiter der 17. Bezirksverwaltung beschwerte sich am 24. Januar

³⁶⁵ DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 72.

³⁶⁶ DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 115, 116.

³⁶⁷ DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 1, List 62.

³⁶⁸ DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 58 und List 93.

³⁶⁹ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 98, 102, 105, 134, weiterhin: Ebda.; Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 55, 58: hier Auszug aus einer Beschwerde des Bürgermeisters vom 19.12.1941: „Herr Iltschenko Dmitry Semenowitsch, wohnhaft Bestuschewskajagasse Nr. 6, wurde aus seinem ihm angehörigem Haus ausquartiert und sein Haus von deutschen Soldaten belegt. Diese Haus wird jetzt zertrümmert: die Rohre der Zentralheizung sind verletzt, die Zimmerdecke ist eingestürzt. Ausserdem in der Vorratskammer dieses Hauses sind alle Herrn Iltschenko gehörigen Sachen bleiben gelassen, aber die Soldaten gestatten nicht ins Haus und in die Kammer einzugehen. [...]“

1942 bei der Feldkommandantur darüber, dass deutsche Soldaten sein Klavier und seinen Plattenspieler entwendet hatten.³⁷⁰ Auch in öffentlichen Gebäuden, in Krankenhäusern, in neu eröffneten Restaurants und Bars oder Läden kam es zu Plünderungen und Vandalismus.³⁷¹ So beklagte sich der Oberarzt der 7. Poliklinik bei der Ortskommandantur West am 18. Dezember 1941 darüber, dass „täglich von einzelnen deutschen Soldaten Möbel aus dem Krankenhaus“ entfernt und der Zaun der Poliklinik nach und nach zu Brennmaterial verarbeitet würde.³⁷² Auf der Straße hielten Wehrmachtsangehörige Zivilpersonen an und nahmen ihnen Wertgegenstände oder Kleidungsstücke ab.³⁷³

Die deutsche Militärverwaltung stand dem Treiben ihrer Soldaten ohnmächtig gegenüber, schließlich hatte das AOK 6 durch die wiederholte Aufforderung, sich möglichst umfassend „aus dem Lande zu verpflegen“ dieser Entwicklung selbst Vorschub geleistet. Auch die Rechtslage war eher unklar. Während die Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland des OKW vom 19. Mai 1941 feststellten, dass „Wirtschaftsgüter aller Art und militärische Beute, insbesondere Lebens- und Futtermittel, Betriebsstoff und Bekleidungsgegenstände“ zu schonen und sicherzustellen seien und Plünderungen „nach den Militärstrafgesetzen mit den schwersten Strafen“ ahnden wollte, stellte der Kriegsgerichtsbarkeitserlass vom 13. Mai 1941 Taten von Wehrmachtsangehörigen gegen Landeseinwohner ausdrücklich unter Straffreiheit.³⁷⁴

Bereits zu Beginn der Besetzung Charkows hatte die Standortkommandantur darauf hingewiesen, dass „jeder Angehörige der deutschen Wehrmacht und des Wehrmachtsgefolges verpflichtet ist, in der Stadt stets in vorschriftsmäßigem Anzug zu erscheinen und ein korrektes Benehmen zu

³⁷⁰ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 4, List 98.

³⁷¹ DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1g, Delo 9, List 19, Fond R-3066, Opus' 1g, Delo 5, List 111.

³⁷² Zur Zechprellung: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1g, Delo 9, List 21, zur Poliklinik: DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 55.

³⁷³ Siehe dazu: DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 62, auch Verurteilung eines deutschen Schwarzmarkthändlers: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1g, Delo 1, List 60.

³⁷⁴ Richtlinien des OKW vom 19. Mai 1941 für das Verhalten der Truppe in der Sowjetunion, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 134, 135, hier: 135 und Erlass Adolf Hitlers vom 13. Mai 1941 über Strafmaßnahmen gegen die sowjetische Bevölkerung und über die Straflosigkeit von Wehrmachtsangehörigen für Kriegsverbrechen in der Sowjetunion (Kriegsgerichtsbarkeitserlass), abgedruckt in: Ebda.; S. 132 – 134, hier: S. 133.

zeigen.“ „Der Zivilbevölkerung gegenüber“, so der Standortbefehl Nr. 34, „hat er sich die notwendige Zurückhaltung aufzuerlegen.“³⁷⁵ In den Standortbefehlen und Merkblättern wandte sich die Militärverwaltung wiederholt gegen die andauernden Plünderungen und versuchte durch strenge Urteile abzuschrecken. So steht beispielsweise im Standortkommandanturbefehl vom 8. Januar 1942 unter dem Punkt „Verurteilung wegen Plünderung“:

„Trotz wiederholt ergangener Befehle, dass das Betreten von Zivilwohnungen in der Stadt Charkow strengstens untersagt ist, haben zwei Unteroffiziere dem zuwidergehandelt und eine Reihe von Gegenständen an sich genommen, welche keinem dringenden Bedürfnis an Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen entsprachen. Hierbei wurden auch Lebensmittel aus Wintervorräten der Zivilpersonen mitgenommen, obwohl wegen ausreichender Truppenversorgung hierzu keine Notwendigkeit bestand. Diese wurden dann nicht dem Truppenverbrauch zugeführt, sondern angeblich als ungenießbar fortgegeben. Das Feldkriegsgericht hat je auf 1.1/2 Jahren Gefängnis und je Rangverlust erkannt [...].“³⁷⁶

Auch die Feldgendarmerie ging verstärkt gegen Plünderer vor und nahm wiederholt Personen fest, die sich unerlaubt von der Truppe entfernt oder Zivilwohnungen betreten hatten.³⁷⁷ Plünderungen und wilde Quartiernahme waren für die deutschen und ukrainischen Verwaltungsstellen in den ersten Monaten der Besetzung trotzdem ein ständiges Problem.

Als sich die Aktivitäten der „Selbstversorger“ zunehmend auch auf Fabriken und Lager des Wirtschaftskommandos und der Wehrmacht ausweiteten, sah die Stadtkommandantur die organisierte Ausbeutung des Gebiets gefährdet. Am 29. Januar 1942 machte sie in ihrem Standortbefehl darauf aufmerksam, dass es immer wieder Fälle gab, in denen einzelne Truppenteile ohne Genehmigung des Wirtschaftskommandos (Wi-Kdo.) aus umliegenden Betrieben Materialien entnahmen.

³⁷⁵ Siehe dazu: Standortbefehl Nr. 34, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 1, List 68.

³⁷⁶ Standortkommandanturbefehl Nr. 2 vom 8.1.1941. In einem „Merkblatt für den Soldaten in Charkow“ wird ausdrücklich auf Folgendes hingewiesen: „Unbefugte Entnahme von Möbeln und sonstigen Gegenständen wird kriegsgerichtlich bestraft. [...] Jeglicher Handel ist verboten. Selbstständiges Quartiermachen ist untersagt.“ Zit. n.: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 23, List 1 – 1 ob.

³⁷⁷ Tätigkeitsbericht der Feldgendarmerie, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 9, List 17a

„Es wird deshalb nochmals darauf hingewiesen, dass Entnahmen aus Fabriken oder Lägern nur mit Genehmigung des Wi-Kdos, Abt. Truppenbedarf, Industriestr. 4, erfolgen können.“³⁷⁸

Solche Anweisungen zeigten kaum Wirkung, ein Gebietslandwirt des Wirtschaftskommandos Charkow beschwerte sich beispielsweise darüber, dass trotz eines allgemeinen Mangels an Zuchtbullen, deutsche Soldaten einen Bullen vom Staatsgut Donez gestohlen hatten:

„Es wurde trotz Aufforderung des Staatsgutleiters keine Bescheinigung gegeben, sondern der Bulle wurde von der Weide mit Auto weggeführt.“³⁷⁹

Ein noch dunkleres Kapitel bilden die Vergewaltigungen durch deutsche Soldaten. Charkowerinnen mussten fürchten, auf der Straße angesprochen, unter einem Vorwand abgeführt und anschließend vergewaltigt zu werden, in einigen Fällen kam es sogar zu Massenvergewaltigungen durch Wehrmachtsangehörige.³⁸⁰

Als die Stadtkommandantur unter Vierow im Dezember die Amtsgeschäfte an die 57. Infanterie-Division übergab, äußerten sich die Mitarbeiter erleichtert:

„Damit ist viel Arbeit von uns genommen. Täglich gingen Haufen von Meldungen ein: Plünderungen von Soldaten bei der Zivilbevölkerung, Wegnahme von Nahrungsmitteln, unrechtmäßige „Beschlagnahme“ von Gegenständen, Vergewaltigung von Frauen.“³⁸¹

Die Tatsache, dass Vergewaltigungen und Plünderungen in diesem Ausmaß der Stadtkommandantur überhaupt bekannt wurden, ist maßgeblich auf die ukrainische Stadtverwaltung zurückzuführen, denn an sie wandten sich die Betroffenen. Die Verwaltungsmitarbeiter übersetzten die Beschwerden in amtlichen Schreiben und schickten sie an die Stadt-, die Orts- und Feldkommandanturen. So meldete die 16. Bezirksverwaltung

³⁷⁸ Standortkommandanturbefehl Nr. 5 vom 29.1.1942, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 1, List 59. Die Stadtkommandantur versuchte die wilde Entnahme durch die Ausgabe von Entnahme-Bescheinigungen einzudämmen: „Die Ausgabe der Entnahme-Bescheinigungen erfolgt täglich – außer Sonntags – von 8 bis 12 Uhr, siehe dazu: Ebda.

³⁷⁹ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 24, List 6.

³⁸⁰ „[...] eine Russin wurde in den Kellern eingesperrt und dort von 6! Soldaten, einer nach dem anderen, vergewaltigt.“ Auszug aus dem Tagebuch des Leiters der Abteilung IIb beim Generalkommando Charkow, abgedruckt in: Müller-Ballin, Charkow, S. 24 (im Folgenden: Tagebuch Abteilung IIb). Außerdem: Müller-Ballin, Charkow, S. 14.

³⁸¹ Tagebuch Abteilung IIb, S. 25.

am 19. Dezember 1941 beispielsweise der Ortskommandantur West, dass „am 16. Dezember [...] dem Oberpriester Fedjuschin seine Galoschen abgenommen [wurden], die er auf dem Markte verkaufen wollte.“ Der Bezirksbürgermeister fuhr fort:

„Es scheint mir notwendig, darüber zu Ihrer Kenntnis zu bringen, da die Fälle solcher Plünderi bei weitem nicht einzeln sind, bitte ich nochmals, Massnahme gegen Wiederholung deren zu treffen.“³⁸²

Die Stadtkommandantur stellte daraufhin Schutzbriefe aus, die den Inhaber vor solchen Übergriffen schützen sollten.³⁸³ Stand beispielsweise ein Charkower im Dienste der Wehrmacht, sollte ein Befehl der deutschen Quartiermeisterei an der Wohnungstür dafür sorgen, dass Soldaten in seiner Abwesenheit nicht in seine Wohnung einbrachen³⁸⁴, darüber hinaus sollten Kleingewerbetreibende, wie Laden- oder Restaurantbesitzer, davor geschützt werden, dass sie von Wehrmachtseinheiten bestohlen wurden.³⁸⁵ Die Stadtverwaltung beantragte eine Reihe solcher Schutzbriefe in der Hoffnung, dass sie genug Gewicht hätten, um Plünderer von ihren Vorhaben abzubringen.³⁸⁶ Diese Hoffnungen waren vergeblich: bald war die ukrainische Verwaltung damit beschäftigt, Anzeigen von Schutzbriefinhabern aufzunehmen, die von Deutschen ausgeraubt worden waren.³⁸⁷ In

³⁸² Schreiben der Stadtverwaltung Charkow, 16. Bezirk an Ortskommandantur West vom 19.12.1941, DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 62.

³⁸³ DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 8, List 76.

³⁸⁴ „Der Inhaber dieser Wohnung [Name] steht im Dienste der deutschen Wehrmacht und ist derzeit dienstlich abwesend. Seine Wohnung steht unter dem Schutze der deutschen Wehrmacht. Sie darf auch vorübergehend nicht als Quartier in Anspruch genommen werden. Jedes unbefugte Betreten der Räume wird als versuchte Plünderung gerichtlich geahndet.“ Siehe dazu: Ebda.

³⁸⁵ DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 84, 104. Hier etablierte sich übrigens in den Städten der Ukraine ein privater oder zumindest semi-privater Wirtschaftssektor. Bars, Cafes und Restaurants wurden von Ukrainern oder Menschen aus der Kaukasusregion eröffnet, meist allerdings mit dem Hinweis an der Eingangstür versehen: „Nur für Deutsche“. Solche Lokale waren vielfach nicht sonderlich gut besucht. Der einheimischen Bevölkerung wurde der Besuch nicht nur verwehrt, sie hätte ohnehin kein Geld gehabt, das sie dort hätte ausgeben können. Darüber hinaus entstanden in den Städten vielfach „Second Hand-Läden“, in denen die Einheimischen versuchten, landeseigene Produkte aus privatem Besitz zu Geld zu machen. Vielfach glichen diese Läden heutigen Souvenirläden, in denen Schnupftabakdosen, alte Bücher, Gedichtbände, Kreuze und religiöse Ikonen etc. zum Verkauf angeboten wurden. Darüber hinaus eröffneten auch zunehmend Friseurläden und private Arztpraxen. Berkhoff, *Despair*, S. 156 f.

³⁸⁶ Zur Garage: DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1c, Delo 5 List 20, zur Ölmühle: Ebda., Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 85.

³⁸⁷ „Ungeachtet Ihrer Genehmigung vom 24.12. auf das Besetzen der Garage, Tschai-kowskaja Nr. 19, wo wir die Maschine remontieren ist diese Garage eigenmächtig mit Einbruch der Tür, von einer, von einem deutschen Soldaten hergebrachten Maschine

diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass auch die Verwaltungsangestellten diese Schutzbriefe erhielten. Aber selbst Bezirksbürgermeistern wurde während ihrer Arbeitszeit die Wohnung von deutschen Soldaten ausgeräumt.³⁸⁸

Der Stadtverwaltung und der einheimischen Polizei gelang es nicht, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen, geschweige denn, die deutschen Plünderer, die ihre Überfälle immer mehr organisierten, erfolgreich zu bekämpfen. Ein besonders schwerwiegender Fall, der zeigt, wie machtlos die einheimische Verwaltung den Vorgängen gegenüberstand, ereignete sich im Dezember 1941. Ein gewisser Leonid Luženko war vom Bürgermeister des 6. Bezirks beauftragt worden ein Lebensmittelgeschäft zu eröffnen. Im Rahmen dessen hatte die Stadtkommandantur für ihn und das Geschäft einen Schutzbrief erstellt. Luženko hatte in den zukünftigen Verkaufsräumen und dem dazugehörigen Keller Lebensmittel, Farbe und Leim eingelagert. Am 2. Dezember 1941 erschienen zwei deutsche Soldaten mit einem Dolmetscher und „konfiszierten“ unter Luženkos Protest die Farbe und erklärten die Lebensmittel für beschlagnahmt. Da sie nicht über ausreichende Transportmöglichkeiten verfügten, schlossen sie alles in Luženkos Keller ein und nahmen den Schlüssel mit. Am 5.12. und dann nochmals am 8. Dezember kehrten die Soldaten mit einem LKW zurück, um die Lebensmittel nach und nach abzutransportieren.³⁸⁹ Luženko hatte sich allerdings das Kennzeichen des LKW gemerkt und ging damit zur Stadtverwaltung, die sich an die Feldgendarmarie wandte. Die Ermittlungen liefen ins Leere. Zwar war der LKW auffindbar, die Täter konnten laut Feldpolizei jedoch nicht festgestellt werden.³⁹⁰ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass bei Kameradendiebstahl umgehend die Täterermittlung eingeleitet und vielfach erfolgreich zu Ende geführt wurde. Die Ermittlungsakten der Feldpolizei erwecken den Eindruck, dass sie bei Straf-

„Gas AA“ eingenommen worden, trotz der ihm vorgelegten Bescheinigung der Frage und der Anordnung die Garage frei zu machen.“ zitiert nach einem Schreiben vom 01.01.1942 der 17ten Bezirksverwaltung an die Feldkommandantur, DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 4, List 20.

³⁸⁸ „13. November: Es gehen bei Iib die ersten Meldungen über Übergriffe der Truppe ein: [...] als der russ. Bürgermeister auf dem „Amt“ war, hatten ihm Soldaten die Wohnung ausgeräumt [...]“, zit. n.: Tagebuch Abteilung Iib, S. 24.

³⁸⁹ Diebstahlsanzeige vom 19.12.1941, DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1g, Delo 9, List 19.

³⁹⁰ Ebda., weiterhin: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1g, Delo 9, List 20, List 21.

taten gegenüber Einheimischen ihre Kameraden eher deckte, als ernsthaft dagegen vorzugehen.³⁹¹

Erst im Frühjahr 1942 hatte die deutsche Stadtkommandantur die Situation wieder unter Kontrolle. Dies lag vor allen Dingen daran, dass die Charkower kaum noch Lebensmittel besaßen oder das wenige gut vor den Deutschen versteckten.³⁹²

Die Sorge der Wehrmacht galt bei alledem nicht den Einheimischen, sondern bestand darin, die Truppe könne zunehmend verrohen und nicht mehr den Befehlen und Anweisungen ihrer Führung gehorchen. Die Stadtverwaltung versuchte hier vergeblich die Interessen „ihrer“ Ukrainer zu vertreten. Sie war aufgrund ihrer Bewaffnung und ihrer Befugnisse überhaupt nicht in der Lage, angemessen gegen Plünderer vorzugehen. Auch der indirekte Weg, nämlich die deutschen Stellen mit Beschwerdebriefen zu überhäufen, erfüllte nicht endgültig seinen Zweck.

Die rassistische deutsche Besatzungspolitik leistete den Marodeuren Vorschub. „Untermenschen“ um ihren Besitz zu bringen, sahen viele Wehrmachtsangehörige nicht als Verbrechen an.

Ein weiteres Problem war der Schwarzmarkt, der sich rasch nach der Besetzung der Stadt bildete. Soldaten und Einheimische betrieben laut Aussage der Feldgendarmerie einen „lebhaften Tauschhandel auf dem Wochenmarkt“.³⁹³ Charkower aus allen gesellschaftlichen Schichten tauschten und verkauften hier ihr Hab und Gut, um überleben zu können.³⁹⁴

Wehrmachtsangehörige verhehlten auf dem Schwarzmarkt Beute aus ihren Raubzügen. In einem Fall boten deutsche Soldaten „Armbanduhren zu Dutzenden“ an, die sie vorher Passanten auf der Straße weggenommen

³⁹¹ Siehe dazu die Untersuchungsakte gegen Ferdinand Steierer wegen Kameradendiebstahls 1941, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 21, List 35 – 41.

³⁹² Endgültig abstellen konnte die deutsche Militärverwaltung jedoch die Plünderungen und das wilde Quartiermachen nicht. Siehe dazu die Belehrung von Soldaten wegen wilden Quartiermachens vom 4.12.1942, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 14, List 62.

³⁹³ Bericht der Feldgendarmerie Charkow über den „lebhaften Tauschhandel auf dem Wochenmarkt zwischen Ukrainern und Wehrmachtsangehörigen“ mit der Bitte an die Stadtkommandantur, Maßnahmen zur Unterbindung zu ergreifen, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 8, List 76.

³⁹⁴ Selbst Universitätsprofessoren verkauften auf dem Schwarzmarkt handgemachte Zündhölzer und Seife, um zu überleben. Weiteres bei Müller-Ballin, S. 14, S. 16.

hatten.³⁹⁵ Die ukrainische Polizei versuchte erfolglos diesen Markt zu bekämpfen. Von ihr ergriffene Schwarzmarkthändler wurden zum Teil auf dem Weg zur Wache von deutschen Soldaten abgefangen und wieder auf freien Fuß gesetzt.³⁹⁶ Erschwerend kam hinzu, dass auch Mitarbeiter der Stadtverwaltung in diese Schwarzmarktaktivitäten involviert waren und selbst Hehler belieferten oder Waren unter der Hand verkauften.

Die Wehrmacht stellte die öffentliche Ordnung in Charkow nur soweit wieder her, wie es für sie von Nutzen war. Auf Anschläge auf deutsche Einrichtungen ließ sie groß angelegte Repressionsmaßnahmen folgen. Bei diesen Aktionen gegen die „feindlichen“ Bevölkerungsteile zog die Wehrmacht die ukrainischen Stellen hinzu, umgekehrt unterstützte sie die Verwaltung bei ihren Anliegen jedoch nicht. So waren die Stadtverwaltung und die ukrainische Polizei bei der Verbrechensbekämpfung auf sich gestellt. Sie konnten zwar erreichen, dass die Wehrmacht sie mit Feuerwaffen ausstattete, nur durfte sie die Gewehre nicht gegen die deutschen Plünderer einsetzen. Ihre einzige Möglichkeit bestand darin, sich bei der Militärverwaltung über das Auftreten der Soldaten zu beschweren.

Ein effektives Arbeiten war auch deshalb nicht möglich, weil ein großer Teil der Hilfspolizei immer wieder für die Verfolgung von Juden und Kommunisten abgezogen wurde und so nicht für andere Aufgaben zur Verfügung stehen konnte.

Darüber hinaus war die Stadtverwaltung weisungstechnisch vollkommen abhängig von den deutschen Stellen. Sie konnte so nicht schnell tätig werden und angemessen reagieren, sondern musste sich erst an die deutsche Militärverwaltung wenden.

Letztendlich stellt sich auch die Frage, inwieweit die Stadtverwaltung überhaupt an der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung interessiert war. Teile der Verwaltung setzten sich ohne Zweifel dafür ein, dass der Ausnahmezustand in Charkow ein Ende fand. Aber Verwaltungsmitarbei-

³⁹⁵ „Wenn man Geld hatte“, sagte eine Frau, „konnte man von den deutschen Soldaten alles kaufen, was man wollte. Sie hatten Armbanduhr zu Dutzenden. Sie nahmen sie einfach den Leuten weg und verkauften sie auf dem Markt.“ Zeugenaussage, abgedruckt in: Müller-Ballin, Charkow, S. 14.

³⁹⁶ Auszug aus dem Stadtkommandanturbefehl Nr. 5: „Am 22.1. brachte ein ukrainischer Hilfspolizist 4 Zivilpersonen wegen Preistreiberei zur Wache. Auf dem Wege dorthin

ter beteiligten sich auch am Schwarzmarkt und nutzten die Situation ihrer Mitmenschen aus, um sich selbst zu bereichern.

3.4.4. Ernährung und Versorgung

Im Winter 1941/42 kam es in Charkow zu einer Hungersnot, der tausende zum Opfer fielen. Die Stadtverwaltung musste mehr oder minder hilflos zusehen, wie die Menschen verhungerten, denn ihr fehlten die Möglichkeiten eine angemessene Versorgung sicherzustellen.³⁹⁷ Die Wehrmacht wollte keine größeren Mengen an Lebensmitteln an die Zivilbevölkerung ausgeben, sie befahl Ende Oktober 1941, dass ein „Eingreifen militärischer Dienststellen zur Versorgung der Zivilbevölkerung“ zu unterlassen sei und delegierte die Aufgabe weiter an die Stadtverwaltung. Ihr oblag damit die Verantwortung für die Ernährung von 456.639 Menschen.³⁹⁸

Die in der Ukraine vorhandenen Nahrungsmittel wurden zum größten Teil von der Wehrmacht beschlagnahmt, denn laut Befehl des Oberkommandos sollte sich die Armee weitestgehend „aus dem Lande“ ernähren. Wenn der Heeresbedarf gedeckt war, transportierte das Wirtschaftskommando den Rest der konfiszierten Güter nach Deutschland.³⁹⁹ Laut einer Weisung des AOK 6 vom 28. Oktober 1941 war die Armee sogar „für den Winter 1941/42 für die Ernährung voll auf die Erträge und Vorräte der besetzten Gebiete angewiesen“.⁴⁰⁰ Die sowjetische Politik der „verbrannten Erde“ führte jedoch dazu, dass die Truppen bei ihrem Vormarsch häufig nicht genug Lebensmittel für den Eigenbedarf vorfanden. Im Raum Char-

wurden seine Häftlinge von deutschen Wehrmachtsangehörigen angehalten und dem Markte wieder zugeführt.“ Zit. n.: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1g, Delo 1, List 59.

³⁹⁷ Anordnung der Stadtkommandantur Charkow über die Aufgaben der Stadtverwaltung vom 23.10.1941, BA/MA, RH 24-55/13, Bl. 23a, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 334.

³⁹⁸ Ebda., S. 334.

³⁹⁹ Besondere Anordnungen Nr. 1 zur Weisung Nr. 21 (Fall „Barbarossa“) vom 19.5.1941, abgedruckt in Ueberschär, Barbarossa, S. 308. Zur Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung: „Erst nach der Abdeckung des Heeresbedarfs, der unter allen Umständen aus den Osträumen bereitgestellt werden muss, haben Lieferungen nach Deutschland zur Deckung des Zivilbedarfs einzusetzen [...], zit. aus den Richtlinien der Gruppe Landwirtschaft des Wirtschaftsstabes Ost vom 23. Mai 1941 zur Wirtschaftspolitik in den zu erwerbenden Gebieten der UdSSR, in: Nestler, Hakenkreuz, S. 13.

⁴⁰⁰ „Mit einem Nachschub der hauptsächlichsten Verpflegungsmittel, Fleisch, Mehl, Hafer, Kartoffeln, Gemüse ist nicht zu rechnen. Eine ausreichende Winterbevorratung muss daher sofort im Lande wahrgenommen werden.“ Weisung des Armeekommandos 6, betr.: Sicherstellung der Ernährung für den Winter 1941/42, vom 28.10.1941, abgedruckt in: Ebda., S. 336.

kow kämpfte die 6. Armee deshalb mit Versorgungsproblemen.⁴⁰¹ Die bereits erwähnten Plünderungen waren zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass die Versorgung durch die Wehrmachtsküchen nicht ausreichte und die Soldaten sich auf andere Weise Lebensmittel beschafften.

Der Wirtschaftsstab Ost, der verantwortlich war für die Verteilung der Lebensmittel, befahl im November 1941, dass die „Lebensmittelversorgung der städtischen Bevölkerung [...] insbesondere hinter der Bedarfsdeckung der Wehrmacht, der deutschen Behörden und die Lieferungsauflagen ins Reich [...]“ zurückzutreten habe und die „für Wehrmacht- bzw. Reichsbedarf vorgesehenen Bestände auf keinen Fall zur Verpflegung der Zivilbevölkerung herangezogen werden dürfen [...]“.⁴⁰² Die Einheimischen sollten also nur erhalten, was übrig blieb. Die Truppen- und Armeeführung war sich bewusst, dass bei einer solchen Planung auf die Bevölkerung in den Wintermonaten eine Hungersnot zukommen würde.⁴⁰³ Die AOK'S verboten ihren Einheiten jedoch ein Eingreifen und verwiesen auf die Zuständigkeit des Wirtschaftsstabes:

„Ortskommandanturen haben sich nicht um die Ernährung der Bevölkerung zu kümmern. Das ist die Sache der Dorfältesten mit Wi.-Dienststellen. Finger weg davon!“⁴⁰⁴

Der Wirtschaftsstab teilte die Einheimischen in vier Kategorien ein, die sich nach deren Arbeitsleistung für die Wehrmacht richteten: „Bevölkerung, die keine nennenswerte Arbeit leistet“, „Bevölkerung, die nützliche Arbeit leistet“, „Bevölkerung, die dauernd schwere körperliche Arbeit

⁴⁰¹ Arnold, Besatzungspolitik, S. 302. Ein Armeebefehl der 6. Armee vom 28.8.1941 machte noch mal unmissverständlich klar, dass „die Truppe zur Entlastung der einheimischen Ernährungswirtschaft [gemeint ist die deutsche, Anm. d. Verf.] noch weitgehender aus dem Lande leben“ sollte, als bisher und man in Zukunft auch auf „manche Lebensmittel verzichten“ müsse. Von Reichenau ermahnte noch mal die Truppenführung nichts zu verschwenden oder zu vergeuden und befahl Sparsamkeit im Umgang mit den erbeuteten Lebensmitteln, da die eigenen Bestände „nicht in unbegrenzter Menge vorhanden“ seien. Armeebefehl des Oberbefehlshaber der 6. Armee, Generalfeldmarschall von Reichenau, vom 28.08.1941, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 330.

⁴⁰² Aus den „Besonderen Anordnungen Nr. 44“ des Wirtschaftsstabes Ost vom 4. November 1941 zur Verpflegung der Stadtbevölkerung in den okkupierten Gebieten, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 212/213.

⁴⁰³ Allerdings wurden die Ukrainer auch vielfach als „unnütze Esser“ wahrgenommen, die der Versorgung der eigenen Truppe nur im Weg standen. Siehe dazu die Aktennotiz über eine Besprechung der Staatssekretäre vom 2.5.1941, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 377: [...] Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird.“

leistet“ und „Kinder unter 14 Jahren alt und Juden“. Danach abgestuft erfolgte die Lebensmittelzuteilung, wobei der Teil der Bevölkerung, der wenig oder gar nicht für die Wehrmacht arbeitete, mit Wochensätzen auskommen musste, die weit unter dem zum Leben Notwendigen lagen.⁴⁰⁵

Die deutschen Stellen begründeten die Rationierung damit, dass „mit dem Abzug der russischen Wehrmacht die vorhandenen Lebensmittelvorräte verteilt oder von ihr [der Bevölkerung] geplündert“ worden seien. Der Stab um Göring ordnete deshalb an,

„die Rationen [...] in der ersten Zeit möglichst niedrig zu halten, um die Bevölkerung zum Verbrauch der aufgestapelten Eigenvorräte zu zwingen und eine Beeinträchtigung des wegen der Transportlage oft nur schwer sicherzustellenden Wehrmachtsbedarfs zu verhindern.“⁴⁰⁶

Ausreichende Rationen sollten nur an die für die „deutsche Wehrmacht tätigen Zivilarbeiter“ ausgegeben werden, die übrige Bevölkerung war weitestgehend auf sich gestellt.⁴⁰⁷

Das Wirtschaftskommando Charkow verfügte am 3. November 1941 in einer Weisung an die Gebiets- und Landwirtschaftsführer, dass eine Zuteilung von bewirtschafteten Lebensmitteln nur auf seine Anweisung hin erfolgen dürfe. Anfragen von einheimischen Verwaltungsstellen seien „strengstens zurückzuweisen“. Die Kontore der Erfassungsorganisationen durften nur gegen Freigabebescheinigung der Wirtschaftsführer Nahrungsmittel herausgeben und mussten alle Waren auf ein Konto „Versorgung der Zivilbevölkerung“ verbuchen.

Die Verteilung oblag den Bürgermeistern, Bezirksbürgermeistern und Dorfältesten. Als Grundverpflegungssatz wurden für die gesamte Bevölkerung pro Kopf folgende Tagessätze festgelegt: Brot – 130 Gramm, Hirse

⁴⁰⁴ Auszug aus dem Kriegstagebuch Nr. 8(II) des Oberquartiermeisters beim Armeekommando 18 vom 19.11.1941, abgedruckt in: Rürup, Dokumentation, S. 83.

⁴⁰⁵ Wöchentliche Ernährungssätze: Bevölkerung die keine nennenswerte Arbeit leistet: Fleisch und Fleischwaren: keine, Fett: 70 Gr., Brot 1500 Gr., Kartoffeln: 2000 Gr.; Für Kinder unter 14 und Juden: jeweils die Hälfte; Bevölkerung, die nützliche Arbeit leistet: Fleisch und Fleischwaren: 100Gr., Fett: 100 Gr., Brot (im Bereich H.Gr. Süd): 2000 Gr.; Kartoffeln (ebf. Bereich H.Gr. Süd): 2500 Gr., Bevölkerung, die dauernd schwere körperliche Arbeit leistet: Zulagen zu den o. g. Sätzen: Fleisch und Fleischwaren: 100 Gr., Fett: 50 Gr., Brot 500 Gr., Kartoffeln 1000 Gr., siehe dazu: Nestler, Hakenkreuz, S. 213.

⁴⁰⁶ Fleisch und Fett sollte – wenn möglich – überhaupt nicht ausgegeben werden, Kartoffeln sollten „im Rahmen des Möglichen durch Rüben aller Art, Brot durch Buchweizen und Hirse“ ersetzt werden. Nestler, Hakenkreuz, S. 214.

oder Buchweizengrütze (auch getrocknete Graupen) – 50 Gramm, Zuckerrüben – 200 Gramm. Für die im deutschen Interesse arbeitende Bevölkerung wurden Werksküchen eingerichtet, die Zusatzverpflegung ausgaben. Die Tageszulage pro Kopf wurde um folgende Sätze erhöht: Buchweizen oder Hirsengrütze – 50 Gramm, Kohl – 100 Gramm, Zuckerrüben – 500 Gramm, Mohrrüben – 40 Gramm, Rote Rüben – 10 Gramm, Salz – 10 Gramm, Zwiebeln – 5 Gramm, Abfallfleisch oder Speiseöl – 5 Gramm, Gerste oder Roggen als Kaffeeersatz – 5 Gramm.⁴⁰⁸ Die aus diesen Rationen sich zwangsläufig „ergebenden Schwierigkeiten jeglicher Art“ müssten, so das Wirtschaftskommando, „in Kauf genommen werden“.

Als „sinnvolle Ergänzung“ wurde der Stadtverwaltung eine Fläche zum Anbau von Zuckerrüben übergeben. Hier sollte die Verwaltung selbstständig Ackerbau betreiben und die geernteten Zuckerrüben der städtischen Versorgungswirtschaft zuführen:

„Ernte und Abfuhr der Zuckerrüben in die Vorratsräume ist grundsätzlich Sache des Bürgermeisters. Arbeitskräfte stehen dem Bürgermeister in [Ü]berzahl zur Verfügung, vereinzelt auch Stadtgespanne, die zu diesem Zweck herangezogen werden können.“⁴⁰⁹

Die einheimische Verwaltung sollte durch diese Art der Selbstversorgung etwaige Schwierigkeiten kompensieren. Da der Erntezyklus der Zuckerrübe jedoch eine Aussaat im Frühjahr und eine Aberntung im Herbst vorsieht, löste dies kurz vor dem Wintereinbruch nicht das anstehende Ernährungsproblem. Auf Reste der letzten Ernte konnte die Stadtverwaltung nicht hoffen, denn laut Bericht des Korpsintendanten des LV Armeekorps vom 11. November 1941 waren es genau die Gebiete, die die Wehrmacht vorher im Rahmen ihrer Winterbevorratungsaktionen geplündert hatte, die nun den Bürgermeistern vom Wirtschaftskommando zur Verfügung gestellt wurden.⁴¹⁰

⁴⁰⁷ Arnold, Besatzungspolitik, S. 305.

⁴⁰⁸ Weisung des Wikdo Charkow an die Gebiets- und Kreislandwirtschaftsführer über die Versorgung der Zivilbevölkerung vom 03.11.1941, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1, Delo 3, S. 1.

⁴⁰⁹ Ebda., Rückseite.

⁴¹⁰ Eine Hungersnot, die im kommenden Winter die gesamte Charkower Zivilbevölkerung erfassen würde, merkte der Korpsintendant an, war unausweichlich. Bericht des Korpsintendanten des LV Armeekorps über die Ernährungslage im Winter 1941/42 vom 11.11.1941, BA/MA, RH 24-55/111, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 340. Die vorgeschlagene Lösung: „Die einzige richtige Lösung, die auch vielleicht der deutschen

Darüber hinaus schloss das Wirtschaftskommando eine Neubestellung der Felder im nächsten Jahr aus, da die Wehrmacht „auch die erforderlichen Mengen“ an Saatgut beschlagnahmt hatte.⁴¹¹

Zur Brotversorgung sollte die einheimische Verwaltung mehrere kleine Mühlen in der Stadt in Betrieb nehmen. Neben Roggen waren Buchweizen und Hirse zu vermahlen und das Mehl anschließend in die Brotfabriken und Großbäckereien der Stadt zu bringen, um es dort zu Brot zu verbacken.

Das Brot sollte für einen Zeitraum von zwei bis vier Wochen ausgeteilt werden, gleiches galt auch für die übrigen Lebensmittel. Auf eine Verteilung „auf Karten nach deutschem Muster mit festen Rationssätzen“ wollte das Wirtschaftskommando verzichten und betonte, dass es sich bei der angeordneten Höhe der Rationen nur um Anhaltspunkte handele.⁴¹²

Der Stadtkommandanturbefehl vom 27. November 1941 ordnete die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftsspeiseräumen für die Charkower an, die im Dienst der Wehrmacht standen. Für die Bedarfsdeckung sollten sich diese Küchen, die in erster Linie von Einheimischen bewirtschaftet werden sollten, entweder an das Wirtschaftskommando oder – falls dort den Anfragen nicht entsprochen werden konnte – an die Bürgermeister richten.⁴¹³

Das Wirtschaftskommando und die Wehrmacht waren sich im Klaren darüber, dass der Bedarf der Bevölkerung an Lebensmitteln so nicht gedeckt werden konnte. Die bereitgestellten Mengen waren nicht ausreichend, was durchaus den Planungen der nationalsozialistischen Führung entsprach.

Gemüteeinstellung am meisten Rechnung tragen würde und auch vor der Geschichte bestehen könnte, ist die Evakuierung des russischen Teils der Bevölkerung. Soviel mir bekannt, ist der grösste Teil der Bevölkerung großrussisch, die weder ukrainisch sprechen noch verstehen. Diesen [Hervorh. i. Orig.] Teil der Charkower Bevölkerung durchzufüttern, hat die deutsche Wehrmacht nicht den geringsten Anlaß.“

⁴¹¹ Zur Beschwerde des Wikdos siehe: Eintrag des Wirtschaftskommandos Charkow ins Kriegstagebuch 2a über die Problematik des AOK-Befehls vom 26.10.1941 vom 23.11.1941, BA/MA RW 31/694, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 342. Zum „Kahlfrass“ und dem ausbleibenden Saatgut: Eintrag vom 29.12.1941 ins Kriegstagebuch des Wehrwirtschaftsoffiziers beim Armeekommando 6 über die Ernährungslage, BA/MA, RW 46/151, abgedruckt in: Ebda.

⁴¹² Weisung des Wikdo Charkow an die Gebiets- und Kreislandwirtschaftsführer über die Versorgung der Zivilbevölkerung vom 03.11.1941, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1, Delo 3, List 1, Rückseite.

⁴¹³ Stadtkommandanturbefehl Nr. 10 vom 27.11.1941, DAKhO, Fond R-3086, Delo 1, Opis' 1, List 65.

Die Stadtkommandantur fasste zwar zwischenzeitlich die Evakuierung des russischen Teils der Bevölkerung ins Auge, um die Zahl der zu Versorgenden zu senken, an eine Anhebung der Lebensmittelsätze zu Gunsten der Einheimischen dachte sie jedoch nicht.

Die Stadtverwaltung bildete im November 1941 eine Abteilung, deren Aufgabe die Herausgabe von Gebrauchsgütern und Lebensmitteln an die Bevölkerung war. Hier arbeiteten zu Beginn 42 Verwaltungsangestellte. Die Anzahl der Mitarbeiter nahm jedoch bis Mitte Dezember kontinuierlich ab und kurz vor Jahreswechsel waren trotz wachsender Probleme nur noch 21 Mitarbeiter für die Ernährung der Charkower zuständig.⁴¹⁴

Im Winter 1941/42 stand die einheimische Verwaltung aufgrund der Entwicklungen im Spätherbst einem unlösbaren Problem gegenüber: sie verfügte weder über ausreichend Mitarbeiter, noch über genügend Nahrungsmittel, um die Stadtbevölkerung zu versorgen. Die Zuteilungen waren viel zu niedrig, die „Selbstversorgung“ entpuppte sich als Farce und um die Stadt herum waren durch die Winterbevorratung der Wehrmacht sogenannte „Kahlfrasszonen“ entstanden, in denen kaum noch Essbares zu finden war.⁴¹⁵

Die deutsche Stadtkommandantur gab Kleinhandel, Bauernmärkte und den Fischfang in den Teichen der Umgebung wieder frei und Ende November 1941 wies sie die Versorgungsdienste der Truppe an, nichtverwertbares Blut, Abfallfett, ungenießbare Innereien und Schlachtabfälle an die Bevölkerung abzugeben. Pferdelaazetten befahl sie, an Krankheit gestorbene Tiere für die Versorgung zur Verfügung zu stellen, weiterhin ließ sie Lebensmittelsammlungen zugunsten aller in der Bevölkerung durchführen:

„Die [...] Truppenteile sind angewiesen, den Arbeitskolonnen beim Sammeln der Lebensmittel keine Schwierigkeiten zu bereiten [...].

⁴¹⁴ Skorobogatov, Charkiv, S. 150/151.

⁴¹⁵ Das AOK 6 hatte am 28.10.1941 verfügt, dass „in die Ortschaften der Erfassungsräume, die nicht von der Truppe belegt sind, [...] sofort Erfassungsstäbe und Ortskommandanturen zu entsenden [...]“ seien. Dort sollten „unter rücksichtslosem Einsatz der gesamten Zivilbevölkerung von Stadt und Land (einschließlich Frauen und Kinder)“ und unter Androhung von Erschießung bei „Nichtaufbringung der Naturalien“ durch die Gemeinden nicht nur alle Lebensmittel, Viehbestände und Futtermittelbestände erfasst und in Vorratslager der Wehrmacht abtransportiert werden, sondern vor allem auch die zur Ernte bereiten Felder aller Art abgeerntet werden. Befehl des Armeekommandos über die Sicherstellung der Ernährung für den Winter 1941/42 vom 28.10.1941, BA/MA, RH 24-55/112, Bl. 226 f., abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 336.

Die auf diese Weise aufgebrauchten Lebensmittel sind unter Berücksichtigung der für die deutsche Wehrmacht beschäftigten Arbeitskräfte für die gesamte Stadtbevölkerung von Charkow bestimmt.“⁴¹⁶

Darüber hinaus erlaubte sie Hamsterreisen und die private Nutzung und Erweiterung von Kleinparzellen.⁴¹⁷ Im Gegenzug konfiszierte die Wehrmacht allerdings alle hochwertigen Lebensmittel, „deren Verwendung durch die Zivilbevölkerung nicht erwünscht ist, wie Zucker, Kaffee, Mehl, Marmelade usw. [...]“⁴¹⁸

Die Maßnahmen der Wehrmacht für die Bevölkerung fußten nicht auf humanitären Überlegungen. Charkow war für die deutsche Armee der entscheidende Verkehrsknotenpunkt an der Südfront. Die Stadt bildete den Dreh- und Angelpunkt für den Nachschub der Fronttruppen und musste deshalb auf jeden Fall gehalten werden. Eine Hungersnot in der Bevölkerung konnte nicht nur zum Ausbruch von Krankheiten und Seuchen führen, die auch auf das Heer übergreifen konnten, sondern auch zu Revolten und Aufständen für deren Niederschlagung die Wehrmacht unter Umständen Kräfte von der Front hätte abziehen müssen. Eine Aufgabe der Stadt hätte schwere Folgen für das Nachschubwesen in diesem Frontabschnitt gehabt. Um das Auftreten solcher Probleme zu vermeiden, erlaubte die Wehrmacht den Einheimischen, ihren Bedarf durch Selbstversorgung zu decken.⁴¹⁹

In den Speisehäusern und Lebensmittelläden der Stadtverwaltung fehlte es indes nicht nur an Lebensmitteln, sondern auch an Koch- und Küchenmaterialien. Ende 1941 glaubte die einheimische Verwaltung noch, dass es sich um einen Versorgungsengpass handeln musste und forderte bei den deutschen Stellen Sonderzuteilungen an. Der Bürgermeister des 17. Be-

⁴¹⁶ BA/MA, AOK6/OQu/IVa/Qu2, Ernährung Charkow, 29.11.1941. RH 20-6/762, Bl. 304.

⁴¹⁷ Es wurde unterschieden „zwischen Sofortmaßnahmen, die ohne weitere Genehmigung [...] durchgeführt werden können und denjenigen Maßnahmen, die einer weiteren Genehmigung durch höhere Stellen bedürfen. Dabei wurde ausgegangen von dem Gesichtspunkt, dass zwar die Stadtkommandantur für diese Maßnahmen an sich nicht zuständig ist, dass aber auch die Stadtkommandantur im Hinblick auf die Folgen, die die Durchführung dieser Maßnahmen bei der Zivilbevölkerung auslösen können, ein gewisses Interesse hat, an der Regelung der Ernährungsfrage beteiligt zu sein.“ Besprechung an 24.11.1941 über Ernährung RH 26-57/113, Arnold, Besatzungspolitik, S. 308.

⁴¹⁸ Zitat nach: Boll, Stalingrad, S. 285.

⁴¹⁹ Arnold, Besatzungspolitik, S. 306. BA/MA, Standortkdr./Ia, 3.8.1942. RH 22-89, Bl. 56.

zirks wandte sich beispielsweise an den zuständigen Gebietslandwirtschaftsführer mit der Bitte, für die Speisehäuser des Bezirks 1,5 Tonnen „Fleisch oder Fleischabfälle“ und 0,5 Tonnen „Wursterzeugnisse“ zur Verfügung zu stellen.⁴²⁰ Die deutschen Stellen verwiesen jedoch auf die Möglichkeit, sich selbst zu versorgen und gaben keine Sonderzuteilungen heraus.

Nicht nur die Bevölkerung, auch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung hungerten. Bezirksbürgermeister suchten bei den deutschen Stellen verzweifelt nach Vorwänden, um wenigstens die Versorgung ihrer Mitarbeiter sicherzustellen. Im Dezember 1941 schrieb ein Bürgermeister an das Wirtschaftskommando:

„In Verbindung mit dem traditionellen Feiertage der Weihnachten, die die ukrainische Bevölkerung zum ersten Mal nach 24 Jahren, dank der deutschen Wehrmacht, die sie befreit hat, frei feiern wird, möchten wir unsere ersten Weihnachten, je möglich, besser verbringen. [...] Deshalb bitten wir unseren 25 verantwortlichen Arbeiter des Bezirks einige Lebensmittel auszugeben, zum Beispiel Mehl, Brot, Fleisch, Fett, Zucker oder Bonbons und desgl. zu liefern. [...]“⁴²¹

Im Laufe des Winters begann die Stadtverwaltung damit, selbst Lebensmittel zu beschaffen, denn die Versorgungssituation gestaltete sich immer problematischer. Die 17. Bezirksverwaltung berichtete am 20. Februar 1942 z. B. dem Landwirtschaftsführer Charkow, dass die „Verhandlungen mit dem Direktor an der Station Kupiwach, Bogoduchower Gebiet“ ergeben hätten, dass dort 1 Tonne „Erbsenabhang aller Art“, also zur Aussaat untaugliche und verdorbene Erbsen, erstanden und den Gemeinschaftsküchen des Bezirks zugeführt werden könnten.⁴²² Häufig requirierten allerdings deutsche Truppen solche Nahrungsmitteltransporte. Ein Mitarbeiter der städtischen Handelssektion wurde beispielsweise Anfang 1942 vom Bürgermeister beauftragt, auf dem Land 320 kg. Roggen zu beschlagnahmen und nach Charkow zu bringen. Auf dem Rückweg musste er aufgrund

⁴²⁰ Schreiben der 17ten Bezirksverwaltung an den Gebietslandwirtschaftsführer vom 02.02.1942, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 116.

⁴²¹ Schreiben der 17ten Bezirksverwaltung der Stadt Charkow vom 6.1.1942 an den Gebietslandwirtschaftsführer, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 48, siehe dazu auch: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 49.

⁴²² DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 149.

eines Unwetters in dem Dorf Pesočin Halt machen. Vor Ort entschied er sich, den Roggen in der örtlichen Mühle mahlen zu lassen. Die dortige Feldkommandantur beschlagnahmte jedoch sein Fuhrwerk mitsamt der Lieferung Korn, obwohl der Verwaltungsangestellte seinen Auftrag und ein Schreiben vorweisen konnte, dass ihn als Mitarbeiter der Stadt auswies.

Wehrmachtseinheiten und Kommissionen der Stadtverwaltung suchten gleichzeitig im Umland von Charkow nach übrig gebliebenen Vorräten. Waren die Ukrainer erfolgreich, mussten sie jedoch immer fürchten, dass deutsche Soldaten ihnen die Nahrungsmittel wieder abnahmen.⁴²³

Inwieweit die auf solchen Wegen organisierten Lebensmittel wirklich die öffentlichen Rationen aufbesserten oder ob sie für den Schwarzmarkt oder nur für die Verwaltungsmitarbeiter bestimmt waren, ist schwer nachzuvollziehen. Das Wirtschaftskommando Charkow stellte immer wieder fest, dass trotz der prekären Versorgungslage auch größere Mengen an Verbrauchsgütern auf nicht nachvollziehbare Weise verschwanden.

In den Bezirksverwaltungen häuften sich indes die Klage- und Bittschreiben der einheimischen Bevölkerung. Insbesondere behinderte, invalide und kranke Menschen, die neben den Juden am Ende der deutschen Versorgungshierarchie standen, hofften auf Hilfe. Den Bezirksverwaltungen blieb nichts weiter übrig, als die Beschwerden an die deutschen Stellen weiterzuleiten und in einem Begleitschreiben „die außerordentlich schwere Lage“ der Bittsteller zu bestätigen. Meist ging es nicht mehr um eine dauerhafte Anhebung der Rationen, sondern nur noch darum, an irgendetwas Essbares zu gelangen. Gefragt wurde nach Schlachtresten, Blut oder Abfallprodukten.⁴²⁴

Viele Charkower beantragten im Winter 1941/42 bei den Bezirksverwaltungen Pässe, um die Stadt verlassen zu dürfen. Sie versuchten im Umland Kleidungsstücke und Bedarfsgegenstände gegen Lebensmittel zu tauschen. Im Januar 1942 vermerkte das Wirtschaftskommando Charkow, dass der „alltägliche Strom“ derer, die auf dem Land nach Nahrung such-

⁴²³ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 134.

⁴²⁴ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 51, das handschriftliche Bittgesuch von Pleščejeva: Ebda., List 54.

ten, schon 60 km vor der Stadt festzustellen sei.⁴²⁵ Die „Hamsterzüge“ der Einheimischen gingen bis in den benachbarten Rayon. Hier beschwerte sich die Feldkommandantur, darüber dass die Charkower Nahrungsmittel mitnehmen würden, die ihnen nicht zuständen:

„Die Lebensmittelmenge, die [...] durch [...] Einwohner auf dem flachen Lande im Bereich der FK herausgeholt wird, wird vom Wirtschaftskommando und von der FK übereinstimmend auf täglich 200 Tonnen geschätzt. Zwei solche Tagesmengen würden genügen, um hier eine ausreichende Lebensmittelverteilung sicherzustellen!“⁴²⁶

Für die einheimische Verwaltung bedeuteten diese Hamsterfahrten hingegen eine Entlastung. Jeder Charkower, der sich selbst versorgte, war ein Hungernder weniger, um den sich die ukrainischen Stellen kümmern mussten. Um die Wanderungsbewegungen zu unterbinden, wollte die Stadtkommandantur der Bevölkerung Anfang 1942 das Verlassen der Stadt jedoch verbieten.⁴²⁷ Die einheimische Verwaltung äußerte daraufhin, dass es ihr unmöglich sei, die Einwohner ohne diese „Zusatzversorgung“ zu ernähren.⁴²⁸ Die Militärverwaltung blieb jedoch bei ihrer Entscheidung und setzte bei einer Bürgermeisterbesprechung am 19. Januar 1942 die örtlichen Verwaltungsträger davon in Kenntnis, dass ein Verlassen der Stadt ohne Ausweis nicht erlaubt sei.⁴²⁹

In den folgenden Monaten blühte in Charkow der Schwarzmarkt, auf dem die wenigen Lebensmittel, die durch den Sperrring vom Land in die Stadt gelangten, zu stark überhöhten Preisen angeboten wurden.⁴³⁰ Verwaltungsmitarbeiter schafften Lkw-Ladungen von Gebrauchsgegenständen,

⁴²⁵ Siehe dazu: Eintragungen im Kriegstagebuch 2a des Wirtschaftskommandos Charkow, Januar 1942, BA/MA, RW 31/694.

⁴²⁶ Zit. n.: Arnold, Besatzungspolitik, S. 309.

⁴²⁷ Ausweis über Berechtigung zum Passieren der Sperrlinie (außerhalb der Sperrstunde), DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 7, List 17.

⁴²⁸ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 3.

⁴²⁹ DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 118, Dokument in ukrainischer und deutscher Sprache.

⁴³⁰ Arnold, Besatzungspolitik, S. 309. Standortkdr. Charkow/VII, Lagebericht, 20.8.1942. RH 22-204. Standortkdr. Charkow/Ia, Wachkräfte, 3.8.1942. RH 22 – 89.

⁴³⁰ Arnold, Besatzungspolitik, S. 309. Standortkdr. Charkow/VII, Lagebericht, 20.8.1942. RH 22-204. „Denn das Wenige, was in die Stadt hereinkommt und im freien Handel zu kaufen ist, hat unerschwingliche Preise. Vom Land aber können sich die Leute nichts mehr hereinholen, da dort alles beschlagnahmt ist und ihnen sogar die [...] erstandene Lebensmittel unterwegs durch die Landwirtschaftsführer, Feldgendarmarie, ukrainische Hipo [...] entschädigungslos wieder abgenommen wird. Hunger verschlechtert be-

die in den Betrieben der Verwaltung produziert wurden, aufs Land und tauschten sie dort bei den Bauern gegen Lebensmittel ein. Sie hatten im Gegensatz zur Bevölkerung die Erlaubnis, Charkow zu verlassen und schmuggelten auf immer organisierteren Wegen Güter aus der Stadt. Das Wirtschaftskommando berichtete im Februar 1942 darüber:

„[...] Parallel mit dem Wikdo betreibt die Stadtverwaltung kleine Betriebe und hat dort überall ihre Vertreter eingesetzt, selbst da, wo z. Zt. nicht gearbeitet wird. Es macht den Eindruck, also ob die Stadtverwaltung sehr darauf bedacht ist, nur möglichst wenig Betriebe an das Wikdo abzugeben, um nach Möglichkeit sehr viel an ihre Verkaufsorganisationen bereitstellen zu können. Dabei ist der Gedanke führend, die Produkte auf dem Land gegen Lebensmittel einzutauschen. [...]“⁴³¹

Der Verdacht bestätigte sich bei der Kontrolle eines Lkws:

„[...] Die Tatsache, dass bei einer Beschlagnahme des LKW der Fahrradfabrik durch mich festgestellt wurde, dass der LKW mit zum Teil sehr wertvollen Materialien, z. B. Petroleum, Karbid, Glühbirnen, Fahrräder usw. beladen war, die auf dem Land gegen Lebensmittel umgetauscht werden sollten, bestätigt die Richtigkeit meiner Angaben im letzten Tätigkeitsbericht.[...]“⁴³²

Das Wirtschaftskommando beklagte hier eine Entwicklung, das es selbst durch die Lebensmittelrationierungen mit verursacht hatte. Erst die gezielte Ausbeutungspolitik hatte dazu geführt, dass hier ein Engpass und damit der illegale Tauschhandel entstanden war. Dadurch dass sich die Wehrmacht und das Wirtschaftskommando den Bitten der Bevölkerung verschlossen und keine entsprechenden Hilfsmaßnahmen einleiteten, wurde der Schwarzmarkt für viele zur einzigen Möglichkeit dem Hunger zu entgehen.

Die Hungersnot in Charkow im Winter 1941/42 war vergleichbar mit der der Jahre 1932/33. Laut eines Berichts eines Vertreters des Auswärtigen Amtes beim AOK 6 vom 25. März 1942 über die Ernährungslage in Charkow starben im März 1942 täglich 50 Menschen. Der Schreiber vermerkte allerdings:

kannlich die Stimmung der Bevölkerung und kann leicht zu Exzessen, Unruhen und Sabotagefällen führen...“ Standortkdr.-Befehl Nr. 56.

⁴³¹ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 9, List 5

⁴³² DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 9, List 5.

„Wahrscheinlich ist die Zahl jedoch größer, da z. Zt. in vielen Fällen die Todesursache als „unbekannt“ bezeichnet wird. Diese Fälle sind in der obigen Zahl nicht enthalten. Außerdem werden viele Todesfälle überhaupt nicht gemeldet. [...]“⁴³³

Die Bevölkerung aß Hunde, Ratten, Tauben und Krähen, in einigen Fällen kam es sogar zu Kannibalismus:

„Einige Leute öffneten frische Gräber, um an die Leichen zu kommen. Und sie kochten und buken sie auf verschiedene Weise. Sie machten aus den Knochen Fleischsülze und aßen Kuchen mit Menschenfleisch.“⁴³⁴

Kontakte zu den Deutschen konnten in diesen Zeiten über Leben und Tod entscheiden. Die Arbeit in einer deutschen Kantine konnte dazu führen, dass man an Essensreste gelangte. In einem Fall erlaubte die Wehrmacht einer Mitarbeiterin einer Wehrmachtsküche das Spülwasser, in dem noch Nahrungsreste schwammen, mit nach Hause zu nehmen und für sich aufzukochen. In einem anderen Fall bekam ein Botenmädchen, das bei einer deutschen Metzgerei arbeitete, ab und an eine Flasche Blut oder einen Knochen.⁴³⁵

Neben Nahrungsmitteln waren im Winter 1941/42 in Charkow auch kaum Heiz- und Brennmaterialien vorhanden. Am 27. November 1941 beschlagnahmte die Stadtkommandantur alle in der Stadt befindlichen Brennstoffvorräte und machte die Truppe darauf aufmerksam, dass „vor allem die Kohlevorräte äußerst sparsam zu bewirtschaften“ seien. Alle Brenn- und Heizmaterialien wurden in deutsche Vorratslager gebracht und ähnlich wie Lebensmittel nur gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung herausgegeben.⁴³⁶ Wenn die Charkower nicht verhungerten, dann erfroren sie in ihren ungeheizten Wohnungen.

Nach Angaben der Stadtverwaltung starben im Winter 1941/42 in Charkow 13.139 Menschen, wobei die Zahl auf den Meldelisten der Verwal-

⁴³³ Auszug aus dem Bericht des Vertreters des Auswärtigen Amts beim Armeekommando 6 über die „Ernährungslage in Charkow“ vom 25.3.1942, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 345.

⁴³⁴ Laurence Rees: Hitlers Krieg im Osten, München 2000, S. 97 (im Folgenden: Rees, Krieg).

⁴³⁵ Ebd., S. 98.

⁴³⁶ Die Mannschaften seien „zur sparsamen Verwendung von Brennstoffen anzuhalten“ Stadtkommandanturbefehl Nr. 10 vom 27.11.1941, DAKhO: Fond R-3086, Opis' 1g, Delo 1, List 66.

tung beruht und tatsächlich höher gelegen hat.⁴³⁷ Bereits kurz nach der Eroberung der Stadt gab es die ersten Hungertoten und im Winter und Frühjahr 1942 verhungerten täglich laut Angaben der Stadtverwaltung im Schnitt 40 Menschen. Es traf vor allen Dingen Alte und Kinder, die bei der Volkszählung nicht registriert worden waren und deshalb nicht in den Sterbelisten auftauchten.⁴³⁸

Die Verantwortlichen suchte die Wehrmacht offiziell in der Stadtverwaltung und wies Kramarenko im Januar 1942 an, J. D. Gydin, den Leiter der Abteilung, die für die Ernährung der Bevölkerung zuständig war, zu entlassen. Erst im Frühjahr begann sich die Situation in Charkow zu entspannen. Ende Mai 1942 wurde eine Konsumgenossenschaft gegründet, die die Zufuhr der Erzeugnisse vom Land in die Städte kontrollieren sollte, ab Juli 1942 erfolgte die Ernährung auf Karten und ein Ernährungsamt wurde in Charkow eingerichtet, das von den Volksdeutschen P. J. Deitsch und A. V. Lüder geleitet wurde.⁴³⁹ Die Versorgung verbesserte sich nun, was mehrere Gründe hatte: zunächst einmal wurden die Ernährungssätze auch in Charkow langsam angehoben, weil das Deutsche Reich die Einheimischen verstärkt zur Arbeit einsetzen wollte, und außerdem lernte die Bevölkerung sich selbst zu versorgen.

Die Rolle der Stadtverwaltung im Hungerwinter 1941/42 ist nicht einfach zu beurteilen. Auf der einen Seite unternahm sie einige Anstrengungen, um die katastrophalen Zustände zu bekämpfen. Sie organisierte selbst Nahrungsmittel auf dem Land, reichte die Bittgesuche der Einheimischen an die deutschen Behörden weiter und berichtete der Wehrmacht immer wieder über die Ausmaße der Hungersnot. Sie erstellte Sterbelisten, um zu dokumentieren, wie viele Menschen in Charkow in welchem Monat umgekommen waren und schuf damit eine stumme Anklage gegen die beteiligten Wehrmachtsstellen.⁴⁴⁰

Auf der anderen Seite war sie auch mitverantwortlich für die Notlage. Als die Wehrmacht in einem Befehl am 2. Dezember 1941 die Charkower

⁴³⁷ Zu den Zahlen siehe: Skorobogatov, Charkiv, S. 279.

⁴³⁸ Dieter Pohl: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941-1944, München 2008, S. 192 (im Folgenden: Pohl, Herrschaft).

⁴³⁹ Skorobogatov, Charkiv, S. 150.

dazu aufforderte, die während des „Rückzugs der Bolschewisten im Oktober 1941“ geplünderten Lebensmittel abzugeben, requirierten die Bezirksverwaltungen schonungslos die vielfach letzten Reserven der Einheimischen.⁴⁴¹ Für die, die nicht für die Deutschen arbeiten konnten, weil sie zu alt waren, bedeutete dies häufig den Hungertod. Außerdem beschwerten sich Stellen der einheimischen Verwaltung trotz der sich abzeichnenden schlechten Versorgungslage bei der Geheimen Feldpolizei darüber, dass Zivilisten nicht ihre gesamten Vorräte der Wehrmacht übergaben und bemerkten nebenbei, „dass es viele Leute [gebe], von denen man noch viel bekommen kann.“⁴⁴²

Auch die Gesuche der Einheimischen leitete die Stadtverwaltung nicht alle weiter. Die politische Einstellung und die Abstammung des Bittstellers entschieden häufig darüber, ob er ein Unterstützungsschreiben von der ukrainischen Verwaltung erhielt. Invalidität und Krankheit wurden zwar als Grund mit angegeben, größere Bedeutung wurden aber der deutschen Abstammung des einzelnen oder seiner Verfolgung in der Sowjetunion eingeräumt.⁴⁴³

Darüber hinaus lässt die Beteiligung der Verwaltung am illegalen Handel darauf schließen, dass viele Lebensmittel nicht in die Rationierung miteinbezogen, sondern über den Schwarzmarkt an den Meistbietenden verkauft wurden.

3.4.5. Kommunale und staatliche Wirtschaft

Zu den Aufgaben der Stadtverwaltung gehörte auch die Neuorganisation der Kommunalwirtschaft und hier galt ebenfalls, dass die Wehrmacht nur soweit die Verwaltung unterstützte, wie es der Truppe bzw. der deutschen Politik diene. Zunächst beauftragte sie die Ukrainer damit, Aufräumarbeiten in der Stadt durchzuführen, denn in den Straßen standen zerstörte sowjetische Panzer und andere Militärfahrzeuge, außerdem hatte die Rote Ar-

⁴⁴⁰ United States Holocaust Memorial Museum, Microfilm RG - 31.01011, Reel 7.

⁴⁴¹ Zur Tätigkeit der Bezirksverwaltungen beim Einsammeln der Lebensmittel siehe: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 102.

⁴⁴² Schreiben der 17ten Bezirksverwaltung an den Chef der Geheimen Feldpolizei vom 27.01.1942, Ebda.

⁴⁴³ Siehe dazu: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 54, das Schreiben der Verwaltung: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 51.

mee Straßensperren aus Straßenbahnen und Trolleybussen errichtet, die nun beseitigt werden mussten.⁴⁴⁴ In den ersten Wochen der Besetzung machte die Stadtverwaltung die Straßen Charkows wieder befahr- und begehbar, richtete öffentliche Gebäude wieder her und löschte Brände, die noch in der Stadt wüteten.⁴⁴⁵ Hierfür wurde auf Geheiß des Bürgermeisters extra eine ukrainische Feuerwehr aufgestellt und direkt an die Heeresvermittlung angeschlossen. Eigene Einheiten zur Brandbekämpfung stellte die Wehrmacht nicht.⁴⁴⁶

Für die Quartiernahme der Truppe wurde die Verwaltung angewiesen, den zur Verfügung stehenden Wohnraum aufzulisten und Verzeichnisse über mögliche Unterkünfte in zivilen Gebäuden beim deutschen Quartiersamt einzureichen.⁴⁴⁷

Mit dem Wintereinbruch übernahm die Verwaltung auch die Schneeräumarbeiten. Mit Befehl des Armeoberkommandos vom 31. Oktober 1941 sollten Schlitten und andere zur Schneeräumung geeignete Geräte von Verwaltungsmitarbeitern sichergestellt und bei den deutschen Stellen gemeldet werden. Darüber hinaus stellte sie Arbeiter, die die Räumarbeiten in Charkow und der unmittelbaren Umgebung der Stadt durchführten.⁴⁴⁸

Zur Neuorganisation der Kommunalwirtschaft richtete der Bürgermeister die Abteilung für die städtischen Betriebe und die Abteilung für staatliche Betriebe und Energie ein. Die Leiter dieser Abteilungen waren A. M. Ivanov und V. G. Korolenko. Im März 1942 kam im Zuge der Neuorganisation der Verwaltung unter Semenenko noch eine dritte Abteilung für die Privatwirtschaft hinzu, die von M. M. Bryščenko geführt wurde.⁴⁴⁹

⁴⁴⁴ siehe dazu die Ausführungen in Kapitel 2.4.3.

⁴⁴⁵ DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 35.

⁴⁴⁶ Zur Feuerschutzpolizei, deren Aufgaben siehe: DAKhO Fond R-3086, Opus' 1, Delo 22, List 14. Stadtkommandanturbefehl Nr. 5, DAKhO Fond R-3086, Opus' 1 g, Delo 1, List 59, siehe dazu auch: Ebda., Fond R-3086, Opus' 1, Delo 15, List 5.

⁴⁴⁷ Anforderung der Feldkommandantur an die Stadtverwaltung Charkow vom 3.2.42, DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 141.

⁴⁴⁸ DAKhO, DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1 g, Delo 1, List 61, Ebda. Fond R-3080, Opus' 1, Delo 4, List 144. Schreiben der Ortskommandantur vom 15.02.1942 an den Rayonsbürgermeister des 17. Bezirks: „Die Ortskommandantur beauftragt Sie sofort 60 Mann für Schneeräumarbeiten auf der Strasse nach Dergatschi zur Verfügung zu stellen. (1 km ausser Charkow) Diesselben müssen mit Werkzeug versehen sein. (Schaufeln und Pickeln).“ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 4, List 144.

⁴⁴⁹ Skorobogatov, Charkiv, S. 146.

Die Stadtverwaltung sollte die durch den Krieg zerstörte Infrastruktur wieder herstellen. Die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas war zusammengebrochen, die städtische Kanalisation und das Heizsystem funktionierten nicht mehr und viele Wohnhäuser im Innenstadtbereich waren Ruinen. Einen Monat nach der Besetzung arbeiteten wieder zwei Stromgeneratoren, allerdings wurden zunächst nur die Gebäude der Wehrmacht und der Verwaltung versorgt, der größte Teil der Stadt blieb ohnehin über den gesamten Zeitraum der Besetzung ohne Strom.⁴⁵⁰ Ähnlich verhielt es sich mit der Wasserversorgung, an die vor dem Krieg alle innerstädtischen Haushalte angeschlossen waren. Es gab zwar immer wieder Wasser, aber nur für ein paar Stunden und in unregelmäßigen Abständen, die Bevölkerung nutzte hauptsächlich Brunnen.⁴⁵¹ Auch das zusammengebrochene Nahverkehrswesen wurde nicht wieder Instand gesetzt. Bis zum Frühjahr 1942 konnte die Stadtverwaltung zwar 150 Straßenbahnwagen reparieren, nur fehlte es an Strom, um sie wieder in Betrieb zu nehmen. Erst am 14. Juni 1942 öffnete die Ost-West-Bahnlinie, die allerdings in erster Linie für den Transport von Wehrmachtsangehörigen vorgesehen war.⁴⁵² Das Haupttransportmittel war in den Jahren 41 bis 43 das Pferdegespann und auch die Wehrmacht musste sich zunehmend auf dieses Fortbewegungsmittel verlegen, da 1942 in Charkow eine Treibstoffkrise den Einsatz anderer Fahrzeuge fast unmöglich machte. Die Truppe nutzte 80% des städtischen Pferdebestandes und überließ die restlichen 20% der Verwaltung.⁴⁵³

Zur Erfassung der noch in der Stadt vorhandenen Wirtschaftswerte erstellte die Verwaltung für die Wehrmacht und das Wirtschaftskommando detaillierte Inventurlisten.⁴⁵⁴ Um die Stadtverwaltung zu motivieren, stellte ihr die Wehrmacht in Aussicht, die Entwicklung einer ukrainischen Volkswirtschaft mitgestalten zu dürfen. Die Besatzungszeitung „Nova Ukrajina“ veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 13. Dezember 1941 einen Artikel, in dem sie die Aufhebung der Planwirtschaft und anschließende

⁴⁵⁰ Skorobogatov, Charkiv, S. 147.

⁴⁵¹ Ebda., S. 148.

⁴⁵² DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 1, List 68. Skorobogatov, Charkiv, S. 148.

⁴⁵³ Ebda., S. 148.

Privatisierungen voraussagte.⁴⁵⁵ Als die Wehrmacht die Stadtverwaltung anwies, kleinere Betriebe und Werkstätten mit eigenen Mitarbeitern wieder in Gang zu bringen und die Erzeugnisse über eine eigene Verkaufsorganisation dem kommunalen Markt zuzuführen, sah man sich im Bürgermeisteramt in den Erwartungen bestätigt.⁴⁵⁶

Die Wehrmacht plante jedoch nicht den Aufbau einer ukrainischen Volkswirtschaft, man benötigte die einheimische Verwaltung, um die anstehende Ausbeutung der Stadt reibungsloser abwickeln zu können.⁴⁵⁷ Das Wirtschaftskommando Charkow nahm am 1. November 1941 seine Arbeit auf und kontaktierte sofort die Stadtverwaltung. Es forderte beispielsweise Inventurlisten an, um sich einen Überblick über die in der Stadt vorhandenen Wirtschaftswerte zu schaffen. Es ging nicht, wie die Wehrmacht angekündigt hatte, um eine bessere Koordination des Wirtschaftsaufbaus, die meisten städtischen Betriebe und Industrien wurden kurz nach der Besetzung durch das Wirtschaftskommando übernommen und nur ein geringer Teil der Stadtverwaltung überlassen. Offiziell sollte sie hier Verbrauchsgüter für die Bevölkerung herstellen, der eigentliche Zweck bestand jedoch darin, den Wehrmachtstross zu versorgen.⁴⁵⁸

Die Anzahl der städtischen Betriebe nahm stetig ab, immer mehr Arbeitsstätten wurden in die Verfügungsgewalt des Wirtschaftskommandos überführt. Von 83 Betrieben, die am 1. Januar 1942 noch für die Stadtverwaltung produzierten, waren zu Jahresbeginn 1943 noch sechs übrig. Dementsprechend sank im gleichen Zeitraum die Zahl der Mitarbeiter von 1.358 auf 136.⁴⁵⁹ Die einheimische Verwaltung hatte sich einmal mehr von der deutschen Propaganda täuschen und zum Handlanger machen lassen.

Die Ausbeutung der Stadt gestaltete sich nebenher schwieriger als angenommen und hatte Folgen, die keine der beteiligten Organisationen erwar-

⁴⁵⁴ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 3, Delo 1, List 9, 10 und 48,49. DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1, Delo 4, List 145 – 148.

⁴⁵⁵ Artikel in der Nova Ukraïna vom 13.12.1941, Auszüge abgedruckt bei: Skorobogatov, Charkiv, S. 150.

⁴⁵⁶ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1 c, Delo 9, List 5. Eröffnung eines Betriebes zur Wurstverarbeitung: Ebda., Fond R-3086, Opus' 1, Delo 15, List 5. DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 180.

⁴⁵⁷ Skorobogatov, Charkiv, S. 146.

⁴⁵⁸ Zu den Zahlen siehe: Ebda., S. 149.

⁴⁵⁹ Siehe Tabelle Ebda., S. 148 und Zahlen der Mitarbeiter, S. 149.

tet hatte. Eine der ersten Amtshandlungen des Wirtschaftskommandos bestand darin, die Wehrmacht in ihren Ansprüchen zu zügeln. Als die 6. Armee im November mit eigenen Erfassungstrupps Charkow und das Umland systematisch ausbeutete, schritt das Wirtschaftskommando ein. Am 18. November 1941 gab es einen Befehl heraus, in dem es darauf bestand, dass weitere Aktionen nur noch „im engsten Einvernehmen mit den Außenstellen des Wi-Kdos Charkow durchzuführen“ seien. Das Wirtschaftskommando fürchtete, die eigenen Planzahlen nicht erfüllen zu können, wenn die Wehrmachtseinheiten bereits vorher alle vorhandenen Güter und Bestände requiriert hatten.⁴⁶⁰ Die Befürchtungen des Wirtschaftskommandos, dass sich die Ausbeutung Charkows schwieriger gestalten würde als angenommen, sollte sich bewahrheiten.

Am 30. Dezember 1941 gab das Kommando einen Bericht heraus, der die Lage in der Stadt alles andere als positiv darstellte. Die bisherigen Erfassungsarbeiten hatten ergeben, dass es z. T. „Jahre dauern“ könnte, bis manche Maschinen wieder einsatzbereit wären. Außerdem suchte man nach ansässigen Facharbeitern, um mit ihrer Hilfe die im Zuge der sowjetischen Evakuierungsmaßnahmen zerstörten Maschinen wieder in Gang zu bringen. Das Wirtschaftskommando wollte die Fabriken und Betriebe wieder eröffnen und für die deutsche Rüstungsindustrie arbeiten lassen, musste jedoch in dem Bericht einräumen, dass dieses Ziel noch weit entfernt war.⁴⁶¹ Allein die Inventurarbeiten dauerten bis Januar 1942 an.⁴⁶²

Der übereilte Abtransport der wenigen noch vorhandenen Ressourcen ins Deutsche Reich führte darüber hinaus dazu, dass nicht nur die einheimische Bevölkerung, sondern auch die Wehrmacht und das Wirtschaftskommando 1942 die Auswirkungen der deutschen Ausbeutungspolitik zu spüren bekamen. Bereits im Winter 1941 kündigte sich eine Brennstoffkrise an, die sich innerhalb eines Jahres stetig verschlimmerte. Anfang De-

⁴⁶⁰ Eintrag vom 18.11.1941 im Kriegstagebuch Nr. 2a des Wirtschaftskommandos Charkow über die Koordination in Ernährungsfragen, BA/MA, RW 31/694, Bl. 19. Das AOK 6 gab am 28.10.1941 einen Befehl betreffs der „Sicherstellung der Ernährung für den Winter 1941/42“ heraus, in dem es befahl, Erfassungstrupps zu bilden, die auf dem Land und in der Stadt Lebensmittel jeglicher Art, Futtermittel und Vieh sicherstellen sollten. BA/MA, RH 24-55/112, Bl. 226 f., abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 336.

⁴⁶¹ Gesamttätigkeitsbericht von Hermann Ruf für die Zeit vom 1.10.41 bis 29.12.41, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 6, List 2.

⁴⁶² DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 6, List 6, 7, 9, 12, 14.

zember 1941 wurden die Vorräte an Holz und Kohle eingelagert und ihre Verteilung zentral von der Gruppe IV Wirtschaft übernommen.⁴⁶³ Im Sommer 1942 hatte sich die Krise dermaßen zugespitzt, dass der unerlaubte Gebrauch von Brennstoffen, „auch die kleinste Menge“ schwerstens bestraft wurde.⁴⁶⁴ Benzin, Diesel, die Ersatztreibstoffe Naphtha und Mazut sowie alle Schmieröle waren mittlerweile auch Mangelprodukte. Fahrzeuge durften nur noch gegen Vorzeigen des Fahrbefehls benutzt werden, im Winter legte die Wehrmacht sogar alle Lkw und Pkw bis auf wenige Ausnahmen still.⁴⁶⁵ Der Abtransport der Treibstoffe ins deutsche Reichsgebiet hatte dazu geführt, dass im besetzten Charkow eine Mangelsituation entstanden war.

Das Wirtschaftskommando musste die aufgenommenen Arbeiten in instand gesetzten Betrieben oder Fabriken wieder abbrechen, da der Treibstoff für die Maschinen fehlte.⁴⁶⁶ Die Ausbeutung der Stadt schlug auf die Wehrmacht und das Wirtschaftskommando zurück. Im Endeffekt sabotierten die Deutschen durch ihr radikales Vorgehen in Charkow die Ziele ihrer eigenen Besatzungspolitik.

⁴⁶³ Der Stadtkommandanturbefehl vom 27.11.1941 wies darauf hin, dass die Verteilung von Holz und Kohle ab dem 8.12.41 zentralisiert von der Gruppe IV Wirtschaft übernommen würde und dass die Kohlevorräte äußerst sparsam zu bewirtschaften seien. Auch übrige Brennstoffe sollten äußerst bedacht verwandt werden. Die bereits beschlagnahmten Kohlevorräte wurden in eigens dafür hergerichteten Kohlelagern eingelagert. Für die Bewachung dieser Vorräte wurde die ukrainische Hilfspolizei eingesetzt. Es war nicht erlaubt, aus diesen Lagern Kohle zu entnehmen. Der Kohlebedarf musste durch sämtliche Truppenteile und Dienststellen oder Wirtschaftsbetriebe bei der Gruppe IV angemeldet werden. Auszug aus dem Stadtkommandanturbefehl Nr. 10 vom 27.11.1941, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1d, Delo 1, List 66.

⁴⁶⁴ Das Wirtschaftskommando Charkow mahnte alle Betriebe an, dass Brennstoffe nur zum Pflügen und Dreschen verwandt werden dürften. Der private Gebrauch von Brennstoffen, „auch die kleinste Menge“ wurde schwerstens bestraft. Die Warnung wurde zweisprachig verteilt, russisch und deutsch und richtete sich sowohl an die Wehrmacht, als auch an die Stadtverwaltung. DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 21, List 41.

⁴⁶⁵ Bereits im April 1942 meldete der Fahrbereitschaftsleiter des Wirtschaftskommandos Charkow, dass den einzelnen Abteilungen momentan nur jeweils ein Fahrzeug zur Verfügung stehen könne und dass die Benutzung nur gegen Vorzeigen des jeweiligen Fahrbefehls gestattet sei. DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 16, List 2. Laufen durften nur noch diejenigen Fahrzeuge, die „unbedingt zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes notwendig“ waren. DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 21, List 23.

⁴⁶⁶ „Ob ein Betrieb weiterlaufen oder überhaupt in Gang gesetzt werden kann, hängt mehr oder weniger von den zur Verfügung stehenden Mineralölen ab.“ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 15, List 23/24.

3.4.6. Arbeit und Arbeitseinsatz

Sowjetische Arbeitskräfte wurden während des Russlandfeldzuges im gesamten Reich und in den besetzten Gebieten eingesetzt. Russen, Ukrainer und Angehörige anderer Völker der UdSSR arbeiteten in militärischen und zivilen Bereichen für die Wehrmacht, für die SS und das Wirtschaftskommando.⁴⁶⁷ Bereits kurz nach Angriffsbeginn mussten Einheimische für die Wehrmacht Arbeiten verrichten. Zu Beginn zahlte die Truppe dafür noch Lohn, am 28. Juli 1941 erließ jedoch der Minister für Bewaffnung und Munition, Todt, einen Einsatzbefehl, der es den Armeen des Ostheeres verbot, die Bevölkerung für Tätigkeiten zu bezahlen. In den folgenden Monaten wurde der Arbeitseinsatz von der Wehrmacht immer umfassender betrieben. Das AOK 6 befahl seinen Einheiten beispielsweise bei der Winterbevorratung die Zivilbevölkerung heranzuziehen:

„Da eine russische zivile und landwirtschaftliche Organisation nicht verfügbar ist, hat die Truppe die Arbeiten für diese Winterbevorratung selbst in die Hand zu nehmen. Unter ihrer Leitung hat ein rücksichtsloser Einsatz der gesamten Zivilbevölkerung von Stadt und Land (einschließlich Frauen und Kinder) sowie der verfügbaren Kriegsgefangenen zu erfolgen. Wo aktiver oder passiver Widerstand geleistet wird, ist von kollektiven Strafmaßnahmen Gebrauch zu machen.“⁴⁶⁸

Neben diesen Großeinsätzen wurden Einheimische auch einzeln oder in kleinen Gruppen in militärischen Dienststellen, in Kasinos und Küchen und in Wohn- und Quartiergemeinschaften beschäftigt, vielfach hielten sich höhere Offiziere einen kleinen Stab von Bediensteten. Erst Mitte 1942 verbot es das OKH, zivile Arbeitskräfte zu persönlichen Diensten heranzuziehen und dies als bevorzugten Truppenbedarf zu reklamieren⁴⁶⁹

⁴⁶⁷ Besprechung vom 7.11.1941 über den Einsatz von Sowjetrussen im Wirtschaftsstab Ost, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 384/385.

⁴⁶⁸ Auch Rosenberg machte noch mal in einem Erlass am 19. Dezember 1941 klar, dass für die Zivilbevölkerung in den okkupierten Gebieten Arbeitspflicht bestehe. Verordnung Alfred Rosenbergs vom 19. Dezember 1941 über die Arbeitspflicht der Zivilbevölkerung in den okkupierten Gebieten, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 238.

Dokument Nr. 93. Einsatzbefehl des Ministers für Bewaffnung und Munition, Todt, vom 28. Juli 1941, abgedruckt in: Deutsche Kriegsverbrechen, S. 238. Zitat des Armeebefehls siehe: BA/MA, RH 24-55/112, Bl. 226 f., abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 336.

⁴⁶⁹ OKH-Befehl vom 10.5.1942, United States Holocaust Memorial Museum, RG-31.01011, Reel 20, Bl. 37.

Dieser Befehl hatte einen wirtschaftlichen Hintergrund, denn das OKH wollte verhindern, dass auf diese Weise dem Reich wertvolle Arbeitskräfte verloren gingen. Bereits im November 1941 hatte Göring die „Richtlinien für den Arbeitseinsatz von Sowjetrussen“ erlassen, in dem er ankündigte, dass die russische Arbeitskraft „nunmehr dem Reich nutzbar gemacht werden“ sollte.⁴⁷⁰ Da sich ein lang andauernder Krieg abzeichnete, das Dritte Reich sich aber nur auf einen kurzen Krieg vorbereitet hatte, stieg zunehmend der Bedarf der Rüstungsindustrie an Arbeitskräften. Da sich die deutschen Arbeiter jedoch als Soldaten an der Front befanden, war die nationalsozialistische Führung gezwungen, auf die Bevölkerung in den besetzten Gebieten zurückzugreifen.⁴⁷¹

Die städtischen Verwaltungen, die Bürgermeister, Bezirksbürgermeister und Dorfältesten wurden von Beginn der Besetzung an in die Suche nach Arbeitskräften miteinbezogen. In Charkow waren es zunächst einzelne Truppenteile, die für die Erledigung von Momentaufgaben, z. B. für die Instandsetzung von Durchmarschstraßen oder für Schanzarbeiten Arbeiter benötigten. Meist wurden die Bürgermeister damit beauftragt, die entsprechende Zahl an Menschen und die nötigen Werkzeuge zu stellen. Wenn sie die Vorgaben nicht erfüllen konnten, drohten die deutschen Stellen mit Körperstrafen.⁴⁷² Die Wehrmacht überließ ihnen die Art der Rekrutierung und in vielen Fällen zwang die ukrainische Verwaltung die Einheimischen für die Wehrmacht zu arbeiten. So teilten ihre Erfassungskommissionen beispielsweise Passanten auf der Straße willkürlich den Arbeitskolonnen zu.⁴⁷³

Mit dem Beginn des groß angelegten Arbeitseinsatzes veränderte sich auch zunehmend die Erfassung von Arbeitskräften. Rekrutierungen geschahen nicht mehr aus der Situation heraus, sondern wurden zunehmend

⁴⁷⁰ Besprechung vom 7.11.1941 über den Einsatz von Sowjetrussen im Wirtschaftsstab Ost, abgedruckt in: Ebda., S. 384/385.

⁴⁷¹ Der engere Entscheidungsprozess zum Einsatz von Sowjetbürgern in der deutschen Rüstungswirtschaft begann bereits im August 1941. Die Reichsvereinigung Kohle bemühte sich, sowjetische Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter für den Bergbau zu erhalten. Am 24. Oktober 1941 erhielt Pleiger die Genehmigung, 10.000 – 12.000 ukrainische Bergleute ins Reichsgebiet zu bringen und damit kam der groß angelegte Zwangsarbeitereinsatz ins Rollen. Streit, Kameraden, S. 203.

⁴⁷² DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1d, Delo 1, List 66, Rückseite.

⁴⁷³ Ortskommandantur Charkow Nord an den Rayonsbürgermeister des 17. Bezirks, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 144.

in großem Stil durchgeführt. Es ging nun nicht mehr um den Einsatz von ein paar hundert Arbeiter für militärische Zwecke, sondern um die Erfüllung von Planzahlen der deutschen Kriegswirtschaft im sechs- bis siebenstelligen Bereich. Eine Direktive des OKH vom 10. Mai 1942 wies Bürgermeister und Rayonchefs der Zivilverwaltung gleichermaßen an, „Anwerbeaktionen unter persönlicher Verantwortung mit allen verfügbaren Mitteln durchzuführen.“⁴⁷⁴ Die einheimischen Verwaltungen richteten Meldestellen ein, um die Erfassung möglichst planvoll durchführen zu können, Bürgermeister riefen die Bevölkerung auf, sich zur Arbeit zu melden und die örtliche Presse druckte Propagandaartikel.⁴⁷⁵

Für die einheimischen Stellen vermehrte sich mit der Zunahme des Arbeitseinsatzes auch der Verwaltungsaufwand. Die Unterhaltsbeihilfen und Übergangsgelder für die Angehörigen der Ostarbeiter wurden von den Arbeitsämtern in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Rayons geregelt. Den örtlichen Verwaltungen gingen Listen mit den Namen und Anschriften der „Ostarbeiter“ und ihrer Familien zu und sie informierten die Arbeitsämter über Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, wie zum Beispiel Entlassung oder Todesfälle, die zur Einstellung der Zahlungen führten.⁴⁷⁶

In der Charkower Stadtverwaltung war es die am 5. November 1941 geschaffene Abteilung für Arbeit unter M. M. Kononenko, die den Arbeitseinsatz administrierte. Laut Weisung gehörten zu ihren Aufgaben neben der Heranziehung, die Einteilung von Arbeitskräften, die Regulierung des Arbeitslohns, die Inspektion der Charkower Fabriken und die Überprüfung der Arbeitssicherheit in den Betrieben. Tatsächlich entsprach die Abteilung jedoch vor allen Dingen den Anforderungen der Stadt- und Ortskommandanturen. Im November 1941 stellte sie der Wehrmacht 4.740 und im Dezember 3.720 Personen zur Verfügung.⁴⁷⁷ Mit dem Großeinsatz wurde diese Abteilung jedoch stückweise abgebaut und die Wehrmacht

⁴⁷⁴ Berkhoff, Despair, S. 259.

⁴⁷⁵ Aus der Direktive des OKH vom 10. Mai 1942 über die Mitwirkung militärischer Dienststellen bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus den okkupierten Gebieten der UdSSR für den Arbeitseinsatz in Deutschland, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 282 – 284.

⁴⁷⁶ United States Holocaust Memorial Museum, RG-31.01011, Reel 20, Bl. 34, 35.

⁴⁷⁷ Skorobogatov, Charkiv, S. 152.

und das Wirtschaftskommando übernahmen die Mobilmachung der Bevölkerung. Im Frühjahr 1942 musste die Abteilung Arbeit die Bereiche Arbeitskräftebeschaffung, Arbeitslohn und Arbeitsschutz an die militärischen Stellen abtreten und im Juni 1942 wurde sie im Zuge der „Reformen“ Semenenkos endgültig abgeschafft.⁴⁷⁸

Die Abteilung Arbeit diente der Wehrmacht nur dazu, ihr bei der Beschaffung von Arbeitskräften zu helfen, Aufgaben wie die Regulierung des Arbeitslohns hatten nur auf dem Papier Bestand. Die Abteilung wurde deshalb abgebaut, weil der Arbeitseinsatz der Bevölkerung eine immer größere Bedeutung für das Dritte Reich erhielt und man nicht gewillt war die Ukrainer in irgendwelche Entscheidungen mit einzubeziehen.

Ukrainische Stellen wären über die Zustände in Deutschland wahrscheinlich überrascht gewesen. So waren Unterkunft, Lohn und Verpflegung schlecht und die „Ostarbeiter“ wurden im Reich wie Gefangene in Lagern gehalten. Als die Bedingungen in Charkow bekannt wurden, ebten die freiwilligen Meldungen zur Arbeit rasch ab. Das Wirtschaftskommando Charkow berichtete:

„Der Arbeitseinsatz musste mit allen Mitteln in Schwung gebracht werden, da es ja an Lebensmitteln fehlte und das Zureden nicht half. Lebensmittel sind am 25.6. eingetroffen, aber die Arbeiten wurden auch vorher restlos, wohl mit strengen Maßnahmen durchgeführt [...]“⁴⁷⁹

Die Arbeit in Deutschland wurde fast ausnahmslos negativ beurteilt:

„Im Allgemeinen fahren sie nicht gerne ins Reich, sondern arbeiten lieber unter den schwersten Lebensbedingungen hier.“⁴⁸⁰

Immer wieder wies das Wirtschaftskommando darauf hin, dass die Stimmung der Bevölkerung in erster Linie von der Ernährungslage abhängig sei, dass die Stimmung sehr „wechselvoll“ sei und sich mit dem Anheben der Ernährung schlagartig verbessere.⁴⁸¹

Im März 1942 wurde zur Koordination des Arbeitseinsatzes eine zentrale Instanz geschaffen, der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz war

⁴⁷⁸ Ebda., S. 153.

⁴⁷⁹ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 24, List 6.

⁴⁸⁰ Ebda.

⁴⁸¹ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 24, List 8/11, 28.

eine Sonderbehörde mit dem Gauleiter Fritz Sauckel an der Spitze.⁴⁸² Sauckels Planzahlen für die Ukraine waren hoch, er forderte in den letzten drei Monaten des Jahres 1942 225.000 Arbeiter und für die ersten vier Monate des Jahres 1943 nochmals die gleiche Zahl.⁴⁸³ Sauckel befahl wahre Menschenjagden und ließ die Wehrmacht Märkte und öffentliche Plätze umstellen und alle dort befindlichen Personen festnehmen, um sie nach Deutschland abzutransportieren. Auf dem Lande wurde häufig die gesamte jugendliche Bevölkerung eines Dorfes abgeführt. Als Reaktion kam es massenhaft zu Selbstverstümmelungen.⁴⁸⁴

Es ging nun nicht mehr darum geeignete, sondern möglichst viele Arbeiter „anzuwerben“ und auch die einheimischen Verwaltungen sollten ab 1942 nicht mehr eine bestimmte Anzahl an Personen, sondern alle Menschen eines bestimmten Jahrgangs oder Alters erfassen.⁴⁸⁵ Entziehen konnte sich der Einzelne nur, indem er für die Verwaltung oder bei der Hilfspolizei arbeitete. Dies schützte den Betroffenen und seine Angehörigen davor, nach Deutschland abtransportiert zu werden.⁴⁸⁶ Ebenso wurden Facharbeiter, die in heimischen Fabriken bereits für das Wirtschaftskommando tätig waren, von den Deportationen ausgenommen. Ein Beschäftigungsnachweis für die einheimischen Betriebe war bei den Charkowern sehr begehrt.⁴⁸⁷

Die verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften führte in Charkow zunehmend zu einem Wettbewerb zwischen den deutschen Stellen um die noch vorhandene arbeitsfähige Bevölkerung. Das Wirtschaftskommando setzte die Ukrainer vor Ort ein, die Wehrmacht benötigte sie für militärische Zwecke und Sauckel wollte sie nach Deutschland deportieren. Es entwickelte sich eine regelrechte Konkurrenzsituation, in der jede der beteiligten Parteien versuchte, eine möglichst große Zahl an Arbeitern für sich zu

⁴⁸² Kompetenzen und Personal erhielt Sauckel vom Arbeitsministerium, Arbeitsämter wurden auch in den besetzten Gebieten eingesetzt, die ihm gegenüber verantwortlich waren. Dazu: Wolf Gruner: Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz, S. 482, 2. Sp., in: Wolfgang Benz, Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997.

⁴⁸³ Berkhoff, Despair, S. 259.

⁴⁸⁴ Ebda., S. 266 f.

⁴⁸⁵ Ebda., S. 259.

⁴⁸⁶ Ebda., S. 260.

⁴⁸⁷ Listen über angeforderte Arbeitskräfte: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 26, List 37 – 41.

gewinnen. Da es keine koordinierende Stelle gab, nahm die Arbeitererfassung zunehmend chaotische Züge an. Eine bedeutende Rolle spielte bei dieser Entwicklung auch die einheimische Stadtverwaltung. Seitdem ihr in den ersten Monaten der Besetzung von der Wehrmacht befohlen worden war, möglichst schnell Arbeitskräfte bereitzustellen, hatte sich bei ihr die Praxis durchgesetzt, willkürlich und unter Zwang Personen zu verpflichten. Auf deren Einwände nahm sie wenig oder gar keine Rücksicht. Zunächst war dieses Verfahren durchaus praktikabel, schließlich beschränkte sich der Bedarf der Wehrmacht auf wenige tausende. Je mehr deutsche Organisationen jedoch in Charkow Ansprüche anmeldeten, desto problematischer gestaltete sich die Erfassung. Charkower arbeiteten nun nicht mehr nur bei der Wehrmacht, sondern auch in Betrieben des Wirtschaftskommandos oder meldeten sich – zu Beginn sogar noch freiwillig – zur Arbeit nach Deutschland. Auf diesen Umstand hätte die städtische Verwaltung eigentlich mit einem veränderten Auswahlverfahren reagieren müssen, das das Beschäftigungsverhältnis der Arbeiter berücksichtigte. Als die Stadtverwaltung jedoch massenhaft Ukrainer aus einheimischen Betrieben zwangsrekrutierte, um sie ins Reich zu schicken, fehlten dem Wirtschaftskommando vor Ort die Fachkräfte. Am 10. Oktober 1942 verfügte die Chefgruppe Arbeit beim Wirtschaftsstab Ost deshalb zur „Anwerbung sowjetrussischer Zivilarbeiter“:

„Die Gefahr der Beeinträchtigung kriegswichtiger Maßnahmen in den Ostgebieten und die Möglichkeit des Abzuges bereits beschäftigter Arbeitskräfte ist namentlich dann gegeben, wenn die Erfassung für das Reich benötigten Arbeitskräfte im Wege des Auflageverfahrens durch die Rayonchefs und Dorfbürgermeister erfolgt.“⁴⁸⁸

Aus Charkow durften aufgrund der den Arbeitsbehörden vorliegenden nicht befriedigten örtlichen Bedarfszahlen im Herbst 1942 keine Arbeitskräfte mehr für den Einsatz im Reichsgebiet abgeworben werden. Ein weiterer Abtransport von Arbeitern nach Deutschland hätte dazu geführt, dass man die Fabriken und Betriebe in der Stadt endgültig hätte stilllegen müssen. In einem Schreiben vom 20. November 1942 wies das Wirtschaftskommando die Werbekommissionen im Bereich Charkow an, die Rayons-

bürgermeister davon in Kenntnis zu setzen, dass die Erfassung von Arbeitskräften mit Beschäftigungsnachweis nicht berechtigt sei.⁴⁸⁹

Um den Arbeitseinsatz in geordnetere Bahnen zu lenken, musste sich jeder Charkower beim Arbeitsamt registrieren. Der Arbeitseinsatz sollte „beweglich bleiben und hat sich den Bedürfnissen der Kriegswirtschaft anzupassen.“⁴⁹⁰ „Beweglich bleiben“ bedeutete in diesem Zusammenhang ein ständiges Hin und Her. Rund einen Monat vor dem Verbot, Arbeiter mit Beschäftigungsnachweis zu erfassen, wurden im Oktober 1942 sämtliche Einheiten in Charkow angewiesen, die bei ihnen beschäftigten Handwerker, soweit sie fachfremd angestellt waren, zu entlassen und der Arbeitsbehörde Charkow zur Verfügung zu stellen.⁴⁹¹

Die Bezirksbürgermeister hatten dafür zu sorgen, dass den Bewohnern in ihrem Distrikt die Aufforderung zum Arbeitseinsatz übermittelt wurde.⁴⁹²

Das Problem der Konkurrenz zwischen den Organisationen blieb weiter bestehen. Als die Wehrmacht beispielsweise im April 1943 Schanzarbeiten durchführen lassen wollte, griff sie auf die Beschäftigten des Wirtschaftskommandos zurück, allerdings ohne vorher dort anzufragen. Sie fing die Arbeiter einfach vor den Betrieben und Fabriken ab und teilte sie in Arbeitskolonnen ein.⁴⁹³ Häufig zogen solche Aktionen gegenseitige Anschuldigungen nach sich und nur selten gelang es, eine Einigung zu erzielen.⁴⁹⁴

⁴⁸⁸ United States Holocaust Memorial Museum, RG-31.01011, Reel 20, Bl. 48. DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 26, List 1 bis 32, siehe dazu insbesondere: List 30.

⁴⁸⁹ United States Holocaust Memorial Museum, RG-31.01011, Reel 20, Bl. 60.

⁴⁹⁰ Wirtschaftskommando Charkow, Gruppe Arbeit vom 28. November 1942, DAKhO R-3080, Opus' 1c, Delo 9, List 33.

⁴⁹¹ Standortkommandanturbefehl Nr. 57, DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 12, List 3, Rückseite.

⁴⁹² Skorobogatov, Charkiv, S. 115.

⁴⁹³ „Es mehren sich täglich die Fälle, dass von Wehrmachtseinheiten die Arbeitskräfte von der Straße aufgenommen werden zu Schanzarbeiten außerhalb der Stadt. Nach angeblichen Weisungen des Leistungsstabs Witt soll dabei auch, falls die nötige Zahl nicht beigebracht wird, auf die Inhaber von Beschäftigungsnachweisen keine Rücksicht genommen werden. Es kommt dadurch häufig vor, dass in Betrieben eine Anzahl Leute zur Arbeit nicht erscheinen ohne dass dem Betrieb eine Kontrolle möglich ist. Dabei liegt die Vermutung nahe, dass auch Arbeitsunwillige, die eine Bescheinigung besitzen, einfach von der Arbeitsstätte fernbleiben unter dem Vorwand, dass sie zu Schanzarbeiten herangezogen würden.“ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 26, List 86.

⁴⁹⁴ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 17, List 4 mit Rückseite; DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 20, List 15.

Die Bedingungen, unter denen die Charkower für das Wirtschaftskommando arbeiten mussten, verbesserten sich erst nach der Rückeroberung der Stadt im Winter 1943. In der deutschen Führung hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass der Krieg nicht ohne Unterstützung zu gewinnen sei. Man verließ sich nun nicht mehr nur auf Zwangsmaßnahmen und Gewaltandrohungen, sondern wollte die Einheimischen über Anreize in Form von Lebensmittelsonderzuteilungen, Lohnerhöhungen und Verbesserung des Arbeitsplatzes zur Mitarbeit bewegen. Das Wirtschaftskommando bemühte sich nun, ihren Lebensstandard anzuheben und ihnen in gewissem Maße ein Gefühl der Achtung entgegenzubringen. Eine erneute Aufforderung zu Schanzarbeiten war beispielsweise verbunden mit einem Aufruf an alle „ukrainischen Arbeiter und Arbeiterinnen“ der Betriebe des Wirtschaftskommandos. Die Teilnahme an den Schanzarbeiten wurde zwar zur Pflicht gemacht, allerdings wurde auch eine Verbesserung der Verpflegung in Aussicht gestellt und versprochen, dass Lohn und Betriebsverpflegung in der Zeit der Schanzarbeiten weiterliefen.⁴⁹⁵ Im Jahr 1942 wäre ein Aufruf, der sich in dieser Art direkt an die Arbeiter richtete, noch undenkbar gewesen. Die Vergünstigungen stiegen im Folgenden in dem Maße an, wie ein Rückzug der Wehrmacht aus Charkow wahrscheinlicher wurde. In einem Werkrundschreiben vom 27. April 1943 kündigte das Wirtschaftskommando Charkow an, wie in den Betrieben die Feierlichkeiten zum 1. Mai begangen werden sollten. Überall sollte demnach vollkommene Arbeitsruhe herrschen. Der Lohn sollte jedoch auch für diesen Tag weitergezahlt werden und Beschäftigte in lebenswichtigen Betrieben, die trotzdem weiterarbeiten mussten, sollten bis zu 200% ihres normalen Gehalts erhalten. Die Werksküchen gaben am 1. Mai Sonderrationen aus und die Arbeiter bekamen Lebensmittelsonderzuteilungen, Theaterkarten und Kohlebezugsscheine. In einem Betriebsappell nach Arbeitsschluss am 30. April hörten die Belegschaften Reden des ukrainischen Direktors und des deutschen kommissarischen Betriebsleiters und sangen zusammen ukrainische Volkslieder.⁴⁹⁶ Ein erhaltener Betriebsappell und eine Rede des

⁴⁹⁵ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 20, List 17.

⁴⁹⁶ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 1 – 6.

kommissarischen Betriebsleiters vom 1. Mai zeigen, wie sehr sich die Deutschen mittlerweile darum bemühten, die Ukrainer zu mobilisieren:

„Der 1. Mai ist in Deutschland als Tag der Arbeit hoher nationaler Feiertag. Der 1. Mai wie ihn Deutschland feiert ist eine Ehrung aller arbeitenden Menschen der Stirn und der Faust. Es marschiert der Professor neben dem Arbeiter, der Bauer neben dem Kaufmann. Der Gemeinschaftssinn hat in Deutschland diese unerhörten Leistungen hervorgerufen, die sich in diesen Jahren des Krieges gezeigt haben. Es ist vor allen Dingen ein Tag der Freude und des Stolzes über die geschaffenen Werke und zugleich ein Tag der Verpflichtungen zu noch größeren Leistungen. Wenn wir heute zusammen diesen Tag feierlich begehen, dann bedeutet dies, dass wir eure ernste freiwillige Mitarbeit am Wiederaufbau erwarten, und dass wir zu den ukrainischen Arbeitern Vertrauen haben.

Die Ukrainer sind unsere Bundesgenossen, unsere Freunde.

Wir sind Europäer.

Zusammen werden wir arbeiten und arbeiten, unsere Soldaten werden unsere Arbeit schätzen.

Je mehr wir uns, jeder einzelne einsetzt, desto schneller und sicherer wird der Friede erkämpft, der uns allen, Ihnen und uns, eine Zukunft und ein Leben mit großen Vorteilen sichert. [...]“⁴⁹⁷

Am 2. Juni 1943 wies das Wirtschaftskommando Charkow alle deutschen Betriebsleiter an, in ihren Werken Kinderkrippen einzurichten, in denen berufstätige Mütter ihre Kinder abgeben konnten. Die Kinder sollten auch ärztlich betreut werden, weiterhin war eine zusätzliche Speisung vorgesehen.⁴⁹⁸ Am 25. Juni 1943, also ca. eineinhalb Monate vor der endgültigen Rückeroberung Charkows durch die Rote Armee, setzte das Wirtschaftskommando sogar fest, dass in einzelnen Betrieben Betriebsärzte zur Betreuung der Arbeiter eingesetzt werden sollten. Dem vorhergegangen war allerdings schon eine Betreuung der Arbeiter durch sog. „Vertrauensärzte“, die jeweils für mehr als einen Betrieb zuständig waren.⁴⁹⁹ Weiterhin wurde den Arbeitern nun bei halber Lohnfortzahlung gewährt, einen Krankenschein zu nehmen und sich bis zu 12 Wochen krank zu melden.

⁴⁹⁷ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 7.

⁴⁹⁸ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 12.

⁴⁹⁹ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 15.

Bei einem Klinikaufenthalt entfielen zwar die Lohnfortzahlungen, stattdessen wurde aber der Krankenhausaufenthalt bezahlt, zur raschen Genesung des Kranken konnte sogar der Verpflegungssatz angehoben werden. Inwieweit diese Neuerungen in den letzten Wochen der Besatzung jedoch wirklich in den Betrieben umgesetzt wurden, ist unklar.⁵⁰⁰

Die Stadtverwaltung wurde bei diesen Maßnahmen vollkommen ausgeklammert. Das Wirtschaftskommando gab alle Anordnungen direkt in die Betriebe weiter und ließ eine Beteiligung der Verwaltung nicht zu.

Mit dem Verlust der Gebiete um Charkow und der Stadt selbst wurden die Mobilisierungsmaßnahmen jedoch wieder zurückgenommen und das Wirtschaftskommando begann mit dem fieberhaften Abtransport von ukrainischen Arbeitern ins Reichsgebiet. Im Bereich des AOK 6 begann das Wirtschaftskommando mit der „planmäßigen und totalen Räumung des Gefechtsgebietes“ und rechnete mit der Rückführung von ca. 200.000 Menschen. Für die Evakuierten wurden 5 Übernahme- bzw. Auffangstellen eingerichtet, in denen auch die Auswahl zum Arbeitseinsatz vorgenommen werden sollte. Vielfach versuchten sich Ukrainer dessen zu entziehen, indem sie sich freiwillig als Hiwis für Schanzarbeiten bei der Wehrmacht meldeten oder sich in die Wälder flüchteten.⁵⁰¹ Bei den Sammelaktionen wurden auch wieder die Stadtverwaltungen und die Hilfspolizei miteinbezogen. Ukrainer wurden von deutschen Soldaten und einheimischer Miliz zu bereitstehenden Waggons eskortiert und abtransportiert.⁵⁰²

Die einheimische Stadtverwaltung verlor insbesondere durch ihre Mitwirkung bei der Organisation des Arbeitseinsatzes in der Bevölkerung sehr an Akzeptanz. Dies lag daran, dass sie hauptsächlich die unpopulären Maßnahmen der Deutschen, wie beispielsweise die Zwangsaushebungen, mit-

⁵⁰⁰ Der Vertrauensarzt spielte hier eine gewichtige Rolle: er schrieb den Arbeiter krank, bzw. wieder gesund, er konnte ihn in eine Klinik überweisen und die Anhebung der Verpflegung veranlassen. Ebenso war er für die Ausgabe von Medikamenten und Verbandstoffen zuständig. Siehe dazu: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 15.

⁵⁰¹ Aus dem Bericht des Wirtschaftstabes Ost für August 1943 über Ergebnisse und Schwierigkeiten bei der Zwangsrekrutierung sowjetischer Arbeitskräfte, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 465 – 467.

⁵⁰² Meldung des Leutnants Adolf Aumann an den Stab der Eisenbahnbau-Abteilung 513 vom 27. August 1943 über brutales Vorgehen der Arbeitsbehörden beim Abtransport ukrainischer Arbeitskräfte, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, S. 463/464.

tragen oder durchführen musste, wohingegen die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder die Anhebung des Lebensstandards im Verantwortungsbereich des Wirtschaftskommandos lagen. Insgesamt übernahm die Verwaltung auch hier nur Handlangerdienste und durfte nicht eigenständig agieren.

3.4.7. Soziale Leistungen und medizinische Fürsorge

Sozialleistungen und Renten fielen ebenso in das Ressort der Stadtverwaltung wie die medizinische Versorgung der Bevölkerung. Aus diesem Bereich hatte sich die Wehrmacht gänzlich zurückgezogen und verwies auf ihren Stadtkommandanturbefehl vom November 1941, nach dem die Stadtverwaltung für alle Belange der Charkower selbst verantwortlich sei. Es lag also an der Stadtverwaltung, Krankenhäuser und Arztpraxen einzurichten sowie für Waisenkinder, Alte und Invalide zu sorgen.⁵⁰³ Die Wehrmacht stellte hier weder Mittel noch personelle Unterstützung in ausreichendem Maße zur Verfügung. Alte oder Behinderte, die nicht mehr arbeitsfähig waren, waren für die deutschen Besatzer unbrauchbar und auch für die Stadtverwaltung standen sie am Ende der Prioritätenliste.

In Charkow gab es während der Besatzungszeit insgesamt 5 Kinder- und 2 Invalidenheime, die latent unterversorgt waren. Es gab weder ausreichend Lebensmittel, noch Arzneien oder Fachpersonal. Die Zuteilungen für die Heime wurden von Verwaltungsmitarbeitern regelmäßig zweckentfremdet, es fehlte an Nahrungsmitteln und Medikamenten. Die Heimkinder streunten in den angrenzenden Parkanlagen herum und aßen dort in ihrer Not Gras und Rinde.

Insbesondere im Winter 1941/42, als der Hunger katastrophale Ausmaße annahm, waren auch die Sterberaten in den Heimen entsprechend hoch. In einem Kinderheim starben von 1.301 Kindern 273.⁵⁰⁴

Von sozialen Einrichtungen konnte hier nicht die Rede sein. Die Stadtverwaltung betrieb die Kinderheime deshalb, um die Kinder, die in den

⁵⁰³ Skorobogatov, Charkiv, S. 162.

⁵⁰⁴ Pohl, Herrschaft, S. 192.

Kriegswirren ihre Eltern verloren hatten und nun vielfach obdachlos waren und bettelten und stahlen, von der Straße zu holen.⁵⁰⁵

Ähnlich schlecht ging es alten und behinderten Menschen. In Charkow lebten laut der Volkszählung von 1941 13.752 Rentner bzw. Pensionäre und 2.160 Witwen, deren Gatten Opfer sowjetischer Repressionen geworden waren. Sie hatten laut der Stadtverwaltung Anspruch auf eine monatliche Pension, die allerdings nicht ausgezahlt wurde. Bei der Lebensmittelrationierung gehörten sie zu dem nichtarbeitenden Teil der Bevölkerung und erhielten dementsprechend entweder eine kleine oder gar keine Zuteilung. Vielfach versuchten diese Menschen bei den Bezirksverwaltungen eine Sonderzuteilung zu erwirken oder auf irgendeine Weise einen Beschäftigungsnachweis zu erhalten. Hier entstand in Charkow eine ähnliche Situation, wie in den Jahren der großen Hungersnot 1932/33. Auch damals war für diese Menschen der Anschluss an eine Kolchose, einen Betrieb oder eine Fabrik überlebenswichtig, denn wie 1941/42 entschied das Beschäftigungsverhältnis darüber, ob und wie viele Lebensmittel man erhielt. Auch die medizinische Versorgung der Bevölkerung war mehr als mangelhaft. 1941 öffneten Arztpraxen und Krankenhäuser nur für die Soldaten der deutschen Armee. Die Kliniken der Stadt waren entweder von der Wehrmacht übernommen worden oder sie mussten ihren Betrieb kurz nach ihrer Neueröffnung wieder einstellen, weil es an Medikamenten und Ärzten fehlte. Die Stadtverwaltung wurde bei den Krankenhäusern, die die Wehrmacht übernahm, angewiesen die notwendigen Spezialisten zu finden, so beispielsweise für eine Klinik für Geschlechtskrankheiten.⁵⁰⁶ Hier wurden Wehrmattsangehörige behandelt, die sich in den örtlichen Bordellen, in denen einheimische Frauen zwangsprostituiert wurden, infiziert hatten.⁵⁰⁷

Die Lage verbesserte sich erst 1943 mit dem Umschwung in der deutschen Besatzungspolitik. Nach der Rückeroberung der Stadt begann die Wehrmacht die Charkower besser zu behandeln, um sie für sich zu gewinnen.

⁵⁰⁵ Rees, Krieg, S. 98/99.

⁵⁰⁶ Es handelte sich um das Krankenhaus in der Ulica Swerdlowa Nr. 47/49, das am 24.11.41 wieder eröffnet wurde. DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 1, List 65 – 65 ob.

⁵⁰⁷ Müller-Ballin, Charkow, S. 16.

So wurde nicht nur für die Arbeiter sondern auch für deren Familien die medizinische Versorgung sichergestellt.⁵⁰⁸ Und auch wenn es der Wehrmacht in erster Linie darum ging, den arbeitenden Teil der Einheimischen auf ihre Seite zu ziehen, so strahlten diese Bemühungen doch auch auf die Hilfsbedürftigen in Charkow aus. Hier war es allerdings in erster Linie der propagandistische Nutzen, der die Wehrmacht zu entsprechenden „selbstlosen“ Maßnahmen bewegte. So stellten die deutschen Stellen im Sommer 1943 der Stadtverwaltung endlich Geld zur Verfügung, um die ausstehenden Pensionen zu zahlen. Im Juni 1943, also zwei Monate vor der Wiederoberung Charkows durch die Rote Armee, erhielten dann 895 Personen von der Charkower Verwaltung eine Pensionszahlung, das waren 11,5%.⁵⁰⁹

Der soziale und medizinische Bereich zeigen wie sehr die Stadtverwaltung von der Unterstützung der Wehrmacht abhängig war. Sie war nur handlungsfähig, wenn sie von der Wehrmacht unterstützt wurde, was die nur tat, wenn es den deutschen Zielen diente. Danach war der Teil der Bevölkerung, der soziale oder medizinische Leistungen in Anspruch nehmen musste und nicht arbeiten konnte, eigentlich überflüssig. Erst im Rahmen einer veränderten Besatzungspolitik kam es zu Zugeständnissen, den größten Teil der Zeit konnten die städtischen Behörden jedoch ohne eigene Mittel das vorhandene Elend nur verwalten und waren nicht in der Lage, an den Zuständen etwas zu ändern.

3.4.8. Bildung

Auch im Bereich Bildung konnte die Stadtverwaltung keine Erfolge verzeichnen. Sie war hier, ebenso wie bei allen anderen Aufgaben, abhängig von der Unterstützung der Besatzer.

Die Wehrmacht erlaubte der Stadtverwaltung die Wiedereröffnung von 23 Grundschulen, alle 137 Mittel-, Fach- und Berufsschulen blieben geschlossen. Im November 1941 wurde die Abteilung für Bildung unter P. P. Dryga gebildet, sie hatte offiziell die Aufgabe, die alten sowjetischen Schulen in neue ukrainische „Volksschulen“ umzuwandeln, in denen Un-

⁵⁰⁸ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 12 f.

⁵⁰⁹ Dazu: Skorobogatov, Charkiv, S. 163.

terricht mit nationalukrainischen Schwerpunkten und Inhalten stattfinden sollte. Im September 1942 hatten gerade 20 Schulen geöffnet, in denen 267 Lehrer und 158 Menschen als Personal arbeiteten. Registriert waren 8.000 bis 9.000 Schüler, davon besuchten allerdings lediglich 60 % tatsächlich den Schulunterricht. Der Rest arbeitete in den Fabriken des Wirtschaftskommandos oder auf dem Land, um die Familien zu versorgen.⁵¹⁰ Viele der nicht registrierten Kinder verwahten, insbesondere wenn die Eltern im Krieg umgekommen waren. Häufig waren sie obdachlos und hielten sich bittend und stehend über Wasser, teilweise arbeiteten sie für die deutschen Soldaten für ein geringes Entgelt.⁵¹¹

Die Abteilung Bildung konzipierte auch neue Schulbücher, die sich zwar an die sowjetischen Lehrbücher anlehnen, das Unterrichtsmaterial aber in proukrainischem Sinne präsentieren sollte. Diese Schulbücher wurden nur als Probeexemplare gedruckt, im Unterricht kamen sie nie zum Einsatz.⁵¹² Die Universität und die 35 technischen und sonstigen Lehranstalten, die in Charkow existiert hatten, blieben geschlossen. Viele der Professoren und Lehrer wurden von der Wehrmacht exekutiert, weil sie Parteimitglieder waren oder weil sie der ukrainischen Intelligenz angehörten oder weil sie Juden waren. Einige verübten aus Angst vor der Wehrmacht Selbstmord, andere verhungerten im Winter 1941/42. Die arbeitslos gewordenen Akademiker lebten oft am Existenzminimum und verdingten sich häufig auf dem Schwarzmarkt.⁵¹³

Den einzigen Erfolg verzeichnete die Stadtverwaltung mit der Eröffnung einer „Prosvita“-Schule am 8. Dezember 1941, in der Lesungen und ukrainische Feiern abgehalten und ukrainische Stücke aufgeführt wurden. Auf Betreiben der nationalistischen Kreise in der Verwaltung war es gelungen hier unter den Augen der Wehrmacht eine national-kulturelle Einrichtung zu schaffen.⁵¹⁴ Von der Herausbildung eines umfassenden Erziehungs- und Bildungswesens kann allerdings keine Rede sein. Die Wehrmacht war auch nicht daran interessiert, die Bildungseinrichtungen wieder

⁵¹⁰ Skorobogatov, Charkiv, S. 164.

⁵¹¹ Müller-Ballin, Charkow, S. 15.

⁵¹² Skorobogatov, Charkiv, S. 165.

⁵¹³ Müller-Ballin, Charkow, S. 16.

⁵¹⁴ Zur Einschätzung der „Prosvita“ in Charkow: Grelka, Nationalbewegung, S. 426 f.

zu eröffnen. Der Bildungsstand sollte in der Ukraine möglichst niedrig gehalten werden, um so eine leicht beherrschbare Bevölkerung zu schaffen. Die Eröffnung einer „Prosvita“-Schule war in diesem Zusammenhang schon ein außergewöhnliches Zugeständnis von Seiten der Wehrmacht, insgesamt zeichneten sich aber die Hauptlinien der deutschen Politik ab. Hochschulen und Universitäten blieben geschlossen und nur Grundschulen wurden eröffnet, um den Ukrainern die notwendigen Grundkenntnisse im Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Die Stadtverwaltung wurde auch hier wieder mit der gleichen proukrainischen Propaganda zur Mitarbeit motiviert. Man versprach ihr, dass in den Schulen nun ein „nationaler“ Unterricht stattfinden dürfe und die Eröffnung der höheren Bildungseinrichtungen nur eine Frage der Zeit sei. Auch hier ließ sich die einheimische Administration zunächst täuschen und mit einbinden und bemerkte erst später, dass die Deutschen nicht die gleichen Ziele verfolgten wie sie.

3.4.9. Medien und Kulturbetrieb

Die Stadtverwaltung war sehr an den Medien und dem Kulturbetrieb interessiert und versuchte wiederholt hier Einfluss zu nehmen. Sie wollte die Medien intensiv zur Beeinflussung der Bevölkerung nutzen und rekurrierte dabei auf den erfolgreichen Einsatz staatlicher Propaganda in der Sowjetzeit. Die deutschen Besatzungsbehörden maßten dem hingegen lange Zeit wenig Bedeutung zu, sie waren nicht an einer verstärkten Propaganda interessiert, da sie zunächst keinen Sinn in einer planmäßigen Indoktrination der Bevölkerung sahen.

In den 1930er Jahren gehörte die staatliche Propaganda zum sowjetischen Alltag. Das Radio und die Presse, sowie der Kulturbetrieb dienten fast ausschließlich dazu, die Meinungen und Weltanschauung der politischen Führung zu verbreiten. Die Parteiführung nutzte die Möglichkeiten, die ihr Rundfunk und Presse boten und organisierte Festveranstaltungen, öffentliche Ansprachen und große Aufmärsche. In den Städten hingen riesige Plakate und Poster mit dem Antlitz Stalins und anderer Parteiangehöriger. Für die sowjetische Bevölkerung gehörte Propaganda zum politischen

Leben und mit dem Abzug der Roten Armee entstand hier eine Lücke, die die Deutschen hätten ausfüllen können.

In der Charkower Stadtverwaltung war man sich aufgrund dessen der Bedeutung einer gut organisierten Agitation bewusst. Über ein Jahrzehnt hatte der Staat den Einheimischen eine Mangelwirtschaft mehr oder minder erfolgreich als sozialistisches Arbeiterparadies verkauft und auf diese Weise seinen Machtanspruch gerechtfertigt und gefestigt. Die Stadtverwaltung unterbreitete der Wehrmacht zu Beginn der Besetzung der Stadt Vorschläge zur Organisation einer zukünftigen prodeutschen Propaganda. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass diese Vorschläge nicht auf dem Hintergrund nationalistischer Ziele entstanden, sondern dezidiert die Machtpolitik der Wehrmacht unterstützen sollten.⁵¹⁵

Die Stadtverwaltung schlug vor, eine gut geführte und vor allem umfassende Propaganda zu einem wesentlichen Bestandteil der zukünftigen deutschen Besatzungspolitik zu machen. Sie verwies darauf, dass Indoktrination ein Bestandteil der Sowjetunion gewesen sei und die Bevölkerung von der Wehrmacht erwarte, dass sie sie mit „Informationen“ versorge. Hier wollte die Stadtverwaltung nach sowjetischem Vorbild vorgehen und den Einsatz aller verfügbaren Medien ins Auge fassen. So sollte beispielsweise schon vor der Eroberung einer Stadt über das Radio die „Befreiung vom Bolschewismus“ verkündet und über Flugblätter dazu aufgerufen werden, sich gegen die sowjetischen Machthaber zu erheben. Neben der Herausgabe von Zeitungen sollte über weitere Flugblätter, über Maueranschläge and großflächige Plakate das Ende der Sowjetunion und der Anbruch einer neuen Zeit verkündet werden. Eine Beschränkung beispielsweise nur auf Maueranschläge, so argumentierte die Stadtverwaltung, würde die Erwartungen in der Bevölkerung nicht erfüllen und käme einer medialen Unterforderung gleich. Inhaltlich sollten Themen wie „die deutsche Armee als Befreier“, „die Verbrechen Stalins“ und „die Dankbarkeit des ukrainischen Volkes“ aufgegriffen werden. Möglichst alle Verbrechen des NKVD sollten öffentlich gemacht und immer wieder dar-

⁵¹⁵ DAKhO, Fond R-1982, Opis' 1, Delo 23, List 10.

auf hingewiesen werden, dass die Zeit der „jüdisch-bolschewistischen“ Diktatur nun vorbei sei.

„Die Wiederbelebung des kulturellen ukrainischen Lebens“ wurde in diesem Zusammenhang erst als letztes genannt und hier schränkte die Verwaltung ein, dass dies in diesem Stadium der Besetzung für die Ukrainer auch noch nicht von allzu großer Bedeutung sei.⁵¹⁶

Die Wehrmacht zeigte wenig Interesse an den Vorschlägen der Verwaltung. Sie hatte nicht vor, die Bevölkerung über die „Vorteile“ der deutschen Besatzungsherrschaft zu informieren. Die internen „Lebensraum“-pläne sahen ohnehin keine eigenständige Zukunft für die Ukrainer vor, weshalb hier auch keine größeren propagandistischen Anstrengungen unternommen werden sollten. Die Befriedung Charkows trieb die 6. Armee nicht durch gezielte Agitation sondern durch Abschreckungsmaßnahmen voran, weshalb sie die Empfehlungen der Stadtverwaltung als zu umfassend und zeitraubend zurückwies. Bei der Propaganda beschränkte sich die deutsche Kommandantur auf ein paar öffentliche Ansprachen und Maueranschläge, die gebräuchlichen Formeln von der „Befreiung vom Bolschewismus“ mischte man dabei mit indirekten Drohungen gegen jede Form der Auflehnung. Die öffentliche Bekanntmachung der Wehrmacht zu Beginn der Besetzung der Stadt zeigt, mit wie wenig Fingerspitzengefühl die zuständigen deutschen Stellen vorgingen:

„1. Die Deutsche Wehrmacht hat Euch von dem Bolschewismus befreit. Sie wird gemeinsam mit Euch das Land und seine Wirtschaft wieder aufbauen. Hierzu wird die tatkräftige Mithilfe eines jeden Bewohners gefordert. [...] Bei wem noch Waffen gefunden werden, wird erschossen. [...] Wer gegen diese von der Deutschen Wehrmacht ausgegebenen Befehle verstösst, wird erschossen.“⁵¹⁷

Die einleitenden Sätze zur „Befreiung“ klangen eher schematisch und angesichts der mehrfach angedrohten Todesstrafe, musste bei den Charkowern zwangsläufig der Eindruck entstehen, dass es sich hier eben nicht um eine „Befreiung“ handelte, sondern nur um einen Wechsel der Gewaltherrscher.

⁵¹⁶ DAKhO, Fond R-1982, Opus' 1, Delo 23, List 10 – 14.

⁵¹⁷ DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 2, List 26.

Bei der Presse beschränkte man sich auf die Herausgabe der Besatzungszeitung „Nova Ukrajina“ (Neue Ukraine), die über den gesamten Zeitraum der Besetzung in Charkow erschien. Solche Zeitungen waren in der Ukraine unter den Deutschen durchaus verbreitet. Bei der „Nova Ukrajina“ handelte es sich um eine von fast 70 ukrainischen Publikationen, die – laut Mitteilung des Ministeriums Rosenberg vom 14. Juni 1942 – im Reichskommissariat Ukraine und in den besetzten Gebieten erschienen. Nach Angaben des Deutschen Nachrichtenbüros in Rovno betrug ihre Gesamtauflage Ende 1942 500.000 Exemplare.⁵¹⁸ Proukrainische Zeitungen wie die „Nova Ukrajina“ konnte man hauptsächlich in den Städten der Ukraine erwerben, auf dem Land war es weitaus schwieriger, Zeitungen oder Journale zu kaufen. Die „Nova Ukrajina“ erschien drei bis viermal wöchentlich zunächst in Charkow und dann auch in Poltava. Es handelte sich bei ihr, wie bei allen anderen Zeitungen auch, um Lokalblätter, die von den jeweiligen einheimischen Verwaltungen bzw. den angegliederten Redaktionen herausgegeben wurden. Eine überregionale Zeitung, die man in der gesamten Ukraine kaufen konnte, gab es nicht. Am bekanntesten war wohl noch die „Nove Ukrajinske Slovo“ (Neues Ukrainisches Wort) und auch eine deutschsprachige Zeitung existierte, die „Deutsche Ukraine Zeitung“. Je nach dem wo die Zeitschriften erschienen, unterstanden sie unterschiedlichen deutschen Stellen. Die im Reichskommissariat herausgegebene Presse unterlag der Kontrolle der deutschen Propagandaabteilung, die dafür sorgte, dass der Schwerpunkt der „Berichterstattung“ neben Antibolschewismus auf Antiamerikanismus und Antisemitismus lag. Die in der Ostukraine erscheinenden Zeitungen waren hingegen den zuständigen Wehrmachtsstellen untergeordnet.

Die „Nova Ukrajina“ wurde von der Militärverwaltung in Charkow kontrolliert, sie gehörte zur Propagandaabteilung der Stadtverwaltung, die mit dem bereits erwähnten V. V. Kryvenko einen Nationalisten als Leiter hatte. Sie durfte im Gegensatz zu den Zeitungen in der Westukraine auch dezidiert proukrainische Artikel veröffentlichen und sich zum Nationalismus bekennen. Bereits die Aufmachung der Zeitung zeigte, dass es sich

⁵¹⁸ Eine Liste aller in der Ukraine erschienen Zeitungen und Zeitschriften bei: Ilnyckyj, Ukraine, S. 286 f.

um ein nationalukrainisches Blatt handelte. Die Titelseite jeder Ausgabe schmückte ein goldener Dreizack, der Trysub, das Wappen der Ukraine, und ein Petljura-Zitat. Darüber hinaus bekannte sich die Redaktion bereits in der ersten Ausgabe zur ukrainischen Nationalbewegung. Die Zeitungsmacher konnten unter den Augen der Wehrmacht Artikel mit antibolschewistischem und nationalistischem Inhalt veröffentlichen und relativ frei über eine zukünftige Ukraine schreiben. Unter Erich Koch wäre eine solche Zeitung unmöglich gewesen. Für die „Nova Ukrajina“ arbeiteten 68 offiziell eingestellte Journalisten, darüber hinaus gab es eine ukrainische Autoren-genossenschaft mit 26 Mitarbeitern. Für den Leiter der Propagandaabteilung Kryvenko war die Herausgabe der Zeitung ein ständiges Va-banquespiel, denn mit seinen dezidiert nationalistischen Artikeln stellte er die Geduld der Wehrmacht mehrmals auf die Probe. Auch er begriff die Presse als ein mächtiges Propagandainstrument, mit dem man entscheidend Einfluss auf die Bevölkerung nehmen konnte.⁵¹⁹ Kryvenko arbeitete bis zum März 1943 für die Stadtverwaltung, dann schaffte die Wehrmacht die Propagandaabteilung ab, was teilweise auch darauf zurückzuführen war, dass Kryvenko zu sehr Einfluss auf die Gestaltung der Propaganda hatte nehmen wollen.

Die Zeitungen in der Ukraine sind, auch wenn sie zumindest in den besetzten Städten fast flächendeckend herausgegeben wurden, ein gutes Beispiel für die schlecht organisierte deutsche Propaganda. Zunächst einmal unterstanden die Zeitungen keiner zentralen Kontrolle. Auch wenn im Reichskommissariat eine Propagandaabteilung die Herausgabe und die Inhalte kontrollierte, so war dies in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten abhängig vom jeweiligen Militärbefehlshaber. Dies hatte zur Folge, dass Umfang, Inhalt und Erscheinungsrhythmus voneinander divergieren konnten. So war es kaum möglich eine Generallinie zu verfolgen oder durch groß angelegte und zeitgleich publizierte Propagandaaktionen das Zeitungswesen zu einem effektiven Medium der deutschen Agitation zu machen.

⁵¹⁹ Zahl der Mitarbeiter und Aufmachung der Zeitung, Grelka, Nationalbewegung, S. 428.

Ein weiterer entscheidender Fehler war es, die Zeitungen in der gesamten Ukraine auf Ukrainisch erscheinen zu lassen. Insbesondere in den ukrainischen Metropolen wurde hauptsächlich Russisch gesprochen und das Ukrainische nicht, wie Ostminister Rosenberg glaubte, vom russischen Sprachdiktat unterdrückt. In Kiev, Charkow oder Dnipropetrowsk war es die Bevölkerung gewohnt, russischsprachige Zeitschriften zu konsumieren.⁵²⁰

Weiterhin kümmerten sich die Redaktionen zunächst wenig um die Veröffentlichung von Leserbriefen. Hierbei handelte es sich um eine zentrale Rubrik in der vormals sowjetischen Presse, in der man den Lesern augenscheinlich die Möglichkeit gegeben hatte, ihre Meinungen kundzutun.

Das Interesse der ukrainischen Bevölkerung an Zeitungen und damit an Neuigkeiten über die deutsche Besatzung war im Sommer 1941 zunächst sehr hoch, es nahm jedoch aufgrund der o. g. Gründe in den folgenden Monaten recht schnell ab.

Mit dem Einsetzen der Arbeiteranwerbung Ende 1941 intensivierten die Deutschen in der Ukraine ihre Propagandabemühungen und begannen in den Zeitungen für die Arbeit im Reichsgebiet zu werben. Die „Nova Ukrajinä“ forderte ihre Leser dazu auf, nach Deutschland zu gehen und versprach ihnen dort einen qualifizierten Arbeitsplatz und einen hohen Lebensstandard. Ab 1942 veröffentlichte die Zeitung in jeder Ausgabe gefälschte Briefe ukrainischer Arbeiter aus Deutschland, in denen sie die Arbeits- und Lebensbedingungen im Reich lobten.⁵²¹

Aber auch in anderen Bereichen wurde nun verstärkt Agitation betrieben. In Charkow stieg, wie auch in anderen Städten der Ukraine, die Zahl der Plakate und Broschüren, die zur Arbeit in Deutschland aufforderten. Auf großflächigen Plakaten wurden die Ukrainer nun über die „hervorragenden“ Bedingungen informiert,⁵²² in den Betrieben und in Kinos wurde vor dem Hauptfilm der Propagandafilm „Komm ins schöne Deutschland“ gezeigt, der lachende und singende junge Ukrainer auf dem Weg zu einem

⁵²⁰ Zur Situation der Zeitungen in der gesamten Ukraine, hauptsächlich RK: Berkhoff, *Despair*, S. 192.

deutschen Bauern zeigte, der sie herzlich begrüßte. Auch deutsche Wochenschauen wurden mit ukrainischen oder russischen Untertiteln ausgestrahlt, außerdem Propagandafilme wie „Jud Süß“ oder die „Juden und das NKVD“.⁵²³ Ab Ende 1942 wurden Ukrainer von der deutschen Propaganda in der Ukraine eingesetzt, die behaupteten, sie seien Ostarbeiter auf Urlaub und vom „deutschen“ Paradies auf Marktplätzen und vor Kinovorführungen berichteten. Den Ukrainern versprach man Ausbildungsmöglichkeiten, einem hohen Lebensstandard und guten Lohn und behauptete, mit der Arbeit in Deutschland würden sie ihrem Vaterland einen Dienst erweisen. Hier sind, nebenher bemerkt, durchaus Parallelen zu den Kampagnen in der Sowjetunion zu erkennen, die im Rahmen ihrer Großbauprojekte Menschen für die Arbeit in den Randregionen begeistern wollte, indem sie an ihre patriotischen Gefühle appellierte. Die deutsche Propaganda übernahm ab 1942 teilweise sowjetische Parolen und stellte Deutschland teilweise sogar als Land des „wirklichen Sozialismus“ dar.⁵²⁴ Auch das Radio kam verstärkt zum Einsatz und zweimal wöchentlich wurde die Propagandasendung „Schau auf die Zukunft“, in der u. a. Fortschritte in der Landwirtschaft angepriesen wurden, ausgestrahlt. Die Anwerbeaktionen hatten nur zu Beginn Erfolg; als zurückgekehrte Ostarbeiter von den wahren Zuständen in den deutschen Fabriken berichteten, waren die meisten Ukrainer nicht mehr bereit, nach Deutschland zu reisen, um dort zu arbeiten. Die Folge waren die bereits beschriebenen Zwangsanwerbungen, die insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 umfassende Ausmaße annahmen.⁵²⁵

⁵²² Siehe dazu: Washington Holocaust Memorial Museum, RG - 31.01011, Reel 21. Die Broschüren und Werbungen ähneln z. T. Comics, die in Bildsprache erklären, was die Ukrainer an Vorteilen in Deutschland erwarten würde.

⁵²³ Die Nationalsozialisten betrieben hier eine ähnliche Filmpolitik wie im Reich: Berkhoff, Despair, S. 190/197.

⁵²⁴ „Wir senden unseren Gruß aus Deutschland! So leben die ukrainischen Arbeiter in Deutschland.“ Propagandertext einer Postkarte, zit. n.: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 15, List 33; weiterhin für Charkow: Ebda., Skorobogatov, Charkiv, S. 113; Für die Ukraine insgesamt: Berkhoff, Despair, S. 254 f.

⁵²⁵ Berkhoff, Despair, S. 256. Als man allerdings den Ostarbeitern erlaubte, zunächst Briefe und dann Postkarten zu schreiben, berichteten diese den Daheimgebliebenen über die menschenunwürdigen Zustände unter denen sie in Deutschland arbeiteten. Auch wenn der SD glaubte, viele der negativen Briefe abgefangen zu haben, so konnte doch ein Großteil der Briefe in die Heimat gelangen. Vielfach benutzten die Ostarbeiter Codes, um ihre Verwandten die Zustände in Deutschland zu erklären. So schrieb beispielsweise ein

Zunächst setzte die Wehrmacht jedoch noch auf die Freiwilligkeit der Bevölkerung und auch die einheimischen Verwaltungen wurden beim anlaufenden Arbeitseinsatz angehalten, in Reden und Verlautbarungen die Vorteile der Arbeit in Deutschland hervorzuheben und zu loben.

Darüber hinaus wurden die einheimischen Administrationen bei der Organisation von Festen und Feiern miteingebunden. Die Charkower Stadtverwaltung war beispielsweise für die Mitgestaltung der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Eroberung Charkows verantwortlich. So sollte sie für entsprechenden Schmuck in den Amtsräumen, auf öffentlichen Plätzen und Straßen sorgen. Der Bürgermeister teilte dies den Bezirksvorstehern in einem Schreiben kurz vor dem Jahrestag mit:

„[...] Überprüfen sie unverzüglich in ihrem Stadtteil, ob in den Hausverwalterbüros vorhanden sind: Zwei Fahnen, die deutsche und unsere, ein Porträt des Führers – unseres Befreiers – in schönem Rahmen mit Glasscheibe. Erteilen Sie den Befehl, die Fahnen und Porträts zusammen mit dem anderen Schmuck nicht nur in den Räumen aufzuhängen, sondern auch auf den Straßen ihres Stadtteils.“⁵²⁶

An solchen öffentlichen Feiern, lobten die ukrainischen Stadtoberhäupter und Vertreter der deutschen Militäradministration in Reden und Vorträgen die deutschen „Befreier“ und ihre Leistungen. Diese offensichtlichen Propagandaveranstaltungen waren vor allen Dingen deshalb meist gut besucht, weil die Wehrmacht die Einheimischen zur Teilnahme teilweise verpflichtete.⁵²⁷

Obwohl die deutsche Propaganda 1942 intensiviert wurde, blieb sie doch in weiten Teilen ineffektiv. Das lag vor allem daran, dass sie sich fast ausschließlich auf das Feld des Arbeitseinsatzes richtete. Andere Bereiche des öffentlichen Lebens wurden fast vollkommen ausgeklammert und die Deutschen versuchten mit immer wiederkehrenden Parolen die Ukrainer zu überzeugen, nach Deutschland zu gehen. Die Einheimischen durchschauten recht schnell die wahren Absichten der Deutschen und sahen in der Propaganda nichts weiter, als den gezielten Versuch der Beeinflus-

Ostarbeiter, in Deutschland „lebe man wie die Schewchenkos“, eine arme Familie aus dem Dorf seiner Eltern. Ebda., S. 259.

⁵²⁶ DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 23, List 17.

⁵²⁷ Siehe zum Besuchszwang: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 23, List 17.

sung. Die Möglichkeiten, die eine unterschwellige oder umfangreiche Agitation geboten hätte, nutzte das Dritte Reich nicht, obwohl man in Deutschland ja durchaus einträgliche Erfahrungen mit einer gezielten, alle Bereiche des Lebens umfassende Indoktrination der Bevölkerung gemacht hatte. Dass man mit einer abgestimmten und den Verhältnissen entsprechenden Propaganda weitaus erfolgreicher seine politischen Ziele hätte durchsetzen können, erkannte selbst das deutsche Nachrichtenbüro im westukrainischen Rovno (Rivne). Ende 1942 legte man dort einen Bericht vor, in dem festgestellt wurde, dass „die Bolschewisten nach ihrem Abzug aus der Ukraine ein politisch-propagandistisches Vakuum hinterlassen“ hätten: „Der politisch-propagandistische Apparat der Sowjets in der Ukraine war sehr stark ausgebaut und verfügte über eine große Schlagkraft.“ Diese Schlagkraft des sowjetischen „weit verzweigten Presse- und Rundfunknetzes“ hätte wiederhergestellt werden müssen, um die Bevölkerung umfassend beeinflussen zu können.⁵²⁸ Im Endeffekt war diese Feststellung einer deutschen Stelle der Aussage nach dasselbe, was die Charkower Stadtverwaltung im Herbst 1941 der Wehrmacht geraten hatte.

In Charkow hätten dem Militär vielfältige Möglichkeiten zur Verfügung gestanden, um einen entsprechenden Apparat nach sowjetischem Vorbild wieder aufzubauen. Neben Zeitung und Radio boten sich in Charkow zahlreiche Museen, Bibliotheken, Galerien und Schauspielhäuser an, um die Bevölkerung nachhaltig zu beeinflussen. Zusammen mit der Stadtverwaltung hätte die deutsche Kommandantur beispielsweise einen prodeutschen Kulturbetrieb etablieren können, es geschah jedoch nichts dergleichen. In der zuständigen Abteilung in der Stadtverwaltung waren, wie in so vielen Bereichen, zu Beginn der Besetzung die Erwartungen hoch. So hoffte man ukrainische Theaterstücke, Opern und Schauspiele aufführen und so die ukrainische Kultur der Bevölkerung nahe bringen zu können. Zwar wurden von ihr unter der Aufsicht der deutschen Stellen Schauspielhäuser und Galerien wieder geöffnet, allerdings fanden kaum Ausstellungen oder Aufführungen statt. Die Stadtverwaltung konnte kaum das ständige Personal bezahlen, für weitere ausgreifende Engagements fehlten die finanziel-

⁵²⁸ Ilnytkyj, Ukraine, S. 289.

len Mittel.⁵²⁹ Im Gegensatz dazu organisierte die Wehrmacht für die zahlreichen Deutschen in der Stadt ein umfassendes Kulturangebot mit Theateraufführungen und Kinofilmen. Neben den Wehrmachtssoldaten und den SS-Einheiten lebten in Charkow die Angehörigen des Wirtschaftskommandos und Abgesandte und Spezialisten deutscher Bauunternehmen.⁵³⁰ Diese Klientel legte allerdings meist Wert darauf, möglichst wenig mit den Einheimischen in Kontakt zu kommen, Restaurants und Gaststätten waren teilweise mit dem Hinweis „Nur für Deutsche“ versehen. Insgesamt hatte das Ukrainische im öffentlichen Raum wenig Platz. Die Straßen- und Hinweisschilder in der Charkower Innenstadt waren auf Deutsch, ebenso wie die Beschriftungen an den öffentlichen Gebäuden.⁵³¹ Es entwickelte sich in Charkow eine Art deutsche Parallelgesellschaft. Teilweise ließen Offiziere ihre Familien nachkommen und Deutsche eröffneten in der Stadt z. T. sogar Läden und Restaurants. Die Frauen übernahmen schnell das Benehmen ihrer Ehemänner und behandelten die Ukrainer abschätzig. Wenn ihnen beispielsweise bestimmte Wohnungen gefielen, sorgten sie dafür, dass die Einheimischen kurzerhand ausquartiert und auf die Straße gesetzt wurden.⁵³² Es gab spezielle Lebensmittel- und Bekleidungsgeschäfte für Deutsche sowie Nachtclubs und Bordelle. Die Charkower versuchten, an diesem „Kriegstourismus“ zu partizipieren und einige bemühten sich bei der Stadtverwaltung darum, Konzessionen für die Eröffnung eines Geschäftes, eines Cafes oder einer Wirtschaft zu erhalten.⁵³³

Erst nachdem immer mehr Ukrainer gezwungenermaßen für das Reich und die Wehrmacht arbeiteten und die Kriegslage es 1943 notwendig

⁵²⁹ Skorobogatov, Charkiv, S. 165.

⁵³⁰ Siehe dazu beispielsweise die Tätigkeit des Bauunternehmens Theodor Haage aus Kaiserslautern oder die Unternehmungen der Firma Vianova oder Friedrich-Krupp in Charkow: DAKhO, Fond R-3164, Opis' 1, Delo 119, List 50, 112, 144.

⁵³¹ „[...] Überall standen noch deutsche Verbotsschilder: Parken verboten, dies verboten und das verboten. Auch die Verkehrszeichen waren auf Deutsch, und an einem Haus befand sich noch das ominöse Schild: Arbeitsamt Charkow. [...]“, Auszug aus Werth, Russland, abgedruckt in: Müller-Ballin, Charkow, S. 14.

⁵³² Ebda., S. 16. Insbesondere zu den Frauen: „[...] Und die deutschen Frauen waren ekelhaft. Sie benahmen sich, als seien sie hier zu Hause. Viele hundert deutsche Frauen gab es hier. Die deutschen Familien setzten sich in die besten Restaurants ... Wer von uns eine hübsche Wohnung hatte, konnte sicher sein, dass er sie nicht lange behielt...[...].“

machte, sich das Wohlwollen dieser Klientel zu sichern, begann die Wehrmacht damit, auch für die Einheimischen in Ansätzen ähnliche Angebote zu schaffen. Teilweise wurden wieder ukrainische Stücke aufgeführt und Theaterkarten an Arbeiter der Wirtschaftskommandobetriebe ausgegeben.⁵³⁴ Die Stadtverwaltung spielte auch hierbei wieder nur eine marginale Rolle. Im Endeffekt wurde sie von der Wehrmacht über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens nur soweit in Aufgaben involviert, wie es die jeweilige Situation notwendig machte. Wenn eine Angelegenheit an Gewicht gewann, wurde der Stadtverwaltung schnell und umfassend die Vollmachten entzogen. Auch im Bereich der Medien und der Kultur durften die Stadtverwaltung und die ihr angegliederte Presse solange reden und schreiben, wie ihre Aussagen keine politische Brisanz hatten. Artikel über eine ukrainische Kultur oder Nation wurden hingenommen, solange sie nicht mit politischen Absichten verknüpft waren. Als sich die propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung als opportun erwies, war es die Wehrmacht die auch hier wieder das Ruder übernahm und die Stadtverwaltung, die dabei das Nachsehen hatte.

3.4.10. Korruption und Veruntreuung

Korruption und Veruntreuung in den eigenen Reihen waren für die Stadtverwaltung über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens ein Problem. Viele Mitarbeiter veruntreuten Gelder aus der Stadtkasse, ließen sich bestechen oder nutzten ihre Stellung im Verwaltungsapparat auf andere Art und Weise aus, um sich zu bereichern. So machten viele Verwaltungsangestellte mit ihren Kontakten private Geschäfte, verkauften Lebensmittelrationen oder ließen sich bezahlen für die Vergabe einer Wohnung. In einem Fall renovierte ein Bezirksbürgermeister sein Haus auf Kosten der Stadtkasse, in einem anderen Fall schafften Verwaltungsmitarbeiter LKW-Ladungen von Verbrauchsgegenständen aufs Land, um sie dort gegen Lebensmittel einzutauschen.⁵³⁵ Die Ukrainer flogen meist auf, weil sie von

⁵³³ Neben Ukrainern waren es in Charkow auch vielfach Armenier, die Restaurants und Nachtclubs betrieben. Weiteres dazu bei: Ebda., S. 16.

⁵³⁴ Siehe dazu die bereits erwähnten Feierlichkeiten zum 1. Mai 1943, DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 10, List 1 – 6.

⁵³⁵ Siehe zu den Fällen von Veruntreuung und Bestechung: Ebda., S. 167.

der Wehrmacht oder dem Wirtschaftskommando überführt wurden, aber auch die Stadtverwaltung verfolgte sie.

Mit der bereits erwähnten Kontrollkommission versuchte zunächst Kramarenko, dann später Semenenko den Filz in der Verwaltung zu bekämpfen, der zweite Bürgermeister erließ sogar noch weitere Maßnahmen gegen die Korruption.⁵³⁶ Im Mai 1942 verbot er seinen Untergebenen die Ausübung einer Nebentätigkeit und drohte bei Verstößen mit sofortiger Kündigung.⁵³⁷ Teilweise verbanden die Verwaltungsangestellten ihren Beruf mit einem privaten Kleingewerbe: was sie auf der Arbeit beiseite schaffen konnten, verkauften sie auf dem Schwarzmarkt.

Auch die Zahlen zur Verfolgung der Korruption sprechen eine klare Sprache. In den 20 Monaten des Bestehens der Verwaltung wurden von der Kontrollkommission 150 Revisionen durchgeführt, 32 Verfahren wurden angestrengt, 38 Disziplinarstrafen verhängt und in 7 Fällen wurden die Verurteilten inhaftiert.⁵³⁸ Das bedeutete, dass im Schnitt ca. alle vier Tage eine Revision anstand und bei einer durchschnittlichen Mitarbeiterzahl von 1.800 jeder vierzigste Verwaltungsmitarbeiter wegen Korruption belangt und verurteilt wurde.

Die Gründe für diese Zustände liegen klar auf der Hand. Zunächst einmal war die Stadtverwaltung kaum in der Lage, die eigenen Mitarbeiter angemessen zu versorgen. Der ständig herrschende Mangel korrumpierte die Mitarbeiter der Verwaltung zusehends, in besonderen Notlagen, wie beispielsweise in der Hungersnot im Winter 1941/42 konnte es zur Überlebensfrage werden, ob man seinen Posten für eigene Zwecke ausnutzte. Natürlich waren auch niedere Beweggründe wie Profit- oder Geldgier ausschlaggebend, die Korruption in der Verwaltung nahm ihren Anfang nämlich nicht erst im Winter 1941/42, sondern setzte in Teilen bereits kurz nach ihrer Einrichtung ein. Es ging also nicht immer nur um das nackte Überleben, sondern durchaus auch um Selbstbereicherung. Auch die zunehmende Verrohung der Gesellschaft auf dem Hintergrund des ständig herrschenden Ausnahmezustandes unter deutscher Besatzung trug ihren

⁵³⁶ Bericht der Arbeit der Revisionsabteilung, Mai 1943, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 15, List 23, 24.

⁵³⁷ Skorobogatov, Charkiv, S. 168.

Teil dazu bei, dass viele Verwaltungsangestellte wenig oder gar kein Rechtsempfinden an den Tag legten, wenn es darum ging, die eigenen Vorteile zu sichern.

Am Schwersten wiegt allerdings die Tatsache, dass die Stadtverwaltung ihren Mitarbeitern eigentlich nicht viel zu bieten hatte außer der Möglichkeit der Selbstbereicherung. Sie wurden nicht nur schlecht bezahlt, darüber hinaus war ihr Arbeitgeber auch kaum in der Lage ihre Interessen oder die der übrigen Bevölkerung ausreichend vor der Wehrmacht zu vertreten. Für eine „Karriere“ kam die Stadtverwaltung für die meisten Beschäftigten nicht in Frage und politische Ziele verfolgten vor allen Dingen die Verwaltungsspitze und die Bürgermeister. Hinzu kam, dass die meisten Verwaltungsangestellten ab 1942 auch in der Bevölkerung nicht mehr sonderlich beliebt waren. Dies hatte natürlich auch damit zu tun, dass viele sie für korrupt hielten, aber vor allen Dingen mit den anderen unpopulären Maßnahmen der deutschen Besatzungspolitik, die die Verwaltung mitgetragen hatte. Warum sollte sich also ein Verwaltungsangestellter abmühen, wenn sein persönliches Ansehen ohnehin mehr oder minder ruiniert war? Kurz gesagt, die Situation in der Verwaltung verführte mehr oder minder zum Amtsmissbrauch.

Für Semenenko hatte die anhaltende Korruption auch noch einen anderen Grund. In einem Schreiben an den SD rechtfertigte er 1942 die Zustände damit, dass diese Art von Amtsführung vielfach der Stil sei, „bolschewistisch zu arbeiten“.⁵³⁹ Auch wenn dies in erster Linie als politisches Statement gegen die Administration in der UdSSR zu werten ist, so hatte diese Aussage auch einen konkreteren Hintergrund. Auch in der Sowjetunion waren Verwaltungen durchsetzt von korrupten Beamten und Seilschaften und ihre Arbeit wurde beeinflusst von persönlichen Bekanntschaften. Wie bereits dargelegt hatte sich auch während der Hungersnot 1932/33 in Charkow ein Schwarzmarkt etabliert, der, wie der Schwarzmarkt in den Jahren unter deutscher Besatzung, von der Verwaltung kräftig mitbeliefert worden war. Es zeigt sich, dass bestimmte Verhaltensweisen und Reaktionen bereits in der Sowjetunion in der Verwaltung vorhanden waren und

⁵³⁸ Zu den Zahlen: Ebda., S. 168.

⁵³⁹ Ebda., S. 167.

sich nicht erst unter der deutschen Besatzung entwickelten. Da es in den untersten Chargen der Verwaltung scheinbar personelle Kontinuitäten gab, ist nicht auszuschließen, dass sich diese Mitarbeiter unter deutscher Besatzung ähnlich verhielten, wie sie es bereits unter sowjetischer Herrschaft getan hatten.⁵⁴⁰

Es ist nicht verwunderlich, dass die Korruption den negativen Eindruck verstärkte, den die einheimische Bevölkerung ohnehin schon von der Verwaltung hatte. Sie sahen in ihr den Handlanger der Wehrmacht und fühlten sich von den Verwaltungsmitarbeitern vielfach ausgenutzt und hintergangen. Für die meisten Charkower waren sie keine Hilfe, sondern nur ein notwendiges Übel, dass man bei offiziellen Anliegen, wie beispielsweise Passangelegenheiten, aufsuchen musste.

Weiterhin machte es die Korruption den Bürgermeistern noch schwerer, eigene Interessen und Ziele vor der Wehrmacht zu vertreten oder durchzusetzen. Nicht nur, dass ihre Anliegen vor dem Hintergrund eines korrupten Apparats von den deutschen Stellen ohnehin nicht ernst genommen wurden, sie waren darüber hinaus auch noch gezwungen einen Teil ihrer personellen Ressourcen abzustellen, um gegen interne Missstände vorzugehen und konnten ihr Personal nicht an anderer Stelle einsetzen. Semenenko gestand der Wehrmacht im Frühjahr 1942 ein, dass er „seine“ Verwaltung bzw. die internen Missstände nicht mehr unter Kontrolle hätte. Grundlegende Ziele, wie beispielsweise die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, die ohnehin kaum erreicht werden konnten, wurden noch zusätzlich von korrupten Verwaltungsangestellten sabotiert.

⁵⁴⁰ Zu den vormals sowjetischen Mitarbeitern in der Verwaltung äußert sich Semenenko in seinem Brief an den SD im Mai 1942, weiteres dazu bei: ebda., S. 167.

4. Motivationen, Wahrnehmungen und Funktionalität der einheimischen Verwaltung

4.1. Motive und Interessengruppen

4.1.1. Das nationalistische Milieu

Nationalismus bzw. die Hoffnung darauf, dass in naher Zukunft ein ukrainischer Nationalstaat entstehen könnte spielten eine nicht unbedeutende Rolle bei der Entscheidung in der Stadtverwaltung zu arbeiten. Insbesondere die Führungsriege der Verwaltung war politisch national eingestellt und verknüpfte ihre Arbeit damit, national-ukrainische Interessen zu vertreten und durchzusetzen.

Sucht man nach der Quelle dieses Nationalismus in Charkow, wird man kaum bei den Marschgruppen der OUN fündig. Der Nationalismus war kein „Import“ aus dem westlichen Europa, den OUNler, die 1941 parallel zum Vormarsch der Wehrmacht in die Ukraine eingesickert waren, mitgebracht und verbreitet hatten. Der Charkower Nationalismus und damit auch die Gruppen, die ihn vertraten, hatten eine eigene, sehr selbstständige Tradition und Ausprägung.

In den Zeiten des Bürgerkriegs hatte sich in Charkow eine nationalistische Zelle gebildet, die die Gründung eines ukrainischen Nationalstaates verfolgte. In der sowjetischen Nationalitätenpolitik, der Korenizacija der 1920er Jahre sahen die Nationalisten noch eine Chance, am politischen Leben zu partizipieren, unter Stalin wurden sie jedoch in den 1930er Jahren zunehmend verfolgt und repressiert. Viele beendeten aus Angst oder Hoffnungslosigkeit ihre politischen Aktivitäten und zogen sich in die innere Emigration zurück. In den folgenden Jahren stiegen ihr Hass und ihre Verachtung auf das sowjetische System, das weder Kritik noch eine Verwirklichung ihre politischen Ideale zuließ. Die deutsche Expansionspolitik eröffnete dieser Klientel völlig neue Perspektiven. Sie waren nicht nur plötzlich von der politischen Verfolgung durch die Sowjetmacht befreit, sondern hatten nun endlich scheinbar wieder die Chance, im politischen Tagesgeschehen mitzuspielen. Insbesondere in den ersten Monaten der Besatzung vermittelten die Deutschen den Eindruck, dass sie und ihre

nationalistischen Vorstellungen ernst genommen und in die Gestaltung der Besatzungspolitik miteinbezogen würden. Bereits mit dem deutschen Überfall reformierten sich nationalistische Gruppen in der Stadt und warteten darauf, sich endlich wieder politisch betätigen zu können.

Die während der deutschen Besatzung einflussreichste Gruppierung sammelte sich um den Juristen V. A. Dolenko. Ihm gelang es nicht nur, die nationalistisch eingestellte Bildungselite der Stadt unter sich zu vereinen, er schaffte es auch, die Verwaltungsspitzen, bzw. die Bürgermeisterposten mit seinen Vertretern zu besetzen. Semenenko kam aus diesem Kreis, ebenso wie seine Vertreter Senyk und Kulykov. Die Politik dieser Gruppe war eher gemäßigt und das Endziel nicht ein Führerstaat, wie ihn die OUN anstrebte. Die innerukrainische Nationalbewegung hatte nicht in dem Maße den europäischen Faschismus und Rassismus übernommen und verinnerlicht wie die ukrainischen Gruppen und Parteien im westeuropäischen Exil. Terroristische Vereinigungen wie die UVO oder die OUN waren in der Sowjetunion nicht entstanden, es gab in der UdSSR bei den Nationalisten nicht die Tradition einer Guerillabewegung, die gegen die Herrschenden einen Kleinkrieg führte, wie es die OUN in Polen getan hatte. Natürlich war auch der in der Sowjetunion verfolgte Semenenko bereit, gegen Kommunisten vorzugehen und Antisemitismus war in der Dolenko-Gruppe auch keine Randerscheinung, nur war Gewalt als jederzeit probates politisches Mittel nicht so anerkannt, wie bei Mel'nyk und Bandera. Anstelle des Kampfgedankens stand der noch aus dem 19. Jahrhundert stammende „Prosvita“-Gedanke, in dem sich Nationalismus und Liberalismus mit Grundsätzen der Aufklärung mischten.⁵⁴¹ Ein Hauptziel bestand darin, eine ukrainische Kulturpolitik zu betreiben und auf diese Weise bei den Ukrainern ein Gefühl der nationalen Identität zu erzeugen. Ukrainisch sollte wieder Amts- und Schulsprache werden, die Bildungseinrichtungen sollten das Interesse an der ukrainischen Geschichte wecken und in den Theater- und Opernhäusern sollten ukrainische Stücke aufgeführt werden. Es ist in diesem Zusammenhang nicht verwunderlich, dass die Stadtverwaltung die Eröffnung einer „Prosvita“-Schule im Winter

⁵⁴¹ Zur Geschichte der „Prosvita“-Bewegung in der gesamten Ukraine: Jobst, Nationalbewegung, S. 164 f.

1941, in der man gerade diese Ziele umsetzen wollte, als großen Erfolg wertete. Wie antiquiert muss ein solches Nationalverständnis auf die Vertreter der OUN gewirkt haben, die mit der Absicht in die Ukraine gekommen waren, hier einen rassistischen Führerstaat nationalsozialistischer Prägung zu errichten. Die Isolation der Charkower Nationalisten von der westlichen Welt hatte verhindert, dass sie gleichsam dieses Gedankengut aufgesogen und in ihre politischen Ideen miteingebunden hatten.⁵⁴² Da die Wehrmacht und die SS die OUNler verfolgte und hinrichtete, konnte sich die Gruppe um Dolenko als die führende nationalistische Kraft in Charkow behaupten. Die „Prosvita“ war – laut einem Bericht des SD vom 30. Juli 1942 – das „Zentrum nationalistischer Tätigkeit“ in Charkow.⁵⁴³

Der SD-Bericht sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es durchaus weitere nationalistische Gruppen in Charkow gab, die teilweise auch untereinander konkurrierten. So formierte sich beispielsweise auch eine Adelsfraktion neu, die für eine Wiederherstellung des Skoropads’kyj-Het’manats eintrat, dessen bedeutendster Vertreter in der Verwaltung V. M. Bekarijukov, der Leiter der Kontrollkommission, war. Auch OUN-Mler waren an der Verwaltung beteiligt, so kam der Chef der Hilfspolizei, B. I. Konyk aus den Reihen der radikalen Nationalisten.⁵⁴⁴ Nach außen ordneten sich die OUN-Mler der Gruppe um Dolenko unter, um nicht der Verfolgung durch den SD anheim zu fallen, intern konkurrierten sie mit um die Stellen in der Verwaltung.⁵⁴⁵ Ihr Einfluss in Charkow war allerdings verschwindend gering, denn sie waren in der Ostukraine schlicht zu unbekannt, darüber hinaus lebten hier zu viele Russen. Die OUN-Marschgruppen waren über Kiev nach Charkow gekommen, der größte Teil der Männer war jedoch von der Wehrmacht und der SS abgefangen und exekutiert worden. Die Banderaleute waren vollständig den Deut-

⁵⁴² Siehe zu dem „Turn“ der ukrainischen Exilbewegungen vom liberalen zum faschistoiden Gedankengut: Frank Golczewski: Die ukrainische Emigration, in: Ders., Geschichte, S. 229 f.; Władysław A. Serčyk: Die sowjetische und polnische Ukraine zwischen den Weltkriegen, in: Ebda., S. 202 f. Außerdem: Alexander J. Motyl: The Turn to the right, Boulder 1980.

⁵⁴³ Grelka, Nationalbewegung, S. 427.

⁵⁴⁴ Skorobogatov, Charkiv, S. 61 f., Grelka, Nationalbewegung, S. 426 f.

⁵⁴⁵ Zur OUN: Golczewski, Zweiter Weltkrieg, S. 251; Ilnytzkyj, Ukraine, S. 109; Kappler, Kleine Geschichte, S. 217.

schen zum Opfer gefallen und nur ein paar Mel'nyk-Anhänger schafften es bis in die Stadtverwaltung.⁵⁴⁶

Zu einem gemeinsamen Handeln oder einem politischen Kurs konnten sich die verschiedenen Gruppen in Charkow nicht zusammenfinden, ihre Beziehungen zueinander waren bestimmt von Grabenkämpfen und Intrigen. Der radikale OUN-Nationalismus konkurrierte intern mit dem Prosvita-Gedanken und aristokratischen Nationalismuskonzeptionen.⁵⁴⁷

Trotzdem gab es einige Punkte, die die Nationalisten in Charkow einte. Als erstes ist hier ihr Antikommunismus zu nennen, für alle war die Sowjetunion der ideologische Hauptfeind. Die einen hatten am eigenen Leibe erfahren, was es bedeutete, verfolgt und repressiert zu werden, für die anderen war in einem Weltbild, das bestimmt war vom politischen Daseinskampf, kein Platz für den Gegner.⁵⁴⁸ Dieser Antibolschewismus ermöglichte es der Wehrmacht zur Zusammenarbeit bereite Nationalisten jeder Couleur für die Verfolgung von politisch Andersdenkenden zu instrumentalisieren.

Neben der Ablehnung des sowjetischen Systems verband die Nationalisten das Ziel, einen ukrainischen Staat zu gründen. Wie dieser Staat beschaffen sein sollte, welches politische System ihn zusammenhalten, welche Regierung ihn führen und wann er vor allen Dingen entstehen sollte, darüber bestanden jedoch entweder voneinander abweichende oder sehr unklare Vorstellungen. Selbst über die zukünftigen Grenzen gab es keine gemeinsame Meinung. Während für viele einheimische Nationalisten ein zukünftiger Nationalstaat die Grenzen der Sowjetukraine hatte, wollten viele Emigranten auch das polnische Galizien und die Bukowina in ein ukrainisches Staatsgebiet miteinbeziehen.⁵⁴⁹ Die diffusen Vorstellungen machten eine Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien kaum möglich, über die gemeinsame Erfüllung von Momentaufgaben konnte und wollte man nicht hinausgehen. Die Wehrmacht tolerierte die Nationalisten solange, wie sie untereinander zerstritten waren. Die Tatsache, dass sich in der Verwal-

⁵⁴⁶ Zu dem Vordringen der Marschgruppen nach Osten und dem Bekanntheitsgrad der OUN-Fraktionen in der Ostukraine: Grelka, *Nationalbewegung*, S. 389, S. 420.

⁵⁴⁷ Ebda., S. 432/33, Armstrong, *Nationalism*, S. 218.

⁵⁴⁸ Skorobogatov, *Charkiv*, S. 140.

⁵⁴⁹ Berkhoff, *Despair*, S. 206 f.

tungsspitze in erster Linie Prosvita-Vertreter aufhielten, ist auch darauf zurückzuführen, dass dieser nationalistische Zweig die Wehrmacht am wenigsten störte.⁵⁵⁰

Als letzter gemeinsamer Nenner ist der Antisemitismus zu nennen, der sich durch alle nationalistischen Lager zog. Es stellt sich allerdings die nicht unberechtigte Frage, inwieweit die Nationalisten die nationalsozialistischen Tötungsabsichten überzeugt mit trugen. Während die OUN schon 1941 durch antisemitische Pogrome unter Beweis gestellt hatte, dass sie auch bereit war diesen Schritt aufgrund rassistischer Überzeugung zu tun, war die Beteiligung der alteingesessenen Nationalisten in Charkow unter Umständen auch auf andere Gründe zurückzuführen. Die Gruppierungen in Charkow hofften durch Servilität und Zuarbeit ein Entgegenkommen der Deutschen zu erreichen. Sie stellten immer aufs Neue unter Beweis, dass sie bereit waren, die deutsche Besatzungspolitik mit zutragen. Dahinter steckte das Kalkül, dass die Wehrmacht sich nach Kriegsende ihrer politischen Forderungen annehmen und eine zumindest teilweise Umsetzung zulassen würde. Gerade diese Strategie wurde den Nationalisten jedoch zum Verhängnis. Die Wehrmacht nutzte ihre Ergebenheit aus, um sie in immer neue Aktionen zu involvieren. Dass sie ihren Wünschen nicht nachgab, begründete sie mit Kriegsnotwendigkeiten und verschob eine politische Lösung auf das Ende des Krieges. Die Nationalisten begannen in dieser Wartestellung nun zunehmend „Kompromisse“ einzugehen, die mit ihren eigentlichen politischen Zielen nicht mehr viel zu tun hatten. So beteiligten sie sich nicht nur umfassend am Judenmord, sondern auch an der wirtschaftlichen Ausbeutung und der Zwangsarbeiterrekrutierung aus den Reihen „ihres“ Volkes.⁵⁵¹ Zunächst geblendet durch die deutschen Versprechungen und dann gefangen in der Hinhaltetaktik der Wehrmacht ließen sie sich auch auf solche Aspekte der Besatzungspolitik ein, die offensichtlich auf Kosten derer gingen, die eigentlich von dem zukünftigen Nationalstaat profitieren sollten.

⁵⁵⁰ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 10, List 7.

⁵⁵¹ Zur Zuarbeit siehe beispielsweise: Wirtschaftliche Ausbeutung: DAKhO, Fond R-3080, Opus' 3, Delo 1, List 9, 10 und 48,49. DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1, Delo 4, List 145-148. Arbeitseinsatz: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1d, Delo 1, List 66, Rückseite.

Es ist durchaus möglich, dass in der Endphase der deutschen Besatzung bei vielen Nationalisten die Erkenntnis gereift war, dass sich die eigenen politischen Vorstellungen auf diese Weise und mit diesem Partner nicht realisieren lassen würden. Zu diesem Zeitpunkt waren sie jedoch schon so tief in die nationalsozialistischen Verbrechen verstrickt und ihr Ansehen bei der einheimischen Bevölkerung so schlecht, dass einfach „aussteigen“ nicht mehr funktionierte. Darüber hinaus bildete Deutschland für Menschen wie Semenenko beim Rückzug der Wehrmacht die Möglichkeit der Roten Armee und damit einem sowjetischen Gerichtsverfahren zu entgehen. So unwahrscheinlich es klingen mag, so bot doch das Dritte Reich gegen Ende des Krieges für diese Klientel die einzige Option, ihr Leben zu retten. Die Einlassung auf die deutsche Politik zu Beginn der Besatzung setzte einen Automatismus in Gang, der die Nationalisten dazu zwang, im Besatzungsregime bis zum Ende mitzuarbeiten oder zumindest der deutschen Seite treu zu bleiben.

Nach dem Krieg veröffentlichte Memoiren, Biographien und tendenziöse Geschichten der Ukraine stilisieren vielfach die ukrainischen Kollaborateure zu Unabhängigkeitskämpfern in eigener Sache, die den falschen deutschen Versprechungen erlegen wären.⁵⁵² Angesichts des hohen Bildungsgrades der Klientel in Charkow – alle Männer in der Verwaltungsspitze hatten einen Universitätsabschluss – erscheint eine solche Blauäugigkeit eher unwahrscheinlich. Viel eher haben wohl politische Verblendung und übertriebenes Machtstreben dazu geführt, dass sie bereit waren für die Deutschen arbeiten.

4.1.2. Diktaturerfahrung und Anpassungsstrategien

In der Verwaltungsspitze war Nationalismus fraglos ein ausschlaggebender Antriebsgrund für die Zusammenarbeit mit den Deutschen, es handelte sich jedoch um eine vergleichsweise kleine Gruppe, deren Entscheidung in erster Linie durch Nationalismuskonzeptionen beeinflusst wurde. Selbst wenn man die Bezirksbürgermeister und deren Vertreter zu den Verwaltungsoberen zählt, kommt man gerade mal auf ca. 50 Personen. Bei durch-

⁵⁵² Siehe zu diesen tendenziösen Schriften z. B.: Autorenkollektiv, *Kolonialismus*.

schnittlich 1.800 Ukrainern, die in der Stadtverwaltung arbeiteten, waren das gerade mal 2,7 Prozent der Angestellten.⁵⁵³

Es stellt sich hier die Frage, inwieweit Nationsvorstellungen überhaupt in der Masse der Bevölkerung der Sowjetukraine verbreitet waren. Reaktionen auf die von der Wehrmacht propagierte „freie Ukraine“ zeigen, dass bei einem Großteil der Einheimischen ein ethnisch definierter Nationalismus, wie er im Westen die politische Landschaft mitbestimmte, kaum bekannt war. „Frei“ bedeutete für viele zunächst einmal nur „nicht sowjetisch“, über die zukünftige politische Verfassung oder die Grenzen solch einer „freien“ Ukraine herrschten Unklarheit. Die ukrainische Landbevölkerung war vielfach sogar noch in den Raumvorstellungen des 19. Jahrhunderts gefangen. Für sie bildete ihr Dorf und die darin bestehende Gemeinschaft ihren politischen Kosmos, in dem sie dachten und handelten. Reichskommissar Erich Koch notierte 1941, dass sich die meisten Ukrainer nicht für einen Nationalstaat, sondern nur für ihre unmittelbare Umgebung interessieren würden. Nationalstaatliche Ideen hatten in der Sowjetukraine nicht in dem Maße Verbreitung gefunden, wie in West- und Mitteleuropa.⁵⁵⁴ Es kann also davon ausgegangen werden, dass Nationalismus zwar ein individuelles Motiv darstellte, jedoch nicht bei jedem gleichermaßen stark die Entscheidung zur Kollaboration beeinflusste.

Für den Großteil der Angestellten waren andere Gründe entweder gleichbedeutend oder wogen sogar schwerer. Viele Ukrainer bewarben sich beispielsweise, um auf die Gehaltslisten zu gelangen und in den Verwaltungskantinen essen zu können. Insbesondere im Winter 1941, als in der Stadt Lebensmittelknappheit herrschte, arbeiteten in der Stadtverwaltung mehr als doppelt so viele Menschen wie im Herbst des gleichen Jahres.⁵⁵⁵

Weiterhin bewarben sich Einheimische nicht aufgrund ihrer politischen Überzeugung auf Stellen, sondern wegen ihrer beruflichen Eignung. Die Stadtverwaltung suchte nach ausgebildeten Arbeitskräften und war auch

⁵⁵³ DAKhO, Fond R-2982, Opis' 1, Delo 231, List 2 – 30. Skorobogatov, Charkiv, S. 172 f.

⁵⁵⁴ Berkhoff, Despair, S. 206 f.

⁵⁵⁵ Zur Versorgung beispielsweise: DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 118. Reemtsma, Katalog, S. 345.

bereit Personal einzustellen, dass seine Ausbildung in der Sowjetunion absolviert hatte.⁵⁵⁶

Neben Motiven wie Überlebens- und Existenzsicherung kommt auch noch hinzu, dass der Einmarsch der Wehrmacht 1941 vielfach als Befreiung empfunden wurde und Ukrainer den Deutschen deshalb ihre Mitarbeit anboten.

Diese Motive erklären zwar die Kollaboration zu Beginn der Besatzungszeit, sie machen jedoch nicht begreiflich, warum Ukrainer auch in den folgenden Jahren weiterhin mit den Deutschen zusammenarbeiteten. Die Repressionen, die wirtschaftliche Ausbeutung und die Zwangsarbeiteraushebung offenbarten spätestens 1942, dass die Wehrmacht nicht als Befreier ins Land gekommen war. Darüber hinaus war es auch für die unteren Verwaltungsangestellten schwierig bis unmöglich, durch die Arbeit für die Deutschen die eigene Existenz dauerhaft zu sichern.⁵⁵⁷ Insgesamt verschlechterte sich infolgedessen zwar die Stimmung, es waren jedoch weiterhin genug Ukrainer bereit, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten.

Gründe für diese lang anhaltende Kollaboration sind verstärkt in der sowjetischen bzw. die Charkower Gesellschaft vor dem Krieg zu suchen. Die Bevölkerung lebte bereits in der Sowjetunion in einer Diktatur. Die Politik der Herrschenden orientierte sich auch hier weder an der Meinung noch am Wohlergehen der Bevölkerung, sie wurde unabhängig von deren Zustimmung oder Ablehnung vollzogen, Klagen oder Kritik wurden bestraft. Darüber hinaus war der sowjetische Staat im öffentlichen Raum allgegenwärtig und ständig präsent. Beständig wurde der einzelne staatlich überwacht und die sowjetische Propaganda prägte den Alltag.⁵⁵⁸ Die Garantie eines kodifizierten und festgelegten Rechts gab es nicht, der Staat änderte nach Belieben seine Rechtsprechung und deren Auslegung. Die Bevölkerung konnte sich in der UdSSR nicht an bestimmten Normen orientieren, sie lebte in einer Art wertfreien Raum, in dem staatliche Dogmen nur so lange galten, bis sie von neuen abgelöst wurden. Unter diesen Umständen entwickelte sich bereits ein Politik- und Institutionenverständnis, das das

⁵⁵⁶ DAKhO, Fond R-1982, Opis' 1, Delo 23, List 10 – 14. Skorobogatov, Charkiv, S. 167.

⁵⁵⁷ Ilnytskyj, Ukraine, S. 165.

Fundament für die Zusammenarbeit mit den Deutschen legte.⁵⁵⁹ Die Bevölkerung hatte vor dem deutschen Einmarsch nicht in einem demokratischen Staat mit Freiheitsrechten gelebt, die Hitler ihnen nun entzog. Die Einheimischen waren bis zu einem gewissen Maß ein Leben in der Diktatur gewöhnt und akzeptierten deshalb die Umstände der deutschen Besatzung.

Darüber hinaus hatten viele Einheimische in der sowjetischen Diktatur Verhaltensweisen entwickelt, die ihnen ein Leben in diesem Staat ermöglichten. Dazu gehörte auch ein besonderer Umgang mit staatlichen Institutionen. Sie wurden als Ausdruck staatlicher Macht empfunden und nicht als Garant bestimmter Rechte und Freiheiten. Die Bewertung der Institutionen erfolgte dementsprechend danach, welche Möglichkeiten sie boten, das eigene Dasein erträglicher zu machen.⁵⁶⁰

Die langfristige Mitarbeit vieler Charkower im deutschen Besatzungsregime basierte auf solchen „Diktaturerfahrungen“. Zunächst einmal bestimmten Nützlichkeitsabwägungen die Entscheidung für die Arbeit in der Verwaltung weitaus stärker als politische Überzeugungen. Es ging nicht darum, sich aufgrund einer politischen Einstellung für oder gegen die Kollaboration zu entscheiden, sondern darum, inwieweit die Zusammenarbeit mit den Deutschen dazu beitragen konnte, sich Vorteile zu sichern und am Leben zu bleiben. Die deutsche Besatzungsherrschaft wurde zwar vielfach als menschenunwürdig wahrgenommen und schnitt im Vergleich mit der Sowjetunion schlechter ab, das hinderte viele Charkower aber nicht daran, sich dennoch bei der deutschen Administration um eine Stelle zu bewerben. Es fehlte das Verständnis dafür, was ein Staat bzw. eine Verwaltung Grundsätzliches für seine Bürger leisten sollte. Der institutionalisierten Gewalt war man ausgesetzt und es lag am Individuum, inwieweit man sie sich zu Nutze machte. Eine Erfahrung aus der Sowjetunion bestand darin,

⁵⁵⁸ Simon, Holodomor, S. 52; Praxenthaler, Sowjetukraine, S. 312.

⁵⁵⁹ Siehe dazu das Verhalten der Bevölkerung in Charkow in den Jahren 1932 bis 34: Falk, Hungersnot, S. S. 109, 116, 172, 218, 221, 224, 230, 236, 288 f.

⁵⁶⁰ Hildermeier, Stalinismus, S. 600 – 602, Ders.: Revision der Revision? Herrschaft, Anpassung und Glaube im Stalinismus, in: Ders. (Hg.): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, München 1998, S. 23. Goehrke, Alltag, S. 201.

dass die Arbeit in der Verwaltung Möglichkeiten eröffnen konnte, die dem „normalen“ Bürger verschlossen blieben.⁵⁶¹

Gleichzeitig war man sich allerdings auch der Gefahr bewusst, die von dieser Arbeit ausging. Die Nähe zu den Herrschenden, auch das kannte man aus der Sowjetunion, konnte auch sehr schnell zur Verhaftung führen.⁵⁶² Schon bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz verhielten sich deshalb viele vorsichtig. Die Einstellungsbögen der Wehrmacht wurden teilweise mit falschen Angaben zur Person versehen, um besonders „deutschfreundlich“ zu wirken. Der Kontakt zur Kommunistischen Partei wurde geleugnet, gleichzeitig wurde eine deutsche Abstammung und eine mögliche Verfolgung und Repression in der Sowjetunion erfunden.⁵⁶³ Die Bewerber gestalteten ihren Lebenslauf den Erwartungen der deutschen Besatzungsbehörde entsprechend.

Ein ähnliches Verhalten lässt sich bereits in den 1930er Jahren beobachten. Das Verändern der eigenen Vergangenheit war üblich im Umgang mit sowjetischen Behörden, entweder um sich dem Zugriff des Geheimdienstes zu entziehen oder um politische Karriere zu machen.⁵⁶⁴ Parteiangehörige und Funktionäre mussten zur Prüfung ihrer politischen Integrität wiederholt Lebensläufe verfassen und vom NKVD wurde in Verhören Vergangenes immer wieder abgefragt.⁵⁶⁵ Dabei ging es beiden Seiten irgendwann nicht mehr um die Wahrheit – insbesondere die unterschriebenen Geständnisse der Opfer des NKVD enthalten enorme Ungereimtheiten in den Lebensläufen – sondern nur darum, ein politisches Verbrechen oder die politische Einstellung mit einer dementsprechenden individuellen Vergangenheit zu begründen. Im Falle der NKVD-Verhöre waren Treffen mit Staatsfeinden und die Teilnahme an Verschwörungen gegen Stalin vielfach frei erfunden und sollten dem Geheimdienst nur als „Beweise“ für die

⁵⁶¹ Zum Alltag in der Sowjetunion siehe Ausführungen im Kapitel 2.4.3., weiterhin: Fitzpatrick, *Stalinism*, S. 132, 134 f, Thurston, *Terror*, S. 143 – 149, 159.

⁵⁶² Haumann, *Lebensweise*, S. 28 f.

⁵⁶³ Kommandanturbefehl Nr. 9, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo1, List 67. Formblatt zur Beurteilung einer Person: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 3, List 16, 29. Bericht über die praktische Tätigkeit der sog. Organe der städtischen Selbstverwaltung in der Stadt Charkow vom 20. April 1943, List. 134.

⁵⁶⁴ Siehe zu diesem Thema: Sheila Fitzpatrick: *Tear off the Masks. Identity and Imposture in Twentieth-Century Russia*, Princeton, Oxford 2005.

⁵⁶⁵ Fitzpatrick, *Stalinism*, S. 132, 134 f.

Anschuldigungen dienen. Viele Sowjetbürger versuchten sich insbesondere in den Jahren des „Großen Terrors“ durch das bewusste Verändern oder Verschweigen ihrer Vergangenheit präventiv gegen den staatlichen Zugriff zu schützen. Verwandtschaften oder bestimmte Lebensabschnitte wurden geheim gehalten, möglicherweise belastendes Material wurde vernichtet. Gleiches galt auch für die Parteiangehörigen, die „Karriere“ machen wollten. Hier wurden Lebensläufe dem politischen Idealbild entsprechend angepaßt. Häufig wurde eine proletarische Abstammung erfunden, so gaben sich viele Angehörige des Landadels und Bauern, die in den 1920er und frühen 1930er Jahren in die Städte gezogen waren, als Arbeiter aus.

Auf das veränderte politische Umfeld unter deutscher Besatzung reagierten viele Einheimische ähnlich, wie sie es aus der Sowjetunion kannten. Dort war es ausschlaggebend, aus einem bestimmten sozialen Milieu – der „Arbeiterklasse“ – zu kommen, bei den Deutschen war hingegen die ethnische Abstammung entscheidend. War das uneingeschränkte Bekenntnis zum stalinistischen Weltbild in der Sowjetunion überlebenswichtig, war die Ablehnung desselben unter deutscher Besatzung maßgeblich.⁵⁶⁶

Viele Einheimische passten daraufhin ihre persönliche Vergangenheit den neuen Verhältnissen an und beschrieben sich in den Fragebögen der Volkszählung so, dass sie den deutschen politischen Vorstellungen entsprachen. So unterstrichen Charkower ihre deutsche Abstammung, die sie unter Stalin eher verborgen gehalten hatten, oder sie betonten ihre anti-kommunistische Einstellung, wegen der sie in der Sowjetunion repressiert worden seien. Viele Russen gaben sich darüber hinaus als Ukrainer aus, um auf diesem Weg Problemen mit der Wehrmacht aus dem Weg zu gehen.

Auch in anderen Bereichen ähnelte das Verhalten der Verwaltungsmitarbeiter dem aus der Sowjetunion. Öffentlich zur Schau gestellte Systemkonformität war zum Beispiel ein in der UdSSR entwickelter Schutzmechanismus vor dem ständig prüfenden Blick des Staates. Der „Homo Sovieticus“ trug in der Öffentlichkeit die Maske des überzeugten Sowjetbür-

⁵⁶⁶ Thurston, Terror, S. 143 – 149.

gers, lehnte jedoch im Privaten den Staat ab.⁵⁶⁷ Sein Auftreten, seine Gestik und Mimik und seine Kommunikation waren bestimmt von dem Bekenntnis zum Kommunismus. Die Kleidung, das Verhalten anderen gegenüber auf dem Arbeitsplatz, auf der Straße und bei öffentlichen Veranstaltungen und die Art sich auszudrücken und zu unterhalten waren gut aufeinander abgestimmte Details, um das Bild eines systemtreuen Sowjetbürgers zu erzeugen und aufrecht zu erhalten. Bekenntnisse zum Kommunismus und zu Stalin wurden gebetsmühlenartig wiederholt, wobei die gebrauchten Formulierungen nicht tatsächlich so gemeint waren. Es handelte sich um Worthülsen, die – zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle eingesetzt – den Eindruck des geradlinigen Bolschewiken unterstreichen sollten. Man benutzte die Propagandasprache der Machthaber, um Systemtreue zu demonstrieren. Die eigentliche politische Aussage war dabei unwichtig und wurde vielfach nicht mehr wahrgenommen.⁵⁶⁸ Auch bei den Mitarbeitern der einheimischen Verwaltung unter deutscher Herrschaft lassen sich verwandte Verhaltensweisen beobachten. Im Schriftverkehr der Stadtverwaltung mit den deutschen Stellen fällt auf, dass von ukrainischer Seite oft nationalsozialistische Propagandasprache benutzt wird. Die Wehrmacht wurde häufig als „Befreier“ und „Retter“ bezeichnet, wenn von der Sowjetunion die Rede war, so wurden fast ausschließlich die Doppelungen „jüdisch-kommunistisches System“ oder „jüdisch-bolschewistisches System“ verwandt, Vertreter des Sowjetstaates wurden meist als „Verbrecher“ bezeichnet und der Krieg gegen die UdSSR wiederholt als „Vernichtung des Bolschewismus“ dargestellt. Als letzte Demonstration ideologischer Nähe wurden Dokumente häufig mit „Heil Hitler“ unterzeichnet. Damit einher ging meist eine ausladende Unterwürfigkeit, es war von „Freude“ über die „Befreiung“ und von „ewiger Dankbarkeit“ die Rede.⁵⁶⁹ Die Tatsache, dass im Schriftverkehr der ukrainischen Stellen untereinander solche Formulierungen nicht so gehäuft auftraten

⁵⁶⁷ Weitere Ausführungen zum „Homo sovieticus“ siehe: Goehrke, Alltag, S. 201.

⁵⁶⁸ Siehe dazu die Ausführungen von S. Kotkin zu „Speaking Bolshevik“: Stephen Kotkin: *Magnetic Mountain: Stalinism as a Civilization*, Berkeley 1995 (im Folgenden: Kotkin, Mountain).

⁵⁶⁹ Beispielsweise: DAKhO, Fond R-2982, Opis' 1, Delo 231, List 10 – 14, ebda., List 15. DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 48, siehe dazu auch: DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 49.

wie in Schriften und Mitteilungen an die Stadtkommandantur, verdeutlicht, dass hier gezielt die Sprache der Nationalsozialisten übernommen wurde, um eine politische Haltung zu demonstrieren. Was sich in der Sowjetunion als vorteilhaft erwiesen hatte, wurde nun unter deutscher Besatzung fortgesetzt. Diese Anbiederungsversuche führten jedoch nur teilweise zu dem gewünschten Erfolg, denn nicht alle Verwaltungsmitglieder besaßen so umfassende Deutschkenntnisse, dass sie die Formulierungen flüssig in den Text einfügen konnten. Die Verwendung der ideologischen Termini geschah in einer fremden Sprache, vielfach ohne praktisches Wissen darüber, inwieweit diese Formulierungen wirklich im umgangssprachlichen Deutsch benutzt wurden. In der Korrespondenz zwischen dem Wirtschaftskommando, der Stadtkommandantur und der SS kam es durchaus vor, von der „Sowjetunion“ zu sprechen bzw. zu schreiben und der Schriftverkehr war in der Wortwahl nicht ideologisch so aufgeladen, sondern eher in nüchternem Beamtendeutsch gehalten.⁵⁷⁰ Die Texte der ukrainischen Verwaltung waren hingegen z.T. in einem derart schlechten Deutsch und so mit Ideologismen überfrachtet, dass sie ihre beabsichtigte eher Wirkung verfehlten. Die angeschriebenen deutschen Stellen reagierten mit Unverständnis oder leiteten solche Schreiben teilweise an die nächst höhere Stelle mit Bitte um Klärung weiter.⁵⁷¹

Aber auch andere „sowjetische“ Verhaltensweisen traten unter deutscher Besatzung auf. So erfuhr das Denunziantentum der 1930er Jahre unter den Deutschen in Charkow eine Renaissance. Zur Zeit des „Großen Terrors“ hatte der Staat seine Untertanen dazu angehalten, „Volksfeinde“ zu denunzieren und auch die Wehrmacht forderte die Charkower verstärkt dazu auf, Mitteilung über Verdächtige zu machen. Viele Einheimische hatten unter Stalin unschuldige Kollegen, Freunde und Familienmitglieder in der Hoffnung angezeigt, dadurch selbst dem staatlichen Zugriff zu entkommen.⁵⁷² Ähnlich verhielt es sich in den Jahren 1941 bis 1943. In der Stadtverwaltung denunzierten Angestellte Juden, die den Massenexekutionen

⁵⁷⁰ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 22, List 13; weiterhin: DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 9, List 5.

⁵⁷¹ Beispielsweise: Dokument des Bürgermeisters des 16. Bezirks vom 10.1.1942, von SS-Hauptsturmführer zur Klärung an Kriegsverwaltungsrat Peters-Knotte übersandt, DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 116 Rückseite.

entkommen waren, oder zeigten andere Ukrainer an, die ihnen verdächtig erschienen. Hier wurden zum Teil nichtige Gründe zum Anlass genommen, nur um der Wehrmacht zu zeigen, dass man auf ihrer Seite stand. So erstattete ein Bezirksangestellter bei einer Ortskommandantur Anzeige gegen einen Hausverwalter und bat darum, sofort entsprechende „Maßnahmen“ zu ergreifen, weil der vergessen hatte den Gehsteig zu streuen.⁵⁷³ Einige Verwaltungsmitarbeiter gingen sogar einen Schritt weiter und erfanden Ereignisse und Situationen, in denen sie sich für die Deutschen eingesetzt hatten. In einem Fall gaben einige Milizionäre an, einen Partisanenüberfall außerhalb Charkows abgewehrt zu haben und täuschten sogar Verletzungen vor, um der Geschichte mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Nachforschungen seitens der Wehrmacht ergaben jedoch, dass die ukrainische Miliz diesen Überfall bewusst inszeniert hatte, um von den deutschen Stellen Belobigungen zu erhalten.⁵⁷⁴

Ebenfalls bereits in der Sowjetunion aufgetreten war die Doppelbödigkeit dieses Verhaltens. Die Loyalitätsbekundungen und die politische Haltung waren nur gespielt, in Wirklichkeit bestimmte vielfach Vorteilsnahme das Verhalten der Angestellten. Die Korruption in der Stadtverwaltung und ihre Belieferung des städtischen Schwarzmarktes gehörten ebenso zum politischen Alltag, wie die scheinbare Linientreue und Loyalität der Mitarbeiter.⁵⁷⁵ Die Reaktionen der sowjetischen und der ukrainischen Stadtverwaltung auf die Hungersnöte in Charkow sind gute Beispiele dafür. Vergleicht man die Politik der Stadtverwaltung im Winter 1941/42 mit der der sowjetischen Behörden in den Jahren 1933/34, so fallen die Parallelen sofort ins Auge. In beiden Fällen nutzten Verwaltungsangestellte ihre privilegierten Stellungen zum persönlichen Vorteil aus. Sie versorgten sich mit Lebensmitteln oder partizipierten am örtlichen Schwarzmarkt.⁵⁷⁶ Zweimal entstanden in Charkow Netzwerke in der Verwaltung, die diese

⁵⁷² Zur Denunziation in den 1930ern: Pohl, Schlachtfeld, S. 342.

⁵⁷³ Zu der Denunziation von Juden: DAKhO: Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 127 – 127^{oo}. Zur Anzeige gegen den Hausverwalter: Hier sollten laut 17. Bezirksverwaltung umgehend „harte Maßnahmen“ ergriffen werden. 17. Bezirksverwaltung an die Ortskommandantur Nord 1942, DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 4, List 112.

⁵⁷⁴ DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 4, List 28 – 29.

⁵⁷⁵ Anordnung Nr. 75 vom 31.01.1942, siehe dazu: Skorobogatov, Charkiv, S. 136.

⁵⁷⁶ Falk, Hungersnot, S. 218 f.

inoffiziellen Märkte mitbelieferen.⁵⁷⁷ In der Sowjetunion wurden Verwaltungsangestellte in eine Versorgungskategorie eingruppiert, die ihnen auch noch ein angenehmes Leben ermöglichte, als der Rest der Bevölkerung bereits hungerte.⁵⁷⁸ Diese Erfahrung führte unter deutscher Besatzung dazu, dass viele sich von einer Anstellung in der Verwaltung eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln erhofften. Die Ukrainer erwarteten, dass auch die Arbeit in der ukrainischen Verwaltung ihnen ähnliche Privilegien sichern würde, wie vormals die Tätigkeit in der sowjetischen Administration.⁵⁷⁹

Nützlichkeitserwägungen spielten eine maßgebliche Rolle bei der Entscheidung für die Kollaboration mit den Deutschen, politische Haltungen traten hingegen meist in den Hintergrund. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang die politische Sozialisation in der Sowjetunion zu. Die UdSSR hatte viele Einheimische in gewisser Weise daraufhin „trainiert“, sich in einer Diktatur schnell zurechtzufinden und mögliche Vorteile für sich zu nutzen. Die prodeutsche Haltung war ebenso wie die sowjetische vielfach nur gespielt, in Wirklichkeit ging es um die persönlichen Vorteile. Hier stellt sich die Frage, ob es überhaupt eine politische Haltung bei diesen Menschen gab, oder ob sie sich nur dem Umfeld entsprechend anpassten. Diese Frage wird mit Hinblick auf die noch vorhandenen Quellen nie abschließend und umfassend geklärt werden können. Sicher ist allerdings, dass das Nichtvorhandensein einer politischen Überzeugung ebenso Kollaboration befördern konnte, wie eine den Deutschen nahe ideologisch-politische Haltung.

4.2. Die Wahrnehmung der ukrainischen Stadtverwaltung

4.2.1. Die Eigenwahrnehmung der Stadtverwaltung

Einleitend ist festzuhalten, dass nicht von einer Eigenwahrnehmung der Stadtverwaltung gesprochen werden kann. Wie die Verwaltung wahrgenommen wurde, änderte sich je nach beteiligtem Akteur und seinen Kolla-

⁵⁷⁷ Falk, Hungersnot, S. 219.

⁵⁷⁸ Zur Versorgung der Verwaltungsangestellten in staatlichen Spezialläden: Falk, Hungersnot, S. 288 f.

⁵⁷⁹ Berkhoff, Despair, S. 149 f.

borationsmotiven. Es existierten also in der Administration mehrere Ansichten darüber, was die Stadtverwaltung eigentlich war und was für eine Bedeutung sie für Charkow und die deutsche Besatzungspolitik spielte. Die Verwaltungsführung nahm „ihre“ Administration als nationale Interessenvertretung wahr. In ihr glaubte sie die städtische „Prosvita“-Bewegung oder den OUN-Nationalismus in institutionalisierten Bahnen vorantreiben zu können. Die Stadtverwaltung war ein politisches Gegenkonstrukt zum vormalig sowjetischen Apparat und wurde als politische Übergangslösung bis zur endgültigen Formierung eines ukrainischen Staates wahrgenommen. Schon vor 1941 hatten deutsche Stellen ukrainische Nationalisten durch falsche Versprechungen für ihre Zwecke instrumentalisieren können und diese „Tradition“ setzte sich in Charkow fort. Die Arbeit der Verwaltung trug in den Augen ihrer Bürgermeister zum Entstehen eines ukrainischen Gemeinwesens bei und deshalb unterstützten sie die Wehrmacht bei der Verfolgung von Juden und politisch Andersdenkenden. In der Führungsetage herrschte eine Aufbruchsstimmung und der Nationalismus der Anfangszeit mischte sich mit Machtgelüsten und politischer Selbstüberschätzung. Die Wehrmacht sah man zu Beginn eher als gleichberechtigten Partner denn als neuen Herrn. Man war den Deutschen zwar durchaus dankbar für die „Befreiung vom Bolschewismus“, wollte allerdings gleichzeitig möglichst schnell eigene Ideen und Vorstellungen in der neuen Verwaltung verwirklichen und bei deren Umsetzung mitbestimmen. So wollten die Bürgermeister die propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung mitgestalten und die Auswahl und politische Überprüfung neuer Angestellter selbst kontrollieren.⁵⁸⁰

Hier zeichnet sich ab, dass die Verwaltungsoberen ihre eigene Position eklatant überschätzten. Die Absicht personaltechnische Fragen ohne die Wehrmacht lösen zu wollen zeigt, dass man nach eigenem Verständnis eine Verwaltung war, die zwar vorerst neben der Wehrmacht fungierte, jedoch früher oder später ohne fremde Einwirkung die Geschicke der Stadt

⁵⁸⁰ „Memorandum über die Frage der Anstellung von ziviler Bevölkerung durch die deutsche Wehrmacht“ von 1941, DAKhO, Fond R-2982, Opus' 1, Delo 231, List 8, 9. „Memorandum über die Propaganda und die Agitation vor der Befreiung der Ukraine“ von 1941, „Memorandum über die Frage der Anstellung von ziviler Bevölkerung durch die deutsche Wehrmacht“ von 1941, DAKhO, Fond R-2982, Opus' 1, Delo 231, List 10 – 14.

lenken sollte. Hier mischten sich nationale Vorstellungen mit Machtanspruch und Karrieredenken. Die Realitäten des Verwaltungsalltags führten jedoch dieser Klientel relativ schnell ihre Abhängigkeit von der deutschen Seite vor Augen. Die eigenen Ziele verfolgte die Führung der Verwaltung trotzdem weiter, dies allerdings in weitaus eingeschränkterem Maße als zu Beginn der Besetzung.

Die meisten Mitarbeiter und Angestellten nahmen die Stadtverwaltung jedoch nicht in erster Linie als eine ukrainische Interessenvertretung wahr sondern vor allem als Möglichkeit der Existenz- und Überlebenssicherung. Die Arbeit diente nicht der Durchsetzung politischer Interessen, sondern dazu, sich und seine zu Familie versorgen.

Für einige Mitarbeiter zählte vor allen Dingen die Aussicht auf persönlichen Profit. Sie rechtfertigten zwar vor der Wehrmacht und der Bevölkerung ihre Arbeit mit der Durchsetzung ukrainischer Interessen, in Wirklichkeit ging es ihnen jedoch nur um die Befriedigung materieller Wünsche. Darauf weisen die vielen Korruptionsfälle in der Verwaltung hin, die nicht erst 1942 gehäuft auftraten und damit unter Umständen auf die Resignation von Mitarbeitern zurückgeführt werden konnten, die sich versuchten selbst zu bereichern, weil sie von der deutschen Politik enttäuscht worden waren. Ebenso wenig ist die Korruption allein als Antwort auf die mangelhafte Versorgung durch die Wehrmacht zu verstehen, denn sie setzte fast unmittelbar nach der Einrichtung der Verwaltung ein, also zu einem Zeitpunkt, als die menschenverachtenden Ausmaße, die die deutschen Besatzung annehmen würde, für die Charkower noch nicht absehbar waren.

Es greift allerdings zu kurz, die Mitarbeiter der Verwaltung in drei Wahrnehmungsgruppen - Nationalisten, Existenz- und Überlebenssicherer und korrumpierte Angestellte - einzuteilen. Die Verwaltung wurde nicht entweder nur als politische Einrichtung und Karriereleiter oder ausschließlich als Möglichkeit wahrgenommen, wirtschaftliche Interessen zu befriedigen oder das eigene Überleben zu sichern. Jeder Angestellte und jede Führungskraft nahm die Verwaltung in unterschiedlicher Gewichtung durch alle diese Blickwinkel wahr. So verbanden beispielsweise auch die Verwaltungsoberen die Verwirklichung ihrer nationalen politischen Ziele häu-

fig mit der Befriedigung von persönlichen Machtgelüsten und materiellen Wünschen. Umgekehrt knüpften einfache Mitarbeiter an den Machtwechsel zunächst Hoffnungen auf eine politische Wende und damit auf eine Betonung des Ukrainertums und arbeiteten nicht nur aus existenziellen Gründen für die Stadt.

4.2.2. Die Fremdwahrnehmung durch die Wehrmacht

Auch bei der Wahrnehmung der Stadtverwaltung durch die deutschen Besatzungsbehörden kann man nicht nur von einer Wahrnehmung sprechen. Je nach beteiligter Stelle bzw. Person veränderte sich der Eindruck, so hatte das Wirtschaftskommando Charkow ein anderes Verhältnis zu den städtischen Ämtern als die Stadt- und Feldkommandanturen, die Feldgendarmarie oder der SD. Hinzu kommt ein zeitlich bedingter Wahrnehmungswandel bei allen deutschen Stellen, der abhängig war vom Kriegsverlauf und der Länge der Besetzung Charkows.

Im Oktober 1941 wurde die Verwaltung von der Wehrmacht als Provisorium angesehen. Die deutsche Armee glaubte, dass der Krieg binnen weniger Monate beendet sei oder zumindest die eroberten Gebiete rasch in die Zivilverwaltung unter Koch überführt werden würden.⁵⁸¹ Dementsprechend war die Zusammenarbeit mit den Einheimischen für die beteiligten deutschen Stellen eine vorübergehende Angelegenheit. Mit dieser Grundeinstellung trat die Stadtkommandantur auch gegenüber der einheimischen Verwaltung auf. Der Ton war rüde und befehlsmäßig, auf gutes Einvernehmen wurde keinen Wert gelegt, schließlich arbeitete man in dem Glauben, die Vertreter der Stadtverwaltung müssten binnen weniger Monate mit den zuständigen Stellen im Reichskommissariat auskommen.⁵⁸² Diese Einstellung übernahmen auch die SS und das Wirtschaftskommando, die mit oder nach der Wehrmacht in Charkow eintrafen.

Diese Auffassung änderte sich mit dem wechselnden Kriegsverlauf. Die sowjetische Gegenoffensive im Winter 1941 vor Moskau und die fehlge-

⁵⁸¹ „Der Führer schätzt die Aktion auf etwa 4 Monate, ich schätze auf weniger. Der Bolschewismus wird wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Wir stehen vor einem Siegeszug ohnegleichen. [...]“ Auszug aus dem Tagebuch des Reichspropagandaministers Joseph Goebbels vom 16.6.1941, abgedruckt in: Rürup, Dokumentation, S. 48.

schlagene deutsche Operation Blau im Sommer 1942 ließ einen jahrelang dauernden Krieg immer wahrscheinlicher werden. Auch wenn die deutsche Armee vor Charkow im Zuge der Sommeroffensive noch einen Erfolg verzeichnen konnte, so war doch bereits vorher offensichtlich, dass die Ablösung der Militär- durch die Koch'sche Zivilverwaltung nicht so rasch wie geplant stattfinden würde. Die Charkower Besatzungsverwaltung war ursprünglich als Provisorium geplant, sie sollte nur solange den Betrieb aufrechterhalten, bis Erich Koch die Amtsgeschäfte übernahm. Nun wurde sie angesichts der Kriegslage nach und nach zu einer ständigen Einrichtung. Dies veränderte auch die deutsche Wahrnehmung der einheimischen Verwaltungsteile. Die ukrainische Stadtverwaltung war nun nicht mehr nur eine Übergangslösung oder ein Notbehelf, sondern musste als dauerhafter Bestandteil in den deutschen Besatzungsapparat integriert werden. Darüber hinaus musste die Wehrmacht akzeptieren, dass sie in Zukunft weiterhin mit den ukrainischen Kollaborateuren zusammenarbeiten würde. Damit verschwand eine gewisse Sorglosigkeit auf deutscher Seite und es änderte sich die Einstellung gegenüber den Charkower Nationalisten, die zunehmend organisierter in die Verwaltungsspitzen drangen. Hatte man sie am Anfang der Besatzung gewähren lassen und ihre anti-kommunistische Ressentiment genutzt, um sich ihre Unterstützung bei der Jagd auf Kommunisten zu sichern, so wurden sie und ihre Forderungen der Wehrmacht mehr und mehr unbequem. Die „Befreiungsversprechen“, die die Wehrmacht zu Beginn der Besetzung gemacht hatte, warteten nun darauf eingelöst zu werden. Die deutsche Armee kam nun zunehmend in die unangenehme Lage, diese Versprechen rechtfertigen zu müssen, eine Aufgabe, die man gern Erich Koch überlassen hätte. Die Befehle und Direktiven aus Berlin sahen nicht vor, den Einheimischen in irgendeiner Weise mehr Selbstbestimmung zukommen zu lassen und das Militär nahm die einheimischen Nationalisten nun eher als Störfaktor wahr. Die Möglichkeiten, sie zu instrumentalisieren, waren weitestgehend ausgeschöpft. Insbesondere die ukrainische Presse schlug einen nationalistischen Ton an, den die Wehrmacht so nicht mehr dulden wollte. So befahl sie den Redak-

⁵⁸² Erlass Adolf Hitlers vom 17.07.1941 über die Errichtung einer Zivilverwaltung in den okkupierten Gebieten der UdSSR, in: Nestler, Hakenkreuz, S. 165 f.

teuren der „Nova Ukrajina“ im März 1942 den Dreizack, das Zeichen ukrainischer Autonomie und Unabhängigkeit, vom Titelblatt der Zeitung zu entfernen.⁵⁸³ Auch in den anderen Bereichen wollte man durch absolute Aufrechterhaltung der deutschen Befehlsgewalt dafür sorgen, dass die Stadtverwaltung auf keinen Fall eine eigene Politik entwickeln konnte. Die Wehrmacht entzog ihr sogar immer wieder Vollmachten und gliederte Aufgaben aus ihrem Zuständigkeitsbereich aus, um sie selbst zu übernehmen.⁵⁸⁴ Mit der Verstetigung der deutschen Besatzungsverwaltung ging eine Verkleinerung und Entmachtung der einheimischen Stadtverwaltung einher. Die deutsche Wahrnehmung war geprägt von Misstrauen gegenüber den Verwaltungsmitarbeitern, wichtige Aufgaben übernahm die Wehrmacht selbst und die Bürgermeister befanden sich in einem ständigen Rechtfertigungsdruck gegenüber den deutschen Stellen.⁵⁸⁵ Ihre nationalen Ambitionen wurden von der Wehrmacht ebenso als störend und überflüssig wahrgenommen wie zu Recht die schwelende Korruption. Allerdings hätte die Wehrmacht der Stadtverwaltung auch nicht unter anderen Bedingungen mehr Rechte oder Aufgaben zuerkannt. Sie war in ihren Augen nur ein Handlanger und sollte möglichst ungefragt die ihr übertragenden Aufgaben erfüllen.

Ähnlich verhielt es sich mit dem SD und der Feldgendarmerie, die die Verwaltung und die Hilfspolizei für die Jagd auf Juden und Kommunisten gebrauchten. Auch sie nahmen die Verwaltung als Handlanger wahr und waren nicht zu irgendwelchen Zugeständnissen bereit. Für sie zählten die Orts- und Personenkenntnis der einheimischen Stellen und die Tatsache, dass sie mit den Bezirksbürgermeistern und der ukrainischen Miliz einheimische Informanten vor Ort hatten, die bereitwillig die deutsche Seite unterstützten. Sie mussten sich darüber hinaus auch nicht auf lokalpolitischer Ebene mit ihnen auseinandersetzen und konnten so etwaigen Interessenskonflikten von vornherein aus dem Weg gehen. Ihre Zusammenar-

⁵⁸³ Skorobogatov, Charkiv, S. 134; Müller-Ballin, Charkow, S. 16.

⁵⁸⁴ Skorobogatov, Charkiv, S. 153.

⁵⁸⁵ Skorobogatov, Charkiv, S. 144, 145.

beit beschränkte sich auf die Verfolgung politisch Andersdenkender und die Durchsetzung der rassenideologischen Ziele der Nationalsozialisten.⁵⁸⁶ Anders verhielt es sich mit dem Wirtschaftskommando Charkow, das bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der Stadt zum Teil eng mit den einheimischen Stellen zusammenarbeiten musste. Auch das Wirtschaftskommando wollte die Stadtverwaltung als Handlanger einsetzen, da es aber rasch zu Interessenkonflikten kam, war die Wahrnehmung schnell bestimmt von Konkurrenzdenken und Misstrauen. Der Auftrag des Wirtschaftskommandos bestand darin, möglichst alle Charkower Betriebe und Fabriken unter deutsche Verfügungsgewalt zu bringen und für die Kriegswirtschaft nutzbar zu machen. Die Wirtschaftsführer beobachteten nun mit Argwohn, dass auch die einheimische Verwaltung kleinere Betriebe und Fabriken unterhielt.⁵⁸⁷ Diese Betriebe hatte man der Stadtverwaltung zugestanden, um die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Es handelte sich um eine taktische Maßnahme, mit der die Wehrmacht der Verwaltung das Gefühl geben wollte, sie würde am wirtschaftlichen Wiederaufbau Charkows beteiligt. In Wirklichkeit musste die Verwaltung in diesen Betrieben vor allen Dingen Gebrauchsgüter für die Wehrmacht herstellen. Vertreter des Wirtschaftskommandos äußerten allerdings bereits im Winter 1941/42 den Verdacht, die Stadtverwaltung versuche ihre Macht auszudehnen und immer mehr Betriebe unter ihre Verfügungsgewalt zu bekommen, um dort für eigene Zwecke zu produzieren.⁵⁸⁸ Der Verdacht war objektiv unbegründet, denn die Zahl der verwaltungseigenen Betriebe nahm im Laufe der Besatzung ständig ab und immer mehr Einrichtungen wurden dem Wirtschaftskommando übergeben. Dieser Trend führte allerdings dazu, dass die Stadtverwaltung an den ihr verbliebenen Betrieben um jeden Preis festzuhalten versuchte, denn in der Tat produzierte sie in diesen Betrieben auch für den Charkower Schwarzmarkt. Die Wirtschaftsführer sahen in Kontrollen ihren Verdacht bestätigt und beklagten sich bei der Stadtkommandantur, dass sich die einheimischen Mitarbeiter jeglicher

⁵⁸⁶ Zur Feldgendarmerie, Stärke und Tätigkeitsberichte: DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 9. List 28 f. Zur Zusammenarbeit siehe beispielsweise: DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 49.

⁵⁸⁷ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 9, List 33.

⁵⁸⁸ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 9, List 5.

„Kooperation“ verschlössen: „Im allgemeinen habe ich das Empfinden“, schrieb am 6. Februar 1942 der Beauftragte des Wikdo für Maschinenbau und verwandte Zweige in seinem Tätigkeitsbericht, „dass die Stadtverwaltung nach 20jähriger sowjetischer Leitung alles aufbietet, die Macht zu behalten und es ihr auch aufgrund der viel zu schwachen Besetzung des Wikdo gelingen wird.“⁵⁸⁹ Solche Beschwerden kamen immer wieder vor, z. T. warfen die Wirtschaftsführer sogar der Wehrmacht vor, sie lasse zu, dass sich die ukrainische Stadtverwaltung wie die eigentlich leitende Stelle aufführe. So machte im Februar 1942 beispielsweise ein anderer Sonderführer beim Wirtschaftskommando folgende Meldung:

„[...] ich empfinde das Benehmen und Verhalten der Institutsleitung als klare Sabotage. [...] Ich habe oft den Eindruck, unter russischer Oberaufsicht der Stadtverwaltung für die deutsche Wehrmacht arbeiten zu müssen.“⁵⁹⁰

Grund für diese Wahrnehmung war eindeutig der enorme Interessenskonflikt, der zwischen der Stadtverwaltung und dem Wirtschaftskommando vorhanden war. Wenn sich Wirtschaftsführer darüber beschwerten, dass die einheimischen Stellen nicht angemessen kooperierten, dann vergaßen sie, dass von „Kooperation“ im Sinne einer gleichberechtigten Partnerschaft hier nicht die Rede sein konnte. Die Stadtverwaltung sollte vielmehr tatkräftig mithelfen, die einheimische Industrie auszubeuten. Der Stadtverwaltung war klar, dass sie sich mit dieser Arbeit selbst zunehmend die Grundlagen entzog, deshalb verweigerte sie sich vielfach gegenüber den Anordnungen des Wirtschaftskommandos und versuchte Betriebsübergaben unnötig in die Länge zu ziehen oder durch mangelnde Zuarbeit die Instandsetzung von Fabriken zu verzögern.

Erst als das Wirtschaftskommando 1943 fast alle Betriebe in Charkow übernommen hatte und damit die Zügel fest in der Hand hielt, sahen die Wirtschaftsführer in der Stadtverwaltung auch keine Gefahr mehr.⁵⁹¹

Abschließend ist zu sagen, dass die deutschen Wahrnehmungen der Stadtverwaltung unterschiedlich waren und vom Konkurrenten bis zum Handlanger reichten. Wenn Mitarbeiter der einheimischen Verwaltung in ir-

⁵⁸⁹ Zitiert nach : Ebda.

⁵⁹⁰ DAKhO, Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 22, List 13.

gendeiner Weise Eigeninitiativen entwickelten, wurde das von den deutschen Stellen immer als störend empfunden. Hier schätzte die deutsche Seite die Ukrainer zu Beginn der Besetzung falsch ein. Die deutschen Behörden glaubten eine einfach zu kontrollierende Administration mit ein paar Versprechen abspesen und gefügig machen zu können. Mit der Zeit zeigte sich jedoch, dass die Einheimischen auf das Einlösen dieser Versprechen warteten. Ansprüchen der Verwaltung begegnete die Wehrmacht jedoch mit Kontrollmaßnahmen und versuchte nicht sie stärker in die Besatzungspolitik mit einzubinden.

Nebenbei bemerkt werfen die unterschiedlichen deutschen Wahrnehmungen ein Licht auf das Funktionieren des militärischen Apparats in Charkow. Eine klare Rangordnung und das Prinzip von Befehl und Gehorsam sind maßgeblich für jede Armee. Nur so kann sichergestellt werden, dass Anweisungen ausgeführt und Direktiven umgesetzt werden. Bricht eine Einheit aus diesem System aus, stellt das zwangsläufig die Funktionstüchtigkeit des gesamten Apparats in Frage.⁵⁹² Den Planungen zur deutschen Besatzungspolitik folgend gehörte die Stadtverwaltung ans untere Ende der Befehlskette in Charkow, über ihr standen alle deutschen Organisationen. Weisungstechnisch war jeder Deutsche in Charkow befugt, der Verwaltung Anweisungen zu geben. Trotz des hohen Maßes an Regulation durch die deutschen Besatzungsbehörden war es der Stadtverwaltung möglich Aktivitäten zu entwickeln, die dazu führten, dass sie vom Wirtschaftskommando als Konkurrent wahrgenommen wurde. In einem einwandfrei funktionierenden militärischen System hätte eine solche Wahrnehmung nie auftreten dürfen. Die Verwaltung hätte von allen beteiligten deutschen Stellen als untergeordnete Einheit, als Handlanger gesehen werden müssen. Die Tatsache, dass die Stadtverwaltung Handlungsspielräume entwickeln konnte, die beim Wirtschaftskommando zu einer veränderten Wahrnehmung führten, zeigt dass in Charkow das System von Befehl und Gehorsam trotz der Kontrollmechanismen der Wehrmacht nicht immer funktionierte.

⁵⁹¹ Skorobogatov, Charkiv, S. 148/149.

⁵⁹² Wette, Wehrmacht, S. 176.

4.2.3. Die Bevölkerung Charkows und die einheimische Verwaltung

Auch die Wahrnehmung der einheimischen Verwaltung durch die Charkower Zivilbevölkerung war sehr unterschiedlich. Hier kann ebenso wenig wie bei der Wehrmacht von einer Wahrnehmung gesprochen werden, vielmehr überschneiden sich verschiedene Wahrnehmungen und lösten einander ab.

Angehörige der kommunistischen Partei und ehemalige Funktionsträger und politische Kader der Sowjetunion sahen in der Stadtverwaltung eine Einrichtung, in der Nationalisten mit den Deutschen kollaborierten und gegen die UdSSR arbeiteten. Sie wurden von der Hilfspolizei verfolgt und nahmen die Verwaltung als politischen Feind wahr. Für sie war die Stadtverwaltung die institutionalisierte Variante der politischen Opposition, die sie in der Sowjetunion erfolgreich unterdrückt hatten und die sich nun mit deutscher Unterstützung gegen sie wandte. Die Tatsache, dass die Verwaltung es häufig nicht vermochte, ihre Aufgaben zu erfüllen, wurde von ihnen als politisches Versagen gewertet. Der Nationalismus, der in Gestalt der Stadtverwaltung Charkow regierte, hatte in ihrer Wahrnehmung vor der Kriegsrealität rekapitulieren müssen.

Die Einheimischen, die nicht in der UdSSR in höheren Positionen gearbeitet hatten bzw. nicht von Wehrmacht, dem SD und der ukrainischen Hilfspolizei verfolgt wurden, standen der einheimischen Verwaltung und ihrer Arbeit zunächst abwartend gegenüber. Als die Wehrmacht in Charkow einmarschierte war der größte Teil der Bevölkerung davon überzeugt, dass der Krieg von den Deutschen entschieden und sie auf unbestimmte Zeit die neuen Machthaber in der Stadt sein würden. Die Stadtverwaltung wurde in diesem Zusammenhang als Interessenvertretung der einheimischen Bevölkerung gesehen. Die Wehrmacht suggerierte der Bevölkerung durch öffentliche Aushänge, dass die Stadtverwaltung ein erster Schritt auf dem Weg zur Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit sei und auch die Bürgermeister machten öffentlich bekannt, dass sie nun „ukrainische Interessen“ vertreten würden. Die Bevölkerung hatte allerdings nicht viel Interesse an der Durchsetzung nationaler Ideale, sondern in erster Linie an der Wiederherstellung einigermaßen geregelter Verhältnisse. In diesem Zusammenhang nahm sie die Stadtverwaltung als Möglichkeit wahr, sich

gegenüber den neuen Herren, also der Wehrmacht zu artikulieren und zu beschweren. Die Einheimischen machten auf Missstände aufmerksam, beklagten Diebstähle, Plünderungen und fehlende Lebensmittel und versuchten über die Stadtverwaltung Gefangene und Inhaftierte wieder frei zu bekommen. So wandten sich beispielsweise zahlreiche Frauen an die Stadtverwaltung und versuchten eine Freilassung ihrer kriegsgefangenen Männer zu erwirken.⁵⁹³ Weiterhin war die Stadtverwaltung für Verwandte und Bekannte von Inhaftierten des Konzentrationslagers die Anlaufstelle, um Informationen über sie zu erhalten oder um deren Begnadigung zu bitten.⁵⁹⁴ Wenn die Einheimischen Nationalismen benutzten oder auf das Ukrainertum abhoben, hatte dies in den meisten Fällen einen praktischen Hintergrund. Es ging dabei häufig um Lebensmittelonderrationen oder die Freilassung eines Freundes oder Verwandten, die damit begründet wurden, dass man Ukrainer sei.

Die Charkower sahen in der Stadtverwaltung auch die Möglichkeit, die Sprachbarriere zwischen Besatzern und Besetzten zu überwinden. Den Verwaltungsmitarbeitern trugen sie ihre Anliegen auf Russisch oder Ukrainisch vor und hofften, dass sie ins Deutsche übersetzt an die Wehrmacht weitergegeben würden. Weiterhin gingen sie davon aus, dass sie sich hier nicht an Fremde richteten, sondern an Einheimische, die unter Umständen mehr Verständnis für die Sorgen und Nöte aufbrachten als die ausländischen Machthaber. Sie bearbeitete die Anträge auf Pässe und Schutzbriefe und machte sie damit für Einheimische, die ein Geschäft oder eine Wirtschaft eröffnen oder die Stadt verlassen wollten, zum unumgänglichen Anlaufpunkt. Der Gang zur Behörde wurde insbesondere als die Wehrmacht bei Passangelegenheiten immer radikaler vorging und Einheimische ohne gültigen Ausweis erschoss, nahezu überlebenswichtig.

Die zunehmende Einbindung der Stadtverwaltung in die deutsche Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik stellte jedoch die Wahrnehmung als ein-

⁵⁹³ Die Frauen begründeten ihre Bitten um Freilassung mit der ethnischen Zugehörigkeit ihrer Männer. Es handelte sich um Ukrainer. Die Freilassung von Ukrainern war laut Weisung des OKH zunächst erlaubt. Zu den Bittbriefen der Frauen siehe: DAKhO, Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 184 f.

⁵⁹⁴ Dorfbewohner sprachen z. B. bei der Stadtverwaltung vor, weil sie einige gefangene Bauern aus dem Konzentrationslager frei bekommen wollten, damit sie bei der Landar-

heimische Interessenvertretung immer mehr in Frage. Spätestens ab dem Frühjahr 1942 veränderte sich der Blick der Charkower auf die Verwaltung. Die „freiwilligen“ Sammlungen, die die Stadtverwaltung im Auftrag der Wehrmacht durchführte,⁵⁹⁵ die Beteiligung am Mord an den Charkower Juden und die gewaltsamen Arbeitsrekrutierungen führten dazu, dass viele Einheimische auf Abstand zur Verwaltung gingen. Hinzu kam die Korruption in der Verwaltung und die Tatsache, dass die Verwaltung immer wieder betonte, die Wehrmacht sei als „Befreier“ in die Ukraine gekommen, wobei doch gleichzeitig die „Befreiten“ miterleben mussten, wie sie ausgebeutet und repressiert wurden. Die Bevölkerung begann daran zu zweifeln, dass die Stadtverwaltung wirklich Teil einer zukünftigen Selbstverwaltung sei und dort ihre Fragen und Bitten wirklich Gehör fänden.

Ein endgültiger Wahrnehmungswechsel in der Bevölkerung trat mit der massenhaften Zwangsarbeiterrekrutierung ein. Die rücksichtslose Beteiligung der einheimischen Stellen an der Aushebung führte zu einem vollständigen Vertrauensverlust in der Bevölkerung.⁵⁹⁶ Diese Maßnahmen betrafen alle Charkower, während vorher „lediglich“ bestimmte politisch oder rassistisch definierte Gruppen ins Visier der Wehrmacht geraten waren, musste nun die Masse unter der deutschen Besatzung leiden. Die Verwaltung versuchte dabei nicht, den Standpunkt der Charkower zu vertreten, sondern ließ sich vollständig in die Zwangsarbeitspolitik und die damit zusammenhängende Propaganda miteinbeziehen. Die Einheimischen hatten nicht nur das Gefühl ausgenutzt, sondern auch von der Stadtverwaltung betrogen und belogen zu werden, denn sie versprach den Charkowern beste Arbeitsbedingungen in Deutschland.

Der Arbeitseinsatz führte nicht nur dazu, dass sich die Einheimischen von den neuen Machthabern sondern auch von der einheimischen Verwaltung abwandten. Sie wurde nun zunehmend nur noch als verlängerten Arm des deutschen Besatzungsregimes gesehen, die nur der Wehrmacht dabei half

beit im Frühling helfen konnten. Weiteres dazu bei: DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 60.

⁵⁹⁵ DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 74.

⁵⁹⁶ Zahlreiche Kinder und Jugendliche wurden in Charkow zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Die Stadtverwaltung trug daran durchaus Mitschuld. Müller-Ballin, Charkow, S. 14.

ihre Ziele möglichst umfassend zu verwirklichen.⁵⁹⁷ Erschwerend hinzu kam die Tatsache, dass die Verwaltung zudem ein zuverlässiger Denunziant war und nicht davor zurückscheute, Bürger, die ihren „Pflichten“ nicht nachkamen, an den SD zu übergeben.

Beschwerden und Bittschreiben nahmen kontinuierlich ab. Dies lag zum einen daran, dass die Hungersnot im Winter 1941/42 überwunden war, zum anderen jedoch auch daran, dass die Bevölkerung keinen Sinn mehr darin sah, bei der Verwaltung vorstellig zu werden. Die Politik der Wehrmacht, die Verwaltung ständig in ihren Kompetenzen zu beschneiden und ihre Misserfolge bei dem Versuch, das öffentliche Leben wieder herzustellen, verstärkten nur den Eindruck, dass es sich bei der ukrainischen Stadtverwaltung um eine Marionette handelte.

Insgesamt betrachtet veränderte sich die Wahrnehmung des überwiegenden Teils der Bevölkerung in den Jahren der Besatzung vom Positiven ins Negative. Individuelle Erfahrungen führten davon unabhängig jedoch immer wieder zu Einzelwahrnehmungen, die sich zum Teil völlig davon unterschieden. So reichte bei den von den Deutschen verfolgten Bevölkerungsteilen die Wahrnehmung von Ablehnung der Verwaltung bis hin zu der Überzeugung, die Ukrainer in der Verwaltung würden Solidarität mit ihren Landsleuten üben. So richteten sich beispielsweise Juden, die den Exekutionen entkommen waren, hilfesuchend in der Erwartung an die Stadtverwaltung, durch sie einen neuen Wohnsitz und eine neue Identität zu erhalten.⁵⁹⁸

⁵⁹⁷ Die deutsche Besatzung wurde von der ukrainischen Stadtbevölkerung durchweg abgelehnt. In Kiev waren – laut Angaben eines Informanten – Ende 1942 90% der Bevölkerung nicht mit der deutschen Besatzungsverwaltung zufrieden bzw. lehnten sie ab, der Großteil der Kiever sah „in jedem Deutschen ihren Sklavenhalter, Räuber und Mörder“. Zit. n.: Berkhoff, *Despair*, S. 216.

⁵⁹⁸ DAKhO: Fond R-3066, Opis' 1, Delo 5, List 127 – 127^{oo}.

4.3. Die Rolle der ukrainischen Selbstverwaltung im deutschen Besatzungsregime

4.3.1. Funktionalität

Die Untersuchung der Charkower Stadtverwaltung beinhaltet auch die Frage nach der Funktion der Stadtverwaltung im deutschen Besatzungsapparat. Welche Rolle kam ihr also in Charkow bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Kriegsziele zu und auf welche Weise trug sie zum reibungslosen Ablauf der deutschen Okkupation bei?

Der Wert der Verwaltung lag für die Wehrmacht zum einen in ihren Handlangerdiensten, zum anderen konnte sie sie für Propagandazwecke benutzen. Eine eigene Verwaltung konnte den Einheimischen suggerieren, sie hätten ein gewisses Mitspracherecht bei der zukünftigen Gestaltung der Besatzungspolitik.⁵⁹⁹ Bei alledem war natürlich nicht geplant, den einheimischen Behörden irgendwann wirklich Mitspracherecht einzuräumen. Sie sollten vollständig unter deutscher Kontrolle stehen und keine Möglichkeit haben, eigene Aktivitäten zu entfalten.⁶⁰⁰ Es entsteht sehr schnell der Eindruck einer Marionette der Deutschen, die nur in Aktion trat, wenn die Machthaber an den Fäden zogen. Dieser Eindruck ist teilweise richtig, denn die Stadtverwaltung konnte in der Tat keine eigenständige Politik entwickeln und war während ihres gesamten Bestehens an die deutschen Weisungen gefesselt. Er verstellt jedoch den Blick auf das Ausmaß dieser Zuarbeit und deren Bedeutung für das Funktionieren des Besatzungsapparats in Charkow. Sie war zwar „nur“ Befehlsempfänger und im Endeffekt reaktiv tätig, die deutsche Besatzungspolitik wäre jedoch ohne ihre Unterstützung in diesem Ausmaß nicht möglich gewesen. So fand die umfassende Ausbeutung der Bevölkerung ebenso wie die Rekrutierung von einheimischen Arbeitskräften, die Überwachung bzw. Bespitzelung der Charkower und nicht zuletzt der Judenmord unter tatkräftiger Mithilfe der

⁵⁹⁹ Siehe dazu die Ausführungen in 2.2.

⁶⁰⁰ Stadtkommandanturbefehl Nr. 14 vom 20.12.1941, betr. Ermächtigung der Feldkommandanturen zur Befehlserteilung gegenüber der Stadtverwaltung und der Ortskommandanturen gegenüber den Bezirksbürgermeistern, DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 8, List 56.

einheimischen Verwaltungsteile statt.⁶⁰¹ Bei der Ausführung der deutschen Befehle arbeitete sie über längere Zeiträume eigenständig und z. T. sogar eigenverantwortlich. So band die Volkszählung und die Inventarisierung des städtischen Besitzes fast ein halbes Jahr große Teile des Personals der Stadtverwaltung. Die Wehrmacht hatte hier zwar durch Befehle den Anstoß gegeben, die Organisation und Durchführung übernahm jedoch die Stadtverwaltung selbst. Sie schuf damit eine der Grundlagen für die Ausbeutung der Charkower Wirtschaft und für die Massenrepressionen gegen die Bevölkerung.

Hier liegt der eigentliche Wert der Stadtverwaltung für die deutsche Herrschaft in Charkow bzw. ihr Beitrag zum Funktionieren der Besatzung. Sie beeinflusste enorm die Quantität der deutschen Besatzungspolitik. Zweifelsohne hätten die deutschen Behörden auch ohne einheimische Unterstützung die nationalsozialistische „Lebensraum“-politik umgesetzt, nur wäre es ihnen nicht in diesem Umfang gelungen. Die Höhe der Opferzahlen und der Ausbeutungsquoten war abhängig von der Mitwirkung der Stadtverwaltung. So hätte beispielsweise die Plünderung der jüdischen Hinterlassenschaften und die Rekrutierung von Arbeitskräften nicht so umfassend stattfinden können, wenn die Stadtverwaltung nicht Personal gestellt hätte, um diese Maßnahmen zu mitzuorganisieren. Die Wehrmacht wäre dazu allein nicht in der Lage gewesen, weil sie in der Etappe viel zu schlecht besetzt war. Ähnlich verhielt es sich mit der SS und dem Wirtschaftskommando Charkow, die beide gleichermaßen auf einheimische Mithilfe angewiesen waren. Die SS verließ sich bei der Verfolgung von Kommunisten und Juden auf die ukrainische Hilfspolizei, das Wirtschaftskommando ließ, wenn auch nicht immer konfliktfrei, sich von einheimischen Fachleuten und Verwaltungsangestellten den städtischen Besitz inventarisieren.⁶⁰² Darüber hinaus griffen alle Organisationen auf ein-

⁶⁰¹ „Ohne die Beteiligung einheimischer Verwaltungskräfte wäre nicht einmal die Ausbeutung des Gebietes für die Zwecke der Wehrmacht möglich gewesen. Hier entschied sich das Schicksal deutscher Besatzungspolitik. Die Prozesse der Gewalteskalation und des fortschreitenden Zerfalls gesellschaftlicher Strukturen lassen sich für die „Selbstverwaltung“ besonders gut beobachten.“ Chiari, Alltag, S. 123.

⁶⁰² Der GFP der OK Nord standen beispielsweise Ende 1941 8 Feldgendarme und zwei Unteroffiziere zur Verfügung. DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 9, List 28.

heimische Dolmetscher zurück, um die Sprachbarriere zwischen ihnen und der Bevölkerung zu überwinden.

Mit dem Personal brachte die Stadtverwaltung auch Orts- und Menschenkenntnisse mit ein, die den Deutschen fehlten. Ihre Mitarbeiter konnten gezielt Parteiangehörige und ehemalige Funktionsträger ausfindig machen und etwaige „Tipps“ geben, die die Suche nach Lebensmitteln für die Wehrmacht vereinfachten.

Darüber hinaus diente sie den deutschen Besatzungsbehörden als Multiplikator ihrer Politik. Sie trug die Befehle der Wehrmacht und die Aufrufe zur Arbeit in die Bevölkerung und unterstützte sie in ihren Propagandamaßnahmen, indem sie Flugblätter verteilte und Maueranschläge anbrachte. Dadurch dass sie sich zum Sprachrohr der Wehrmacht machte, verlieh sie zumindest zu Beginn der Besetzung den deutschen Verlautbarungen ein wenig mehr Glaubwürdigkeit, denn bei Teilen der Bevölkerung wurde sie ja zunächst als Interessenvertretung wahrgenommen.

Weiterhin trug ihre Organisation der das öffentliche Leben umfassenden Bereiche zum Funktionieren des Besatzungsapparats bei. Auch wenn die Stadtverwaltung hier nur mit sehr bescheidenen Ergebnissen aufwarten konnte, so stabilisierten bereits ihre Versuche die deutsche Besatzung.⁶⁰³ Die Wehrmacht tat nämlich im ersten Jahr kaum etwas für die Charkower und kümmerte sich erst wieder um das Wohlergehen der Bevölkerung, als die Kriegslage es notwendig machte, um die Sympathien der Ukrainer zu werben. Die z. T. sehr schwachen Bemühungen der Stadtverwaltung existenzielle Grundlagen für die Zivilbevölkerung zu schaffen, hatten zumindest den Effekt, dass die Charkower das Gefühl hatten, ihnen und ihren Nöten würde - wenn auch in sehr eingeschränktem Maße - Beachtung geschenkt.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, dass die Existenz einer einheimischen Verwaltung überhaupt systemstabilisierend wirkte. Die Einwohner der Stadt gewannen den Eindruck, ihnen wäre durch eine Interessenvertretung die Möglichkeit zur Artikulation gegeben, die neuen

⁶⁰³ Siehe dazu die Anordnung der Stadtkommandantur Charkow über die Aufgaben der Stadtverwaltung vom 23.10.1941, BA/MA, RH 24-55/13, Bl. 23a, abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 334, siehe dazu auch: Skorobogatov, Charkiv, S. 128 und S. 130.

Machthaber würden sich also folglich für ihre Belange interessieren.⁶⁰⁴ Die Stadtverwaltung trug auf diese Weise dazu bei, dass die Wehrmacht ihr Besatzungsregime in den ersten Monaten festigen und ausbauen konnte.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die Stadtverwaltung durch ihre Zuarbeit den Umfang der deutschen Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik erheblich mit beeinflusste. In manchen Bereichen, wie beispielsweise der Verteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung oder der Überwachung verdächtiger Elemente ging ihre Mitarbeit soweit, dass die deutschen Kommandanturen ohne die ihr angegliederten Stadt- und Bezirksämter den Aufwand nicht allein hätten bewältigen können.⁶⁰⁵

Die Stadtverwaltung trug aber nicht nur durch ihre Arbeit erheblich zum weitestgehend störungsfreien Ablauf der Besatzung bei, sondern auch durch ihr Vorhandensein selbst. Sie vermittelte zu Beginn der Besatzung den Eindruck einer autonomen ukrainischen Verwaltungsbehörde und machte sich damit zum Teil der deutschen Propaganda, wonach die Wehrmacht die einheimischen Belange ernst nehmen und in die zukünftige Gestaltung der Besatzungspolitik miteinbeziehen würde.

Auch wenn die Stadtverwaltung zu keinem Zeitpunkt die nationalsozialistische Besatzungspolitik mitbestimmen konnte, so war der Grad ihrer Einbindung doch hoch; ihr war es zwar nicht möglich eigene Impulse zu geben, dennoch war sie in alle Bereiche involviert.

4.3.2. Effektivität

Die Frage nach der „Effektivität“ der deutschen Besatzungspolitik und der Rolle, die die einheimische Stadtverwaltung dabei spielte, erscheint im Hinblick auf die menschenverachtenden Ziele der Nationalsozialisten und den Schrecken, den das Dritte Reich in den besetzten Gebieten verbreitete,

⁶⁰⁴ Die Wehrmacht leistete diesem Empfinden durch eigene Bekanntmachungen noch Vorschub: „Die Deutsche Wehrmacht hat Euch von dem Bolschewismus befreit. Sie wird gemeinsam mit euch das Land und seine Wirtschaft wieder aufbauen. [...] Der Bürgermeister wird aus Eurer Mitte von euch selbst gewählt.“ Text in deutscher und russischer Sprache, zitiert nach: DAKhO, Fond R-3086, Opis' 1, Delo 2, List 26.

⁶⁰⁵ Siehe dazu beispielsweise die Anordnungen des WiKdo. zur Ernährung der Bevölkerung, die die einheimischen Stellen als Verteiler mit einbeziehen: DAKhO, Opis' 1, Delo

zunächst moralisch bedenklich. Schließlich ist die Frage, wie effektiv diese Behörde arbeitete fast unmittelbar verbunden damit, wie viele Menschenleben diese Effizienz kostete.

Es soll an dieser Stelle allerdings nicht darum gehen, die Verwaltungstätigkeit im Hinblick auf ihre „Nachhaltigkeit“ in den Jahren der Besatzung zu untersuchen und an Opferzahlen ihre Leistungsfähigkeit zu messen. Die Untersuchung zielt darauf ab, die Schwächen des Besatzungssystems aufzudecken und die Wirklichkeit vor Ort klar von den Realitäten abzugrenzen, die die Weisungen und Befehle der deutschen militärischen und politischen Führung generierten. Die Direktiven aus Berlin mit ihren hohen Planzahlen und Quoten verstellen häufig den Blick auf den Besatzungsalltag und darauf, dass diese Zielvorgaben in vielen Fällen nicht erreicht wurden konnten. Die Besatzungsmaschinerie funktionierte bei weitem nicht so effizient und einwandfrei, wie uns die zentralen Dokumente der deutschen Führungsstellen Glauben machen wollen.

Strukturelle, personelle und organisatorische Probleme und Auseinandersetzungen und Begehrlichkeiten der beteiligten Akteure machten vielfach einen reibungslosen Ablauf unmöglich. Am Beispiel Charkows und der Stadtverwaltung lässt sich anschaulich beweisen, wie verschiedene Interessengruppen eine effiziente Umsetzung der nationalsozialistischen Kriegsziele bewusst oder unbewusst sabotierten.

Die bisherige Forschung gibt auf die Frage nach der Effizienz der deutschen zivilen und militärischen Verwaltungsstrukturen im Osten hinsichtlich der Verwirklichung des Lebensraumprogramms und der gezielten Ausbeutung eine recht eindeutige Antwort: Ämterdarwinismus, Konkurrenzen untereinander und Reibungsverluste aufgrund ungenauer oder doppelter Kompetenzverteilung führten dazu, dass die Besatzungsverwaltungen insgesamt sehr ineffektiv arbeiteten.⁶⁰⁶ Dies lag vor allem daran, dass die deutsche Führung keine einheitliche Linie in ihrer Besatzungspolitik verfolgte. Standen zu Beginn des Feldzuges Unterdrückungs- und Vertreibungsabsichten im Vordergrund, so nahmen im Verlauf des Krieges zu-

3, List 1 f, oder die Zusammenarbeit der Bezirksverwaltungen mit der GFP, siehe dazu: Fond R-3080, Opis' 1c, Delo 4, List 102.

⁶⁰⁶ Müller, Besatzungspolitik, S. 335.

nächst Tendenzen zur Ausbeutung und dann zur Mobilisierung der Bevölkerung zu. Hitler und seine Umgebung nahmen immer wieder Modifikationen vor, wobei die Anstrengungen der beteiligten Akteure vielfach nicht miteinander koordiniert wurden. Darüber hinaus war die Besatzungspolitik in Europa und der UdSSR insgesamt sehr uneinheitlich, die Behandlung der Besetzten veränderte sich je nach der rassistischen Einschätzung des jeweiligen Volkes und den angestrebten Kriegszielen.⁶⁰⁷

Im Falle der Ukraine zeigt sich diese Problematik in den Streitigkeiten zwischen Rosenberg und Hitler. Obwohl Hitler Rosenbergs Vorschlägen einer „gemäßigten“ Besatzungspolitik eine klare Absage erteilte, ernannte er ihn trotzdem 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Gleichzeitig setzte Hitler aber auch Reichskommissare in der eroberten Sowjetunion ein, die sich ihm gegenüber direkt zu verantworten hatten. Er schuf damit für die Ukraine zwei Behörden mit sich überschneidenden Zuständigkeiten, die während des gesamten Ostkriegs existierten. Im Reichskommissariat Ukraine entsprach Erich Koch mit seiner Politik Hitlers Vorgaben, Rosenberg schaltete sich jedoch immer wieder mit Kritik an Koch und seinem Vorgehen in der Ukraine dazwischen und hemmte den reibungslosen Ablauf der Vernichtungs- und Ausbeutungsmaßnahmen.⁶⁰⁸

Im militärisch verwalteten Bereich war die Besatzungspolitik ähnlich uneinheitlich. Es war vom jeweiligen Militärbefehlshaber abhängig, inwieweit die nationalsozialistische Vernichtungsdoktrin oder militärstrategische Überlegungen das Vorgehen gegenüber den Besetzten bestimmten. Hinzu kamen der Wirtschaftsstab Ost, die Sauckel'sche Behörde und die SS, die alle im Besatzungsgebiet tätig waren und eigene Zielvorgaben und Ansprüche hatten. Die Umsetzung von Befehlen der nationalsozialistischen Führung war unter diesen Umständen vielfach davon abhängig, ob und inwieweit sich die einzelnen Organisationen miteinander ins Einver-

⁶⁰⁷ Madajczyk, Zusammenarbeit, S. 51 f.

⁶⁰⁸ Siehe zu dieser Auseinandersetzung: Alfred Rosenberg, Denkschrift Nr. 1 vom 02.04.1941, Auszug zit. n.: Dallin, Herrschaft, S. 36. Instruktionen von Alfred Rosenberg, Beauftragter für die zentralen Fragen des osteuropäischen Raumes, vom 07.05.1941, abgedruckt in: Nestler, Hakenkreuz, Dok. 3, S. 128.

nehmen setzten und ihre Handlungen miteinander koordinierten.⁶⁰⁹ Wenn hier Interessengegensätze auftraten oder keine Absprachen stattfanden, konnte das zu Problemen führen. So waren beispielsweise die Wehrmacht, der Wirtschaftsstab Ost und die Erfassungsbehörde gleichermaßen an den wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen des Landes interessiert. Die Besatzungspolitik in Charkow war ein Mikrokosmos dessen, was im Großen ähnlich im gesamten deutschen Besatzungsgebiet in der Sowjetunion ablief. Während das Wirtschaftskommando Charkow im Winter 1941 gemäß seinen Planzahlen möglichst viele Nahrungsmittel ins Reich abtransportieren wollte, deckte sich die 6. Armee im Rahmen ihrer Winterbevorratung mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütern aus dem Umland ein. Beide Organisationen konkurrierten um die immer knapper werdenden Ressourcen und versuchten die Ansprüche des anderen durch Weisungen einzuschränken.⁶¹⁰ Noch eklatanter zeigt sich das Problem bei der Gestellung von Arbeitskräften. Hier standen sich das Wirtschaftskommando Charkow, die Wehrmacht und die Erfassungsbehörden Sauckels gegenüber. Das Kommando benötigte Arbeitskräfte, um die einheimischen Betriebe und Fabriken in Gang zu halten, die Truppe brauchte Ukrainer für Schanzarbeiten oder andere militärische Aufgaben und die Erfassungsbehörden wollten möglichst viele Menschen ins Reich abtransportieren.⁶¹¹ Es entstanden Situationen, in denen sich alle drei gegenseitig die Arbeiter wegnahmen. Wenn zum Beispiel Schanzarbeiten zeitgleich zum Abtransport von Zwangsarbeitern ins Reich ausgeführt werden mussten, hatte das Wirtschaftskommando das Nachsehen. Absprachen wurden meist erst ge-

⁶⁰⁹ War beispielsweise die Wehrmacht bereit mit der SS zusammenzuarbeiten und sie logistisch zu stützen, konnte sie ohne weiteres ihr Handwerk der Mordbrennerei ausüben. Siehe dazu: Befehl des Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Brauchitsch, über die Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei und dem SD für den vorgesehenen Ostkrieg vom 28.04.41, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 303/304. Für Charkow: Besprechung bei der Feldkommandantur Charkow am 4.11.41, 9.00 Uhr, teilweise abgedruckt bei Boll, Stalingrad, S. 180

⁶¹⁰ Befehl des Armeekommandos über die Sicherstellung der Ernährung für den Winter 1941/42 vom 28.10.1941, BA/MA, RH 24-55/112, Bl. 226 f., abgedruckt in: Reemtsma, Katalog, S. 336.

⁶¹¹ Besprechung vom 7.11.1941 über den Einsatz von Sowjetrussen im Wirtschaftsstab Ost, abgedruckt in: Ueberschär, Barbarossa, S. 384/385.

troffen, wenn die Probleme schon aufgetreten waren, eine effiziente Nutzung der vorhandenen Arbeitskräfte war so nicht möglich.⁶¹²

Die einheimische Stadtverwaltung wurde von den deutschen Stellen z. T. in sehr unkoordinierter Weise miteingebunden. Als die Stadtkommandantur ihr im Winter 1941 befahl, die Lebensmittelvorräte der Bevölkerung zu requirieren, schuf sie damit neben der Wehrmacht und dem Wirtschaftskommando einen dritten Akteur auf dem Feld der ohnehin teilweise planlos verlaufenden Ausbeutungspolitik und machte es mit der Durchführung der „freiwilligen“ Spendenaktionen dem Wirtschaftskommando noch schwerer, die Erfassung und den Abtransport von Lebensmitteln ins Reich zu lenken.⁶¹³ Ebenso ad hoc wurde die Verwaltung an den Aushebungen der Ostarbeiter 1942 beteiligt und so entzogen ihre Rekrutierungsmaßnahmen für den Arbeitseinsatz im Reich den Betrieben des Wirtschaftskommandos die Arbeitskräfte.⁶¹⁴ Die daraufhin einsetzende Reglementierung der Aushebungsaktionen Mitte 1942 konnten diese Entwicklung zwar stoppen, der entstandene Schaden konnte jedoch nicht wieder gut gemacht werden. Es fehlte eine koordinierende Stelle, die die Aktionen der verschiedenen Akteure überwachte und durch entsprechende Anweisungen lenkte.

In anderen Bereichen führte hingegen die umfassende Kontrolle der Wehrmacht dazu, dass „gute“ Ideen der einheimischen Verwaltung, so z. B. zur Gestaltung der deutschen Propaganda in Charkow, in den Entwürfen stecken blieben.⁶¹⁵ Die deutsche Armee schenkte den Vorschlägen der Stadtverwaltung keine Beachtung und ohne deutsche Anweisung durften die Ukrainer ihre Vorstellungen nicht umsetzen, obwohl eine gezieltere Pro-

⁶¹² Zur Auseinandersetzung Wehrmacht – WiKdo: DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 26, List 86. Zur Auseinandersetzung WiKdo – Wehrmacht – Erfassungsorganisationen: DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 17, List 4 mit Rückseite. Zum Einvernehmen zwischen Wehrmacht und WiKdo: DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 20, List 15.

⁶¹³ DAKhO, Fond R-3066, Opus' 1, Delo 5, List 74.

⁶¹⁴ DAKhO, Fond R-3080, Opus' 1c, Delo 26, List 1 bis 32, siehe dazu insbesondere: List 30.

⁶¹⁵ Skorobogatov, Charkiv, S. 143. Stadtkommandanturbefehl Nr. 14 vom 20.12.1941, betr. Ermächtigung der Feldkommandanturen zur Befehlserteilung gegenüber der Stadtverwaltung und der Ortskommandanturen gegenüber den Bezirksbürgermeistern, DAKhO, Fond R-3086, Opus' 1, Delo 8, List 56.

paganda die Bereitschaft der Einheimischen zur Mitarbeit und ihre Zustimmung zum neuen System zweifelsohne erhöht hätte.⁶¹⁶

Darüber hinaus waren die Interessen der Deutschen und der Ukrainer natürlich in vielen Bereichen nicht deckungsgleich und die einheimische Stadtverwaltung verfolgte mit ihrer Arbeit für die Wehrmacht auch eigene Ziele. Die nationalistischen Gruppen versuchten ihre politischen Interessen zu verwirklichen und die Verwaltung stand mit dem Wirtschaftskommando in ständigem Streit bezüglich der Verfügungsgewalt über die einheimischen Betriebe. Für die Wehrmacht, die immer fürchtete, dass die nationalen Ambitionen der Ukrainer über den kulturellen Bereich hinausgingen, und für das Wirtschaftskommando, das sich immer wieder mit Verwaltungsangestellten auseinandersetzen musste, wirkten sich die Interessen der ukrainischen Seite hemmend auf das Erreichen eigener Ziele aus.

Hinzu kam die ständig schwelende Korruption in der Verwaltung. Die Produktion von Wirtschaftsgütern in eigener Sache, die Belieferung des Schwarzmarktes und schließlich der Aufbau einer Schattenwirtschaft konterkarierte die Ziele der deutschen Ausbeutungspolitik, die eine totale Erfassung aller Wirtschaftsgüter anstrebte. Auch der Kampf gegen das Anwachsen des Personalbestands der Verwaltung im ersten Jahr der Besetzung band Mittel und Zeit der deutschen Behörden.⁶¹⁷

Zusammenfassend ist Folgendes zu sagen: auch wenn die Stadtverwaltung in hohem Maße eingebunden war und durch ihre Mitarbeit dazu beitrug, dass die Wehrmacht die Verwirklichung der nationalsozialistischen Kriegsziele umfassend vorantreiben konnte, so machte sie den gesamten Apparat nicht unbedingt effizienter. Wenn man an dieser Stelle das Bild von den Rädchen im Getriebe bemühen will, so waren Wehrmacht, SS, Wirtschaftskommando und städtische Verwaltung Zahnräder, die ineinander griffen und auch liefen, dabei doch immer wieder hakten und den Gesamtbetrieb störten. Hier fehlte es an Feinabstimmung, auf der einen Seite war die Organisation der gesamten Militärverwaltung und die z. T. widersprüchlichen oder fehlenden Befehle und Weisungen der beteiligten deut-

⁶¹⁶ DAKhO, Fond R-1982, Opis' 1, Delo 23, List 10.

⁶¹⁷ Skorobogatov, Charkiv, S. 155/156

schen Stellen dafür verantwortlich, dass es immer wieder zu Dysfunktionen und Unstimmigkeiten kam, auf der anderen Seite trugen die Mitarbeiter der einheimischen Verwaltung selbst mit ihren politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Interessen dazu bei.

5. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung

Charkow ist beispielhaft für die radikale deutsche Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion. Die Wehrmacht marschierte im Oktober 1941 in die Stadt ein und hielt sie mit einer einmonatigen Unterbrechung bis August 1943 besetzt. Die deutsche Armee führte in dieser Zeit ein Militärregime ganz im Sinne der nationalsozialistischen Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik. Folge war ein enormer Bevölkerungswund unter deutscher Herrschaft. Im Oktober 1941 hatte die Stadt ca. 450.000 Einwohner, bei der Rückeroberung durch die Rote Armee 1943 waren es über 200.000 weniger.⁶¹⁸ Angesichts der Tatsache, dass Zwangsarbeit, Raub und Mord in diesen Jahren fast schon alltäglich waren, stellt sich die Frage, warum trotzdem Charkower freiwillig über einen Zeitraum von 1 ¾ Jahren mit der Wehrmacht kollaborierten.

Die Arbeit hat zur Beantwortung dieser und weiterer Fragen die Rolle der einheimischen Stadtverwaltung während der deutschen Besatzung untersucht. Diese ukrainische „Selbstverwaltung“, die kurz nach der Eroberung durch die deutschen Militärbehörden geschaffen wurde, bestand aus einem Bürgermeister, einem zentralen Apparat und zahlreichen Bezirksämtern, ihr angegliedert waren eine 1.000 Mann starke Hilfspolizei, eine Feuerwehr und ein Rotes Kreuz. Die Stadtverwaltung selbst zählte im Schnitt bis zu 1.800 Mitarbeiter. Vom Herbst 1941 bis zum Sommer 1943 unterstützte sie die deutschen Stellen bei der Durchführung der wirtschaftlichen Ausbeutung, des Zwangsarbeitereinsatzes, der Ermordung der Charkower Juden und bei der Verfolgung von „verdächtigen Elementen“.

Bei näherer Betrachtung der Ereignisse stellt sich ein Bündel von Fragen und Problemen. Zunächst ist es objektiv schwer zu beantworten, inwieweit diese Zusammenarbeit überhaupt freiwillig geschah, denn „Freiwilligkeit“

⁶¹⁸ Zu den Zahlen siehe die Ergebnisse der Volkszählungen: DAKhO, Fond R-2982, Opis' 1, Delo 231, List 1 f. Weiterhin die Tabellen bei Skorobogatov, Charkiv, S. 20 f.

ist hinsichtlich der historischen Umstände nicht eindeutig definierbar. Eine Rückkehr der Sowjetunion erschien 1941 nach dem Abzug der Roten Armee sehr zweifelhaft und viele Einheimische nahmen Hitler zu diesem Zeitpunkt als neuen legitimen Herrscher wahr. Die Entscheidung für die eine oder die andere Seite wurde stark durch äußere Zwänge beeinflusst, von einer freien Wahl kann nicht die Rede sein.

Mit Rücksicht auf die herrschenden Umstände muss auch die Kollaborationsbereitschaft der Bevölkerung bewertet werden. Die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht war nicht in erster Linie ein Verrat an der Sowjetunion, sondern vielfach zunächst einmal der Versuch, sich mit der Besatzungsmacht und damit mit der neuen Situation zu arrangieren. Die Behauptung, die Bevölkerung habe sich sofort „wie ein Mann“ gegen die deutsche Armee erhoben, ist eine Fiktion, die von der sowjetischen Historiographie erzeugt wurde. Im Gegenteil war die Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht in der westlichen Sowjetunion zumindest in den ersten Kriegswochen ein Massenphänomen.

Die Gründe für diese Zusammenarbeit können nicht pauschalisiert dargestellt werden. Eine Vielzahl an Motiven führte dazu, dass Einheimische mit der Wehrmacht oder den zivilen Besatzungsbehörden kollaborierten. Über die historischen Umstände hinaus konnten politische Überzeugung, Opportunismus und Karrierestreben, aber auch Zwang oder Zufall bei dieser Entscheidung eine Rolle spielen. Kollaboration hatte also, auch wenn sie massenhaft auftrat, sehr unterschiedliche Ursachen.

Die Forschung unterscheidet u. a. in verschiedene Arten der Kollaboration, um diesen Umstand zu verdeutlichen. Der „neutrale“ Kollaborateur arbeitete aus eigenem Interesse für die Besatzungsmacht, ohne dabei deren politische oder ideologische Ansichten zu teilen. Seine Tätigkeit wurde von Umständen diktiert, die er selbst nicht beeinflussen konnte, als Alternativen blieben ihm nur Hunger, Chaos und Untergang.⁶¹⁹ Bei der „bedingungslosen“ Kollaboration solidarisierte sich der einzelne mit der Besatzungsmacht, weil er mit ihr in ihren Idealen und Grundsätzen übereinstimmte. Der Kollaborateur bekannte sich zum Nationalsozialismus und

⁶¹⁹ Siehe dazu die Ausführungen von W. Rings: Rings, Feind, S. 112.

war zu jeder Leistung bereit, wenn er damit der gemeinsamen Sache dienen konnte.⁶²⁰ Der „bedingte“ Kollaborateur hieß das Dritte Reich hingegen nur in Teilen gut, war jedoch trotzdem zu loyaler Zusammenarbeit bereit, weil er die Umstände, die seine Haltung diktierten, ändern wollte.⁶²¹ Der „taktische“ Kollaborateur arbeitete mit den Deutschen zusammen, obwohl er ein Feind des Nationalsozialismus war. Die Kollaboration diente ihm ausschließlich dazu, eigene Ziele durchzusetzen und zu verwirklichen.⁶²² Diese Kollaborationsformen sind allerdings nicht statisch oder scharf voneinander zu trennen, im Gegenteil sind die Grenzen fließend.⁶²³

Bei der Kollaboration in der Ukraine zeigt sich eindringlich, wie sich Motive und Antriebsgründe je nach beteiligter Gruppe oder Individuum verändern und überschneiden und das Verhalten des einzelnen abhängig ist von Zeit und Ort der Zusammenarbeit. Die Ursachen liegen demnach nicht nur ausschließlich in der unmittelbaren Situation 1941 und der damit zusammenhängenden Alternativenlosigkeit, die Suche nach ihnen führt in die ukrainische Geschichte vor dem deutschen Überfall. Dabei ist die Geschichte der Sowjetukraine gleichermaßen wichtig, wie die des westeuropäischen ukrainischen Exils in den 1920er und 30er Jahren. Nach den gescheiterten Versuchen gegen Ende des Ersten Weltkriegs einen eigenen Staat zu gründen, erstarkte in- und außerhalb der UdSSR der ukrainische Nationalismus und dessen Vertreter stellten sich gegen Stalin und traten für eine unabhängige Ukraine ein. Während die Nationalisten in der Sowjetukraine nach der Politik der Einwurzelung (Korenizacija) in den 1920er Jahren im darauf folgenden Jahrzehnt der staatlichen Verfolgung ausgesetzt waren und sich vielfach ins innere Exil zurückzogen, konnten die militanten nationalukrainischen Vereinigungen in Westeuropa vielfach mit der Unterstützung der kapitalistischen Staaten rechnen, die in der sich etablierenden Sowjetunion eine Bedrohung sahen. Seit 1933 arbeitete die Organisation ukrainischer Nationalisten (UVO, später OUN) mit dem Dritten Reich zusammen. Die deutsche Führung schürte deren Hoffnung

⁶²⁰ Ebda., S. 134.

⁶²¹ Ebda., S. 164.

⁶²² Ebda., S. 197.

auf einen souveränen ukrainischen Staat und instrumentalisierte sie auf diese Weise für die eigene Machtpolitik. Politischer Opportunismus und die Aussicht, durch die Arbeit in einer Besatzungsverwaltung wieder am politischen Tagesgeschehen partizipieren zu können, gaben häufig den endgültigen Ausschlag, sich für die Wehrmacht oder in den zivilen Verwaltungsorganen zu engagieren.

Neben diesen politischen Antriebsgründen ist die Diktaturerfahrung der sowjetukrainischen Bevölkerung in den 1930er Jahren immanent für die Erforschung der Motivationen. Viele Ukrainer hatten die UdSSR als repressiven Staat erlebt und lehnten sie ganz oder in Teilen ab. Die Lebenssituation zahlreicher ukrainischer Sowjetbürger war in der Zeit der Hungersnot 1932/33 und des „Großen Terrors“ 1937/38 geprägt von Zwang, Verfolgung, staatlicher Überwachung und Mangelwirtschaft. Von der Zusammenarbeit mit den Deutschen versprachen sich viele eine Verbesserung der allgemeinen Lage und ihrer individuellen Lebensumstände.

Der Alltag unter Stalin hatte darüber hinaus auch das grundsätzliche Politik- und Staatsverständnis der Sowjetukrainer entscheidend geprägt. Gewöhnt an einen Staat, der selbstherrlich Normen und Werte setzte und Abweichler und Feinde verfolgte, kannten sie die Garantie staatlicher Grundrechte oder umfassender Rechtssicherheit nicht. Viele Ukrainer hatten im allgegenwärtigen stalinistischen Unterdrückungsapparat Verhaltensweisen entwickelt, um in diesen Zuständen zu leben. Durch Subordination und Anpassung versuchten sie, das eigene Leben erträglicher zu machen bzw. ihr Überleben zu sichern. Diese Diktaturerfahrungen begünstigten nicht nur die Akzeptanz bzw. das „Sich Abfinden“ mit der deutschen Gewaltherrschaft sondern auch die Bereitschaft zur Kollaboration.

Daneben waren auch rein pragmatische Gründe oder der bloße Überlebenswille ausschlaggebend für die Entscheidung bei der Wehrmacht zu arbeiten.

Bei den Führern und Mitarbeitern der Stadtverwaltung Charkow finden sich all diese Motive und Gründe in unterschiedlichsten Gewichtungen wieder. An der Spitze der Verwaltung waren es vor allen Dingen einhei-

⁶²³ Ebd., S. 228.

mische Nationalisten, deren illusionäre Vorstellungen von einem zukünftigen ukrainischen Staat und ihrer eigenen Rolle darin sie zu Werkzeugen der Deutschen werden ließ. Ihre Versuche, auf institutionalisiertem Weg eine Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur zu erreichen, zeugen von ihren Bemühungen, unter deutscher Besatzung nationalukrainische Interessen geltend zu machen. Der starke Antikommunismus dieser Gruppierung führte auch dazu, dass sie die Wehrmacht entscheidend bei der Verfolgung ehemaliger Funktionäre und Parteiangehöriger unterstützte. Viele der Nationalisten in Charkow kamen nicht aus dem europäischen Exil, sondern hatten die 1930er Jahre in der Ukraine verbracht und waren repressiert worden. Ihr Hass richtete sich nun gegen ihre ehemaligen Unterdrücker und machte sie damit für die Wehrmacht zu hervorragenden Gehilfen bei den Maßnahmen gegen „politisch unzuverlässige Elemente“. Aber nicht nur bei der Hatz auf politisch Andersdenkende unterstützten sie die deutschen Stellen, sie beteiligten sich auch an der Vertreibung und Ermordung des jüdischen Bevölkerungsteils. Den Ausschlag für die Mittäterschaft gab neben einem in der ukrainischen Gesellschaft durchaus verbreiteten Antisemitismus auch die Aussicht auf wirtschaftlichen Gewinn. Darüber hinaus wollte die Stadtverwaltung mit ihrer Unterstützung ihre Kooperationsbereitschaft unter Beweis zu stellen. Hier zeigt sich, dass weder ausschließlich weltanschauliche, noch politische oder ideologische Gründe die einheimischen Nationalisten zur Zusammenarbeit mit der Wehrmacht bewegten, vielfach waren auch rein materielle Überlegungen mit ausschlaggebend.

Wie sehr die Aussicht auf Profit die Entscheidung für die Arbeit in der Verwaltung insgesamt beeinflussen konnte, beweisen auch die vielen Fälle von Bestechung und Selbstbereicherung, die auf allen Ebenen der Stadtverwaltung über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens auftraten. Die Korruptiertheit des gesamten Verwaltungsapparates war nicht nur die Folge der deutschen Besatzungspolitik, die sowohl für die Zivilbevölkerung als auch für die Verwaltungsmitarbeiter häufig Mangel und Entbehrungen bedeutete. Gewinnstreben veranlasste viele, sich in der Verwaltung um eine Stelle zu bewerben.

Die Machtkämpfe, die sich die oberen Verwaltungschargen im ersten Jahr lieferten zeigen, dass es aber nicht nur um die Verwirklichung politischer und kultureller Ideale oder um bloßes Überleben und Bereicherung ging, die verschiedenen Fraktionen in den Führungsgremien der Stadtverwaltung konkurrierten auch um den Machtanspruch. Die nationalistischen Gruppierungen, die sich z. T. grundlegend in ihren politischen Ideen voneinander unterschieden, versuchten erst gar nicht, sich zu einigen und auf eine Linie festzulegen, um so gegenüber den Deutschen gemeinsam eine stärkere Position beziehen zu können, sondern wetteiferten intern um die Führung der Verwaltung und die Bekleidung hoher Ämter. Das Tagesgeschäft wurde nicht bestimmt von der Durchsetzung politischer Ideale, oder wie es tendenziöse exilukrainische Nachkriegsschriften gern behaupten, durch den „Kampf für eine freie Ukraine“, sondern durch kleine Feindseligkeiten, Konkurrenzdenken, Verschwörungen und Intrigen.

In den Abteilungen und Bezirken der Verwaltung, wo Schreiber, Sekretäre, Buchhalter, Mechaniker, Köche und Chauffeure arbeiteten, spielten solche Gründe entweder eine untergeordnete oder gar keine Rolle. Diese Menschen bewarben sich bei der Stadtverwaltung hauptsächlich, weil sie eine Arbeit suchten. Hier hofften sie, besser zu verdienen als die vielen anderen Charkower, die sich in den Betrieben des Wirtschaftskommandos verdingten. Solche Schritte können durchaus als Versuch gewertet werden, unter der Besatzung wieder in einen einigermaßen geregelten Alltag zurückzukehren. Für viele Angestellte und Mitarbeiter war die Verwaltung in erster Linie Arbeitgeber und sorgte für den Lebensunterhalt. Die anfänglichen Erwartungen von einer „Befreiung“ wurden schnell enttäuscht und bald durch den Willen ersetzt, diese Besatzungszeit möglichst unbeschadet zu überstehen.

Auch der Überlebenswille war zeitweise von großer Bedeutung für die Entscheidung zur Kollaboration, denn in Charkow herrschte von 1941 bis 1943 eine schlechte bis völlig desolante Lebensmittelversorgung. Die Arbeit für die Wehrmacht war in Krisenzeiten häufig eine der wenigen Möglichkeiten, eine Nahrungsmittelzuteilung zu erhalten oder in einer Werkküche bzw. in einem Speisehaus der Verwaltung zu essen. Als im Winter 1941/42 in Charkow eine Hungersnot ausbrach, verdoppelte sich die Zahl

der Verwaltungsmitarbeiter auf der Bezirksebene. Die neu Eingestellten arbeiteten nicht aus Überzeugung für die Deutschen, sondern um dem Hungertod zu entkommen.

Von einer „ukrainischen Interessenvertretung“, wie Wehrmachtsstellen die einheimische Verwaltung in ihrer Propaganda nannten, konnte kaum die Rede sein. Ein solches Selbstverständnis herrschte zwar zu Beginn der deutschen Besatzung in der Verwaltungsspitze vor, wo Nationalisten glaubten, sich mit dieser Institution nachhaltig für die Belange ihrer Landsleute einsetzen zu können, mit der Zeit wich dieses Verständnis aber der Einsicht, dass man sich zu Handlangern der Wehrmacht gemacht und in die nationalsozialistischen Verbrechen hatte miteinbeziehen lassen. Diese Ukrainer hofften in Anbetracht der wahren Ziele der deutschen Politik zu Unrecht, dass sie durch ihre dauerhafte Zuarbeit und ständigen Loyalitätsbekundungen die Wehrmacht irgendwann zu Zugeständnissen hätten bewegen können. Die Auslieferung politischer Gegner und die Ermordung der Juden waren zumindest noch teilweise im Interesse dieser radikalen Nationalisten, die Ausbeutung der eigenen Bevölkerung und schließlich die massenhaften Zwangsarbeiterdeportationen von Ukrainern ins Reich entsprach jedoch keineswegs mehr den eigentlichen politischen Zielen der Nationalukrainer in der Stadtverwaltung. Dennoch hielten sie an der Zusammenarbeit fest, zum Teil aus den bereits genannten Gründen, aber auch, weil sie in der Charkower Öffentlichkeit mittlerweile stigmatisiert waren: die Bevölkerung sah in ihnen Marionetten der Deutschen oder gewissenlose Opportunisten.

Im Hinblick auf die erwähnte Unterscheidung in verschiedene Kollaborationsformen ist festzuhalten, dass es sich in Charkow am wahrscheinlichsten um ein Gemisch aus neutraler, taktischer und bedingter Kollaboration handelte, wobei das Verhältnis zueinander je nach beteiligter Gruppe und Individuum stark variierte. Viele der Verwaltungsmitarbeiter arbeiteten mit den Deutschen eher aus praktischen Gründen zusammen, als aufgrund einer tiefen politischen Überzeugung und auch bei denen, die an die Zusammenarbeit politische Ziele knüpften, trat machtsstrategisches Kalkül teilweise in den Vordergrund. Es ist nicht möglich, klare Trennlinien zwischen den Motiven zu ziehen: Politik, Pragmatismus, Opportunismus,

Karrierestreben, Gewohnheit und Überlebenswille vermischten sich. Darüber hinaus geschah die Zusammenarbeit vielfach aus der Situation heraus und war nicht berechnet oder langfristig geplant. Zuletzt beeinflusste auch die politische Sozialisation in der Sowjetunion die Bereitschaft zur Kollaboration. Der Ukrainer Aleksej Bris, machte in einer Nachkriegsaussage sehr deutlich, was sich in den Köpfen vieler seiner Landsmänner abgespielt haben muss, als das Dritte Reich in die Sowjetunion einmarschierte:

„Wir träumten von dem neuen ukrainischen Staat. Jeder Krieg gegen die Sowjetunion war in unseren Augen ein guter Krieg. [...] Jeder Mensch träumt davon, etwas Besseres zu haben. Niemand möchte Straßenfeger sein. [...] Unter jeder Herrschaft, ganz gleich welcher, wurde deren jeweiliges System als normal hingenommen. Wenn beispielsweise die Chinesen gekommen wären, hätten wir sie für „normal“ gehalten [...] Ich musste irgendwie für sie arbeiten, weil ich essen, leben und arbeiten musste, und darum hatten wir keine solche Definition von „Kollaboration“, wie Sie sie im Westen haben.“⁶²⁴

Diese Aussage spiegelt die Vielfalt an Kollaborationsmotiven wieder, die von Alternativenlosigkeit über politische Ansichten bis hin zu persönlichen Empfindungen und Eindrücken reichten.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob mit dem nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Kollaborationsbegriff, der eine bewusste Zusammenarbeit mit dem Feind impliziert, die historischen Vorgänge in Charkow ausreichend in Worte gefasst werden können. Die Vielzahl der Motive weist darauf hin, dass es sich bei vielen Akteuren gerade nicht um eine bewusste Entscheidung zur Zusammenarbeit mit dem Feind handelte. Ist es beispielsweise angemessen, Charkower, die im Winter 1941 in der Verwaltung eine Stelle annahmen um zu überleben, als Kollaborateure zu bezeichnen? Man unterstellt dieser Gruppe dadurch nicht nur bestimmte Absichten, man kann sie auch nur schwer von anderen „Kollaborateuren“ wie beispielsweise den Nationalisten unterscheiden. Der Begriff „Kollaborateur“ macht sie alle vor den Augen des historischen Betrachters gleich, seine Konnotation macht eine differenzierte Sichtweise fast unmöglich.

⁶²⁴ Zit. n.: Rees, Krieg, S. 86, 87. Bris arbeitete bis Mitte 1942 als Dolmetscher für die deutsche Armee und schloss sich dann der Ukrainischen Befreiungsarmee (UPA) an und kämpfte gegen die Deutschen. Die Besatzungspolitik hatte hier einen weiteren Ukrainer, der die einmarschierende Wehrmacht zunächst als „Befreier“ begrüßt hatte, zu einem erbitterten Gegner werden lassen.

Die moderne Kollaborationsforschung benutzt Begriffe wie „Kooperation“ oder „Dissenz“, um solche Fälle zu benennen und auf sie aufmerksam zu machen. Gleichzeitig wird daran gearbeitet, zu einer neuen Konnotation des Kollaborationsbegriffs zu gelangen, die es möglich macht, besser zwischen den unterschiedlichen Akteuren und ihren individuellen Umständen zu unterscheiden.⁶²⁵

Die von modernen Studien in diesem Zusammenhang vorgenommene Auflösung der Gegensätze „Widerstand“ und „Kollaboration“ und der Blick auf das weite Feld der dazwischen liegenden „Anpassung“ an die deutsche Herrschaft sind ebenfalls hilfreich, um die Geschehnisse besser zu beurteilen. So kann die Arbeit im deutschen Besatzungsapparat auch als eine mögliche Anpassungsstrategie an eine Ausnahmesituation gewertet werden.⁶²⁶

Ebenso wird immer deutlicher, dass „Kollaboration“ auch in Teilen Widerstand gegen die deutsche Besatzungsherrschaft bedeuten konnte. Dies zeigt sich ausgeprägt bei der Untersuchung der Charkower Stadtverwaltung. Wo Interessengegensätze zwischen Deutschen und Ukrainern bestanden, wie beispielsweise bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der Stadt, hemmte oder verlangsamte die Stadtverwaltung die Arbeit der deutschen Behörden. Die Zusammenarbeit verlief nur dort reibungslos, wo sich die deutschen und ukrainischen Absichten und Vorstellungen deckten.

Die Untersuchung der Stadtverwaltung in Charkow zeigt, dass es notwendig ist, Forschungsansätze, die den Kollaborationsbegriff neu konnotieren und/oder andere Termini verwenden, fortzuführen, um zu einem differenzierteren Geschichtsbild zu gelangen. Ginge man nur davon aus, dass hier eine „bewusste Zusammenarbeit mit dem Feind“ stattgefunden hätte, würde diese Annahme den Blick auf die Vielfältigkeit der Ereignisse und die Motive der Akteure verschleiern und sogar verfälschen.

„Kollaboration“ in der Ukraine kann in diesem Zusammenhang nur der Oberbegriff für ein vielschichtiges und facettenreiches historisches Phänomen sein, das immer weiterer Erläuterungen bedarf. Die Rolle der einheimischen Stadtverwaltung bei der deutschen Besetzung Charkows zeigt

⁶²⁵ Dieckmann, Editorial, S. 15 f.

⁶²⁶ Rees, Krieg, S. 97 f.

in Ansätzen, wie differenziert und abgestuft dieses Phänomen betrachtet und untersucht werden muss. Um ein umfassendes und abschließendes Urteil über die Zusammenarbeit von Ukrainern mit den Deutschen im Zweiten Weltkrieg abgeben zu können, sind weitere kultur- und alltagsgeschichtliche Mikrostudien notwendig. Die Erforschung von Regionen und Städten und von Strukturen und Mechanismen der deutschen Besetzung ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Allerdings tritt mit solchen Forschungsansätzen auch eine unbequeme historische Wahrheit immer deutlicher zu Tage, nämlich die Tatsache, dass auch Einheimische bewusst und unbewusst in hohem Maße die deutsche Herrschaft stabilisiert und zur Verwirklichung des „Ostprogramms“ beigetragen haben. Hier besteht ein weiteres Mal die Gefahr der Emotionalisierung und Politisierung des Forschungsgegenstandes, denn die Erkenntnis, dass auch die Besetzten zum Teil die Schrecken der Naziherrschaft ermöglicht haben, kann schnell dazu führen, die Kollaborateure zu Mitschuldigen zu machen und damit die Taten der SS und der Wehrmacht zu verharmlosen oder zu relativieren. Es ist die Aufgabe der seriösen Kollaborationsforschung solchen Tendenzen entschieden entgegenzutreten. Auch diese Untersuchung will nicht über Schuldzuweisungen diskutieren. Beihilfe zum Mord ist aus jeder historischen Situation heraus zu verurteilen, ebenso die Mithilfe, ein repressives System zu etablieren und zu festigen. Allerdings entlässt die Zusammenarbeit Einheimischer mit der Besatzungsmacht die Wehrmacht nicht aus ihrer Verantwortung im nationalsozialistischen Vernichtungskrieg. Die Befehle zum Massenmord, zur Ausbeutung und zur Hungerpolitik kamen von deutschen Politikern und Militärs und nicht von ukrainischen Kollaborateuren. Die Wehrmacht überfiel die Sowjetunion und führte dort einen Krieg in einer menschenverachtenden Konsequenz, wie er vorher noch nie stattgefunden hatte. Die Ukrainer wurden in diesen erbarmungslosen Kampf mit hineingezogen und machten sich teilweise auch schuldig - zu verantworten hat ihn aber das nationalsozialistische Deutschland.

Ein völlig anderer, von der eigentlichen Kollaborationsproblematik wegführender Aspekt ist die Frage danach, inwieweit das Vorgehen der Wehrmacht in Charkow vergleichbar ist mit dem der deutschen Armee in ande-

ren besetzten sowjetischen Städten? Es liegen mehrere neuere Untersuchungen zur deutschen Besatzungspolitik in der Sowjetunion vor, die sich u. a. auch mit anderen Metropolen beschäftigen, und ein direkter Vergleich zeigt, dass Charkow keine Ausnahmeerscheinung war.⁶²⁷ Auch in Kiev oder Minsk gehörten der Terror gegen die Zivilbevölkerung, der Holocaust, die wirtschaftliche Ausbeutung und der Zwangsarbeitereinsatz zur Besatzung.⁶²⁸ Und auch das Verhalten der einheimischen Bevölkerung unterschied sich nur im Detail. Es kam sowohl zu bewaffnetem Widerstand, als auch zu Anpassung und Kollaboration in ihren verschiedenen Ausprägungen und Erscheinungsformen. Erwähnenswert ist, dass die militärische Verwaltung immer versuchte, die nationalsozialistischen Kriegsziele intensiv umzusetzen. In der älteren Forschung stand insbesondere der Reichskommissar für die Ukraine Erich Koch und sein Apparat für ein gewissenloses und grausames Regime, das ganz im Sinne der nationalsozialistischen Führung funktionierte. Die Wehrmacht in der Ostukraine stand dem Reichskommissar jedoch in nichts nach, nur begründete sie ihr Vorgehen manchmal mit militärstrategischen Notwendigkeiten und nicht – wie Koch – ausnahmslos mit rassenideologischen Motiven.

Die Annahme, den Einheimischen wäre es im militärisch verwalteten Teil der Sowjetunion besser ergangen als in den Reichskommissariaten ist also unzutreffend und wird von mehreren Studien getragen.⁶²⁹ Die bisherigen Untersuchungen zum Vorgehen der Wehrmacht im Osten lassen den Schluss zu, dass sich das deutsche Heer in allen besetzten Großstädten ähnlich verhalten hat. Nichtsdestotrotz sind weitere Regionalstudien notwendig, diese Behauptung zu untermauern und einer Verallgemeinerung vorzubeugen. Hier eröffnen sich der zukünftigen Forschung neue Perspektiven, die Untersuchung anderer Gebiete und urbaner Zentren wird dazu beitragen, das Bild der militärischen Besatzung der westlichen UdSSR im „Großen Vaterländischen Krieg“ zu vervollständigen.

Weiterer Forschungsbedarf besteht auch bei der Frage nach der Umsetzung der Vorgaben der nationalsozialistischen Führung durch die Militär-

⁶²⁷ Pohl, Herrschaft.

⁶²⁸ Siehe zu Kiev: Berkhoff, Despair. Zu Minsk: Gartenschläger, Minsk, S. 13 f.

⁶²⁹ Dazu zwei Übersichtswerke: Pohl, Herrschaft; Oldenburg, Kalkül.

administrationen. Die Ergebnisse zu Charkow zeigen in Bezug auf die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, dass sich die beteiligten deutschen Organisationen gegenseitig stark behinderten und eine erfolgreiche Ausbeutung der Stadt erschwerten. Weitere Analysen könnten dazu beitragen, dieses strukturelle Versagen der deutschen Besatzung zu untersuchen.

Auch im Hinblick auf die Herkunft der kollaborationsbereiten Gruppen und Personen bestehen weiterhin Lücken. In Charkow hat sich gezeigt, dass die Wehrmacht in erster Linie auf einheimische Nationalisten zurückgriff und nicht – wie es die jahrelangen Kontakte zwischen deutscher Führung und ukrainischen Exilanten vermuten ließen – auf die Marschgruppen der OUN. Hier stellt sich die Frage, ob die Wehrmacht nur aufgrund der in Charkow vorhandenen nationalistischen Gruppierungen so entschied oder ob sie sich auch in anderen Fällen einheimischer Nationalisten bediente.⁶³⁰ Hier liegen bereits erste Ergebnisse vor, umfassende Antworten für die gesamte westliche Sowjetunion stehen jedoch noch aus. Weiterhin gilt es endgültig zu eruieren, wie nachhaltig die sowjetische Gesellschaft durch die menschenverachtende deutsche Besatzungspolitik verändert wurde und wie diese Jahre des Krieges in einer gesamtsovjetschen Geschichte verortet werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeit hinsichtlich der Bedeutung der spezifischen Diktaturerfahrung der ukrainischen Bevölkerung vor dem Krieg für ihr Verhalten unter deutscher Besatzung bieten hier Ansätze, die anhand weiterer Studien auch für andere Bereiche vertieft und unter Umständen belegt werden können.

Allerdings werden weitere Forschungen und Analysen auch auf Probleme stoßen. Die Aussagekraft der Quellen ist insbesondere hinsichtlich kulturgeschichtlicher Fragestellungen begrenzt. Sie geben zwar hinreichend Auskunft über die Struktur und Funktionsweise des Besatzungsapparats, lassen jedoch nicht immer einen klaren Schluss auf die Motive der Beteiligten zu. Die Mitarbeiter in den untersten Etagen der Verwaltung bleiben vielfach gesichts- und konturlos und tauchen nur als Namen auf den Lohnlisten auf. Über ihre individuellen Gründe kann häufig nur spekuliert wer-

⁶³⁰ Penter, Donbass; Dies., Zukunft; Grelka, Nationalbewegung.

den. Nachkriegsdarstellungen spiegeln in diesem Zusammenhang vielfach eher die politischen Einstellungen der Verfasser wider und geben wenig Auskunft über ihre wahren Motive in der Kriegszeit. Zeugenaussagen, die nach dem Krieg in der Sowjetunion aufgenommen wurden, sollten in erster Linie Systemtreue demonstrieren und Stellungnahmen des ukrainischen Exils in Westeuropa und den USA hatten auch nach 1945 noch einen nationalistischen und antisowjetischen Hintergrund.⁶³¹ Aber auch bei den höheren Verwaltungsangestellten, die sich während der Besatzungszeit schriftlich zu ihren Motiven äußerten, bleiben Restzweifel über den Wahrheitsgehalt dieser Äußerungen bestehen. So stellt sich die nicht unberechtigte Frage, ob der Bezirksbürgermeister, der in einem Memorandum⁶³² an die Stadtkommandantur seiner nationalen Einstellung Ausdruck verlieh und sich nachhaltig für die „Vernichtung des jüdischen Bolschewismus“ aussprach, es wirklich ernst meinte, oder ob es sich hierbei nicht um eine Art der politischen Anbiederung handelte.⁶³³ Vertrat der Bürgermeister also wirklich eine politische Überzeugung oder demonstrierte er sie nur, um sich den neuen Machthabern gefällig zu erweisen?

Bei allen Schwierigkeiten, die die Analyse dieses „neuen“ Quellenmaterials mit sich bringt, so kann eine angemessene Erforschung der historischen Ereignisse in Zukunft nicht mehr allein auf der Basis deutscher Dokumente geschehen. Hier werden allenfalls die megalomanen Fantasien der deutschen Führung oder die Sichtweise der Besatzungsorgane widergespiegelt. Erst die Nutzung der Quellenbestände in den vormals sowjetischen Archiven erlaubt einen differenzierten Blick auf den Forschungsgegenstand und ermöglicht es, sowohl die Seite der Besatzer, als auch die der Besetzten zu erforschen. Zukünftige Untersuchungen werden ihren Blick auf die zeitgenössischen Mentalitäten und Handlungslogiken aller Beteiligten richten müssen, um einen umfassenden Eindruck von der Sowjetunion unter deutscher Besatzung und der nationalsozialistischen Fremdherrschaft selbst zu gewinnen.

⁶³¹ Zum Beispiel: Autorenkollektiv, *Kolonialismus*.

⁶³² DAKhO, Fond R-1982, Opis' 1, Delo 23, List 10–14.

⁶³³ Siehe dazu die Thesen von S. Kotkin zum „Speaking Bolshevik“. Unter Umständen wurde in der Besatzungszeit aus diesem „Speaking Bolshevik“ ein „Speaking National

Die bisher erschienene ukrainische Monographie zur Besatzungszeit in Charkow hat lobenswerterweise sowohl deutsche als auch ukrainische Dokumente und Quellen ausgewertet. Herausgekommen ist eine sehr detailreiche Studie, die sich jedoch leider teilweise in ihrer Interpretation an den Vorgaben eines ukrainischen Befreiungskampfes orientiert. Die Stadtverwaltung wird hier sehr isoliert als Ort verblendeter und korrupter Kollaborateure beschrieben, was bei der abschließenden Beurteilung Grauzonen und Zwischentönen wenig Raum lässt.⁶³⁴ Nichtsdestotrotz ist diese Abhandlung über weite Strecken erhellend, was die Entfaltung des nationalsozialistischen Besatzungsregimes in Charkow angeht.

Bei allen noch ausstehenden Fragen und Problemen und bei aller Kritik zeigt auch diese Arbeit, wie gleichsam alle seriösen Studien auf diesem Gebiet, wie der Krieg Zivilgesellschaften nachhaltig veränderte und teilweise in die Barbarei abgleiten ließ. Ein Menschenleben hatte unter deutscher ziviler oder militärischer Besatzung kaum einen Wert. Trotzdem oder gerade deshalb fanden sich immer wieder Menschen, die bereit waren, mit dem nationalsozialistischen Deutschland zusammenzuarbeiten. Unabhängig von der Vielzahl der Motive aufgrund dessen diese Zusammenarbeit geschah, ermöglichte sie doch den Nationalsozialisten in den eroberten Gebieten vor allem eines: eine menschenverachtende Besatzungspolitik solchen Ausmaßes zu betreiben.

Socialist“. Anm. d. Autors, weiteres bei zum „Speaking Bolshevik“ bei Kotkin, Mountain.

⁶³⁴ Skorobogatov, Charkiv.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1. Archivquellen

Deržavnyj Archiv Charkivs'koji Oblasti/ Staatliches Archiv des Charkower Gebiets (DAKhO)

bzw. Gosudarstvennyj Archiv Char'kovskoj Oblasti (GAKhO)

Fond R-3066: Opis' 1, Delo 5, List 82 – 84 ;

Fond R-3080: Opis' 1, 2;

Fond R-3081: Opis' 2, Delo 34, List 9 – 20, 50, 37;

Fond R-3082: Opis' 1, Delo 56, List 6 – 8;

Fond R-3086: Opis' 1, Delo 1, List 35; Delo 23, List 1;

Fond R-3164: Opis' 1, Delo 119, List 7 – 20;

Fond R-3450: Opis' 1, Delo 7, List 30 – 38;

Fond R-4567;

Fond R-4568;

Fond R-4572.

United States Holocaust Memorial Museum

Kharkiv Oblast Archive Records, Manuscript RG 31.010M, 21 Mikrofilm Reels.

6.2. Quelleneditionen und edierte Quellen

Adamowitsch, Ales (Hg.): Eine Schuld, die nicht erlischt. Dokumente über deutsche Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Köln 1987.

Bosse, George: Jene Zeit in Charkow 1936 – 1941. Eine Jugend unter Stalin, Berlin 1997.

Benz, Wolfgang (Hg.): Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“: Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrussland 1941 – 44, Berlin 1998.

Best, Werner; Wilhelm Stuckart (Hg.): Reich, Volksordnung, Lebensraum. Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung, Bd. 1, Darmstadt 1941.

Ders.: Dänemark in Hitlers Hand: Der Bericht des Reichsbevollmächtigten Werner Best über seine Besatzungspolitik in Dänemark, Husum 1988.

Bezymenskij, Lev A.: Ausgewählte sowjetische Dokumente, in: Gerd R. Ueberschär; ders. (Hg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998, S. 155 – 217.

Documents, 1929 – 66, in: Boshyk, Yury (Hg.): Ukraine during World War II. History and its Aftermath, Edmonton 1986, S. 165 – 249.

Doncov, Dmytro: Pidstavy našoi polytyky, Wien 1921.

Dorošenko, Dmytro: Die Ukraine und das Reich, Berlin 1941.

Eichholtz, Dietrich; Wolfgang Schuhmann (Hg.): Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, Berlin (Ost) 1969.

Ertl, Ernst: Werkmeister im „Paradies“: 4 Jahre Traktorenwerk Charkow, Berlin 1937.

Frauenfeld, Alfred E.: Und trage keine Reu'. Vom Wiener Gauleiter zum Generalkommissar der Krim. Erinnerungen und Aufzeichnungen, Leoni am Starnberger See 1978.

Frauenfeld, Alfred E.: Die Krim, Berlin 1942.

Garros, Veronique (Hg.): Das wahre Leben : Tagebücher aus der Stalin-Zeit, Berlin 1998.

Gennady Andreev-Khomiakov: Bitter Waters. Life and Work in Stalin's Russia. A Memoir, Boulder, CO 1997.

Golovcanskij, Anatolij (Hg.): „Ich will raus aus diesem Wahnsinn“: deutsche Briefe von der Ostfront 1941 – 1945; aus sowjetischen Archiven, Wuppertal 1991.

Hass, Gerhart, Wolfgang Schuhmann (Hg.): Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1972.

Halder, Franz: Hitler als Feldherr, München 1949.

Ders.: Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabs des Heeres 1939 – 1942. Bd. 3: Der Russlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad 22.6.41 – 24.9.42. hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, bearb. von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1964.

Heer, Hannes (Hg.): „Stets zu erschießen sind Frauen, die in der Roten Armee dienen“: Geständnisse deutscher Kriegsgefangener über ihren Einsatz an der Ostfront, Hamburg 1996, 2. Auflage.

Himmler, Heinrich: Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. von Bradley F. Smith, Frankfurt am Main, 1974.

Hitler, Adolf: Mein Kampf, München 1940.

Ders.: Zweites Buch, ein Dokument aus dem Jahre 1928, eingel. und komm. von G.L. Weinberg, Stuttgart 1961.

Ders.: „Führer-Erlasse“ 1939 – 45: Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkriegs schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, zsgest. von Martin Moll, Stuttgart 1997.

International Military Tribunal: Nazi Conspiracy and Aggression, Opinion and Judgement, 8. Bde. und Ergänzungen A, B (Red Series), Washington 1947.

International Military Tribunal: Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal, 42 Bde., Nürnberg 1947 – 1949 (Blue Series); deutsche Ausgabe: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg, 14. Nov. 1945 – 1. Okt. 1946, 42. Bde., Nürnberg 1947 – 1949.

Jochmann, Werner (Hg.): Monologe im Führerhauptquartier, 1941 – 1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hamburg 1980.

Kaminski, Andrzej Jozef (Hg.): Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Polen und der Tschechoslowakei 1939 – 1945: Dokumente, Bremen 1975.

Kievščina v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny 1941 – 1945 [Dokumentensammlung über Kiev in den Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs 1941 – 1945], Kiev 1963.

Klee, Ernst; Willi Dressen (Hg.): „Gott mit uns“: Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939 – 1945, Dokumente, Frankfurt am Main 1989.

Klein, Peter (Hg.): Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42: die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin 1997.

Kohl, Paul: Der Krieg der deutschen Wehrmacht und der Polizei 1941 – 1944: Sowjetische Überlebende berichten, Frankfurt am Main 1995.

Ders.: „Ich wundere mich, dass ich noch lebe“. Sowjetische Augenzeugen berichten, Gütersloh 1990.

- Kosyk, Wolodymyr (Hg.): Das Dritte Reich und die ukrainische Frage. Dokumente 1934 – 1944, München 1985.
- Krupnyc'kyj: Geschichte der Ukraine, Berlin 1939.
- Leibbrandt, Georg (Hg.): Ukraine, Berlin 1942.
- Leitgeb, Josef: Am Rande des Krieges. Aufzeichnungen in der Ukraine, Berlin 1942.
- Manoschek, Walter (Hg.): „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung.“ Das Judenbild in den deutschen Soldatenbriefen 1939 – 44, Hamburg 1996.
- Maron, Karl: Von Charkow bis Berlin: Frontberichte aus dem Zweiten Weltkrieg, Berlin (Ost) 1960.
- Meyer, Alfred (Hg.): Das Recht der besetzten Ostgebiete. Estland, Lettland, Litauen, Weißruthenien und Ukraine. Sammlungen der Verordnungen, Erlasse und sonstigen Vorschriften über Verwaltung, Rechtspflege, Wirtschaft, Finanzwesen und Verkehr mit Erläuterungen der Referenten, München 1943.
- Michalka, Wolfgang (Hg.): Das Dritte Reich. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Bd. 2: Weltmachtanspruch und nationaler Zusammenbruch 1939 – 1945, München 1985.
- Ders. (Hg.): Deutsche Geschichte 1933 – 1945, Dokumente zur Innen- und Außenpolitik, Frankfurt a. M. 1993.
- Mirčuk, Ivan (Hg.): Handbuch der Ukraine, Leipzig 1941.
- Moritz, Erhard (Hg.): Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41), Berlin (Ost) 1970.
- Müller, Norbert (Hg.): Okkupation, Raub, Vernichtung: Dokumente zur Besatzungspolitik der faschistischen Wehrmacht auf sowjetischem Territorium 1941 bis 1944, Berlin (Ost) 1980.
- Müller, Norbert (Hg.): Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941 – 43: Der Abschlussbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiev, Boppard am Rhein 1991.
- Müller, Norbert (Hg.): Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR 1941 – 1944. Dokumente, Köln 1980.
- Müller, Norbert (Hg.): Die faschistische Okkupationspolitik in den zeitweilig besetzten Gebieten der Sowjetunion (1941 – 1944), Berlin 1991 (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938 – 1945, Bd. 5).
- Obermaier, Franz: Ukraine, Land der schwarzen Erde, Wien 1942.
- Pauser, Franz: Die Ukraine, Berlin 1943.
- Podlubnyj, Stephan: Tagebuch aus Moskau 1931 – 1939, Berlin 1996.
- Pulle, Giorgio: L'Ucraina, Rom 1942.

Records of the Reich Ministry for the Occupied Eastern Territories, 1941 – 1945, Washington 1961 (Guides to German Records microfilmed at Alexandria, Va., Nr. 31).

Retzlaff, Reinhard u.a.: The Trial in the Case of the Atrocities Committed by the German Fascist Invaders in the City of Kharkov and in the Kharkov Region. Translated from the Report published in Pravda, 16 – 20.12.1943, Moskau 1944.

Richtlinien für die Führung der Wirtschaft in den neubesetzten Ostebieten (Grüne Mappe), Teil I/Teil III, Berlin 1941.

Rürup, Reinhard (Hg.): Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1991.

Sastawenko, G.F.: Verbrecherische Ziele – Verbrecherische Mittel! Dokumente der Okkupationspolitik des faschistischen Deutschlands auf dem Territorium der UdSSR (1941 – 1944), Moskau 1963.

Seidel, Hans-Christoph; Klaus Tenfelde (Hg.): Zwangsarbeit im Bergwerk: Der Arbeitseinsatz im Kohlebergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg. Bd. 2: Dokumente, Essen 2005.

Scerbakova, Irina L.: Nur ein Wunder konnte uns retten: Leben und Überleben unter Stalins Terror, Frankfurt/Main 2000.

Semenenko, Oleksander: Charkiv, Charkiv, München 1977.

Sovetskaja Ukraina v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny 1941 – 1945 [Die Sowjetukraine in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges]. Dokumenty i materialy v 3 tomach, Kiev 1980.

SSSR. Črezvyčajnaja gos. Kommissia po ustanovleniju i rassledovaniju zlodejaniy nemecko-fašistskich zachvačikov. Sbornik [UdSSR. Außerordentliche Staatliche Kommission zur Feststellung und Untersuchung von Verbrechen der deutsch-faschistischen Eroberer. Sammelband], Moskau 1945.

SS-Hauptamt (Hg.): Der Untermensch (Broschüre), Berlin 1942.

Stalin, Iosiv V.: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, 3. Ausg., Moskau 1946.

Strasser, Otto: Ministersessel oder Revolution, Berlin 1930.

Zabarko, Borys (Hg.): „Nur wir haben überlebt“: Holocaust in der Ukraine; Zeugnisse und Dokumente, Berlin 2004.

Zlepko, Dmytro: Der ukrainische Hunger-Holocaust. Stalins verschwiegener Völkermord 1932/33 an 7 Millionen ukrainischen Bauern im Spiegel geheimgehaltener Dokumente des deutschen Auswärtigen Amtes, Sonnenbühl o. A.

6.3. Sekundärliteratur

Alexiev, Alexander: Soviet Nationalities in German Wartime Strategy 1941 – 1945, in: Conflict 4 (1983), S. 181 – 237.

Aly, Götz; Susanne Heim: Deutsche Herrschaft „im Osten“: Bevölkerungspolitik und Völkermord, in: Jahn, Peter; Reinhard Rürup (Hg.): Erobern und Vernichten: der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945, Berlin 1991, S. 84 – 106.

Aly, Götz; Susanne Heim: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1990/Frankfurt am Main 1993.

Andel, Horst J.: Kollaboration und Resistance: „Der Fall Barbie“, München 1987.

Anders, Wladyslaw: Hitler's Defeat in Russia, Chicago 1953.

Anderson, Truman: Die 62. Infanterie-Division, in: Hannes Heer; Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944, Hamburg 1995, S. 297 – 314.

Angrick, Andrej: Besatzungspolitik und Massenmord: die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941 – 1943, Hamburg 2003.

Angrick, Andrej: Die Einsatzgruppe D, in: Peter Klein (Hg.): Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42: Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Berlin 1997.

Armstrong, John Alexander: Ukrainian Nationalism, London 1963.

Arnold, Klaus-Jochen: Die Wehrmacht und die Besatzungspolitik in den besetzten Gebieten der Sowjetunion: Kriegführung und Radikalisierung im „Unternehmen Barbarossa“, Berlin 2005.

Aytugan, M.: World War II and the National Question, in: Ukrainian Quarterly 8 (1952), S. 35 – 43.

Bartov, Omar: Brutalität und Mentalität: Zum Verhalten deutscher Soldaten an der „Ostfront“, in: Peter Jahn, Reinhard Rürup (Hg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945, Berlin 1991. S. 183 – 200.

Bartov, Omar: Von unten betrachtet: Überleben, Zusammenhalt und Brutalität an der Ostfront, in: Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München 1991, S. 316 – 345.

Bartusevicius, Vincas (Hg.): Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941, Köln u. a. 2003.

Basov, Aleksej V.: Krym v Velikoj Otečestvennoj Vojne 1941 – 1945 [Die Krim im Großen Vaterländischen Krieg 1941 – 1945], Moskau 1987.

Bender, Reinhold: Kollaboration in Frankreich im 2. Weltkrieg, München 1992

Ben-Naftali, Aya: Collaboration and Resistance: The Ninth Fort as a Test Case, in: David Gaunt u.a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 361 – 383.

Browning, Christopher R.: Ganz normale Männer: das Reservepolizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 2005

Wigbert Benz: Der Russlandfeldzug des Dritten Reiches: Ursachen, Ziele, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1986.

Benz, Wolfgang (Hg.): Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 4), Berlin 1998.

Benz, Wolfgang (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Berlin 2000.

Benz, Wolfgang (Hg.): Lexikon des Holocaust, München 2002.

Benz, Wolfgang: Dimensionen des Völkermords: die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1996.

Benz, Wolfgang: Typologie der Herrschaftsformen in den Gebieten unter deutschem Einfluss, in: Ders.; Johannes Houwink ten Cate; Gerhard Otto (Hg.): Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 4), Berlin 1998, S. 11 – 27.

Benz, Wolfgang; Gerhard Otto; Anabella Weismann (Hg.): Kultur, Propaganda, Öffentlichkeit. Intentionen deutscher Besatzungspolitik und Reaktionen auf die Okkupation (Schriftenreihe nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 5), Berlin 1998.

Benz, Wolfgang; Johannes Houwink ten Cate; Gerhard Otto (Hg.): Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation (Schriftenreihe nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 1), Berlin 1996.

Benz, Wolfgang; Hermann Graml, Hermann Weiß (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997.

Berkhoff, Karel C.: Harvest of Despair: Life and Death in Ukraine under Nazi Rule, Cambridge 2004.

Bidlack, Richard. Survival Strategies in Leningrad during the First Year of the Soviet-War, in: Bonwetsch, Bernd; Robert W. Thurston: The People's War: Responses to World War II in the Soviet Union, Urbana 2000, S. 84 – 108.

Bihl, Wolfdieter: Ukrainer als Teil der Streitkräfte des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg, in: ÖOH 29 (1987) 1, S. 28 – 55.

Bohn, Robert (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 1945, Stuttgart 1997.

Boelcke, Willi A. (Hg.): Kriegspropaganda 1939 – 1941. Geheime Ministerkonferenzen im Reichspropagandaministerium, Stuttgart 1966.

Bohn, Robert: Kollaboration und deutsche Mobilisierungsbemühungen im RK Ostland, in: David Gaunt u. a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 33 – 45.

Bojzow, Valentin: Aspekte der militärischen Kollaboration in der UdSSR 1941 – 1944, in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration 1938 – 1945, Achtbändige Dokumentenedition, Erg.-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994, S. 293 – 319.

Boldyrev, V.: Mestnye sudy na Ukraine v gody nemeckoj okkupacii [Die lokalen Gerichte in der Ukraine während der deutschen Besatzung], in: Vestnik Instituta po Izučeniju SSSR 21 (1956), S. 66 – 72.

Boll, Bernd; Hans Safrian: Auf dem Weg nach Stalingrad, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944, Hamburg 1995.

Boltin, E. A.: Obščie Voprosy Nemecko-fašistskoj Okkupacionnoj Politiki [Allgemeine Fragen zur deutsch-faschistischen Okkupationspolitik], in: Nemecko-fašistskij Okkupacionnyj Režim, Moskau 1965, S. 15 – 36.

Bonwetsch, Bernd: Sowjetische Partisanen 1941 – 1944. Legende und Wirklichkeit des „allgemeinen Volkskrieges“, in: Gerhard Schulz (Hg.): Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert, Göttingen 1985. S. 92 – 124.

Bonwetsch, Bernd: „Ich habe an einem völlig anderen Krieg teilgenommen“. Die Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ in der Sowjetunion, in: H. Berding u. a. (Hg.): Krieg und Erinnerung. Fallstudien zum 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 2000, S. 145 – 168.

Bonwetsch, Bernd: Das belagerte Leningrad 1941 □ 1944, in: Helmut Hubel; Joachim von Puttkamer; Ulrich Steltner (Hg.): Ein europäisches Russland oder Russland in Europa? 300 Jahre St. Petersburg, Baden-Baden 2004, S. 141 – 162.

Bonwetsch, Bernd: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg 1941 – 1945: Der „Große Vaterländische Krieg“, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 9, 2005, S. 14 – 43.

Bonwetsch, Bernd; Robert W. Thurston: The People's War: Responses to World War II in the Soviet Union, Urbana 2000.

Boog, Horst (Hg.): Der Angriff auf die Sowjetunion, aktual. Ausg., Frankfurt am Main 1996.

Bordjugov, Gennadij: Terror der Wehrmacht gegenüber der russischen Zivilbevölkerung, in: Gabriele Gorzka; Knut Stang (Hg.): Der Vernichtungskrieg im Osten – Verbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion aus der Sicht russischer Historiker, Kassel 1999, S. 53 – 69.

Boshyk, Yuri (Hg.): Ukraine during World War II. History and its Aftermath. A Symposium, Edmonton 1986.

Bourget, Pierre: Der Marschall: Petain zwischen Kollaboration und Resistance, Frankfurt am Main 1968.

- Bracher, Karl Dietrich; Manfred Funke; Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933 – 1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, 2. erg. Aufl., Bonn 1993.
- Brandes, Detlef (Hg.): Der Weg in die Katastrophe: deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938 – 1947, Essen 1994.
- Brandes, Detlef: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren bis Heydrichs Tod (Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 1), München 1969.
- Brandes, Detlef: Besatzungspolitik, Kollaboration und Widerstand im Protektorat Böhmen und Mähren von Heydrichs Tod bis zum Prager Aufstand (Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 2), München 1975.
- Brender, Reinhold: Kollaboration in Frankreich im Zweiten Weltkrieg, München 1992.
- Bruder, F.: Kollaboration oder Widerstand. Die ukrainischen Nationalisten während des Zweiten Weltkriegs, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 54 (2006), 1, Berlin 2006.
- Buchheim, Hans; Martin Broszat; Hans-Adolf Jacobsen; Helmut Krausnick: Die Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Freiburg i. Br. 1965.
- Bußmann, Walter: „Notizen“ aus der Abteilung Kriegsverwaltung beim Generalquartiermeister (1941/42), in: Klaus Hildebrand; Reiner Pommerin (Hg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag, Köln/ Wien 1985, S. 229 – 240.
- Bundesverband der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS e.V.: Befehl des Gewissens. Charkow Winter 1943, Osnabrück 1976.
- Butsko, Olexander M.: Never to be forgotten, Kiev 1986.
- Carell, Paul (d. i. Paul K. Schmidt): Unternehmen Barbarossa. Der Marsch nach Russland, Frankfurt a. M. 1963.
- Cecil, Robert: The Myth of Master Race. Alfred Rosenberg and Nazi Ideology, London 1972.
- Chiari, Bernhard: Alltag hinter der Front: Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrussland 1941 – 1945, Düsseldorf 1998.
- Child, Clifton J.: Microcosm: Collaboration and Resistance during the Holocaust in the Mir Rayon of Belarus, 1941 – 1944, in: David Gaunt u.a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 223 – 261.
- Child, Clifton J.: The Ukraine under German Occupation, 1941 – 1944, in: A. Toynbee (Hg.): Hitler's Europe, London 1954, S. 632 – 647.
- Clark, Alan: Barbarossa: The Russian-German Conflict 1941 – 1945, London, New York 1965.
- Dallin, Alexander: German Rule in Russia 1941 – 1945, 2. Aufl., London u. a. 1981.

Dallin, Alexander: Odessa 1941 – 1944: A Case Study of Soviet Territory under Foreign Rule, Santa Monica 1957.

Dean, Martin: Collaboration in the Holocaust. Crimes of the local Police in Belorussia and Ukraine 1941 – 44, London 2000.

Dieckmann, Christoph u. a. (Hg.): Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa, Göttingen 1995.

Dieckmann, Christoph u. a. (Hg.): Kooperation und Verbrechen. Formen der „Kollaboration“ im östlichen Europa 1939 – 1945 (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 19), Göttingen 2003.

Dokumentarbericht zur Selbstständigkeitserklärung der Ukraine am 30. Juni 1941, in: Autorenkollektiv (Hg.): Russischer Kolonialismus in der Ukraine. Berichte und Dokumente, München 1962, S. 180 – 202.

Drosdov, Georgij: Russland im Krieg: 1941 – 1945, Zürich 1988.

Dwinger, Edwin Erich: General Wlassow. Eine Tragödie unserer Zeit, Frankfurt am Main 1951.

Dzeniskevich, Andrei R.: The Social and Political Situation in Leningrad in the First Month of the German Invasion: The Social Psychology of the Workers, in: Bonwetsch, Bernd; Robert W. Thurston: The People's War: Responses to World War II in the Soviet Union, Urbana 2000, S. 71 – 84.

Eichholtz, Dietrich: Wirtschaftskollaboration und „Ostgesellschaften“ in NS-besetzten Ländern (1941 – 1944), in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938 – 1945), Achtbändige Dokumentenedition, Erg.-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994, S. 433 – 460.

Elliot, Mark R.: Soviet Military Collaborators during World War II, in: Boshyk, Yury (Hg.): Ukraine during World War II. History and its Aftermath, Edmonton 1986, S. 67 – 89.

Falk, Barbara: Sowjetische Städte in der Hungersnot (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 38), Köln 2005.

Fischer, George: General Vlasov's Official Biography, in: Russian Review VIII/1949, S. 284 – 301.

Fischer, George: Vlasov and Hitler, in: Journal of Modern History 23, Nr. 1/1951, S. 58 – 71.

Fitzpatrick, Sheila: Everyday Stalinism. Ordinary Life in Extraordinary Times: Soviet Russia in the 1930's, New York, Oxford 1999.

Fleischer, Hagen: Im Kreuzschatten der Mächte – Griechenland 1941 – 1944 (Okkupation, Resistance, Kollaboration) 2 Bde., Frankfurt am Main 1986.

Fleischhauer, Ingeborg: Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 1983 (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte).

Förster, Jürgen: Das nationalsozialistische Herrschaftssystem und der Krieg gegen die Sowjetunion, in: Peter Jahn, Reinhard Rürup (Hg.): Er-

- obern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945, Berlin 1991, S. 28 – 47.
- Förster, Jürgen: Die Sicherung des „Lebensraumes“, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 1030 – 1078.
- Frei, Norbert: Der nationalsozialistische Krieg, Frankfurt am Main 1990.
- Gajowniczek, Zusanna: Ukraiński ślad Katynia [Die ukrainische Spur von Katyn], Warschau 1995.
- Ganzenmüller, Jörg: Das belagerte Leningrad 1941 – 44. Die Stadt in den Strategien von Angreifern und Verteidigern, Paderborn 2005.
- Gartenschläger, Uwe: Living and Surviving in Occupied Minsk, in: Bernd Bonwetsch; Robert W. Thurston: The People's War: Responses to World War II in the Soviet Union, Urbana 2000, S. 13 – 29.
- Gaunt, David; Paul A. Levine; Laura Palosuo (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust. Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, Bern 2004.
- Geilke, Georg: Nationalisierung in der Westukraine (Ostgalizien 1939 – 1944), in: Monatshefte für osteuropäisches Recht 18 (1976), S. 215 – 220.
- Gerber, Berthold: Staatliche Wirtschaftslenkung in den besetzten und annektierten Ostgebieten während des Zweiten Weltkrieges unter besonderer Berücksichtigung der treuhänderischen Verwaltung von Unternehmungen und der Ostgesellschaften, in: Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Tübingen 1959.
- Gerlach, Christian: Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 252 – 261.
- Gerlach, Christian: Durchschnittstäter: Handeln und Motivation, Berlin 2000.
- Gerlach, Christian: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941 – 1944, Hamburg 2000.
- Gerlach, Christian: Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.
- Getty, J. Arch: Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933 – 1938, Cambridge 1987.
- Ginsburg, Lev: Beyond the Legend, in: Sputnik 5 (1967), S. 88 – 115.
- Goehrke, Carsten: Russischer Alltag. Eine Geschichte in neun Zeitbildern vom Frühmittelalter bis zur Gegenwart. Sowjetische Moderne und Umbruch, Zürich 2005.
- Golczewski, Frank (Hg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993.

Golczewski, Frank: Die Kollaboration in der Ukraine, in: Christoph Dieckmann u.a. (Hg.): Kooperation und Verbrechen. Göttingen 2003, S. 151 – 183.

Golczewski, Frank: Die Organe der deutschen Besatzungsmacht: die ukrainischen Schutzmannschaften, in: Wolfgang Benz u. a. (Hg.): Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 4), Berlin 1998. S. 173 – 196.

Golczewski, Frank: Ukrainische Reaktionen auf die deutsche Besetzung 1939/41, in: Wolfgang Benz (Hg.): Anpassung, Kollaboration, Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation (Schriftenreihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 45, Bd. 1), Berlin 1996, S. 199 – 213.

Grelka, Frank M.: Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, Wiesbaden, 2005.

Gridnev, Viktor, Michajlovič: Bor’ba krest’janstva okkupirovannyh oblastej RSFSR protiv nemecko-fašistskoj okkupacionnoj politiki 1941 – 1944 [Der Kampf der Bauern in den besetzten Gebieten der UdSSR gegen die faschistische deutsche Besatzungsmacht], Moskau 1976.

Griesser-Pecar, Tamara: Das zerrissene Volk: Slowenien 1941 – 1946: Okkupation, Kollaboration, Bürgerkrieg, Revolution, Köln 2003.

Grigorovič, Dmitrij F.: Kiev – Gorod-Geroj [Heldenstadt Kiev], Moskau 1978.

Grimsted, Patricia K.: The Fate of Ukrainian Cultural Treasures during World War II: The Plunder of Archives, Libraries and Museums under the Third Reich, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 39 (1991), S. 53 – 80.

Gutman, Yisrael (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust: die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 3 Bde., Berlin 1993.

Hass, Gerhardt: Deutsche Okkupationsziele und die Kollaboration in den besetzten Gebieten der Russischen Föderativen Sowjetrepublik 1941 – 1944, in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration (1938 – 1945), Achtbändige Dokumenten-edition, Erg.-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994, S. 273 – 293.

Hass, Gerhart: Weltmachtziele – Europastrategie – Besatzungspolitik. Aspekte einer vergleichenden Okkupationsforschung, in: Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts Nr. 2/1992, S. 12 – 30.

Haumann, Heiko: „Eine sozialistische Lebensweise der Zukunft.“ Die Sowjetunion zwischen 1929 und 1939, in: Eva Maeder; Christina Lohm (Hg.): Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit, Zürich 2003.

Hausmann, Guido: Lokale Öffentlichkeit und städtische Herrschaft im Zarenreich: Die ukrainische Stadt Charkiv, in: Andreas Hofmann (Hg.): Stadt und Öffentlichkeit in Ostmitteleuropa 1900 – 1939: Beiträge zur Entstehung moderner Urbanität zwischen Berlin, Charkiv, Tallinn und Triest, Stuttgart 2002.

- Hawemann, Walter: Achtung, Partisanen! Der Kampf hinter der Ostfront, Hannover 1953.
- Hedeler, Wladislaw (Hg.): Stalinscher Terror 1934 – 41, Berlin 2002.
- Heer, Hannes (Hg.): Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944, Hamburg 1995.
- Heer, Hannes: Krieg ist ein Gesellschaftszustand: Reden zur Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“, Hamburg 1998.
- Heer, Hannes: Tote Zonen. Die deutsche Wehrmacht an der Ostfront, Hamburg 1999.
- Heer, Hannes: Wie Geschichte gemacht wird: zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, Czernin 2003.
- Heer, Hannes; Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg: Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996.
- Heer, Hannes: Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Hannes Heer; Klaus Naumann (Hg.): Vernichtungskrieg, Hamburg 1995, S. 104 – 138.
- Hesse, Erich: Der sowjetische Partisanenkrieg 1941 – 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle, Göttingen 1969.
- Heyer, Friedrich: Die orthodoxe Kirche in der Ukraine von 1917 bis 1945, Köln 1953.
- Hilberg, Raul: Die Quellen des Holocaust: entschlüsseln und interpretieren, 2. Aufl., Frankfurt am Main 2003.
- Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden: die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982.
- Hilberg, Raul: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933 – 45, Frankfurt am Main 1996.
- Hildebrandt, Klaus: Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939 – 1942, in: Manfred Funke (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1979, S. 94 – 114.
- Hildermeier, Manfred (Hg.): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg, München 1998.
- Hillbrecht, Rudolf: Litauen im Reichskommissariat Ostland 1941 – 1943/44. Parallelen und Kontraste zum übrigen Baltikum, vornehmlich Estland, in: Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 1945, Stuttgart 1997, S. 187 – 209.
- Hillgruber, Andreas: Das Russland-Bild der führenden deutschen Militärs vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, in: Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München 1991, S. 167 – 185.

- Hillgruber, Andreas: Der Ostkrieg und die Judenvernichtung, in: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 219 – 237.
- Hirschfeld, Gerhard (Hg.): Kollaboration in Frankreich: Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besetzung, Frankfurt am Main 1991.
- Hirschfeld, Gerhard: Fremdherrschaft und Kollaboration: die Niederlande unter deutscher Besetzung 1940 – 1945, Stuttgart 1984.
- Hoffmann, Joachim: Die Ostlegionen 1941 – 1943: Turkotataren, Kaukasier und Wolgafinnen im deutschen Heer, Freiburg, 1976.
- Hoffmann, Joachim: Die Geschichte der Wlassow-Armee, Freiburg im Breisgau 1986.
- Hoffmann, Joachim: Kaukasien 1942/43 : das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion, Freiburg im Breisgau, 1991.
- Horak, Stephan M.: L'Ukraine entre les Nazis et les Communistes, in: Revue d'Histoire de la Deuxieme Guerre Mondiale 33, Nr. 130 (1983), S. 65 – 75.
- Hroch, Miroslav: Die Vorkämpfer der nationalen Bewegungen bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Schichtung der patriotischen Gruppen, Prag 1968.
- Hrycak, Jaroslav: Narys istoriï Ukraïny [Abriss der Geschichte der Ukraine], Kiev 1995, S. 210 – 265.
- Hrynevyč, L. V.: Vyjavlennja nacional'noï identyčnosti ukraïns'koho seljanstva v roky kolektyvacii, in: A. Smolij (Hg.): Holod 1932 – 1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky, Kyïv 2003.
- Hunczak, Taras: Ukrainian-Jewish Relations during the Soviet and Nazi Occupations, in : Boshyk, Yury (Hg.): Ukraine during World War II. History and its Aftermath, Edmonton 1986, S. 39 – 61.
- Ilič, Melanie: The Great Terror in Leningrad: a Quantitative Analysis, in: EAS 52 (2000), S. 1515 – 1534.
- Illnyckyj, Roman: Deutschland und die Ukraine. Tatsachen deutscher Ostpolitik, 2 Bde., München 1958.
- Isberg, Alvin: Zu den Bedingungen des Befreiers: Kollaboration und Freiheitsstreben in dem von Deutschland besetzten Estland 1941 – 44, Stockholm 1992.
- Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, erw. u. überarb. Neuausg., Stuttgart 1981.
- Ders., Peter Longerich, Julius H. Schoeps (Hg.): Enzyklopädie des Holocaust, Berlin 1993, Bd. 1.
- Jahn, Peter: „Russenfurcht“ und Antibolschewismus: Zur Entstehung und Wirkung von Feindbildern, in: Peter Jahn; Reinhard Rürup (Hrsg.): Erobern und Vernichten. Der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945, Berlin 1991. S.47 – 65.

- Jahn, Peter; Reinhard Rürup (Hg.): Erobern und Vernichten: der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945, Berlin 1991.
- Jordan, Peter (Hg.): Ukraine: Geographie, ethnische Struktur, Geschichte, Sprache und Literatur, Kultur, Politik, Bildung und Recht, Wien 2001.
- Kamenetsky, Ihor: Hitler's Occupation of Ukraine (1941 – 1944). A Study of Totalitarian Imperialism, Milwaukee/Wisconsin 1956.
- Kangeris, Karl: Die nationalsozialistischen Pläne und Propagandamaßnahmen im Generalbezirk Lettland 1941 – 1942, in: David Gaunt u.a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 161 – 187.
- Kappeler, Andreas (Hg.): Culture, Nation, Identity: the Ukrain-russian Encounter (1600 – 1945), Edmonton 2003.
- Kappeler, Andreas: Der schwierige Weg zur Nation: Beiträge zur neueren Geschichte der Ukraine, Wien u. a. 2003.
- Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, 2. aktualisierte Aufl., München 2000.
- Kappeler, Andreas: Die Ukraine in der deutschsprachigen Historiographie, in: Ders., Peter Jordan, Walter Lukan, Josef Vogl (Hg.): Ukraine, Frankfurt a. M., 2001, S. 161 – 178.
- Kissel, Hans: Gefechte in Russland 1941 – 1944, Frankfurt a. M. 1956.
- Klokov, Vsevolod Ivanovič (Hg.): Ukrainskaja SSR v gody Velikoj Otečestvennoj Vojny Sovetskogo Sojuza. Chronika sobytii [Die ukrainische Sowjetrepublik in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges], Kiev 1985.
- Klokov, Vsevolod Ivanovič: Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fašistskich okkupantov na Ukraine 1941 – 1944. Istoriofaričeskij očerk 1 [Der Kampf des Volkes im Rücken der deutschen faschistischen Besatzer in der Ukraine 1941 – 1944. Historische Studien 1], Kiev 1978.
- Knopp, Guido: Der verdammte Krieg. Das „Unternehmen Barbarossa“, München 1991.
- Knopp, Guido: Hitlers Krieger, München 1998.
- Koestler, Arthur: Der Yogi und der Kommissar. Auseinandersetzungen, Esslingen a. N., 1950.
- Kondratjuk, I.I.: Rol' promyšlennosti Ukrainy v razgrome getlerovskoj Germanii [Die Rolle der Industrie der Ukraine im Krieg mit dem nationalsozialistischen Deutschland], in: Tezisy Naučnoj Konferencii (8.9. – 10. 9. 1965), Odessa 1965, S. 46 – 78.
- Kosyk, Volodymyr: L'Allemagne National-socialiste e l'Ukraine, Paris 1986.
- Kosyk, Volodymyr: Le Mouvement National Ukrainien de Resistance, in : Revue d'Histoire de la Deuxieme Guerre Mondiale et des Conflicts Contemporains 36, Nr. 141/1986, S. 59 – 75.

Kotkin, Stephen: *Magnetic Mountain: Stalinism as a Civilization*, Berkeley 1995.

Koval', Michail Vasilëvič: *Bor'ba naselenija Ukrainy protiv fašistskogo rabstva [der Kampf des ukrainischen Volkes gegen die faschistische Sklaverei]*, Kiev 1979.

Koval', Michail Vasilëvič: *O političeskom krizise okkupacionnogo režima na Ukraine [Über die politische Krise des Okkupationsregimes in der Ukraine]*, in: *Autorenkollektiv (Hg.): Nemecko-fašistskij okkupacionnyj režim*, S. 65 – 74.

Koval', Michail Vasilëvič (Hg.): *Ukraïna u druhij svitovij vijni. Uroky istorii ta sučasnist' [Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Lehren der Geschichte und der Gegenwart]*, Kiev 1995.

Koval', Michail Vasilëvič: *Ukraïna 1939 – 1945. Malovidomi i nepročytani storinky istorii [Ukraine 1939 – 1945. Wenig bekannte und ungelesene Seiten der Geschichte]*, Kiev 1995.

Koval', Michail Vasilëvič: *Total'na vijna na znyščennja [Totaler Vernichtungskrieg]*, in: *Istorija Ukraïny. Nove bačennja [Geschichte der Ukraine. Eine neue Sichtweise]*, Bd. 2, Kiev 1996, S. 281 – 328.

Kovalewskyj, Mykola: *Schauprozesse gegen ukrainische Patrioten in Charkiw 1930*, in: *Autorenkollektiv (Hg.): Russischer Kolonialismus in der Ukraine. Berichte und Dokumente*, München 1962, S. 65 – 87.

Krawchenko, Bohdan: *Soviet Ukraine under Nazi Occupation, 1941 – 44*, in: *Boshyk, Yury (Hg.): Ukraine during World War II. History and its Aftermath*, Edmonton 1986, S. 15 – 39.

Kroener, Bernhard R.: *Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942 – 44/45*, Stuttgart 1999.

Kul'čyc'kyj, Stanislav: *Terror als Methode. Der Hungergenozid in der Ukraine 1933*, in: *Osteuropa*, 54. Jahrgang, Heft 12, Dezember 2004.

Kurnosov, A. A.: *Bor'ba sovetskich ljudej v tylu nemecko-fašistskich okkupantov (Istoriografija voprosa)*, in: *Istorija i istoriki. Istoriografija istorii SSR*, Moskau 1965, S. 169 – 193 [Der Kampf sowjetischer Menschen im Hinterland gegen die faschistischen deutschen Okkupanten].

Lakowski, Richard: *Zwischen Professionalismus und Nazismus: die Wehrmacht des Dritten Reiches vor dem Überfall auf die UdSSR*, in: *Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau*, München 1991, S. 149 – 167.

Lammers, Cornelis J.: *Levels of Collaboration. A Comparative Study of German Occupation Regimes during the Second World War*, in: *Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 1945*, Stuttgart 1997, S. 47 – 71.

Laqueur, Walter (Hg.): *The Holocaust Encyclopedia*, New Haven 2001.

- Laskovsky, Nikolas: Practicing Law in the Occupied Ukraine, in: *The American Slavic and East European Review* XI (April 1952), S. 123 – 137.
- Latzel, Klaus: Tourismus und Gewalt, in: Hannes Heer, Klaus Naumann (Hg.): *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944*, Hamburg 1995.
- Lemhöfer, Lutz: Gegen den gottlosen Bolschewismus. Zur Stellung der Kirchen im Krieg gegen die Sowjetunion, in: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette: „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 131 – 138.
- Lenkowskyj, Stephan: Der Kampfweg einer Befreiungsorganisation, in: Autorenkollektiv (Hg.): *Russischer Kolonialismus in der Ukraine. Berichte und Dokumente*, München 1962, S. 164 – 180.
- Levy, Claude: *Der schwarze Donnerstag. Kollaboration und Endlösung in Frankreich*, Olten 1968.
- Litvinov, I.D.: Proval agrarnoj politiki nemecko-fasistskich okkupantov na Ukraine v 1941 – 1943 gg. [Das Scheitern der deutsch-faschistischen Agrarpolitik während der Besetzung der Ukraine], Poltava 1950.
- Longerich, Peter: Vom Massenmord zur „Endlösung“. Die Erschießung von jüdischen Zivilisten in den ersten Monaten des Ostfeldzuges im Kontext des nationalsozialistischen Judenmords, in: Bernd Wegner (Hg.): *Zwei Wege nach Moskau*, München 1991, S. 251 – 274.
- Lower, Wendy: *Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill 2005.
- Lower, Wendy: *Nazi Empire-Building and the Holocaust in Ukraine*, Chapel Hill 2005.
- Lübbers, Gert C.: Die 6. Armee und die Zivilbevölkerung von Stalingrad, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 54 (2006) 1, München 2006.
- Lübbers, Gert C.: Die 6. Armee und die Zivilbevölkerung von Stalingrad, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 54 (2006) 1, München 2006.
- Lustiger, Arno (Hg.): *Das Schwarzbuch: der Genozid an den sowjetischen Juden*, Hamburg 1994.
- Luther, Michel: Die Krim unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte*, Bd. 3, Berlin/Wiesbaden 1956, S. 28 – 98.
- Luther, Michel: Die Krim unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte*, Bd. 3, Berlin/Wiesbaden 1956, S. 28 – 98.
- Lytvyn, Volodymyr L. (Hg.): *Holod 1932 – 1933 rokiv v Ukraïni: pryčyny ta naslidky*, Kiev o. A.
- Maeder, Eva; Christina Lohm (Hg.): *Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit*, Zürich 2003.

Madajczyk, Czesław: Deutsche Besatzungspolitik in Polen, in der UdSSR und den Ländern Südosteuropas, in: Karl Dietrich Bracher; Manfred Funke; Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Deutschland 1933 – 1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1992, S. 426 – 439.

Madajczyk, Czesław (Hg.): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan, München 1994.

Madajczyk, Czesław: Quellen zur Okkupationspolitik des Dritten Reiches – Quellenlage und Erschließungsstand der Archivalien, in: Europa unterm Hakenkreuz, Bd. 8, Heidelberg 1996, S. 413 – 468.

Mallmann, Klaus Michael; Volker Rieß, Wolfram Pyta (Hg.): Deutscher Osten 1939 – 1945, Darmstadt 2003.

Manoschek, Walter (Hg.): „Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung.“ Das Judenbild in den deutschen Soldatenbriefen 1939 – 44, Hamburg 1996.

Manoschek, Walter: Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996.

Maripuu, Meelis: Kollaboration und Widerstand in Estland 1940 – 44, in: David Gaunt u.a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 403 – 421.

Mark, Rudolf A.; Gerhard Simon: Die Hungersnot in der Ukraine und anderen Regionen der UdSSR 1932 und 1933, in: Osteuropa, 54. Jahrgang, Heft 12, Dezember 2004.

Maron, Karl: Von Charkow bis Berlin, Berlin (Ost) 1960.

McLoughlin, Barry: Die Massenoperationen des NKVD, in: Wladislaw Hedeler (Hg.): Stalinscher Terror 1934 – 41, Berlin 2002, S. 33 – 51.

Mecking, Sabine (Hg.): Stadtverwaltungen im Nationalsozialismus: systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft, Paderborn 2005.

Merl, Stephan: Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems 1930 – 1941, Berlin 1990.

Militärgeschichtliche Zeitschrift 64 (2005) 2, München 2005.

Minc, Isaak I.: Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion (Das Sowjetland: 1917 – 1947, Bd. 4), Berlin 1947.

Müller, Norbert: Forschungsbericht zur Besatzungspolitik, in: Ders., Gerd R. Ueberschär (Hg.): Hitlers Krieg im Osten 1941 – 1945, erweiterte u. vollständig überarbeitete Neuauflage, Darmstadt 2000, S. 310 – 371.

Müller, Norbert: Wehrmacht und Okkupation 1941 – 1944: zur Rolle der Wehrmacht und ihrer Führungsorgane im Okkupationsregime des faschistischen deutschen Imperialismus auf sowjetischem Territorium, Berlin (Ost) 1971.

Müller, Norbert: Zur Rolle der Wehrmachtsführung bei der Planung und Vorbereitung des faschistischen Okkupationsregimes in den besetzten sowjetischen Gebieten 1940/41, in: Zeitschrift für Militärgeschichte 6 (1967), S. 415 – 431.

Müller, Rolf-Dieter: Das „Unternehmen Barbarossa“ als wirtschaftlicher Raubkrieg, in: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Paderborn 1984, S. 173 – 196.

Müller, Rolf-Dieter: Das „Unternehmen Barbarossa“ als wirtschaftlicher Raubkrieg. In: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette (Hrsg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941. Paderborn 1984, S.173 – 196.

Müller, Rolf-Dieter: Der letzte deutsche Krieg 1939 – 45, Stuttgart 2005.

Müller, Rolf-Dieter: Der Zweite Weltkrieg 1939 – 45, Stuttgart 2004.

Müller, Rolf-Dieter: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik: die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt am Main 1991.

Müller, Rolf-Dieter: Kriegerrecht oder Willkür? Helmuth James Graf von Moltke und die Auffassungen im Generalstab des Heeres über die Aufgaben der Militärverwaltung zu Beginn des Russlandkrieges, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 35 (1987), S. 125 – 151.

Müller, Rolf-Dieter: Raub, Vernichtung, Kolonisierung: Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten 1941 – 1944, in: Hans Schafranek; Robert Streibel (Hg.): 22. Juni 1941. Der Überfall auf die Sowjetunion, Wien 1991, S.99 – 111.

Müller, Rolf-Dieter; Hans-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999.

Müller-Ballin, Gabi: Charkow 1941 – 1945: Nazi-Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, Nürnberg 1991.

Mulligan, Timothy P.: The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942 – 1943, New York 1988.

Musial, Bogdan: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen.“ Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, München 2000.

Neulen, Hans-Werner: An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und der Waffen-SS, München 1985.

Nolte, Hans-Heinrich (Hg.): Der Mensch gegen den Menschen, Hannover 1992.

Nolzen, Armin: Die Arbeitsbereiche der NSDAP im Generalgouvernement, in den Niederlanden und in der besetzten Sowjetunion, in: Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 1945, Stuttgart 1997, S. 247 – 277.

Oldenburg, Manfred: Ideologie und militärisches Kalkül: die Besatzungspolitik der Wehrmacht in der Sowjetunion 1942, Köln 2004.

Ossendorf, Ingo: „Den Krieg kennen wir aus der Zeitung.“ Zwischen Kollaboration und Widerstand; Dänemark im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1990.

- Otto, Gerhard (Hg.): Das organisierte Chaos: „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“: Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, Berlin 1999.
- Overy, Richard (Hg.): Die „Neuordnung Europas“: NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten (Schriftenreihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 3) Berlin 1997.
- Overy, Richard: Russlands Krieg: 1941 – 1945, Hamburg 2003.
- Pacy, James S. (Hg.): Perspectives on the Holocaust: Essays in Honor of Raul Hilberg, Boulder 1995.
- Pavljuk, E.: Borot'ba ukrains'koho narodu skhi dno-ukr. semiakh, 1941 – 1944 [Der Kampf des ukrainischen Volkes in den östlichen ukrainischen Gebieten], Philadelphia 1946.
- Penter, Tanja: Collaboration on Trial: New Source Material on Soviet Postwar Trials against Collaborators, in: Slavic Revue Vol. 64, Nr. 4, Winter 2005, S. 782 – 791.
- Penter, Tanja: Die lokale Gesellschaft im Donbass unter deutscher Okkupation 1941 – 1943, in: Christoph Dieckmann u.a. (Hg.): Kooperation und Verbrechen. Göttingen 2003, S. 183 – 224.
- Penter, Tanja: Zwischen Hunger, Terror und einer glücklichen Zukunft, in: Klaus Tenfelde u.a. (Hg.): Zwangsarbeit im Bergwerk, Essen 2005, S. 433 – 467.
- Persina, Tamara S.: Fašistskij genocid na Ukraine 1941 – 1944 [Faschistischer Genozid in der Ukraine 1941 – 1944], Kiev 1951.
- Pohl, Dieter: Die Herrschaft der Wehrmacht. Deutsche Militärbesatzung und einheimische Bevölkerung in der Sowjetunion 1941 – 1944, München 2008.
- Pohl, Dieter: Holocaust: die Ursachen, das Geschehen, die Folgen, Freiburg 2000.
- Pohl, Dieter: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941 – 44: Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1997.
- Pohl, Dieter: Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933 – 1945, Darmstadt 2003.
- Ders.: Schlachtfeld zweier totalitärer Diktaturen – die Ukraine im Zweiten Weltkrieg, in: Andreas Kappeler, Peter Jordan, Walter Lukan, Josef Vogl (Hg.): Ukraine, Frankfurt a. M., 2001, S. 339 – 362.
- Potichnyj, Peter J.: Ukrainians in World War II Military Formations: An Overview, in: Boshyk, Yury (Hg.): Ukraine during World War II. History and its Aftermath, Edmonton 1986, S. 61 – 67.
- Praxenthaler, Benedikt: Die Sowjetukraine zwischen den Weltkriegen, in: Peter Jordan; Andreas Kappeler; Walter Lukan; Josef Vogl: Ukraine, Frankfurt a. M. 2001, S. 293 – 318

Reemtsma, Jan Phillipp (Hg.): Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 44, Ausstellungskatalog, Hamburg 2002.

Rees, Laurence: Hitlers Krieg im Osten, München 2000.

Reitlinger, Gerald: Die Endlösung: Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939 – 1945, Berlin 1956.

Reitlinger, Gerald: Ein Haus auf Sand gebaut: Hitlers Gewaltpolitik in Russland 1941 – 44, Hamburg 1962.

Remer, Claus: Die faschistischen Ukraine-Pläne und ihr Scheitern am Ende des Zweiten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas 19 (1975), S. 185 – 200.

Remer, Claus: Über die Genesis der Ukrainepolitik des deutschen Imperialismus, in: Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus. Protokoll einer Arbeitstagung am 23.9.1967 in Berlin, Jena 1969.

Richter, Timm C.: „Herrenmensch“ und „Bandit“: deutsche Kriegsführung im Kontext des sowjetischen Partisanenkriegs (1941 – 44), Münster 1998.

Richter, Timm C.: Die Wehrmacht und der Partisanenkrieg in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, in: Rolf-Dieter Müller; Hans-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 837 – 857.

Rings, Werner: Leben mit dem Feind. Anpassung und Widerstand in Hitlers Europa 1939 – 1945, München 1979.

Robert, Cecil: The Myth of the Master Race: Alfred Rosenberg and Nazi Ideology, London 1972.

Rittersporn, Gabor T.: Stalinist simplifications and Soviet complications: social tensions and political conflicts in the USSR, 1933 – 1953, Harwood 1991.

Röhr, Werner (Hg.): Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer, Berlin 1992.

Röhr, Werner: System oder organisiertes Chaos? Fragen einer Typologie des deutschen Okkupationsregime im Zweiten Weltkrieg, in: Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 1945, Stuttgart 1997, S. 11 – 47.

Röhr, Werner; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration 1938 – 1945: Beiträge zu Konzeption und Praxis der Kollaboration in der deutschen Ostpolitik. Achtbändigen Dokumentenedition, Erg.-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994.

Rosh, Lea: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“: Deportation und Ermordung der Juden; Kollaboration und Verweigerung in Europa, Hamburg 1990.

Rozenblat, Evgenij: Belarus: Specific Features of the Region's Jewish Collaboration and Resistance, in: David Gaunt u.a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 261 – 283.

Salewski, Michael: Grundzüge der Militärverwaltung, in: Kurt G.A. Jese-
rich u.a. (Hg.): Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als
Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 888 –
911.

Sandkühler, Thomas: Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitia-
tiven von Berthold Beitz 1941 – 1944, Bonn 1996.

Šapoval, Jurij: Likvidacija „skrypnikivščyny“, in: V. M. Lytvyn (Hg.):
Polityčnyj i teror i terorizm v Ukraïni. XIX – XX. st. Istoryčni narysy,
Kiev 2002.

Sastavenko, G. F.: Verbrecherische Ziele – verbrecherische Mittel!, Mos-
kau 1963.

Scheide, Carmen: Städtisches Alltagsleben, in: Eva Maeder, Christina
Lohm (Hg.): Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit, Zürich 2003.

Schröder, Hans Joachim: Erfahrungen deutscher Mannschaftssoldaten
während der ersten Phase des Russlandkrieges, in: Bernd Wegner (Hg.):
Zwei Wege nach Moskau, München 1991, S. 309 – 326.

Schröder, Hans Joachim: Alltagsleben im Russlandkrieg 1941 – 1945.
Eine deutsche Perspektive, in: Hans-Adolf Jacobsen; Jochen Löser; Daniel
Proektor; Sergej Slutsch (Hg.): Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und
Frieden 1941 – 1995, Baden-Baden 1995, S. 388 – 409.

Schuhmann, Wolfgang (Hg.): Konzept für die Neuordnung der Welt. Die
Kriegsziele des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Welt-
krieg, Berlin (Ost) 1977.

Schuhmann, Wolfgang: Deutschland im Zweiten Weltkrieg, Bd. 3 (No-
vember 1942 – September 1943), Köln 1982.

Schulte, Theo: Die Wehrmacht und die nationalsozialistische Besatzungs-
politik in der Sowjetunion, in: Roland G. Foerster (Hg.): „Unternehmen
Barbarossa“, München 1993, S. 163 – 176.

Schulte, Theo: The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia,
Oxford 1989.

Segbers, Klaus: Die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg: die Mobilisie-
rung von Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft im „Großen Vaterlän-
dischen Krieg“ 1941 – 1943, München 1987.

Seidler, Franz W.: Die Kollaboration: 1939 – 1945, 2. erw. Aufl., Mün-
chen 1999.

Semirjaga, M.I.: Fašistskij okkupacionnyj režim na vremennoj zachvačen-
noj sovetskoj territorii [Das faschistische Okkupationsregime in den zeit-
weilig besetzten sowjetischen Gebieten], in: Voprosy istorii (1985) Nr. 3,
S. 3 – 15.

Sevčenko, F.P.: Nemecko-fašistskij okkupacionnyj režim na Ukraine [Das
deutsch-faschistische Okkupationsregime in der Ukraine], in: Autorenkol-
lektiv (Hg.): Nemecko-fašistskij okkupacionnyj režim, Moskau 1965, S.
36 – 49.

Sieß, Jürgen (Hg.): *Widerstand, Flucht, Kollaboration: literarische Intelligenz und Politik in Frankreich*, Frankfurt am Main 1984.

Simon, Gerhard: *Holodomor als Waffe. Stalinismus, Hunger und der ukrainische Nationalismus*, in: *Osteuropa*, 54. Jahrgang, Heft 12, Dezember 2004.

Simonow, Konstantin: *Kriegstagebücher. Zweiter Band 1942 bis 1945*, München 1979.

Simpson, Keith: *The German Experience of Rear Area Security on the Eastern Front, 1941 – 45*, in: *Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies* 121 (1976), S. 39 – 46.

Skorobogatov, Anatolij: *Charkiv u časy nimec'koji okupaciji (1941 – 1943)*, Charkiv 2004.

Slavic Revue Winter 2005, Vol. 64, Nr. 4 (Forum: *On Collaboration in Poland and the Soviet Union during World War II*).

Stehle, Hansjakob: *Der Lemberger Metropolit Septydkyj und die nationalsozialistische Politik in der Ukraine*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 34 (1986), S. 407 – 425.

Stokl, Günther: *Hans Koch 1894 – 1959*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 7 (1959), S. 117 – 129.

Streit, Christian: *Die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und völkerrechtliche Probleme des Krieges gegen die Sowjetunion*, in: Gerd R. Ueberschär; Wolfram Wette (Hg.): *„Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941*, Paderborn 1984, S. 197 – 219.

Streit, Christian: *Keine Kameraden: die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen*, Neuausg., Bonn 1997.

Strik-Strikfeldt, Wilfried: *Gegen Stalin und Hitler. General Wlassow und die russische Freiheitsbewegung*, Mainz 1970.

Subtelny, Orest: *The Soviet Occupation of Western Ukraine 1939 – 1941: An Overview*, in: Boshyk, Yury (Hg.): *Ukraine during World War II. History and its Aftermath*, Edmonton 1986, S. 5 – 15.

Supeunenko, N.I.: *Ukraina v Velikoj Otečestvennoj Vojne Sovetskogo Sojuza* [Die Ukraine während des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion], Kiev 1956.

Sužiedėlis; Saulius: *Foreign Savior, Native Disciples: Perspectives on Collaboration in Lithuania, 1940 – 1945*, in: David Gaunt u.a. (Hg.): *Collaboration and Resistance during the Holocaust*, Bern 2004, S. 313 – 361.

Thamer, Hans-Ulrich: *Monokratie – Polykratie*, in: Johannes Houwink ten Cate; Gerhard Otto (Hg.): *Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft* (Schriftenreihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 7), Berlin 1999, S. 21 – 35.

Thorwald, Jürgen: *Die Illusion. Rotarmisten in Hitlers Heeren*, Zürich 1974.

Thorwald, Jürgen: Wen sie verderben wollen, Stuttgart 1952, S. 22.

Thurston, Robert W.: Life and Terror in Stalin's Russia, 1934 – 1941, New Haven 1996.

Torzecki, Ryszard: Die Rolle der Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht in der Ukraine für deren Okkupationspolitik, in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration 1938 – 1945, Achtbändige Dokumentenedition, Erg.-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994, S. 239 – 273.

Trubajčuk, Anatolij (Hg.): Ukraïna u druhij svitovij vijni. Materialy dlja navčal'nych zakladiv [Die Ukraine im Zweiten Weltkrieg. Materialien für Bildungseinrichtungen], Kiev 1997.

Tschajkowskij, Danylo: Stephan Bandera, sein Leben, sein Kampf, in: Autorenkollektiv (Hg.): Russischer Kolonialismus in der Ukraine. Berichte und Dokumente, München 1962, S. 389 – 404.

Ueberschär, Gerd R. (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“: der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941: Berichte, Analysen, Dokumente, überarb. Neuausg., Frankfurt am Main 1991.

Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941: die Kontorverse um die Präventivkriegsthese, Darmstadt 1998.

Ueberschär, Gerd R. (Hg.): Orte des Grauens: Verbrechen im 2. Weltkrieg, Darmstadt 2003.

Ueberschär, Gerd R.: Hitlers Entschluss zum „Lebensraum“-Krieg im Osten. Programmatisches Ziel oder militärstrategisches Kalkül?, in: Ders.; Wolfram Wette (Hg.): „Unternehmen Barbarossa“. Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion 1941, Paderborn 1984, S. 83 – 106.

Ueberschär, Gerd R.: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, Darmstadt 2000.

Ueberschär, Gerd R.: Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg. Forschungsbericht, in: Ders.; Rolf-Dieter Müller (Hg.): Hitlers Krieg im Osten 1941 – 1945, Erw. u. vollst. überarbeitete Neuausgabe, Darmstadt 2000, S. 225 – 271.

Ueberschär, Gerd R.: Die militärische Kriegsführung. Forschungsbericht, in: Ders.; Rolf-Dieter Müller (Hg.): Hitlers Krieg im Osten 1941 – 1945. Ein Forschungsbericht, erweiterte und vollständig überarbeitete Neuausgabe, Darmstadt 2000, S. 73 – 143.

Umbreit, Hans: Deutsche Herrschaft in der Sowjetunion, in: Peter Jahn (Hg.): Erinnerungen an einen Krieg. Museum Berlin-Karlshorst, Berlin 1997, S. 28 – 35.

Umbreit, Hans: Die deutsche Besatzungsverwaltung. Konzept und Typisierung, in: Wolfgang Michalka (Hg.): Der Zweite Weltkrieg, München/Zürich 1989, S. 710 – 727.

Umbreit, Hans: Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942 – 1945, in: Militärisches Forschungsamt (Hg.): Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2, Stuttgart 1999, S. 3 – 272.

Umbreit, Hans: Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942 – 1945, in: Militärisches Forschungsamt (Hg.): Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2, Stuttgart 1999, S. 3 – 272.

Umbreit, Hans: Die Kriegsverwaltung 1940 bis 1945 (Dokumentation), in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2 (1968), S. 105 – 134.

Umbreit, Hans: Die Rolle der Kollaboration in der deutschen Besatzungspolitik, in: Werner Röhr; Bundesarchiv (Hg.): Europa unterm Hakenkreuz. Okkupation und Kollaboration 1938 – 1945: Beiträge zu Konzeption und Praxis der Kollaboration in der deutschen Ostpolitik. Achtbändigen Dokumentenedition, Erg-Bd. 1, Berlin/Heidelberg 1994, S. 33 – 44.

Umbreit, Hans: Die Verantwortlichkeit der Wehrmacht als Okkupationsarmee, in: Rolf-Dieter Müller; Hans-Erich Volkmann (Hg.): Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 743 – 753.

Umbreit, Hans: Sonderformen des bürokratischen Apparats in den besetzten Gebieten: die Rüstungsinspektionen, in: Wolfgang Benz u.a. (Hg.): Die Bürokratie der Okkupation. Strukturen der Herrschaft und Verwaltung im besetzten Europa, Berlin 1998, S. 139 – 151.

Umbreit, Hans: Strukturen deutscher Besatzungspolitik in der Anfangsphase des deutsch-sowjetischen Krieges, in: Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München/Zürich 1991, S. 237 – 250.

Van Freeck, Regina (Übers.): Die Holocaust-Chronik, München 2002.

Voigt, Gerd: Das ukrainische wissenschaftliche Institut in Berlin (1926 – 1945), in: Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus. Protokoll einer Arbeitstagung am 23.9.1967 in Berlin, wiss. Red.: Claus Remer, Jena 1969, S. 118 – 156.

Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln u. a. 1994.

Volkmann, Hans-Erich : Zur Organisation der Besatzungsherrschaft, in: Johannes Houwink ten Cate; Gerhard Otto (Hg.): Das organisierte Chaos. „Ämterdarwinismus“ und „Gesinnungsethik“. Determinanten nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft (Schriftenreihe Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939 – 1945, Bd. 7), Berlin 1999, S. 35 – 55.

Volkogonov, Dimitri A.: Stalin als oberster Befehlshaber, in: Bernd Wegner (Hg.): Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“, München, Zürich 1991, S. 480 – 497.

Volodymyrovytch, D.: L'Ukraine et L'Allemagne, Paris 1945.

Volodymyrovytch, D.: L'Ukraine sous l'Occupation Allemagne, Paris 1948.

Vsevolodov, Vladimir: Verurteilung der Verbrechen der Wehrmacht durch deutsche Kriegsgefangene, in: Gabriele Gorzka; Knut Stang (Hg.): Der Vernichtungskrieg im Osten – Verbrechen der Wehrmacht in der Sowjetunion aus der Sicht russischer Historiker, Kassel 1999, S. 87 – 111.

Weerd, Hans de: Gauleiter Erich Koch in der Ukraine, in: Ukraine 4 (1955), Nr. 2/3, S. 41 – 45.

- Wegener, Bernd (Hg.): Zwei Wege nach Moskau, München 1991.
- Welzer, Harald: Täter: wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, 2. Aufl., Frankfurt am Main 2005.
- Werth, Alexander: Russland im Krieg 1941 – 1945, München 1965.
- Wette, Wolfram (Hg.): Der Krieg des kleinen Mannes: eine Militärgeschichte von unten, München 1992.
- Wette, Wolfram (Hg.): Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001.
- Wette, Wolfram: Die Wehrmacht: Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden, Darmstadt 2002.
- Wette, Wolfram: „Rassenfeind“: Die rassistischen Elemente in der deutschen Propaganda gegen die Sowjetunion, in: Andreas Kappeler; Peter Jordan; Walter Lukan; Josef Vogl (Hg.): Ukraine, Frankfurt a. M., 2001, S. 175 – 201.
- Wette, Wolfram: Der 22. Juni 1941 und die NS-Propaganda, in: Hans Schafranek; Robert Streibel (Hg.): 22. Juni 1941. Der Überfall auf die Sowjetunion, Wien 1991, S. 75 – 87.
- Wilhelm, Hans-Heinrich: Hitlers europäische Neuordnung und deren „lebende Objekte“ auf dem Territorium der Sowjetunion 1941 bis 1944. Versuch einer Bestandsaufnahme nach über fünfzig Jahren, in: Robert Bohn (Hg.): Die deutsche Herrschaft in den „germanischen“ Ländern 1940 – 1945, Stuttgart 1997, S. 277 – 299.
- Wilhelm, Hans-Heinrich: Motivation und „Kriegsbild“ deutscher Generale und Offiziere im Krieg gegen die Sowjetunion, in: Peter Jahn; Reinhard Rürup (Hg.): Erobern und Vernichten: der Krieg gegen die Sowjetunion 1941 – 1945, Berlin 1991, S. 153 – 183.
- Wilhelm, Hans-Heinrich: Rassenpolitik und Kriegführung. Sicherheitspolizei und Wehrmacht in Polen und der Sowjetunion, Passau 1991.
- Wilhelm, Hans-Heinrich: Zur Historiographie der deutschen Besatzungspolitik in Russland – Forschungslücken, Proportionierungsprobleme und Tabus, in: Hans-Adolf Jacobsen; Jochen Löser; Daniel Proektor; Sergej Slutsch (Hg.): Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941 – 1995, Baden-Baden 1995, S. 353 – 387.
- Wolfgram, Eberhard: Die “Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN)” während des zweiten Weltkrieges, in: Zur Ukraine-Politik des deutschen Imperialismus. Protokoll einer Arbeitstagung am 23.9.1967 in Berlin, wiss. Red.: Claus Remer, Jena 1969, S. 157 – 196.
- Yurkevich, Myroslav: Galician Ukrainians in German Military Formations and in the German Administration, in: Boshyk, Yury (Hg.): Ukraine during World War II. History and its Aftermath, Edmonton 1986, S. 67 – 89.
- Zitelmann, Rainer: Zur Begründung des „Lebensraum“-Motivs in Hitlers Weltanschauung, in: Wolfgang Michalka (Hg.): Der Zweite Weltkrieg, München, Zürich 1989, S. 551 – 567.

Zunda, Antonijs: Collaboration in German-Occupied Latvia: Assessments of the Historical Literature, in: David Gaunt u.a. (Hg.): Collaboration and Resistance during the Holocaust, Bern 2004, S. 111 – 127.

6.4. Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung
AOK	Armeeoberkommando
Batl.-Kdr.	Bataillons-Kommandeur
GFP	Geheime Feldpolizei
GG	Generalgouvernement
Ic-Offizier	Feindnachrichten- und Abwehroffizier, im Russlandfeldzug Verbindungsoffizier der AOK's zu den SS-Sonderkommandos
NEP	Novaja Èkonomičeskaja Politika/Neue Ökonomische Politik
NKVD	Narodnyj Komissariat Vnutrennich Del/Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten/Sowjetischer Geheimdienst
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OKH	Oberkommando des Heeres
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
OUN	Organizacija Ukrajinc'kych Nacionalistiv/Organisation Ukrainischer Nationalisten
OUN-B	Organizacija Ukrajinc'kych Nacionalistiv-Bandera/Organisation Ukrainischer Nationalisten-Bandera
OUN-M	Organizacija Ukrajinc'kych Nacionalistiv-Mel'nyk/Organisation Ukrainischer Nationalisten-Mel'nyk
RUP	Revoljucijna Ukrajinc'ka Partyja/Revolutionäre Ukrainische Partei (1900 gegründet)
SD	Sicherheitsdienst
SS	Schutzstaffel
SWU	Bund zur Befreiung der Ukraine, politische Organisation in der Sowjetukraine Ende der 1920er Jahre
UCK	Ukrains'kyj Central'nyj Komitet, Hauptausschuss des Ukrainischen Hilfskomitees im Generalgouvernement
UNR	Ukrajins'ka Narodna Respublika/Ukrainische Volksrepublik

UPA	Ukrains'ka Povstans'ka Armija/Ukrainische Aufstandsarmee
UVO	Ukrains'ka Vijs'kova Organizacija/Ukrainische Befreiungsarmee
UWI	Ukrainisches Wissenschaftliches Institut
Wikdo	Wirtschaftskommando
WiRüAmt	Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt
ZK	Zentralkomitee